

Stenografischer Bericht

6. Sitzung des Landtages Steiermark

XIX. Gesetzgebungsperiode 29. April 2025

Beginn: 10.00 Uhr

Entschuldigt: LTAvg. Hirschmann und LTAvg. Nitsche, MBA

B1. Einl.Zahl **452/1** (*Zurückgezogen*)

Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung (§ 69 GeoLT)

Betreff: Brüskierung des Landtages

B2. Einl.Zahl **453/1**

Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung (§ 69 GeoLT)

Betreff: *Wie sieht die Zukunft des Community Nursing in der Steiermark aus?*

Frage: KO LTAvg. Schwarz (529)

Beantwortung der Frage: Landesrat Dr. Kornhäusl (530)

Zusatzfrage: KO LTAvg. Schwarz (531)

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Dr. Kornhäusl (531)

B3. Einl.Zahl **455/1**

Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung (§ 69 GeoLT)

Betreff: *Brüskierung des Landtags*

Frage: LTAvg. Melinz, Bakk. phil. (0532000)

Beantwortung der Frage: Landesrat Dipl.-Ing. Ehrenhöfer (533)

Zusatzfrage: LTAvg. Melinz, Bakk. phil. (533)

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Dipl.-Ing. Ehrenhöfer (533)

B4. Einl.Zahl 456/1

Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung (§ 69 GeoLT)

Betreff: *Abschaffung des Luftschutz-Hunderterters trotz fachlicher Einwände aus dem eigenen Haus: Faktenbefreite Politik auf Kosten der Gesundheit*

Frage: KO LTAbg. Krautwaschl (534)

Beantwortung der Frage: Landesrat Mag. Amesbauer, BA (535)

Zusatzfrage: KO LTAbg. Krautwaschl (537)

Beantwortung der Zusatzfrage: Mag. Amesbauer, BA (537)

B5. Einl.Zahl 457/1

Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung (§ 69 GeoLT)

Betreff: *Wahlversprechen einhalten: Wann fällt die Landesabgabe?*

Frage: KO LTAbg. Swatek, BSc (538)

Beantwortung der Frage: Landesrat Dipl.-Ing. Ehrenhöfer (538)

Zusatzfrage: KO LTAbg. Swatek BSc (539)

Beantwortung der Zusatzfrage: Landesrat Dipl.-Ing. Ehrenhöfer (539)

BA1. Einl.Zahl 239/3

Besprechung der Antwort eines Regierungsmitgliedes (§ 67 GeoLT)

Betreff: *Wie geht es mit dem Pilotprojekt MedMobil 1450 – Steiermark weiter?*

Wortmeldungen: KO LTAbg. Krautwaschl (540), LTAbg. Mag. Schoeller MSc (543), LTAbg. Mag. Dr. Holasek (544), Landesrat Dr. Kornhäusl (546), KO LTAbg. Krautwaschl (548), Landesrat Dr. Kornhäusl (549)

Beschlussfassung: (550)

D1. Einl.Zahl 418/1

Dringliche Anfrage der NEOS an Landesrat Mag. Hermann, MBL

Betreff: *Kinderportal offenbart Versorgungslücken: Die steirische Illusion der Vereinbarkeit von Familie und Beruf*

Begründung der Dringlichen Anfrage: KO LTAbg. Swatek, BSc (607)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Mag. Hermann, MBL (612)

Wortmeldungen: LTAbg. Mag. Schoeller, MSc (622), LTAbg. Glawogger (624), KO LTAbg. Klimt-Weithaler (627), KO LTAbg. Swatek, BSc (630), KO LTAbg. Krautwaschl (634), LTAbg. Meißl (637), LTAbg. Eisel-Eiselsberg (640), KO LTAbg. Klimt-Weithaler (643), KO LTAbg. Swatek, BSc (643), Landesrat Mag. Hermann, MBL (644)

Beschlussfassung: (647)

D2. Einl.Zahl 428/1

Dringliche Anfrage der KPÖ an Landeshauptmann Kunasek

Betreff: *Haltung der Steiermark zum Erhalt der immerwährenden Neutralität Österreichs*

Begründung der Dringlichen Anfrage: KO LTAbg. Klimt-Weithaler (648)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Kunasek (654)

Wortmeldungen: KO LTAbg. Krautwaschl (660), LTAbg. Mag.(FH) Hofer (663), LTAbg. Melinz, Bakk. phil. (664), LTAbg. Amon, MBA (666), KO LTAbg. Triller BA MSc (669), KO LTAbg. Swatek, BSc (671), KO LTAbg. Klimt-Weithaler (674), LTAbg. Melinz, Bakk. phil. (677), KO LTAbg. Mag. Schnitzer (678), LTAbg. Reif (680), Landeshauptmann Kunasek (682)

Beschlussfassung: (683)

D3. Einl.Zahl 436/1

Dringliche Anfrage der SPÖ an Landesrat Dipl.-Ing. Ehrenhöfer

Betreff: *Die Steiermark braucht endlich eine Gesamtstrategie für Arbeit, Standort, Industrie und Wirtschaft – statt leerer Worte und Symbolpolitik!*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Lercher (685)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Dipl.-Ing. Ehrenhöfer (689)

Wortmeldungen: KO LTAbg. Schwarz (700), LTAbg. Kaufmann MMSc BA (701), LTAbg. Könighofer (703), LTAbg. Mag. Kampus (705), Dritte Präsidentin LTAbg. Ahrer (708), LTAbg. Mag.Dr. Dolesch (710), LTAbg. Schönleitner (713), LTAbg. Izzo (713), KO LTAbg. Schwarz (715), KO LTAbg. Mag. Schnitzer (718), Landesrat Dipl.-Ing. Ehrenhöfer (720)

Beschlussfassung: (721)

M. Mitteilungen (§ 39 GeoLT)

Betreff: Mitteilungen gem. § 39 GeoLT

DB. Einl.Zahl 460/1

Freier Tagesordnungspunkt (Landtag)

Betreff: *Darlegung des Landesbudget 2025 gem. § 45 Abs. 1 GeoLT*

Wortmeldungen: Landesrat Dipl.-Ing. Ehrenhöfer (552), LTAAbg. Melinz, Bakk. phil. (557), KO LTAAbg. Swatek BSc (561), LTAAbg. Schönleitner (565), LTAAbg. Lercher (569), LTAAbg. Kaufmann MMSc BA (573), LTAAbg. Mag.(FH) Kroismayr-Baier (576)

1. Einl.Zahl 206/5

Schriftlicher Bericht des Ausschusses Gemeinden und Wahlrecht

Betreff: *Bedarfszuweisungen in einem Ressort Verwaltung und aufgrund objektiver Kriterien vergeben*

Wortmeldungen: LTAAbg. Mag.(FH) Hofer (578), LTAAbg. Meißl (580), LTAAbg. Ing. Aschenbrenner (582), LTAAbg. Schönleitner (583), LTAAbg. Reif (584), LTAAbg. Forstner, MPA (586), Landesrat Mag. Hermann (588)

Beschlussfassung: (590)

2. Einl.Zahl 363/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses Verfassung

Betreff: *Gesetz, mit dem das Steiermärkische Seveso-Betriebe Gesetz 2017 geändert wird*

Wortmeldungen: LTAAbg. Mag.Dr. Dolesch (590), LTAAbg. Michael Wagner (591)

Beschlussfassung: (592)

3. Einl.Zahl 379/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses Finanzen

Betreff: *Beteiligungsbericht des Landes Steiermark per 31.12.2023*

Regierungsmittglied(er): Landesrat Dipl.-Ing. Willibald Ehrenhöfer

Beschluss: 379/6, einstimmig angenommen

Wortmeldungen: LTAAbg. Mag.Dr. Dolesch (592), KO LTAAbg. Swatek, BSc (594), KO LTAAbg. Krautwaschl (596), LTAAbg. Kaufmann, MMSc BA (597), LTAAbg. Mag. Dr. Holasek (598), LTAAbg. Fartek (599)

Beschlussfassung: (601)

4. Einl.Zahl 358/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses Kontrolle

Betreff: *Jahresbericht 2024 - Gesamtkostenverfolgung*

Wortmeldungen: (siehe Tagesordnungspunkt 5)

Beschlussfassung: (0000)

5. Einl.Zahl 364/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses Kontrolle

Betreff: *Tätigkeitsbericht 2024*

Wortmeldungen: LTAbg. Derler (602), LTAbg. Eisel-Eiselsberg (603), LTAbg. Wieser (604),

KO LTAbg. Schwarz (605)

Beschlussfassung: (606)

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Hohes Haus!

Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen. Es findet heute die 6. Sitzung des Landtages Steiermark in der XIX. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, die Vertreter der Medien sowie alle Zuseher vor Ort und jene, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen. Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Mario Kunasek an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind: LTAbg. Gerhard Hirschmann und LTAbg. Veronika Nitsche.

Bevor wir zur Tagesordnung kommen, begrüße ich sehr herzlich die Schülerinnen und Schüler der Polytechnischen Schule Bildungszentrum Pestalozzi Leoben mit ihrem Klassenvorstand Christian Mausnitz. (*Allgemeiner Beifall*)

Ferner freut es mich, die Schülerinnen und Schüler der Volksschule Weinitzen-Niederschöckl mit ihrer Lehrerin Frau Johanna Werner-Hieger sehr herzlich in unserem Hause begrüßen zu dürfen. (*Allgemeiner Beifall*)

Tagesordnung

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Die Gesamtredezeit der heutigen Landtagssitzung wurde gemäß § 57 Abs. 4 GeoLT in der Präsidialkonferenz beraten und beträgt drei Landstunden. Ich ersuche gemäß § 55 Abs. 1 GeoLT um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung.

Befragungen von Mitgliedern der Landesregierung

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass fünf Anfragen gemäß § 69 GeoLT eingebracht wurden. In diesem Zusammenhang darf ich die Fragestellerin bzw. die Fragesteller als auch das beantwortende Mitglied der Landesregierung um die gebotene Kürze ersuchen.

Gemäß § 69 Abs. 8 GeoLT ist beim Aufruf der gegenständlichen Tagesordnungspunkte die Frage mündlich zu wiederholen. In Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz werde ich lediglich eine kurze, präzise und auf die Fragestellung hinführende Begründung in einem maximalen Ausmaß von zwei Minuten zulassen.

Gemäß § 69 Abs. 2 GeoLT hat die Beantwortung der Frage durch das befragte Mitglied der Landesregierung so kurz und konkret zu erfolgen, wie es die Anfrage zulässt und soll ein Ausmaß von fünf Minuten nicht übersteigen.

Nach Beantwortung der Frage kann die Fragestellerin bzw. die Fragesteller eine kurze mündliche Zusatzfrage stellen. Diese darf nur eine einzige, nicht unterteilte Frage enthalten und muss mit der Hauptfrage in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen.

Über die Beantwortungen der Anfragen finden keine Wechselreden statt.

B1.

Die Befragung B1, Einl.Zahl 452/1, des Landtagsklubs der KPÖ wurde am Donnerstag, dem 24. April 2025 zurückgezogen und wir kommen somit gleich zur Befragung B2.

B2.

Am Mittwoch, dem 23. April 2025 wurde von Herrn KO LTAvg. Johannes Schwarz namens des Landtagsklubs der SPÖ eine Anfrage an Herrn LR Dr. Karlheinz Kornhäusl betreffend „**Wie sieht die Zukunft des Community Nursing in der Steiermark aus?**“ eingebracht.

Ich ersuche den Fragesteller, Herrn Klubobmann Johannes Schwarz die Frage mündlich am Redepult zu stellen.

KO LTAvg. Schwarz – SPÖ (10.03 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrte Frau Landeshauptmannstellvertreterin, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, aber speziell sehr geehrter Herr Landeshauptmann Kornhäusl!

Das Projekt Community Nursing hat sich in den letzten Jahren in vielen österreichischen, aber vor allem in steirischen Gemeinden etabliert und wird mittlerweile auch von der Bevölkerung hervorragend angenommen. In der Steiermark waren es im vergangenen Jahr 49 Personen, die in 32 Gemeinden das Angebot dieser wohnortnahen, niederschweligen und vor allem bedarfsorientierten Versorgung auf- und ausgebaut haben, und das wurde sehr gut von der Bevölkerung in Anspruch genommen. Es war jetzt dann letztes Jahr die Frage der weiteren Finanzierung. Deswegen hat im Oktober 2024 die damalige Landesregierung knappe zwei Millionen Euro in die Hand genommen, um dieses Community Nursing für das Jahr 2025 sicherzustellen. In Kooperation auch mit den Gemeinden in einer Aufteilung von 60/40, was die Kosten betrifft. Aber bereits damals haben wir angesprochen, dass es notwendig ist, eine langfristige, grundsätzliche Finanzierungsstrategie für dieses Community Nursing aufzustellen und haben damals in Aussicht gestellt, dass das noch vor dem Sommer 2025 passieren wird, weil ja auch die als Community-Nursing-Tätigen eine gewisse Perspektive brauchen, damit sie weiterhin in diesem Beruf auch tätig sein können. Wir haben jetzt in den letzten Monaten allerdings relativ wenig davon erfahren, wie es jetzt in diesem Zusammenhang konkret weitergeht. Es ist auf jeden Fall notwendig, hier Entscheidungen zu treffen. Und deswegen darf ich Ihnen die Frage stellen:

Wie geht es mit dem Erfolgsprojekt Community Nursing in der Steiermark weiter?

Ich ersuche um Beantwortung. *(Beifall bei der SPÖ – 10.05 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke Herr Klubobmann. Ich erteile nun Herrn Landesrat Kornhäusl das Wort, um zur Beantwortung dieser Frage zu kommen.

Landesrat Dr. Kornhäusl – ÖVP (10.05 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, vielen Dank fürs Wort. Herr Landeshauptmann, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, werte Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung, meine Damen und Herren Abgeordnete, vor allem aber liebe Zuseherinnen und Zuseher, liebe Jugend!

Herzlichen Dank für die Befragung, lieber Herr Klubobmann, lieber Hannes Schwarz. Du hast die Vorzüge des Community Nursings – und ich glaube, das ist das, was uns hier im Haus tatsächlich alle eint – bereits hervorgehoben. Du hast auch die Zahlen bereits genannt. Ich darf das vielleicht noch ergänzend sagen, wie viele Projekte in diesem Jahr laufen: Es sind insgesamt zwölf Projekte, im Rahmen derer 19 Gemeinden beteiligt sind und das mit insgesamt 27 Community Nurses an Köpfen. Das entspricht einer Vollzeitäquivalenten-Anzahl von knapp 18. Ich muss dazu sagen, dass wir selbstverständlich – und da möchte ich mich bei den beiden Koordinatoren in der Abteilung 8 sehr, sehr herzlich bedanken – im regelmäßigen Austausch sind mit den Community Nurses vor Ort. Einerseits, um permanent zu evaluieren, wo es noch Verbesserungspotenziale gibt, wo es da und dort – Stichwort Bürokratie vor allem – auch ein paar Hürden gibt, die wir nehmen müssen. Ich glaube, dass es jedem hier herinnen wichtig ist, dass das Projekt Community Nursing, beziehungsweise ich sage bewusst Community Nursing per se auch in die Zukunft geführt wird. Nicht zuletzt hat auch die Bundesregierung das in ihr Programm mitaufgenommen. Ich darf in diesem Zusammenhang sagen, dass ich demnächst ein Gespräch mit der zuständigen Bundesministerin Korinna Schumann haben werde, auch mit der Gesundheitsstaatssekretärin demnächst im Austausch sein werde und Community Nursing auch da ein Punkt auf unserer Besprechungstagesordnung ist. Wir sind, wie gesagt, im regelmäßigen Austausch. Ich möchte nicht vorweggreifen, auch nicht dem Budgetprozess 2026, das wäre in dem Fall unseriös. Wichtig ist, dass wir alle wissen, dass es dieses Community Nursing jedenfalls auch geben soll. Wir alle haben Interesse daran, dass wir es dann in den nächsten Jahren auch weiter ausbauen in der Steiermark, weil, worum geht es? Um wirklich eine niederschwellige Versorgung im Sinne von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern vor Ort, in Ergänzung zu unseren Pflegedrehscheiben, die in den Bezirkshauptmannschaften bereits wirklich perfekt funktionieren. In diesem Sinne sage ich Danke für die Befragung. *(Beifall bei der ÖVP und der FPÖ – 10.08 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke Herr Landesrat. Gibt es eine Zusatzfrage? Bitte, Herr Klubobmann.

KO LTAbg. Schwarz – SPÖ (10.08 Uhr): Ja, nur eine kurze Zusatzfrage. Also ohne die derzeit aktiven Community Nurses wird es ja nicht möglich sein, dieses Projekt fortzusetzen. Und die wollen halt, oder aus verständlichen Gründen muss es hier eine Entscheidung geben. Deswegen frage ich dich: Bis wann kann man mit einer konkreten Entscheidung in dieser Frage rechnen? *(Beifall bei der SPÖ – 10.09 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Bitte, Herr Landesrat.

Landesrat Dr. Kornhäusl – ÖVP (10.09 Uhr): Ja, herzlichen Dank. Das ist selbstverständlich nachvollziehbar und ich verstehe jede und jeden, der sagt: „Ich hätte lieber gern heute die Gewissheit als morgen!“ Du bist zum Glück ja wirklich ein Kenner der Thematik, du warst dabei oder wir beide haben ja unmittelbar auch im letzten Jahr auch unter Zeitdruck damals – und ich weiß von daher, das ist nicht optimal, wenn man unter Zeitdruck sowas machen muss – eine gute Lösung für das Jahr 2025 gefunden. Glaub mir, verehrter Herr Klubobmann, lieber Hannes, wir arbeiten mit Hochdruck daran. Wir haben jetzt Ende April. Mir wäre auch lieber, dass wir das eher rasch beantworten können. Aber mein Versprechen ist, dass wir mit Hochdruck daran arbeiten. *(Beifall bei der ÖVP und der FPÖ – 10.10 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke Herrn Landesrat für die Beantwortung dieser Zusatzfrage.

B3.

Ich komme nun zur Behandlung der dritten Befragung, Einl.Zahl 455/1.

Am Donnerstag, dem 24. April 2025 wurde um 16.16 Uhr von Herrn LTAbg. Alexander Melinz namens des Landtagsklubs der KPÖ eine Anfrage an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Willibald Ehrenhöfer betreffend „**Brüskierung des Landtags**“ eingebracht.

Ich ersuche den Fragesteller, Herrn LTAbg. Alexander Melinz die Frage mündlich am Redepult zu stellen.

LTAbg. Melinz, Bakk. phil. – KPÖ (10.10 Uhr): Vielen Dank, Herr Präsident. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrte Frau Landeshauptmannstellvertreterin, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Unsere Befragung bezieht sich auf die Vorlage des Entwurfs des Rechnungsabschlusses. Es ist ja so, dass dafür ein gewisses Prozedere vorgesehen ist im Landes- und Bundesverfassungsgesetz. Und in diesem Prozedere wird dann auch an einem gewissen Zeitpunkt der Landtag den Rechnungsabschluss zur Genehmigung vorgelegt bekommen, den Entwurf des Rechnungsabschlusses. Der Entwurf des Rechnungsabschlusses 2024 liegt bis dato nicht vor. Das wäre an sich jetzt auch noch nicht verwunderlich, wenn man sich die Zeiträume ansieht, die in den letzten Jahren dieser Prozess immer gedauert hat. Allerdings ist es gleichzeitig so, dass vor einer guten Woche, nämlich am 23.04.2025, in der Kleinen Zeitung ein Artikel erschienen ist zum Thema Landesbudget. Und darin hat es geheißen, ich zitiere: „Das steht im druckfrischen Rechnungsabschluss, der der Kleinen Zeitung vorliegt!“ Sie, Herr Finanzlandesrat, werden im selben Artikel auch wörtlich zitiert, nämlich sagen Sie: „Das Ergebnis des Rechnungsabschlusses 2024 ist etwas besser als der Kassasturz vorigen Dezember!“ Es liegt also nahe, dass Sie, Herr Landesrat, im Zuge dieses Gesprächs mit der Kleinen Zeitung den Entwurf des Rechnungsabschlusses auch der Presse übergeben haben, bevor der Landesrechnungshof, der Rechnungshof und vor allem auch der Landtag diesen zu Gesicht bekommen haben und deswegen stellen wir folgende Frage:

Warum haben Sie, Herr Landesrat, den Entwurf des Rechnungsabschlusses 2024 bereits der Presse übergeben, bevor dieser – wie es laut Landesverfassung vorgesehen ist – an den Landtag übermittelt wurde?

Bitte um Beantwortung. Danke. *(Beifall bei der KPÖ – 10.12 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke. Ich bitte nun, den angesprochenen Landesrat Dipl.-Ing. Willibald Ehrenhöfer, die Frage zu beantworten.

Landesrat Dipl.-Ing. Ehrenhöfer – ÖVP (10.12 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren auf den Besucherbänken und via Livestream, liebe Schülerinnen und Schüler!

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, eine Brüskierung des Landtags hat nicht stattgefunden. Wie Ihnen bekannt ist, habe ich zu keinem Zeitpunkt den Entwurf des Rechnungsabschlusses 2024 an die Presse oder einen Vertreter der Presse übergeben. Es gab lediglich eine dreiseitige Presseaussendung über die Medien, um die Öffentlichkeit über die Eckpunkte des Entwurfs des Rechnungsabschlusses zu informieren. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und der FPÖ – 10.13 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Gibt es eine Zusatzfrage, Herr Abgeordneter? Keine. Doch? Also bitte, entweder oder. Bitte, Herr Abgeordneter

LTAbg. Melinz, Bakk. phil. – KPÖ (10.13 Uhr): Vielen Dank, Herr Präsident!

Entschuldigung, ich war ein bisschen langsam. Vielen Dank für die Beantwortung, Herr Landesrat. Es ergibt sich dann aber folgende Zusatzfrage für uns: Wenn Sie den Entwurf des Rechnungsabschlusses nicht übergeben haben, wie erklären Sie sich dann, dass der Rechnungsabschluss offensichtlich der Kleinen Zeitung vorliegt? *(Beifall bei der KPÖ – 10.13 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke. Ich bitte nochmals um Beantwortung, Herr Landesrat.

Landesrat Dipl.-Ing. Ehrenhöfer – ÖVP (10.13 Uhr): Wenn Sie wollen, kann ich auch darauf schwören, aber der zuständige Redakteur mag in seinem Bericht eine fantasievolle Formulierung verwendet haben. Er war ihm nicht vorliegend. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und der FPÖ – 10.13 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke Herr Landesrat.

B4.

Ich komme nun zur Behandlung der vierten Befragung, Einl.Zahl 456/1. Ich bitte um Aufmerksamkeit.

Am Donnerstag, dem 24. April 2025 wurde um 22.04 Uhr von Frau Klubobfrau LTAbg. Sandra Krautwaschl namens des Landtagsklubs der Grünen eine Anfrage an Herrn Landesrat Mag. Hannes Amesbauer betreffend **„Abschaffung des Luftschutz-Hunderterters trotz fachlicher Einwände aus dem eigenen Haus: Faktenbefreite Politik auf Kosten der Gesundheit“** eingebracht.

Ich ersuche die Fragestellerin, Frau Klubobfrau Sandra Krautwaschl die Frage mündlich am Redepult zu stellen.

KO LTAbg. Krautwaschl – Grüne (10.14 Uhr): Danke Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren hier im Haus, liebe Zuhörende, Kolleginnen und Regierungsmitglieder!

Nun haben wir es schwarz auf weiß: Mit der Abschaffung des Luftschutzhunderterts Mitte April 2025 gefährdet diese Landesregierung unsere Gesundheit, unsere aller Gesundheit, nämlich aller derjenigen, die entlang der Autobahn leben, aber auch – und dazu komme ich gleich noch – derjenigen, die sie angeblich ja entlasten wollen, der Pendlerinnen und Pendler. Wir haben in unserer Umweltgesetzeanfrage nun das Dokument der Fachabteilung endlich erhalten, die ganz klar und deutlich sagt, dass diese Abschaffung kontraproduktiv ist, weil sie einfach hilft, weil sie nutzt, weil sie die Luft reinhält und das alles für acht Sekunden schneller fahren pro Kilometer. Acht Sekunden circa kann man dadurch schneller fahren und dafür gefährdet sie den Schutz der Menschen, der Natur, insbesondere von sensiblen Menschengruppen wie Kindern, ältere Personen, chronisch Kranke. Aber – und das kann man nachhören im Übrigen, ich schicke euch dann nachher den Link dazu – sie gefährdet auch die Gesundheit der Pendlerinnen und Pendler. Und in einer sehr interessanten Veranstaltung des ORF mit Gesundheitsexperten, Umweltmedizinern, aber auch mit dem EU-Emissionsexperten Stefan Hausberger hat der folgende Wortmeldung gemacht: „Wenn man jetzt sagt, das ist eine Schikane für die Autofahrer, dieser Luftschutzhunderterters, dass sie nicht schnell fahren dürfen, hat man irgendwas nicht verstanden. Je schneller gefahren wird, desto schlechter die Luft auch im Auto, desto mehr Energieverbrauch und Sprudel, desto mehr Kosten, desto mehr Reifenabrieb und so weiter. Auch alles nicht gesund, aber auch in der Geldtasche spürbar. Wo

da die Schikane sein soll, das muss mir mal irgendwer erklären!“ Ja, und nachdem es mir der Herr Gesundheitslandesrat letztens nicht erklären konnte, frage ich Sie jetzt, warum. Also Herr zuständiger Landesrat Amesbauer:

Warum wurde der Luftschutz-Hunderter in der Steiermark Mitte April abgeschafft, obwohl die hauseigene Stellungnahme der Landesverwaltung vom 13. März 2025 dessen Beibehaltung aus fachlicher Sicht dringend empfohlen hat?

(Beifall bei den Grünen – 10.17 Uhr)

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke. Ich bitte den Herrn Landesrat Mag. Hannes Amesbauer um Beantwortung.

Landesrat Mag. Amesbauer, BA – FPÖ (10.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kollegen der Landesregierung, geschätzte Abgeordnete, werte Damen und Herren! Ich darf mich zuerst bei den Grünen und speziell bei der Frau Klubobfrau Krautwaschl für die an mich gerichtete Frage bedanken. Es ist damit eindrucksvoll bewiesen, dass das Umweltinformationsgesetz funktioniert und nicht, wie von den Grünen bereits vorab behauptet, von der Regierung umgangen wird. Das ist das eine. Nunmehr, Frau Kollegin, sind sogar vermeintlich streng geheime Verwaltungsdokumente aufgetaucht, aber bei genauerem Hinsehen entpuppt sich das von den Grünen ergangene bahnbrechende Dokument aber als eine einzelne E-Mail, die, wie von den Grünen erwähnt, am 13. März seitens der Abteilung 15 an die Abteilung 13 erging. Darin wird das Ihnen bereits bekannte Ergänzungsgutachten der Technischen Universität Graz, das ich übrigens an alle Fraktionen ausgeteilt habe hier im Haus, und das wir auch online gestellt haben, näher erläutert. Diese E-Mail – sie enthält dreieinhalb Seiten an Text und fünf Seiten an Grafiken – haben wir natürlich nicht veröffentlicht, das ist ja völlig klar, Frau Kollegin. Obwohl Sie bereits sehr lange dem Hohen Haus hier angehören, geschätzte Klubobfrau der Grünen, sehe ich es Ihnen nach, dass Sie davon ausgehen, dass wir verwaltungsinterne Dokumente und E-Mails unserer Landesbeamten veröffentlichen. Also das war bisher nicht üblich und das wird auch in Zukunft natürlich nicht üblich sein. Aber bleiben wir bei den Fakten, geschätzte Damen und Herren. Ihre eigentümliche Interpretation der Inhalte dieser E-Mail stehen sinnbildlich für den Zugang der Grünen zu Sachthemen: Panikmache, Klimahysterie, das Herbeireden vom Ende der Welt und der Gesundheit aller Steirer. Ich stelle klar: Die Landesverwaltung hat nicht auf die Beibehaltung des Tempolimits dringend hingewiesen und das dringend empfohlen, wie

Sie das gerade behauptet haben, sondern sie verweist lediglich darauf, dass ab 2030 strengere Grenzwerte der EU gelten. That's it – das ist alles. Das haben wir schon x-mal hier diskutiert. Ihre Fragestellung ist somit unwahr, Frau Kollegin. Ich darf nun auch ein Zitat bringen aus dem E-Mail: „Zusammenfassend zeigen die Daten der Messstationen des Luftmessnetzes Steiermark für den Bereich Grazer Becken und Leibnitzer Feld, dass die aktuellen Grenzwerte des IGL für sämtliche in diesem Gesetz reglementierten Luftschadstoffemissionen eingehalten werden.“ Das haben wir auch schon öfters hier besprochen. Und ja, Frau Kollegin, aus heutiger Sicht werden die neuen Grenzwerte für das Jahr 2030 nicht eingehalten. Der Lufthunderter trägt dazu quasi aber gar nichts bei. Es sind andere Maßnahmen nötig und das sagt Ihnen das Ergänzungsgutachten und das wissen Sie auch selbst ganz genau. Und lassen Sie mich daher extra noch einmal für die Grünen die Ausführungen auch des Klimaschutzministeriums zu diesem Thema kurz darlegen: „Die neuen Grenzwerte der EU-Luftschutzqualitätsrichtlinie haben mit dem Lufthunderter rein gar nichts zu tun. Der Lufthunderter war niemals zur Verbesserung der großflächigen Luftschadstoffbelastung in der Steiermark konzipiert. Dessen Ziel war alleine der damals noch notwendige Schutz der autobahnnahe Wohnnachbarschaft in einem ganz schmalen Korridor links und rechts der Autobahn. Die neue Luftqualitätsrichtlinie der EU ist jedenfalls am 10. Dezember 2024 in Kraft getreten. Nun bleiben zwei Jahre für die Umsetzung in nationales Recht. Hier klären das zuständige Bundesministerium und die entsprechenden Abteilungen des Landes die weitere Vorgehensweise,“, auch das haben wir immer so offen dargelegt, „bis im Laufe des Jahres 2026 die rechtlichen Rahmenbedingungen für allfällige Maßnahmen zur Erreichung der Grenzwerte feststellen. In sogenannten Roadmaps ist in Abstimmung mit dem Ministerium bis Dezember 2028 ein Plan zur Luftreinhaltung zu erstellen, auch um eine mögliche Fristerstreckung zur Erreichung der Ziele gewährt zu bekommen.“ Abschließend, Frau Kollegin Krautwaschl, es gilt in jedem Fall, sachliche und vernünftige Strategien zu entwickeln, um die steirische Umwelt zu schützen und die Gesundheit der Bürger. Da sind wir uns, glaube ich, alle in diesem Haus einig. Für hermetisch abgeriegelte Innenstädte, autofreie Innenstädte, für die Wünsche der Grünen, vielleicht nach Lastenfahrrädern auf dreispurigen Autobahnen und für finanziell unerfüllbare Vorgaben für die Bereiche der Industrie, der heimischen Landwirtschaft und des Gewerbes steht diese Regierung und ich als zuständiger Landesrat sicherlich nicht zur Verfügung. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ und der ÖVP – 10.22 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke Herr Landesrat. Ich sehe, es gibt eine Zusatzfrage.

KO LTAbg. Krautwaschl – Grüne (10.22 Uhr): Ich finde es mittlerweile schon wirklich ein bisschen befremdlich, dass ständig Fragen beantwortet werden, die ich gar nicht gestellt habe und dafür, die ich gestellt habe, nicht. Aber ich versuche es mit einer Zusatzfrage: Glauben Sie, dass die Experten Stefan Hausberger von der TU Graz, der Umweltmediziner Hans-Peter Hutter, der renommierte, und der ehemalige MED-Unirektor Hellmut Samonigg, die sich alle ganz klar für die Beibehaltung des Luftschutzhunderts ausgesprochen haben, sich nicht auskennen oder keine Expert_innen für Gesundheit sind? *(Beifall bei den Grünen – 10.22 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Bitte, Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Amesbauer, BA – FPÖ (10.22 Uhr): Sehr geehrte Frau Klubobfrau, das glaube ich nicht. Aber ob man etwas glaubt oder nicht, das ist meines Wissens auch kein Gegenstand des Interpellationsrechts. Es gibt auch andere Experten, die anderes sagen, also das ist jetzt keine Glaubensfrage, wir diskutieren hier Fakten und ich habe Ihnen meine Antwort dargelegt. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und der ÖVP – 10.23 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Herr Landesrat. Damit ist die Beantwortung 4 erledigt. Bevor wir zur 5. Befragung kommen, passend zum nächsten Tagesordnungspunkt, darf ich den ORF-Stiftungsrat Herrn Thomas Prantner in unserem Hause begrüßen. *(Allgemeiner Beifall)*

B5.

Ich komme nun zur Behandlung der fünften Befragung, Einl.Zahl 457/1:

Am Freitag, dem 25. April 2025 wurde von Herrn Klubobmann LTAbg. Nikolaus Swatek namens des Landtagsklubs der NEOS eine Anfrage an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Willibald Ehrenhöfer betreffend „**Wahlversprechen einhalten: Wann fällt die Landesabgabe?**“ eingebracht.

Ich ersuche den Fragesteller, Herrn Klubobmann LTAbg. Nikolaus Swatek die Frage mündlich am Redepult zu stellen. Bitte Herr Klubobmann.

KO LTAbg. Swatek, BSc – NEOS (10.24 Uhr): Vielen Dank Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, liebe Steirerinnen und Steirer, sehr geehrter Herr Landesrat!

In der Steiermark wird zusätzlich zur ORF-Haushaltsabgabe eine Landesabgabe eingehoben, die die monatlichen Fixkosten der steirischen Haushalte weiter in die Höhe treibt. Während viele Steirerinnen und Steirer ohnehin mit steigenden Lebenshaltungskosten kämpfen, belastet die Landesregierung damit ihre Bürgerinnen und Bürger nur zusätzlich mit einer Abgabe, die es in der Mehrheit der anderen Bundesländer längst nicht mehr gibt. In Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg wurde diese Abgabe entweder nie eingehoben oder bereits abgeschafft. Nur vier Bundesländer, darunter die Steiermark, halten weiterhin an diesem überholten Modell fest. In dem Regierungsprogramm der blau-schwarzen Landesregierung bekennen sich FPÖ und ÖVP jetzt Gott sei Dank auch dazu, diese Abgabe abzuschaffen. Doch ein Blick auf das Budget 2025 zeigt klar: Dieses Jahr ist man als Landesregierung nicht dazu bereit, auf dieses Körpergeld zu verzichten. Die Landesabgabe bleibt 2025 also weiterhin bestehen. Und sehr geehrter Herr Landesrat, es geht hier nicht nur ums Geld, es geht auch um die Glaubwürdigkeit. Wenn Regierende Versprechen geben, dann müssen sie diese auch halten. Und sie müssen auch Rede und Antwort stehen, wann sie ihre Ideen auch umsetzen, sonst verliert die Politik nur weiter an Vertrauen. Meine Frage daher an Sie:

„Können Sie den Steirerinnen und Steirern versprechen, dass die Landesabgabe mit 01.01.2026 abgeschafft sein wird?“

(Beifall bei den NEOS – 10.25 Uhr)

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Herr Klubobmann. Ich bitte Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Willibald Ehrenhöfer, die Frage zu beantworten.

Landesrat Dipl.-Ing. Willibald Ehrenhöfer – ÖVP (10.25 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren auf den Besucherbänken und via Livestream, nochmals liebe Schülerinnen und Schüler!

Herzlichen Dank Herr Abgeordneter für die Anfrage, die ich ebenso rasch beantworten kann. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass im Arbeitsübereinkommen der FPÖ-Steiermark und der Steirischen Volkspartei 2024 bis 2029 die Abschaffung der ORF-Landesabgabe angeführt ist. Ich darf auch darauf hinweisen, dass dieses Regierungsprogramm auch für die gesamte Legislaturperiode, also bis 2029, gilt. Wir werden aber im Rahmen der Budgetverhandlungen für 2026 – und dabei weise ich darauf hin, dass gerade Sie immer wieder darauf pochen, den Schuldenberg abzubauen – für 2026, die im Mai beginnen, zu diesem Thema Gespräche mit dem Koalitionspartner führen werden und das Thema behandeln werden. Und Sie werden darüber informiert, wenn wir zu einer Einigung gekommen sind, wann das der Fall sein wird. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und der FPÖ – 10.26 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Herr Landesrat. Ich sehe, es gibt eine Zusatzfrage.

KO LTAbg. Swatek, BSc – NEOS (10:27 Uhr): Also eigentlich sind diese Befragungen schon dazu da, dass man auch die Frage beantwortet, die gestellt wird. Vielleicht sollte ich sie einfach eins zu eins wiederholen: Können Sie versprechen, dass die Abgabe mit 01.01.2026 abgeschafft wird oder nicht? Simple Frage: Ja oder nein? *(Beifall bei den NEOS – 10.27 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Dipl.-Ing. Willibald Ehrenhöfer – ÖVP (10:27 Uhr): Wenn Sie Ihre Versprechen aus der Vergangenheit einfordern würden, dann würden Sie auch einen so einen Berg an Versprechen haben. Ich verspreche nichts, was ich noch nicht sagen kann. Das ist Gegenstand des Regierungsprogramms und das ist Gegenstand von Gesprächen in der Regierung. Und das ist meine Antwort. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und der FPÖ – 10.27 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke Herr Landesrat. Damit sind die Befragungen beendet und ich fahre mit der Besprechung einer Anfragebeantwortung fort.

BA1.

Von Abgeordneten der Grünen wurde ein Antrag, Einl.Zahl 239/3, auf Besprechung der Anfragebeantwortung von Herrn Landesrat Dr. Karlheinz Kornhäusl, Einl.Zahl 239/2, betreffend „**Wie geht es mit dem Pilotprojekt MedMobil 1450 – Steiermark weiter?**“ eingebracht.

Die Besprechung der Anfragebeantwortung wird von Frau Klubobfrau LTAbg. Sandra Krautwaschl eröffnet, wobei gemäß § 67 Abs. 5 GeoLT die Redezeit zehn Minuten beträgt. Danach kann sich je eine Rednerin/ein Redner pro Klub mit einer Redezeit von fünf Minuten zu Wort melden.

Stellungnahmen von Regierungsmitgliedern dürfen nicht länger als zehn Minuten dauern.

Ich weise des Weiteren auf die Bestimmung des § 67 Abs. 6 GeoLT hin, wonach bei der Besprechung der Anfragebeantwortung schriftlich der Antrag gestellt werden kann, der Landtag nehme die Beantwortung zur Kenntnis oder nicht zur Kenntnis. Dem Antrag kann eine kurze Begründung beigegeben werden.

Zur Eröffnung der Besprechung erteile ich Frau Klubobfrau Sandra Krautwaschl das Wort und verweise noch einmal auf die Redezeitbegrenzung von zehn Minuten.

KO LTAbg. Krautwaschl – Grüne (10.29 Uhr): Danke Herr Präsident, werte Zuhörende, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Regierungsmitglieder!

Lieber Herr Gesundheitslandesrat, du hast ja heute bei der Befragung zum Community Nursing schon gemeint, man solle keine Entscheidungen unter Zeitdruck fällen. Ja, das kann man so sehen natürlich, obwohl dieses Projekt ja eines ist, wo wir schon sehr, sehr lange wissen: Das wirkt, das ist sinnvoll, das brauchen wir. Bei anderen Entscheidungen galt dieses Prinzip „nicht unter Zeitdruck“, offenbar nicht. Uns liegt jetzt eben mit deiner Antwort auf unsere Schriftliche Anfrage zum Pilotprojekt MedMobil nochmal ganz, ganz klar vor, dass man dieses sogenannte MedMobil nicht gebraucht hätte. Und warum ich das jetzt hier trotzdem nochmal besprechen will, ist nicht die Tatsache, dass wir das nicht eh schon vorher wussten. Wir haben damals, wie du ja weißt, dich in einer Dringlichen Anfrage dazu befragt, weil Auslöser von diesem ganzen Projekt war ja die Vorwahlkampfretorik vom damaligen

Landeshauptmann Drexler, der die Steiermark mit Steirerambulanzen überziehen wollte, was wir insofern sehr kritisch gesehen haben, weil wir damals schon wussten, (*Zweiter Präsident LTAbsg. Mag. Drexler: „Damals das Konzept nicht verstanden und heute nicht! Sinnerfassend lesen!“*), dass es viele wichtige andere Konzepte gibt, die wir dringend stärken müssen in der Gesundheitsversorgung. Und weil auch alle Expert_innen – wieder Expert_innen, die können einem natürlich wurscht sein, aber uns sind sie halt nicht wurscht – aus dem Gesundheitsfonds, der ÖGK-Obmann Josef Harb, den ich persönlich auch sehr gut kenne, haben massiv davor gewarnt, in so ein Projekt, so kurz vor der Wahl, so ganz auf die Schnelle, Geld hineinzustecken, weil ihnen völlig klar waren, dass der Bedarf dort nicht gegeben ist für diese Nachtstunden zwischen, ich glaube, 23.00 und 04.00 Uhr. Das ist jetzt auch in deiner Anfragebeantwortung eh bestätigt worden. Aber das haben die eben alle vorher schon gewusst. Und wir haben auch vorher davor gewarnt, weil wir ja alle wussten – und wir werden heute ja noch über das Budget sprechen, das ja aus allen Ufern läuft im Moment –, weil wir wussten, dass das kein sinnvoller Einsatz von Budgetmitteln sein wird. Die Antwort damals darauf – und ich vermute oder befürchte fast, dass das heute wieder deine Antwort sein wird –, war: „Ja, man wird wohl noch einmal etwas ausprobieren dürfen!“ Das kann man natürlich so sehen, die Regierung kann alles ausprobieren, aber dieses Ausprobieren, wovon alle Expert_innen inklusive des Gesundheitsfonds vorher gewarnt haben, hat den Steirerinnen und Steirern immerhin 260.000 Euro gekostet. Jetzt kann man natürlich angesichts dieser Abermillionen, die da – wir werden heute noch darüber sprechen – fehlen, die wir jetzt dann irgendwie einsparen werden müssen, ist das ja eine Lappalie. Und deswegen haben wir uns, habe ich mir gemeinsam mit meinen Mitarbeiter_innen angeschaut: Was heißt das eigentlich? Was hätte man alles damit machen können? Und was ist tatsächlich passiert mit diesen 260.000 Euro? In den Bezirken – das steht so in deiner Anfragebeantwortung –, wo das ausprobiert worden ist, also in diesen drei Bezirken, hat das dazu geführt, dass insgesamt alle zwei Nächte ungefähr eine Visite durchgeführt wurde, die, wie gesagt, in der Gesamtversorgung durch Krankenhausambulanzen absolut abgedeckt werden hätte können. Insgesamt hat eine Visite also – das ist kein schwieriges Reichenbeispiel – 2.600 Euro gekostet. Du wirst es nicht bestreiten, weil du diese Antwort kennst. (*Landesrat Dr. Kornhäusl: „Ja, ich weiß es. Ich habe es beantwortet!“*) 2.600 Euro hat eine Visite gekostet und man wusste vorher, dass das ein Blödsinn ist. Es wurde x-mal gesagt, es wurde von verschiedenen – nicht nur von uns – von wirklichen Experten, x-mal darauf hingewiesen, dass das eine Verschwendung von Geld ist, auch eine Verschwendung der so wichtigen

ärztlichen Ressourcen, die wir so dringend woanders brauchen. Aber jetzt komme ich dazu, was man stattdessen damit machen hätte können, weil das ist wirklich entscheidend. Es klingt nach wenig Geld angesichts unserer Budgetdefizite, aber man hätte z.B. zumindest zwei vollzeitequivalente Community nursings damit finanzieren können. (*Landesrat Dr. Kornhäusl: „Dazu komme ich dann!“*) Eine Leistung ... ja dazu kommst du, aber das ist eine Leistung, die jetzt unter Druck steht, wo wir immer noch nicht genau wissen, was da jetzt draus wird, und die ganz viel dazu beiträgt, unser Gesundheitssystem nicht nur leistbar zu halten, sondern auch Leid von den Menschen abzuhalten, weil sie präventiv wirkt, weil sie unseren Pflegebedarf reduziert, weil sie letztlich ein ganz wichtiger Baustein von mobil vor stationär ist, was ihr ja selber immer predigt. Gut, also zweieinhalb solcher Vollzeitequivalente hätten wir finanzieren können mit 260.000 Euro. Wir hätten für ein Schuljahr an elf Schulstandorten zumindest drei Schulsozialarbeiter_innen Vollzeitequivalente finanzieren können. Eine Leistung, wo wir wissen, dass wir das so dringend brauchen, Gewaltprävention, die schwierige Situation von Pädagog_innen an den Schulen. Damit hätte man drei solche Vollzeitequivalente ausprobieren können, ob die helfen. Das hätte man nämlich gewusst, dass die helfen. Das hätten auch alle Expert_innen sicher bestätigt. Man hätte auch regionale Krisenwohnungen finanzieren können, die es auch teilweise dringend braucht, worauf die Frauenhäuser Steiermark immerhin hinweisen; fast für vier Jahre hätte man die finanzieren können. Und man hätte für Case- und Care-Management im Globale Budget Gesundheit fast die gesamte Summe zur Verfügung gehabt, die kostet nämlich 284.000 Euro. Und um ein Projekt noch zu nennen, das jetzt nicht aus dem Sozial- oder Gesundheitsbereich kommt, weil es ja auch dort wichtige Dinge zu tun gibt: Renaturierung von Flussufern, da hätte man zwei Kilometer Flussufer renaturieren können, um Niederwasserbelebung zu machen, Stärkung der Artenvielfalt sicherzustellen und Hochwasserschutz für die betroffene Bevölkerung. (*LTAbg. Fartek: „Mein Gott Sandra, was du für Vergleiche hast, das ist ja unglaublich!“*) Das ist nämlich gar nicht so teuer, wie man gedacht hat. 260.000 Euro sind viel Geld, mit dem man viel Sinnvolles tun kann, tun hätte können, was wir nicht getan haben, sondern wir haben – ihr habt ein Projekt umgesetzt, weil es sich der damalige Landeshauptmann in seinem Wahlkampf so ausgedacht hat, (*Zweiter Präsident LTAbg. Mag. Drexler: „Das ist derartig unerhört, was du da daherplauderst!“*) wo man wusste, dass dieses Projekt nicht gebraucht wird. (*Zweiter Präsident LTAbg. Mag. Drexler: „Ist die Entlastung der Spitalsambulanzen von den Experten empfohlen: Ja oder nein?“*) Und das ist auch der Grund, warum sich der Herr Landesrat Ehrenhöfer, der ja

auch schon ausrichten hat lassen, dass die Vorgängerregierung nicht sehr sparsam mit dem Budget umgegangen ist. Das hat er ja medial auch ausgerichtet. Ich hoffe, das hat nicht irgendein Journalist falsch verstanden, sondern er hat das wirklich gesagt. Aber das werde ich dann vielleicht mit den Journalisten nochmal besprechen. Also der Herr Landesrat Ehrenhöfer kann sich bei seinen eigenen Parteikollegen beklagen, wie teilweise – und dieses Pilotprojekt ist wirklich nur ein kleiner Puzzlestein – wie teilweise in nicht sinnvollen Strukturen unfassbar viel Geld verschwendet worden ist. Und gerade in der Pflege ist das etwas, was wir z.B. seit Jahren, seit Jahrzehnten aufzeigen, dass wir andere Strukturen brauchen, eben die schon genannten Community Nurses und nicht immer nur noch ein Pflegeheim, noch ein Pflegeheim, wo uns dann sogar das Personal fehlt. Gut, und das ist der Grund, dieses auch finanzielle Desaster ist der Grund, warum ich diesen Punkt heute hier nochmal besprechen wollte, weil uns sind 260.000 Euro, die sinnlos in den Wind geblasen wurden, überhaupt nicht wurscht und das kann auch den Steirerinnen und Steirern nicht wurscht sein. Danke sehr.
(Beifall bei den Grünen – 10.37 Uhr)

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Bettina Schoeller.

LTabg. Mag. Schoeller, MSc – NEOS (10.38 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrter Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer und Zuschauerinnen!

Ich darf ja noch einen anderen Blickwinkel hineinbringen in diese Diskussion, nämlich den der Kommunikation. Stellen Sie sich vor: Jemand eröffnet ein neues Geschäft in einer kleinen Seitenstraße, er hängt aber kein Schild dran. Er macht keine Werbung und sagt niemandem, dass es das Geschäft gibt, es gibt auch kein Schaufenster. Nach ein paar Monaten wundert er sich: „Komisch, keiner kommt, dann machen wir halt wieder zu!“ Genauso wurde im übertragenen Sinne mit dem MedMobil 1450 umgegangen. Warum? Angeblich, weil es nicht angenommen wurde. Aber wie denn auch? Wer wusste genau davon? Wurde das Projekt aktiv beworben? Wurden Gemeinden, Pflegeeinrichtungen oder Hausärzt_innen systematisch informiert und eingebunden? Aus meiner Sicht eine Fehlanzeige. Das ist, als würde man ein Start-up gründen, aber auf Werbung, Vertrieb und Kundenkontakt verzichten und sich dann wundern, warum der Businessplan nicht aufgeht. Und das ist kein polemisches Bild, sondern belegbar. Laut offizieller Anfragebeantwortung wurden keine Kosten für Öffentlichkeitsarbeit

oder Bewerbung ausgewiesen. Über – wie es die Kollegin schon gesagt hat – 260.000 Euro hat das Projekt gekostet und nicht ein Cent wurde für die Kommunikation ausgegeben. Keine Kampagne, keine Reichweite. Zumindest ist es so angeführt in der Anfragebeantwortung. Das widerspricht aus unserer Sicht ihrer ökonomischen Logik. Es wäre auch eine gute Möglichkeit gewesen, die Leistungen von 1450 auch weiter bekannt zu machen. So ist es auch in der Presseaussendung von Herrn Landesrat Kornhäusl im Oktober zu lesen gewesen. Das heißt, aus unserer Sicht liegt hier das Problem, dass eine Gesamtstrategie fehlt. Es fehlt der politische Wille, gute Ideen auch langfristig durchzuziehen. Und es fehlt ganz offensichtlich an professioneller Kommunikation. Aus der Beantwortung geht für uns auch keine saubere Datengrundlage hervor. Welche Regionen, nämlich im Detail, waren beteiligt? Wie sah die Bevölkerungsstruktur aus? Und wie viele Ärztinnen und Ärzte waren vor Ort verfügbar? Und das waren die eigentlichen Probleme, wieso es eingestellt wurde. Denn ein gutes Gesundheitsprojekt ist nur dann gut, wenn es den Menschen bekannt ist und es tatsächlich genutzt wird. Im Übrigen, wenn man sich das anschaut, hat es sehr wohl schon zu einer Reduktion von Nachtdienst-Ambulanzkontakten geführt in der Region Weiz/Gleisdorf um 8,6 % im Vergleich zum Vorjahr, wenn klar mir bewusst ist, dass der Zeitraum nicht repräsentativ ist, weil es eben nur in dieser Kürze gemacht wurde. Was es jetzt unserer Meinung nach braucht, ist eine klare und transparente Analyse, warum das MedMobil wirklich gescheitert ist, nicht nur organisatorisch, sondern vor allem auch kommunikativ. Eine echte Strategie, wie moderne Versorgungsformen wie 1450, Telemedizin, Mobile Dienste miteinander verbunden werden und endlich ein Ende vom blinden Gesundheitsaktionismus, der nach dem Gießkannenprinzip startet und auf gut Glück hofft, dass es funktioniert. Denn wer neue Angebote schafft, muss sie auch erklären, bewerben und weiterentwickeln. Alles andere ist – und da stimme ich mit der Kollegin überein – mit Verlaub Ressourcenverschwendung. Danke schön. *(Beifall bei den NEOS – 10.41 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke. Als Nächste am Wort ist die Frau Universitätsprofessorin Dr. Sandra Holasek.

LTAbg. Dr. Holasek – ÖVP (10.42 Uhr): Geschätzter Herr Landeshauptmann, geschätzte Frau Landeshauptmannstellvertreterin, Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf den Abgeordnetenbänken, geschätztes Publikum hier im Hohen Landtag!

Ja, eine wichtige Thematik, Pilotprojekte im medizinischen Versorgungsbereich – ein Pilotprojekt ist immer in einer Kurzzeit angesetzt und so war es auch in diesem Projekt MedMobil 1450, das von der vorherigen Verantwortung der Regierung als primär auch in einem Evaluierungszeitraum auch in dieser Kürze aufgesetzt war, um diesen neuen Ansatz zu beleuchten in den Regionen, etwas, das in Graz funktioniert, in den Regionen sich anzuschauen. Und wenn man sich das sachlich anschaut, es ist natürlich so, dass unser Landesrat Karlheinz Kornhäusl, der von Beginn an proaktiv auch agiert hat, das Projekt gut im Auge gehabt hat und vor dieser parlamentarischen Anfrage bereits in die Öffentlichkeit transparent gegangen ist und die aktuelle Analyse auch berichtet hat. Lösungsorientierte Sachpolitik ist es, was es braucht und den Innovationsgeist, den braucht man vor allem in der Medizin. Und so gibt es ja Beispiele an anderen Projekten, die ähnlich aufgesetzt sind, die hocheffektiv sind, wie z.B. die Teledermatologie oder HerzMobil. Worum geht es dabei? HerzMobil, da geht es um das Zusammenspiel von Spitälern und niedergelassenen Bereich, das Zusammenspiel mit Pflegepersonal, wo in diesem Fall Herzpatientinnen gut medizinisch versorgt werden können, mit einer Ressourcenschonung der vorhandenen Einheiten, telemedizinische Kontrolle, die tatsächlich gut funktioniert und ein Schulungsprogramm und Betreuungsprogramm beinhaltet. Oder die Teledermatologie, wo wir massiv verkürzte Wartezeiten nun haben, 120 Ärzte hier teilnehmen, über 4.000 Patienten bereits betreut wurden, patientenorientiert, bedarfsorientiert und darum geht es. Und dieses Zusammenspiel von niedergelassenem Bereich, auch Hausärzten, hat gezeigt, dass fast 90 % keinen weiteren Termin brauchen in diesem Teledermatologie-Konzept. Deshalb ist auch klar, dass bei MedMobil weitere Daten notwendig sind und so war das Konzept auch primär aufgesetzt. Es ist wichtig, Innovation zuzulassen, fundiert zuzulassen und dazu braucht es aber ein Anwendungsprojekt. Es hilft nicht einfach nur die Kalkulation vorzulegen, sondern wirklich die Anwendung in den Regionen ganz konkret sich anzuschauen und das ist jetzt in diesem kurzen Zeitraum von Oktober 2024 bis teilweise Jänner 2025, März 2025 passiert. Also ein sehr überschaubares Pilotprojekt, das gut abgesichert durchgeführt wurde. Und zu den Bemerkungen der Grünen, dass es hier jetzt keine Transparenz gab oder dass da keine Expertise herbeigezogen wurde, stimmt ja nicht. Wir brauchen uns ja nur anschauen: Wie wurde in der Gesundheitsplattform abgestimmt? Es gab nur eine Stimme dagegen. Also es war wirklich ein de facto einstimmiger, fast einstimmiger Beschluss in dieser riesigen Plattform, wo Expertise aus unterschiedlichstem Bereich mitstimmt. Und das ist ja auch der Sinn der steirischen Gesundheitspolitik, durch die Gesundheitsplattform auch diese Sicherheit

zu bieten, Expertisen einbinden zu können. Ich darf nun einen Entschließer hier beantragen, und zwar:

Die Anfragebeantwortung wird zur Kenntnis genommen.

Danke. *(Beifall bei der ÖVP und der FPÖ – 10.46 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke. Am Wort ist der zuständige angesprochene Landesrat Dr. Karlheinz Kornhäusl. Bitte, Herr Landesrat.

Landesrat Dr. Kornhäusl – ÖVP (10.46 Uhr): Ja, herzlichen Dank Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, liebe Damen und Herren Abgeordnete, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ja, herzlichen Dank für die Wortmeldungen jetzt im Vorfeld. Da sieht man natürlich auch, wie spannend und mitunter schwierig Gesundheitspolitik sein kann. Die Kollegin Schoeller sagt, an und für sich gescheite Geschichte, aber die Bewerbung mutmaßlich zu schlecht. Da komme ich kurz darauf zu sprechen. Die Kollegin Krautwaschl sagt sowieso: „Alles ein Blödsinn, habe ich von Anfang an gesagt!“ Das finde ich sowieso spannend, weil von Anfang an zu sagen, das bringt nichts, wo wir in Graz, wo eine grüne Vizebürgermeisterin im Amt ist, dasselbe Projekt sehr erfolgreich laufen haben, das verstehe ich nicht ganz, dann von vornherein zu sagen, dass das ein Blödsinn ist. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* Und auch weil du, Frau Klubobfrau, gesagt hast: „Die vielen Expertinnen und Experten ...!“ Ja, natürlich kann man bei solchen Dingen einer kontroversiellen Meinung sein. Das ist ja unbestritten und das wird man auch in allen Bereichen des Lebens haben. Sogar die Mitglieder der ÖGK waren hier teilweise anderer Meinung und das stimmt, was du gesagt hast, Frau Klubbaufrau: Mit dem Sepp Harb habe ich auch viel diskutiert, der war von Anfang an kritisch. Aber seinerzeit der Vorsitzende Vinzenz Harrer war ein glühender Befürworter, auch wie ÖGK-Vertreter aus Wien. Also da waren wir auch hier nicht immer einer Meinung. Das Gleiche gilt für die Ärzteschaft: Glühende Vertreterinnen und Vertreter und teilweise Ärztinnen und Ärzte, die gesagt haben: „Na, schauen wir uns vielleicht etwas anderes an!“ Nichtsdestotrotz hat die letzte Landesregierung, genauso wie diese Landesregierung, immer eines zum Ziel gehabt und hat es zum Ziel und es wird auch in Zukunft so sein: Die bestmögliche Versorgung der Menschen in unserem Land. Und es muss unser gemeinsames Ziel sein. Und unter diesem Motto hat die letzte Landesregierung und auch die jetzige Landesregierung immer ein Credo verfolgt: Niedergelassen, vor Spitalsambulanz, vor stationären Aufenthalt.

Das müssen wir tun, weil wir wissen aus unseren Erfahrungen, aber vor allem aus den Zahlen, Daten und Fakten, dass viele Menschen leider Gottes nicht immer an dem Ort behandelt werden, wo sie eigentlich am besten aufgehoben wären. Und man ist nicht immer am besten auf der Universitätsklinik aufgehoben. Reicht oft die Expertise unserer hervorragenden Hausärztinnen und Hausärzte. Du hast mir eine Antwort in den Mund gelegt und da hast du recht gehabt, Frau Klubobfrau, dazu stehe ich auch: Ich glaube, man muss den Mut haben, Pilotprojekte zu starten, das haben wir damals gemeinsam gemacht als Steiermärkische Landesregierung. Und man muss dann den Mut haben, wenn man sieht, dass es tatsächlich nicht so angenommen wird – und jetzt muss ich sagen, ich hätte es mir auch anders gewünscht, und da mache ich jetzt einen kurzen Sidestep zu dir, liebe Frau Abgeordnete Schoeller: Das ist nicht ganz richtig. Es haben alle Regionalmedien darüber berichtet, wir sind mehrmals medial vorgekommen. Es ist über die Social Medias berichtet worden. Wir haben mit unseren Partnerinnen und Partnern im System gesprochen, natürlich 1450. Und 1450 läuft in der Steiermark. Bei all den Baustellen, die wir natürlich auch haben, besser als in nahezu allen anderen Bundesländern. Aber ich gebe dir trotzdem recht: Reden, reden, reden, Dinge noch besser bekannt machen. Das sind oft ein paar harte Bretter, aber es lohnt sich am Ende des Tages. Also da gebe ich dir jedenfalls Recht. Und jetzt komme ich zu dem, was du gesagt hast, was meine Antwort sein wird, nämlich ein Projekt auch einmal dann zu lassen, wenn man sieht: Es funktioniert am Ende nicht so optimal. Und ich habe gesagt, ja, ich hätte es mir auch anders gewünscht. Aber, und das, liebe Frau Klubobfrau, ist jetzt fast ein bisschen entlarvend, weil wir haben in der letzten Bundesregierung ein Projekt gehabt, damals angeleiert – ich habe ihn wirklich sehr geschätzt und schätze ihn nach wie vor – vom Gesundheitsminister Rauch, wo damals von Seiten der Europäischen Union und des Bundes auch Gelder zur Verfügung gestellt worden sind, nämlich das Community Nursing. So, aber da ist man hergegangen und hat zwar gesehen, dass das Projekt großartig funktioniert, aber man hat kein Geld mehr zur Verfügung gestellt von Seiten des Bundes und hat gesagt: „So liebe Länder, jetzt schaut's, wo ihr bleibt!“ (*Beifall bei der ÖVP und FPÖ*) Also das ist schon ein bisschen entlarvend. Die grüne Klubobfrau wirft der steirischen Landesregierung vor, dass sie ein Projekt beendet, nachdem es leider – und ich betone das –, leider nicht so funktioniert hat, wie wir uns das gewünscht hätten. Und auf der anderen Seite ist es Ihre eigene Fraktion, die ein erfolgreiches Projekt einfach abdreht. Also das muss mir einmal einer erklären. Aber wir werden auch mit dieser Herausforderung zurande kommen, als Steiermark und als Steiermärkische Landesregierung. Und werden natürlich versuchen und tun alles, damit wir

das Community Nursing vorsetzen. So, meine sehr geehrten Damen und Herren, soviel zum Thema MedMobil 1450 Steiermark. Wie geht es weiter? Wir wissen trotzdem: Es gibt einen Bedarf. Wir haben uns damals die Regionen gut angeschaut. Wir wussten, dass vor allem in jenen Regionen die Belastung in den Spitalsambulanzen höher ist als in anderen steirischen Regionen. Wir sind auch jetzt wieder im Gespräch mit allen Partnerinnen und Partnern, die wir in der Steiermark haben. Und da möchte ich wieder betonen, dass wir in der Steiermark ein beispiellos gutes, vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen ÖGK, zwischen Gesundheitsfonds, mit der Ärztekammer, mit Berufsgruppenvertreterinnen und -vertretern und, und, und haben, und wir jedenfalls weiter trachten werden, dass wir die Versorgung auch in den Nachtstunden verbessern werden. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und der FPÖ – 10.53 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke Herr Landesrat für deine Beantwortung. Die Frau Klubobfrau Krautwaschl hat sich noch einmal gemeldet.

KO LTAbg. Krautwaschl – Grüne (10.54 Uhr): Ja, danke Herr Präsident, werte Zuhörende, lieber Herr Landesrat!

Es ist wirklich unfassbar, wie du versuchst, mit Umdrehen von Tatsachen und Verwirrungstaktik hier dem auszukommen, was mein eigentlicher Kritikpunkt war. Und deswegen möchte ich ein paar Sachen hier nochmal richtigstellen. Erstens, du weißt ganz genau – und bitte stell dich da nicht unwissender, als du bist –, dass die Zahlen und die Fallzahlen und die Notwendigkeit in Graz und im urbanen Raum eine andere sind, völlig andere als in den Regionen. Das wussten wir vorher. Ich habe die Zahlen am Tisch gehabt, und ich glaube dir echt nicht, dass du sie nicht am Tisch gehabt hast. Insofern ist das ein unzulässiger Vergleich, der nichts damit zu tun hat, was da passiert ist, sondern man hat wissentlich in eine Sache Geld investiert, wo klar war, dass der Bedarf nicht da ist. *(Zweiter Präsident LTAbg. Mag. Drexler: „Das ist typisch: Nichts für den ländlichen Raum!“)* So, zum Community Nursing, weil du das auch noch einmal angesprochen hast und das schlägt ja dem Fass wirklich den Boden aus: Wir haben, als wir noch Teil der Bundesregierung waren, für das Community Nursing genau für die Weiterführung Geld hineinverhandelt in den Finanzausgleich, das die Steiermark aufgrund der Gesamtbudgetanlage, nehme ich einmal an, freudestrahlend für andere Dinge ausgegeben hat. Es ist ja eine Frechheit, jetzt zu behaupten, dass es da kein Geld mehr gegeben hätte. Das wäre sichergestellt gewesen. Es hat kein

„Mascherl“ für dieses Geld gegeben, was eh ein Problem ist. Aber es wurde dezidiert dafür hineinverhandelt. Und weil du von Mut sprichst, also man braucht für Pilotprojekte nicht nur Mut, man braucht auch Vernunft, man braucht eine Akzeptanz von Zahlen. Ich weiß ganz genau, weil das ja die Sandra Holasek genannt hat, die Abstimmung in der Gesundheitsplattform, ich habe da mit einigen im Hintergrund vorher gesprochen. Nachdem alle so heilfroh waren, dass diese Steirer-Ambulanzen-Idee wenigstens so nicht irgendwie umgesetzt werden muss, sondern man irgendwas versucht hat zu finden, dass man das dann so irgendwie so hinricksen kann und dann hat man halt MedMobil dazu gesagt, hat man dann dort zugestimmt. *(KO LTAvg. Mag. Schnitzer: „Du lebst ganz speziell in einer eigenen Welt!“)* Und diese Gespräche habe ich im Hintergrund geführt und der Sepp Harb, der hat das sehr offen und unter Verwendung der Zahlen, die du jetzt verleugnest offensichtlich, immer wieder auf den Tisch gelegt, dass dieser Bedarf nicht gegeben ist. Und es ärgert mich jetzt einfach umso mehr, weil hier unwahre Behauptungen aufgestellt werden. Das ist einfach nicht wahr, dass man irgendwo Pilotprojekte machen musste, *(Zweiter Präsident LTAvg. Mag. Drexler: „Wahr kann nur das sein, was die Grünen sagen!“)*, weil es in Graz funktioniert. Es war ganz klar, dass die Faktenlage eine andere ist. Ich finde es wirklich sehr beschämend, dass jetzt auf einmal versucht wird, umzudrehen und dann noch mit Community Nursing in einen Topf geworfen wird. Das ist wirklich peinlich. *(Beifall bei den Grünen – 10.57 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Am Wort ist noch einmal der Herr Landesrat Dr. Karlheinz Kornhäusl.

Landesrat Dr. Kornhäusl – ÖVP (10.57 Uhr): Herzlichen Dank.

Verehrte Frau Klubobfrau, liebe Sandra: Ja natürlich haben wir gewusst, dass es in Graz gut funktioniert und dass Graz und der Ballungsraum Graz andere Voraussetzungen hat. Ja, aber will man wirklich oder willst du wirklich der letzten Landesregierung vorwerfen, dass wir hergegangen sind und gesagt haben: „Was in Graz gut funktioniert, das kann ja möglicherweise auch in Leibniz/Wildon, in Bruck/Kindberg, in Weiz/Gleisdorf gut funktionieren? *(KO LTAvg. Krautwaschl: „Schau dir die Fallzahlen an!“)* Ich meine, nicht böse sein, aber eins muss man schon sagen: Alle Steirerinnen und Steirer haben sich dieselbe medizinische Versorgung verdient. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* Und insofern wundert es mich ehrlich, muss ich sagen, und es irritiert mich, dann tut mir fast ein bisschen leid, dass die

Grünen scheinbar so wenig für den ländlichen Raum übrig haben, zu sagen: „Na dann probieren wir es nicht einmal in anderen Regionen, Hauptsache in Graz funktioniert es!“ Und ich meine, es ist zwar nicht das Thema, aber weil es jetzt noch einmal gekommen ist, Stichwort Community Nursing: Naja, natürlich sind Gelder in den Finanzausgleich geflossen, aber da ist weder oben gestanden: „Community Nursing“, noch hat es irgendein anderes Mascherl gehabt. Und wir haben ja, liebe Frau Klubobfrau, wir haben in der letzten Landesregierung zwei Millionen für die Fortsetzung des Community Nursing in die Hand genommen. Also so zu tun, als hätten wir das Geld für irgendwelche anderen Dinge – unter Anführungszeichen – hinausgeworfen, das ist schlicht und ergreifend nicht wahr und da verwehre ich mich auch. Nichtsdestotrotz, unser aller gemeinsames Anliegen ist die bestmögliche Versorgung und an dem werden wir auch weiterarbeiten. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und der FPÖ – 10.59 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Es liegt mir nunmehr zu diesem Tagesordnungspunkt keine weitere Wortmeldung vor.

Es wurde gem. § 67 Abs. 6 GeoLT seitens der ÖVP ein Antrag, Einl.Zahl 239/4 auf Kenntnisnahme der Beantwortung gestellt.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag auf Kenntnisnahme ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von FPÖ, ÖVP und SPÖ die erforderliche Mehrheit.

Damit ist die Besprechung der Anfragebeantwortung beendet und ich fahre mit den Mitteilungen fort.

M. Mitteilungen

Einbringung von Dringlichen Anfragen:

D1. Am Mittwoch, dem 09. April 2025 wurde von Abgeordneten der NEOS eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 418/1, an Herrn Landesrat Mag. Stefan Hermann betreffend „Kinderportal offenbart Versorgungslücken: Die steirische Illusion der Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ eingebracht.

D2. Am Donnerstag, dem 10. April 2025 wurde von Abgeordneten der KPÖ eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 428/1, an Herrn Landeshauptmann Mario Kunasek betreffend „Haltung der Steiermark zum Erhalt der immerwährenden Neutralität Österreichs“ eingebracht.

D3. Am Mittwoch, dem 16. April 2025 wurde von Abgeordneten der SPÖ eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 436/1, an Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Willibald Ehrenhöfer betreffend „Die Steiermark braucht endlich eine Gesamtstrategie für Arbeit, Standort, Industrie und Wirtschaft – statt leerer Worte und Symbolpolitik!“ eingebracht.

Die Behandlung der Dringlichen Anfragen werde ich im Sinne des § 68 Abs. 2 GeoLT nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls aber um 16.00 Uhr beginnen.

Bekanntgabe der Anfragen und Anfragebeantwortungen

Es wurden 29 Anfragen gemäß § 66 Abs. 1 sowie eine Anfrage gemäß § 64 Abs. 1 GeoLT eingebracht. Weiters wurden 14 Anfragebeantwortungen gemäß § 66 Abs. 3 GeoLT von Mitgliedern der Landesregierung eingebracht. Die Anfragen sowie die Anfragebeantwortungen sind gem. § 78 Z 4 GeoLT auf der Homepage des Landtages Steiermark veröffentlicht.

Tagesordnung

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 GeoLT über und beginne mit der Darlegung des Budgets.

DB.

Am 24. April 2025 ist die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 458/1, betreffend Entwurf des Landesfinanzreferenten zum Landesbudget 2025 eingelangt. Gemäß § 45 Abs. 1 GeoLT hat das zuständige Mitglied der Landesregierung das Landesbudget nach seiner Bekanntgabe und Zuweisung dem Landtag darzulegen.

Die Redezeit des zuständigen Landesrates beträgt 20 Minuten. Herr Landesrat, ich bitte darum.

Landesrat Dipl.-Ing. Ehrenhöfer – ÖVP (11.02 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geschätzte Steirerinnen und Steirer!

Ich zeige Ihnen hier den Entwurf des Landesbudgets 2025 des Landes Steiermark. Der Entwurf für das Landesbudget 2025 wurde letzten Donnerstag in der Landesregierung beschlossen. Nun bringen wir diesen Entwurf, diesen Budgetentwurf zur Beratung im Landtag ein. Wir befinden uns bereits mitten im Budgetjahr und arbeiten derzeit, wie Sie alle wissen, aufgrund der Landtagswahlen letzten November noch mit einem Budgetprovisorium. Das bedeutet aber auch, dass das Budget in vielen wesentlichen Eckpunkten bereits feststeht und vom Jahr 2024 fortgeschrieben werden musste. Das ist aus zwei Gründen zu bedenken, wenn wir über den Voranschlag 2025 reden. Erstens: Bereits im Rechnungsabschluss 2024 gab es ein Minus von 723 Millionen Euro. Die Einnahmen aus den Ertragsanteilen waren schon 2024 295 Millionen Euro niedriger als im Budget vorgesehen. Gleichzeitig gab es um 408 Millionen Euro höhere Ausgaben. Ein solches Budget fortzuschreiben, muss ehrlich gesagt jeden Landesfinanzreferenten widerstreben. Es ist aber auch nicht mehr möglich, für das Jahr 2025 strukturell zu sparen. Valorisierungen sind festgelegt, Gesellschafterzuschüsse sind beschlossen, Gehaltsabschlüsse sind paktiert und werden umgesetzt. Das muss jetzt auch eingehalten werden. Zweitens: Die weltpolitische und wirtschaftliche Lage ist sehr unsicher. Wir leben in Zeiten der ständig steigenden Kosten und wirtschaftlicher Unsicherheit. Einnahmeeinschätzungen stehen daher immer unter einem gewissen Vorbehalt. Sie alle haben sicher verfolgt, wie oft Prognosen auch von Bundesseite, was Wirtschaftswachstum oder Ertragsanteile betrifft, geändert werden mussten und auch noch immer einer bestimmten Dynamik unterliegen. Unter diesem Gesichtspunkt ist es mir besonders wichtig, ein möglichst realistisches Budget abzugeben. Wir haben daher heuer besonderen Wert darauf gelegt, vorsichtig und realistisch zu budgetieren. Wie gesagt, die Wirtschaftslage ist sehr unsicher. Wir haben daher vorsichtige Einnahmeeinschätzungen abgegeben. Die zugrunde gelegte Ertragsanteilsprognosen des Finanzministeriums sind aus dem Jänner 2025. Diese stehen natürlich unter Vorbehalt. Prognostizierte Einnahmen aus Ertragsanteilen in der Höhe von 2.917,131.600 Euro. Ein Budget ist immer eine Planrechnung. Mir ist es besonders wichtig, ein realistisches Budget vorzulegen, von dem ich guten Gewissens sagen kann, dass es auch hält. Auch wenn das jetzt bedeutet, dass das Minus noch einmal größer ausfällt, als das im Rechnungsabschluss 2024 der Fall war, weil wir eben Kosten fortschreiben und valorisieren müssen. Ich sage hier ehrlich: Wenn man angesichts der Umstände – und ich meine damit ein

bestehendes Budgetprovisorium – sehr unsichere Rahmenbedingungen, was Einnahmen betrifft und ein Trend zu steigenden Ausgaben in vielen, aber besonders ganz gewissen Bereichen, ein Budget vorlegen muss, kann man das nicht als Erfolg verkaufen. Was ich aber tun kann und will und werde, ist, transparent und ehrlich darzustellen, wie die Fakten aussehen. Und Sie alle haben dazu erstmals ein umfangreiches Papier, eine umfangreiche Unterlage erhalten, die die wichtigen Eckdaten jedes Globalbudgets gesondert erklärt. Wir werden dazu auch noch eine eigene Veranstaltung mit den Expertinnen und Experten der Abteilung 4 anbieten. Zweitens möchte ich schon jetzt um Ihre Unterstützung werben für die Budgetierung 2026, wo bereits strukturelle und vorbereitete Arbeiten dazu laufen. Wir können nämlich nicht so weitermachen. Für 2026 gibt es kein Provisorium mehr, das wir fortschreiben müssen. Für 2026 muss sich jedes ressortverantwortliche Regierungsmitglied überlegen, welchen Beitrag sie, er leisten kann und muss, um eine Trendumkehr zu einem gesunden Landeshaushalt zu schaffen, dies auch ernsthaft angehen. Die Anstrengungen dafür werden gewaltig sein müssen. Und ich werbe schon jetzt um Ihre Unterstützung und Ihre Mithilfe in diesem Prozess. Die Zugänge zum Thema Budgeterstellung sind ja sehr unterschiedlich, wie Sie aus den Reaktionen auf die Präsentation der letzten Woche sehen konnten. Einige verlangen weitere Investitionen, was bei einem Minus von 942 Millionen Euro schwierig ist. Mancher fordert einen Stopp der Einsparungen, bevor wir damit begonnen haben. Andere fordern radikale Einsparungen, zumindest in gewissen Bereichen. Und ich glaube, jeder verlangt von mir und der Regierung, ein Budget mit Rekordminus so zu konsolidieren, dass es niemand spürt. Ich weiß nicht, wer von Ihnen schon mal einen größeren Geldbetrag einsparen musste. Ohne dass man das beim Geldausgeben merkt, funktioniert Sparen für die meisten Menschen in unserer Gesellschaft nicht. Wir sollen also Gas geben und bremsen zugleich. Das heißt, wir müssen, ich sage viel Unnötiges streichen, damit für Langfristiges, Wichtiges und kurzfristig Notwendiges das Geld da ist. Und wenn wir besonders gut und ein wenig mutig sind, dann finden wir auch zusätzliche finanzielle Mittel, um die wirksamsten Zusatzwünsche oder Anforderungen zu unterstützen. Deshalb, und darum geht es mir von Beginn an, kann ich Ihnen versprechen, dass ich jede Idee und jeden inhaltlichen Input zur Budgetsanierung ernst nehmen werde und auch überprüfen werde. Und ich ersuche alle Landtagsfraktionen, ihre Vorstellungen dafür auch bis Juni einzubringen – nicht nur hier bei den Landtagssitzungen, sondern gerne auch in persönlichen Gesprächen mit mir und meinem Team oder auch gerne in Form von schriftlichen Konzepten. Allen, die das tun möchten, versichere ich, dass ich diese Inputs

auch ernst nehmen werde. Das gilt auch für viele Ideen in Form von Entschließungsanträgen, die Sie heute an mich einbringen. Sie werden verstehen, dass ich der Idee, dass die heute hier beschlossen werden, ohne dass man Details und genaue Kosten kennt, sehr wenig abgewinnen kann, weil sonst diskutieren wir gleich, wie wir das vorher gehört haben. Was ich Ihnen aber anbiete, dass wir uns diese Ideen gemeinsam auf der Basis von Zahlen und Fakten für ein Budget 2026 ansehen. Und dass ich gerne mit Ihnen darüber reden werde, warum wir diese Ideen aufnehmen und warum wir diese vielleicht nicht aufnehmen können. Dabei wäre aber auch die eine oder andere Idee willkommen, wo wir etwas weglassen oder einsparen können und nicht nur, wo wir noch mehr Geld ausgeben sollen.

Zum Budgetentwurf 2025 im Detail: Der beinhaltet Einzahlungen in der Höhe von 8.189,473.400 Euro, Auszahlungen in der Höhe von 9,131,450.600 Euro. Dies führt zu einem Nettofinanzierungssaldo in der Höhe von 941,977.200 Euro. Der Schuldenstand wird dadurch leider auf einen Wert von sieben Milliarden und 93 Millionen Euro klettern. Von diesen Schulden entfallen rund 365 Millionen Euro auf die außerbudgetären Einheiten. Ich gehe darauf nicht näher ein, wie weit bestimmte Abgeordnete diese Zahlen interpretieren, auf jeden Fall interpretieren sie sie falsch. Wie sind wir vorgegangen, dass dieses Ergebnis, das wie gesagt noch einmal schlechter ausfällt, als der Rechnungsabschluss 2024 zustande gekommen ist? Einnahmenseitig, mit vorsichtig realistischer Einnahmenschätzung seitens des Finanzministeriums aus dem Jänner 2025, wie erwähnt, ausgabenseitig blieben alle Pflichtausgaben aufgrund des bereits laufenden Budgetjahres unangetastet. Es gibt also keine Leistungskürzungen bei Gesundheit, Pflege oder Soziales, wie das immer wieder unterstellt wird. Vielmehr wurden hier zunächst alle automatischen Kostensteigerungen aufgrund der gesetzlichen Verpflichtungen und etwaiger Valorisierungen eingerechnet. Dies hätte ein Minus von rund 1,1 Milliarden Euro ergeben. Weiters wurden uns budgetäre Notwendigkeiten und ich sage auch ehrlich und/oder vielmehr manch Wünschenswertes eingemeldet, dass das Minus noch einmal auf 1,5 Milliarden Euro hochgeschraubt hätte. Von hier an sind wir den umgekehrten Weg gegangen und haben fast alle zusätzlichen Wünsche abgelehnt. Es wurde dort gespart, wo das innerhalb eines laufenden Budgetjahres noch möglich ist, und zwar um ca. sieben Prozent der Ermessensausgaben. Diese sieben Prozent sind nicht linear und wirken sich auf einzelne Bereichsbudgets und Globalbudgets völlig unterschiedlich aus. Das hat dann ein höheres Minus ergeben als der Rechnungsabschluss 2024, aber eben ein geringeres Minus, als wir gehabt hätten, ohne gegenzusteuern. Und es führt bei vielen Globalbudgets dazu, dass sie in absoluten Zahlen über den Werten des Jahres

2024 liegen. Selbst das hat aber bereits große Budgetdisziplin erfordert. Höhere Ausgaben – und das muss man erwähnen – gibt es unter anderem in den Bereichen Wohnbau plus 22,5 Millionen Euro, Gesundheit- und Pflegemanagement plus 161 Millionen Euro, KAGes-Personal plus 122,7 Millionen Euro, Landespersonal plus 107 Millionen Euro inklusive der Lehrergehälter, Kultur plus 1,3 Millionen Euro – übrigens neues Rekordbudget –, Wissenschaft und Forschung plus 8,5 Millionen Euro, Soziales plus 184 Millionen Euro, Bildung und Kinderbetreuung und Jugend plus 137 Millionen Euro. Das sind genau jene Bereiche, in denen man uns vorwirft, seit Jahr alles kaputt zu sparen. Es wird deutlich: Wir sparen a) hier nichts kaputt, sondern haben lediglich gerade erst einmal angefangen, den Anstieg der Ausgaben etwas einzubremsen. Wichtig für die Zukunft: Betrachtet man die operative Gebarung, stehen Einnahmen in der Höhe von acht Milliarden 24 Millionen, Ausgaben in Höhe von acht Milliarden 338 Millionen gegenüber. Wir geben dieses Geld also für die operative Gebarung – das sind konkret Personalkosten, Sachaufwand, Transferleistungen und Finanzaufwand – aus. Darin sind keine echten Investitionen enthalten, die das Vermögen unserer Bürgerinnen und Bürger steigern, sprich das Landesvermögen. Man würde es also das laufende Geschäft nennen. Bei diesem laufenden Geschäft machen wir im Jahr 2025 ein Minus in der Höhe von 313,830.900 Euro, also beinahe 314 Millionen Euro minus. Erst danach werden Einzahlungen und Auszahlungen aus der investiven Gebarung gerechnet. Ein Landeshaushalt kann nicht gesund werden, solange wir bereits bei der operativen Gebarung darauf angewiesen sind, Schulden aufzunehmen. Das ist nicht möglich. Hier ist der erste Bereich, in dem wir dringend tätig werden müssen. Weiters sehen wir, dass wir mittlerweile 282 Millionen Euro für die Tilgung von Finanzschulden aufbringen müssen – siehe Band 1, Seite 44 –, hinzu kommen 129 Millionen Euro, die wir im Jahr 2025 nur für Zinsen bezahlen – siehe Seite 45 –, und dies ergibt einen Gesamtschuldendienst in der Höhe von 411,616.700 Euro. Dieser Schuldendienst belastet den Haushalt in jedem Jahr mehr und schränkt unseren finanziellen Handlungsspielraum immer weiter ein. Wir befinden uns also in einer Negativspirale und wie gesagt, einen Teil dieser Schulden machen wir zur Bedeckung der operativen Gebarung. Es besteht also ganz dringender Handlungsbedarf. Wir müssen jetzt gegensteuern. Weiters darf ich kurz zum Vorgehen und zum Ablaufplan auch einen Ausblick auf die Budgetierung 2026 und den Konsolidierungspfad 2029 lenken. Diesen Budgetvoranschlag 2025 habe ich in die Landesregierung eingebracht und er wurde beschlossen. Nach 25 Jahren Tätigkeit in der Wirtschaft sage ich Ihnen ehrlich: Das war kein gutes Gefühl. Man hat Bauchweh und das ist nichts, worauf man stolz sein kann. Ich habe in

meiner bisherigen, vorhergehenden Berufslaufbahn noch nie ein negatives Gesamtbudget abgeben müssen. Es ist jenes Ergebnis, das in der kurzen Zeit und aufgrund des bereits laufenden Budgetjahres möglich war. Ich kann daher nicht über den Vorschlag für das Jahresbudget 2025 reden, ohne nicht auch den Ausblick auf die Budgeterstellung 2026 zu liefern. Wir starten nämlich parallel ab der kommenden Woche mit der Erstellung des Jahresvorschlags 2026. Das Minimalziel ist klar: Wir brauchen dort einen positiven Wert bei der operativen Gebarung. Sprich, das sind minimal 314 Millionen Euro gemessen am Wert von 2025. Sicherer wären aus meiner Sicht zumindest die 400 bis 500 Millionen Euro, die ich auch schon einmal in den Mund genommen habe, je nachdem, wie sich die Ertragsanteile entwickeln werden. Das wäre der Konsolidierungsbedarf im ersten Schritt. Nach den Erfahrungen der aktuellen Budgetverhandlungen lassen sich zwei Aussagen für ein neues Budget 2026 treffen: Wir werden eine Haushaltskonsolidierung nicht nur über Kürzung von Ermessungsausgaben erreichen, wir müssen auch über Pflichtausgaben und gesetzlich festgeschriebene Leistungen sprechen, das wird auch eine gesetzliche Anpassung erfordern. Mehr Selbstverantwortung und weniger Full-Service-Staat, mehr Kosteneffizienz, weniger Großzügigkeit und weniger Goldplating, in dem wir fast Weltmeister sind. Wir müssen strukturell sparen und nicht nur dort kürzen, wo es ohne großen Aufwand geht, denn das würde uns nicht zu diesem Einsparungsvolumen führen, das wir erreichen müssen. Dazu werden strukturelle Reformen und Gesetzesänderungen notwendig sein. Genau das ist sich für das Budget 2025 zeitlich leider nicht mehr ausgegangen. Auch für 2026 wird das in vielen Bereichen sehr knapp. Aber jetzt heißt es, Ärmeln aufkrepeln und loslegen. Wir werden kein gerecht konsolidiertes Budget über eine einheitliche Minusprozentvorgabe erreichen. Das ist uns ein wichtiges Anliegen. Es werden alle Regierungsressorts und alle Bevölkerungsanteile einen Beitrag leisten müssen. Es wird welche geben, die mehr leisten können und andere, die weniger leisten müssen. Ebenfalls wird es Bereiche geben, in denen wir das Ansteigen der Kosten beenden müssen, ohne beim absoluten Betrag einzusparen. Dafür sollten wir hier für die eingesetzten Mittel mehr erreichen. Es geht uns um Wirksamkeit, es geht uns um Wirkung der eingesetzten Mittel. Und wie wir heute schon mehrmals gehört haben, sind das oft Kritikpunkte. Wir müssen schauen, das Geld so wirksam als möglich für unser Land auszugeben. Und es wird Bereiche geben, bei denen wir nicht sparen können, weil sie für Einnahmen und Wohlstand sorgen, oder einem mittel- und langfristig zu verfolgenden Entwicklungspfad dienen. Dafür sehe ich aber schon in der kurzen Zeit als Finanzlandesrat jede Menge Ausgaben und Kostenpositionen, die einfach

fortgeschrieben oder sogar valorisiert werden, ohne dass man sie seit vielen Jahren auf Nutzen und Wirksamkeit hinterfragt hat. Generell wird das Budget seit mindestens 20 Jahren fortgeschrieben, und da muss ich dazu sagen, in welcher Hand es gelegen hat, ohne es strukturell jemals neu aufzusetzen. (*Unruhe und Durcheinanderrufen unter den Abgeordneten der SPÖ*) Da wir nun in diesen Sanierungskurs einschlagen müssen, schlage ich ein sogenanntes Zero-Base-Budgeting vor. Das bedeutet konkret: Alle rund 7.800 Positionen im Landesbudget werden auf Null gestellt. Jede Ausgabe ist neu zu begründen, neu zu berechnen, neu zu bewerten und neu zu priorisieren. Es darf keine Tabus in dieser Diskussion geben. Ich erwarte mir davon ein schlankeres Budget – schlank nicht nur im Sinne von weniger Zeilen und Zeiten, sondern auch schlank im Sinne von weniger Ausgaben. Wir müssen ergänzend auch einen Budgetkonsolidierungspfad erarbeiten, der aufzeigt, wie sich notwendige strukturelle Reformen auf den Landeshaushalt bis 2029 auswirken werden. Wir wissen, wenn wir das machen, muss man manchmal sogar vorher Geld in die Hand nehmen, um mittelfristig und langfristig auch Geld einzusparen. Die zuständige Abteilung ist bereits dabei, diesen Budgetprozess vorzubereiten. Ich möchte spätestens im Mai damit starten, das neue Landesbudget auf diese Beine zu stellen. Ich ersuche alle Ressorts in der Landesregierung, aber auch alle Steirerinnen und Steirer, diesen Weg mitzugehen und diese Maßnahmen über alle Bevölkerungsgruppen hinweg mitzutragen, im Sinne der Zukunft unseres Landes und im Sinne der nächsten Generationen. Ich danke jetzt schon für Ihr Verständnis, ich danke für Ihre Bereitschaft und ich danke für Ihre aktive Mitarbeit. Packen wir es gemeinsam an. Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP und der FPÖ – 11.20 Uhr*)

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Ich danke, Herr Landesrat, für die Darlegung des Budgets und komme nun zur Debatte und rufe Herrn Abgeordneten Alexander Melinz auf. Ich weise generell noch einmal darauf hin, dass eine Redezeit von zehn Minuten gilt.

LTAbg. Melinz, Bakk. phil – KPÖ (11.21 Uhr): Vielen Dank Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Finanzlandesrat, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich möchte vielleicht vorausschicken, dass ja die ausführliche Debatte zum Budget, wie wir noch im Rahmen des Budgetlandtags dann führen werden, da werden wir dann auch aus KPÖ-Sicht expliziter und genauer auf verschiedene Aspekte eingehen. Aber natürlich ist es

auch anlässlich der heutigen Präsentation nötig, ein paar Punkte, ein paar Eckpunkte anzusprechen, die uns wichtig sind. Sie haben jetzt in Ihrer Präsentation, in Ihrer Rede auch die Entwicklung der Schulden angesprochen. Das war ja auch etwas, was medial sehr breit diskutiert worden ist. Wir haben da, glaube ich, in manchen Aspekten eine gewisse andere Haltung, die wir dann auch noch im Budgetlandtag ein bisschen genauer darlegen werden. Was ich aber schon anmerken möchte, ist – und ich glaube, da ist es vielen so gegangen –, es ist etwas verwunderlich, dass die ÖVP, die immerhin bis Dezember noch Landeshauptmann-Partei war, dann auf einmal völlig überrumpelt war von der tatsächlichen Entwicklung der Schulden. Also ich glaube, diese Frage muss man sich auch stellen, wie das passieren kann. *(Beifall bei der KPÖ)* Sie haben jetzt in Ihrer Rede auch dargelegt, was große Posten bleiben. Es ist das Stichwort Gesundheit gefallen, auch Pflege, Soziales, auch das Wohnen. Das sind natürlich auch jene Bereiche, wo die Menschen in der Steiermark eigentlich seit vielen Jahren große Hoffnungen haben, dass es endlich einmal Verbesserungen gibt und ob das dann so kommen wird, glaube ich, kann man jetzt schon sagen, dahinter muss man ein großes Fragezeichen setzen. Im Hinblick auf das Budget 2025 ist natürlich klar geworden, dass die Spielräume von Ihnen, von der Landesregierung aktuell relativ gering waren, das ist verständlich, sage ich einmal. Sie haben gesagt, es handelt sich um ein Provisorium. Es wird oder war Ihnen jetzt nicht möglich, an allzu vielen Stellschrauben zu drehen. Natürlich muss man sagen, kleine Schritte sind getan worden, mitunter mit großen Auswirkungen. Ich möchte z.B. auf die Einsparungen verschiedener Schienen der Wohnbauförderung Bezug nehmen oder auch auf das Kulturbudget, wo wir jetzt – ich sage einmal, da ist jetzt einiges präsentiert worden gestern, passend zur heutigen Debatte, aber ich sage einmal, da ist immer noch viel Luft nach oben, wenn es darum geht, was die Kulturschaffenden eigentlich benötigen würden. Das Budget 2025 hat jetzt vielleicht noch keine ganz große Aussagekraft im Hinblick auf den Kurs der Landesregierung in den kommenden Jahren, aber es gibt durchaus einen gewissen Weg schon vor. Und ich glaube, da müssen wir sagen, es sind düstere Aussichten, die sich der steirischen Bevölkerung für das Folgejahr und wahrscheinlich auch die weiteren Jahre abzeichnen. Es sind offensichtlich massive Kürzungen zu befürchten. Sie haben ja selbst gesagt, es wird alles einmal aus Null gestellt. Es sollen, wenn ich das richtig verstanden habe, 500 Millionen in der operativen Gebarung eingespart werden. Sie haben – das ist ein Zitat aus einem Medienbericht, dort haben Sie gesagt: „Es wird vieles wegfallen“, wenn, sage ich jetzt mal, kleine Fußnote, da nicht wieder ein Journalist sich einer kreativen Formulierung bedient hat. Dann haben Sie auch gesagt, dass Kürzungen beim Sozialen oder bei der

Gesundheitsprävention kein Tabu sind. Meiner Meinung nach spießt es sich da schon auch ein bisschen mit dem, was Landeshauptmann Kunasek in den letzten Wochen zum Budget, zum Kurs der Landesregierung gesagt hat, nämlich dass genau in diesen wichtigen Bereichen keine Einsparungen passieren sollen. Die FPÖ-Wahlversprechen in vielen Bereichen, das glaube ich, kann man jetzt schon sagen, haben sich zumindest nach wenigen Monaten schon in Luft aufgelöst. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wenn Ihr Kurs eingehalten wird, weitere Kürzungen im Gesundheitssystem ausbleiben werden und dass wir beispielsweise auch im Sozialbereich hier keine weiteren Kürzungen zu befürchten haben. Also die Ankündigungen zum Budget, auch was Sie heute in Ihrer Rede verlautbart haben, lassen hier auf einen anderen Weg schließen. Wir geben Ihnen natürlich völlig recht, dass die Steiermark da im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Gesamtlage ein, ich sage einmal, kleiner Player ist, dass nicht alles, was nötig wäre, im Rahmen der ausschließlichen Möglichkeiten des Landes auch behoben werden kann. Es wird der Finanzausgleich auch im Rahmen dieser Gesetzgebungsperiode noch ein großes Thema für uns werden. Es war ja auch kürzlich ein Treffen der Landesfinanzreferent_innen, wo wieder beschworen worden ist, dass es im Finanzausgleich eine Änderung braucht. Wir haben das auch, ich glaube, es war in der Februarsitzung des Landtags, im Hinblick auf die Gemeindefinanzen besprochen. Es bräuchte hier natürlich einen neuen Aufteilungsschlüssel, der einerseits die Benachteiligung der Steiermark beendet und andererseits auch aber sich positiv zugunsten von Ländern und Gemeinden auswirkt. Wir hören diese Forderungen aber leider auch schon seit sehr vielen Jahren, verändert hat sich hier leider nicht wirklich etwas. Natürlich ist auch klar, dass das zu verteilende Steueraufkommen des Bundes nicht unbegrenzt ist. Es wäre dementsprechend, würde ich behaupten, auch ganz im Sinne der Länder, dass bei den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sich etwas ändern muss. Und was wir damit meinen, ist relativ klar: Es braucht endlich eine gerechte Besteuerung der Milliardenvermögen von Überreichen. Das reichste Prozent der Österreicherinnen und Österreicher besitzt 40 % des Nettovermögens in unserem Land. Es wäre hier viel an den Mitteln zu holen, die uns bei der Gesundheit, bei der Pflege, bei der Kinderbildung und -betreuung, beim Wohnen oder beim Sozialen abgehen. *(Beifall bei der KPÖ)* Und dafür – da sind wir fest überzeugt – müssten auch Sie als Landesregierung und Sie als Finanzlandesrat sich einsetzen, wenn Sie einen Blick auf die Landesfinanzen werfen, weil ohne eine Veränderung der Steuerreform, des Steueraufkommens auf Bundesebene wird das die Steiermark à la longue nicht schaffen. Es sei denn, wir werden massive Kürzungen auch im nächsten Landesbudget sehen. Unserer

Meinung nach müsste man auch einnahmenseitig etwas tun. Wir haben das ja schon öfter vorgebracht. Es geht dabei nicht darum, dass man irgendwie die steirische Bevölkerung in Masse belastet, sondern es gibt sehr viele sinnvolle Vorschläge, wo man eben gezielt z.B. über eine Nahverkehrsabgabe mit wenigen Euros Unternehmen z.B. bitten kann, etwas beizutragen, was sich dann auch schon massiv positiv auf das Landesbudget auswirken könnte. Eine Zahl darf ich nennen, bei der Präsentation des Landesbudgets ist gesagt worden: 176 Millionen Euro sind für den öffentlichen Verkehr budgetiert. Eine Nahverkehrsabgabe könnte bis zu 60 Millionen zusätzlich bringen, die man dann direkt in ein besseres Öffi-Netz für die steirische Bevölkerung investieren könnte. Auch eine Schottersteuer oder eine Parkplatzabgabe haben wir ja schon öfter genannt. Wir hoffen doch, dass diese Vorschläge vielleicht auch in der Erstellung des zukünftigen Budgets dann Niederschlag finden. Unserer Meinung nach müssten Sie sich als Landesregierung nicht die Frage stellen, wo man bei der Bevölkerung am besten kürzen kann, sondern wie es gelingen kann, auch unter schwierigen Bedingungen den Steirerinnen und Steirern jene Leistungen weiter aufrechtzuerhalten, die ein Land seiner Bevölkerung einfach bieten sollte. Und in diese Richtung sollten Sie die Überlegungen treffen und nicht, wo man den Steirerinnen und Steirern auch gesetzlich garantierte Leistungen vielleicht künftig wegnehmen kann. *(KO LTAvg. Mag. Schnitzer: „Neue Steuern sind nie gut!“)* Da möchte ich auch nur einen Satz sagen: Sie haben andeuten lassen, es ginge auch viel darum, Interessen auszutarieren, wenn man so ein Budget erstellt. Aber da frage ich mich doch, warum im Endeffekt, wenn diese Zahlen dann da sind, wenn das Budget steht, immer die Interessen der breiten Mehrheit der Bevölkerung unter den Tisch fallen und die Interessen jener, die viel haben, immer unberührt bleiben? *(Beifall bei der KPÖ)* Bevor ich beende, möchte ich mich noch kurz bedanken, nämlich für dieses Heft zur Budget-Präsentation, das Sie auch angesprochen haben. Das war tatsächlich eine gute Unterlage für uns und auch eine sogar einmal ausführlichere Unterlage als das, was wir als Landtagsklubs in den letzten Jahren gewohnt waren, vielen Dank dafür. Und ich möchte mich auch noch bedanken – heute medial, das Kulturbudget war ein großes Thema –, ich möchte mich bedanken bei allen Kulturinitiativen, Künstlerinnen und Künstlern, die sich in den letzten Monaten so massiv und auch so solidarisch dafür eingesetzt haben, dass diese Kürzungen jetzt zumindest einmal abgeschwächt werden haben müssen. Ich glaube, es ist diesem Einsatz zu verdanken, dass Sie sich und auch der Herr Kulturlandesrat bewegen haben müssen. Vielen Dank. *(Beifall bei der KPÖ – 11.29 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Am Wort ist der Herr Klubobmann Nikolaus Swatek.

KO LTAbg. Swatek, BSc – NEOS (11.30 Uhr): Vielen Dank Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, liebe Steirerinnen und Steirer!

Die Steiermark steht vor großen Herausforderungen und mit diesem Budget, so ehrlich müssen wir sein, wird sie Ihnen nicht gerecht. Und eigentlich, Herr Landesrat, haben Sie das heute besser zusammengefasst, als es die Opposition jemals schaffen wird: Auf dieses Budget kann man nicht stolz sein, dieses Budget kann man nicht als Erfolg verkaufen. Dabei war es ja die Landesregierung, die bei ihrer Programmpräsentation im Dezember noch voller Euphorie war, wirklich hier was in diesem Land zu verändern. Und seitens der Bürgerinnen und Bürger gab es zu Recht ja auch Hoffnungen: Hoffnung auf einen frischen Wind, Hoffnung auf Reformen. Hoffnung darauf, dass die Steiermark die Probleme endlich anpackt: Das doppelte Bildungsschlusslicht z.B. bei der Kinderbetreuung, der hohe Schuldenstand im Ländervergleich oder auch die erdrückende Bürokratie für Bürgerinnen oder auch Unternehmen. Doch nach der Präsentation dieses Budgets ist eines ganz klar: Diese Hoffnungen verfliegen mit diesem Budget, sie wurden vertagt, getröstet oder eigentlich verspielt oder, wenn man es mit den Worten der Landesregierung sagen möchte, im besten Fall in Arbeitsgruppen geparkt. Der höchste Berg der Steiermark bleibt also 2025 auch der Schuldenberg. Fast eine Milliarde Euro neuer Schulden sollen heuer aufgenommen werden. Das bedeutet, jede Minute steigt die Verschuldung der Steiermark um über 1.800 Euro. Allein während meiner Rede jetzt hier verschuldet sich die Steiermark um weitere knapp 19.000 Euro, und wenn wir hier diesen Tagesordnungspunkt, nur diesen einen, zu Ende bringen, stehen weitere 150.000 Euro neuer Schulden am Konto. Und es ist leider nicht das erste Mal, dass die Steiermark sich verschuldet. Die schwarze Null, die ist ja hier im Landtag und vor allem auch bei Journalisten eigentlich eher ein Running Gag, denn seit zehn Jahren, muss man festhalten, hat es die Steiermark nicht geschafft, auch mal diese schwarze Null zu erreichen – oft davon gesprochen, nie erreicht. Und die Folge davon, die ist offensichtlich: Seit 2012 hat sich der Schuldenstand des Landes Steiermark verdoppelt. Herr Landesrat, es ist schön, dass Sie sich heute hier ja eigentlich sehr geknickt zeigen und selbst sagen, eigentlich widerstrebt es eines jeden Landesrates, so ein Budget auch hier heute präsentieren zu müssen. Aber, Herr Landesrat, man muss sich schon die Frage stellen: Wer war denn in den letzten Jahren in der Regierung? (*LTAbg. Kaufmann, BA, MMSc: „Und welche Herausforderungen*

haben wir gehabt?“) Wer stellte denn in den vergangenen fünf Jahren den Landeshauptmann und wer gab denn den Ton an? Dieser Schuldenstand und auch diese erhöhten Ausgaben, die Sie hier ansprechen, die kommen ja nicht von irgendwoher. Neue Schulden sind kein Naturgesetz, sie sind der Beleg für eine verfehlte Politik. Eine verfehlte Politik der vergangenen Landesregierung von ÖVP, vor allem in angegebenem Ton. Es war also Ihre Partei, Herr Ehrenhöfer, Ihre Partei, die steirische Volkspartei, die diesen Schuldenstand und dieses Budget, in dem Sie sich jetzt ja praktisch gezwungen fühlen, es weiter fortzuführen, verursacht haben. *(Zweiter Präsident LTAvg. Mag. Drexler: „Hat die Stadt Wien eigentlich keine neuen Schulden?“)* Ich komme noch einmal zu den anderen Bundesländern, da wird ja auch einiges klar. Es wäre also längst an der Zeit, wenn Sie nicht in die Fußstapfen Ihres Vorgängers treten würden und so tun würden, als hätten sie mit all dem als Partei hier nichts zu tun, sondern stattdessen endlich den Kopf aus dem Sand bekommen und als Österreichische Volkspartei auch endlich Reformen in diesem Land angehen. Denn nicht nur die Landesverwaltung ist ja auch hoch verschuldet, sondern auch die ausgelagerten Gesellschaften des Landes. Darüber diskutiert man hier in dem Haus ja wenig, auch wenn es auf der Tagesordnung heute steht, aber allein die ausgelagerten Gesellschaften zeigen uns ja, dass auch dort der Schuldenpfad fortgesetzt wird. Ende 2023 sind dann noch einmal 3,6 Milliarden Euro an Schulden zusätzlich versteckt zu den sieben, die wir am Ende dieses Jahres haben werden. Und besonders alarmierend – jetzt komme ich vielleicht auf Ihren Punkt, Herr ... mittlerweile Landtagspräsident-Stellvertreter Drexler –, auch wenn man sich die anderen Bundesländer anschaut. Natürlich kann man jetzt Wien herausnehmen, Wien natürlich Doppelbelastung von Land und Gemeinde. Ziehen wir in der Steiermark die Gemeinden dazu, dann sieht es nicht mehr so gut aus. Aber schauen wir uns den Vergleich mit den anderen Bundesländern an: 2024 machte die Steiermark ein Defizit von 530 Millionen Euro. Das sind mehr neue Schulden als fünf andere Bundesländer zusammen, nämlich Burgenland, Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg. *(Zweiter Präsident LTAvg. Mag. Drexler: „Er hat die Kleinen zusammengefasst. Unfassbar!“)* Sie, Herr Landesrat, machen in der Steiermark diese tiefroten Zahlen ja darauf verantwortlich, dass die weltweite Unsicherheit im Vordergrund steht und diese Krisen für diese tiefroten Zahlen auch verantwortlich sind. Und jetzt muss man sagen: Gott sei Dank liegt Oberösterreich nicht auf diesem Kontinent und nicht auf diesem Planeten. Denn Oberösterreich hat es im letzten Jahr geschafft, sogar einen Überschuss zu erzielen. Und das zeigt uns sehr deutlich, dass es geht, wenn man es will. Denn Schulden sind kein Naturgesetz, sie sind nur die Offenbarung einer

verfehlten Politik. Und diese Politik bekommen wir hier mit diesem Budget wieder schwarz auf weiß präsentiert. Denn dieses Land zehrt an der Substanz und ja, mit solchen Budgets werden auch die Zukunftschancen der nächsten Generation verspielt. Wenn wir uns z.B. auch nur mal die Zinszahlungen anschauen, die das Land Steiermark für diesen Schuldenberg auch dieses Jahr ausgeben muss, dann sieht man: 129 Millionen Euro an Steuergeld werden allein für Zinsen verwendet, auch finanzielle Ressourcen, die an anderer Seite vermutlich eher für das Gestalten verwendet werden hätten können. Und ja, wir sehen ja sehr deutlich, und da muss man auch sagen, wenn Sie über Goldplating reden oder davon, dass wir mehr Zucker drüberstreuen, wie immer Sie das genannt haben, dann ist das ja schön und gut und das kann man ja verfolgen, aber man muss auch mal seine eigenen Hausaufgaben machen. Und dazu gehört es auch, die aufgeblähte Struktur, ineffiziente Abläufe auch in der eigenen Verwaltung anzupacken, denn diese frustriert Bürgerinnen und Bürger, Beamte und Vertragsbedienstete gleichermaßen. Denn das aktuelle System produziert nicht nur Bürokratie, sondern vor allem auch Schulden. Allein zwischen 2023 und 2025 beispielsweise steigen die Personalkosten von 460 Millionen Euro auf knapp 600 Millionen Euro. Das ist eine Steigerung von über 28 % in nur zwei Jahren, fast doppelt so viel wie die Inflation. Also wir gleichen hier im Land nicht nur die Teuerung aus, hier wächst die Verwaltung schneller als jede wirtschaftliche Realität. Und diese fehlende Effizienz sieht man nicht nur in den steigenden Kosten, sondern auch generell, wenn man es möchte, im Personalstand: 2025 werden hier 205 neue Stellen geschaffen. Wenn wir uns zurückerinnern, erst letztes Jahr im Juni, glaube ich war es, hat der Landesrechnungshof in der Steiermark ja auch schonungslos aufgezeigt, dass beim Personal und der Auswahl des Personals und den neuen Stellen hier nicht alles, sage ich mal, glatt abläuft. Die Landesverwaltung hat hier ja neue Personen aufgenommen, nicht weil es die Personalabteilung wollte, sondern weil es dann aus den Regierungsbüros heraus gewünscht wurde und das auch noch ohne vorher eine Bedarfsanalyse zu machen, also ohne vor zu schauen, ob es diese Personen überhaupt braucht. Das heißt, bei den Posten neuer Stellen steht vor allem die Parteipolitik im Vordergrund und nicht der tatsächliche Bedarf. Und das muss man offen und ehrlich auch ansprechen und wird schriftlich auch so vom Landesrechnungshof festgehalten. Man kann natürlich über Schulden diskutieren und es gibt dann vor allem auf der linken Seite die Fraktionen, die sagen: „Ja, ist ja alles nicht so schlimm, diese Schulden. Die spürt man ja nicht. Das ist ja sowieso egal, die muss man auch nie zurückzahlen!“ Ist nur leider oftmals nicht so, denn Schulden gepaart mit Reformstau bedeuten auf Dauer eine schlechtere Bonität und damit auch höhere Kosten für

Neuverschuldungen und damit in Zukunft auch weniger Gestaltungsspielraum. Das bedeutet weniger Geld für Bildung, weniger Geld für Infrastruktur und weniger Spielraum für Entlastungen in der nahen Zukunft und damit auch einen schwindenden Wohlstand. Denn Schulden kosten uns eine Menge Geld, jetzt schon, ich habe die 129 Millionen vorher schon erwähnt. Gut, was wären jetzt die Schritte, die man angehen müsste? Und damit meine ich nicht nur das ewige Bilden von Arbeitsgruppen, sondern man könnte ja einfach hergehen, wenn man ganz un kreativ ist als Landesregierung und einfach schauen: Was machen denn so die anderen Bundesländer? Was haben die anderen Bundesländer denn derzeit für Reformen geplant oder wie versuchen die anderen Bundesländer ihr Budget in den Griff zu bekommen? Oder wie schaffen es andere Bundesländer überhaupt sogar Überschüsse zu erzielen? Und dann sehen wir z.B. Salzburg: Salzburg greift ganz klar auch die Verwaltung an und reduziert die Landesabteilungen um drei Stück, um dort auch Doppelgleisigkeiten beziehungsweise auch hohe Personalkosten in den Griff zu bekommen. Wenn man sich auch noch den Personalstand an sich anschaut: Es gibt Bundesländer wie Salzburg, auch Vorarlberg, die reden nicht nur davon, dass sie jede Aufgabe auf den Prüfstand stellen wollen. Die schauen sich das auch ganz genau an und kommen dann drauf: Ja, in Salzburg gibt es das Potenzial 100 Stellen abzubauen, in Vorarlberg 300. Der Vergleich in der Steiermark macht sicher: 205 neue Stellen 2025, und wenn wir uns die letzten 10 Jahre anschauen, dann sehen wir tausend neue Dienstposten, die im Land geschaffen wurden. Man könnte die Parteienförderung abbauen, man könnte auch endlich das Ziel sich setzen, wirklich alle Formulare im Landesdienst zu digitalisieren. *(KO LTAvg. Mag. Schnitzer: „Bringe einen konkreten Vorschlag außer der Parteienförderung!“)* Denn vergessen Sie nicht, dass diese Landesregierung, die letzte, das Ziel abgeschafft hat, als Wirkungsziel im Budget, alle Formulare zu digitalisieren, weil sie nicht weiß, wie viele Formulare es gibt und weil sie nicht weiß, wie viele davon schon digitalisiert sind. Das heißt, hier gibt es noch ganz, ganz viele Hausaufgaben, die man erledigen sollte, bevor man sich herausstellt und die Mitleidskarte spielt, denn für das Budget, da ist noch immer die Landesregierung verantwortlich und das Budget ist auch immer jene Partei verantwortlich, die in den letzten Jahren hier schon an den Hebeln der Macht saß und es ist die steirische Volkspartei. *(Zweiter Präsident LTAvg. Mag. Drexler: „Im Alleingang!“ – Beifall bei den NEOS – 11.40 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Am Wort ist der Herr Abgeordnete Lambert Schönleitner.

LTabg. Schönleitner – Grüne (11.40 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, werte Kolleginnen auf der Regierungsbank, werter Herr Finanzlandesrat – Premiere mit einem Landesbudget und der Darlegung – liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich glaube, es wäre vermessen und ich schicke es vorweg, wenn man sagt, es wäre einfach, in diesen Zeiten Budgets zu erstellen. Das wäre unehrlich. Das werde ich nicht tun. Das hat heute niemand getan. Und wir wissen, wie die Wirtschaftslage ist, die schneit ordentlich herein beim Fenster, bei der Tür, das wissen wir, ein Riesenproblem bei den Ertragsanteilen. Aber es ist nicht nur das. Und das ist mir jetzt schon wichtig vorweg zu schicken, und Herr Finanzlandesrat, da bin ich Ihnen auch sehr dankbar, dass Sie das in dieser Deutlichkeit heute gesagt haben, wie es noch nie gesagt wurde: Das Problem, vor dem wir stehen, wie es entstanden ist, war die Politik der letzten Jahre. Das muss man sagen. (*LTabg. Kaufmann, BA, MMSc: „Die Herausforderungen der letzten Jahre!“*) Die Steiermark hat nicht darauf geschaut, in guten Zeiten, Kollegin Kaufmann, jene Spielräume zu schaffen, die wir jetzt in der Krise, die zweifellos da ist und die uns trifft wie alle anderen, dass wir jetzt die Steiermark so gut aufgestellt hätten, dass wir die Spielräume noch haben. Wir haben sie kaum mehr bis nicht mehr. Wir haben es bei den Pflichtausgaben nicht mehr – Sie haben es sehr eindrucksvoll gesagt, Herr Landesrat –, wir haben Gestaltungsspielräume eigentlich kaum. Und da muss man schon einmal der ÖVP die Frage stellen, und das wurde gesagt, und ich möchte es noch verstärken: Wie kann eine Partei, die die Wirtschaftskompetenz sich so stark auf die Schultern setzt, einen derartigen Zustand erreichen? Diese Frage kann man der steirischen Volkspartei nicht ersparen. Und sie ist über lange Jahre in der Regierung gesessen, sie hat über lange Jahre Budgets gemacht, die den Schuldenstand nach oben gehen lassen. (*LTabg. Kaufmann, BA, MMSc: „Ja, mit welchen Herausforderungen?“*) Und die keine ... ja hören Sie noch kurz zu, und die keine – Herr Landesrat, und Sie haben es auch angesprochen – die genau diese strukturellen Reformen eben nicht angegangen sind, und das ist das Problem der Steiermark. Das muss man heute einmal ganz klar sagen. (*Beifall bei den Grünen*) Das ist auch der Unterschied, Kollege Swatek – du hast ja völlig recht – im Vergleich der Bundesländer mit den anderen Bundesländern. Die haben manche Dinge schon erkannt. Und eines, ich nenne jetzt ein paar konkrete Beispiele, weil man muss schon konkret

werden, auch wenn es um Budget geht und derartige Schuldenstände und Größenordnungen. Es hat ein paar Probleme gegeben, strukturell, wo ich mir schon erwartet hätte, dass sie die stärker ansprechen. Weil, dass Sie jetzt hergehen – das schicke ich vielleicht auch noch vorweg in dieser Rede –, dass Sie sagen: „Na ja, das Budgetprovisorium 2025, das ist ja fortgeschrieben worden aufgrund der Wahl“, dass wir jetzt aber ... eigentlich haben uns das auch die Experten der Finanzabteilung ja seinerzeit so gesagt, wenn ich richtig zugehört habe, dass wir schnell agieren müssen, dass eigentlich das Budget schon Anfang April des 2025er eingebracht hätte werden müssen, um genau nicht noch mehr in die Schiefelage zu geraten. Jetzt sind wir Ende April, es ist ein ganzes Quartal dieser Regierung vergangen und Sie erklären uns heute: „Na eigentlich im Großen und Ganzen“, weil so schaut es aus, Herr Landesrat, „wird dieses Budgetprovisorium ja noch einmal weitergeschrieben.“ (*LTA*bg. Kaufmann, BA, MMSc: „Hast du nicht zugehört? Er hat das ja gerade erklärt!“) Weil Änderungen, auch kein Ausblick auf die Zukunft, auch kein Strukturplan sind nicht erkennbar. Sie kennen das Haushaltsrecht in der Steiermark. Eigentlich wären Sie verpflichtet, uns in dem Moment, wo klar ist, wie schlecht die Steiermark dasteht, wie schwierig die Lage ist, einen Strategieplan vorzulegen. Den hätten Sie uns auch schon vor ein paar Monaten vorlegen können, weil wir wissen, wie die Wirtschaftslage aussieht. (*LTA*bg. Fartek: „Da war er ja noch nicht da!“) Sie haben es nicht getan – Sie haben es nicht getan. Und jetzt sagen Sie – und das hat mich heute ein bisschen überrascht, das ist die Kritik an Ihrer Budgetanlegung – sagen Sie: „Na, heuer können wir sowieso nichts mehr machen, wir schreiben einfach das weiter, weil strukturelle Dinge können wir erst in Zukunft lösen!“ (*Unruhe und Durcheinanderrufen unter den Abgeordneten der ÖVP*) Und Herr Finanzlandesrat, jetzt nenne ich Ihnen ein konkretes Beispiel, wie diese Schiefelage der Steiermark, die die ÖVP ganz zentral ja mitverursacht hat, eigentlich aussieht im Vergleich der Bundesländer. Ein Riesenproblem war die Pflege in der Steiermark, die Fehlsteuerung in der Pflege. Der Landesrechnungshof hat uns mit gewichtigen Berichten schon vor Jahren – Ingrid Lechner-Sonnek ist noch als Klubobfrau hier gesessen – Berichte vorgelegt und hat gesagt: „Die Steiermark macht etwas grundlegend falsch!“ (*LTA*bg. Fartek: „Das ist schon lange her!“) Ja, ist schon lange her, aber damals, Kollege Fartek, wenn es dir auch weh tut, hör mal kurz zu, damals sind die Rechnungshofberichte am Tisch gelegen, die uns gesagt haben: „Die Steiermark investiert primär noch dazu gewinnorientiert“, wie wir wissen, „mit Einrichtungen, in die stationäre Pflege!“ Ja, ganz massiv. Wir hätten viel mehr in die Mobile gehen müssen, Pflege ist wichtig. Wir werden die Kosten auch da nicht gleich runterfahren

können. Aber da ist ein Strukturproblem entstanden. Wenn man sich das anschaut, ich habe mir die Zahlen angeschaut: Niederösterreich, Steiermark im Jahr 2023, Nettoausgaben im Pflegewesen, stationär und mobil, Niederösterreich 419 Millionen Euro, Herr Landesrat. Die Steiermark – das Jahr 2023 ist es, da waren die Zahlen valide, die man nachlesen kann – 504 Millionen Euro. Das heißt, es sind ja keine Kleinigkeiten, das sind keine Peanuts. Das heißt, unser Bundesland, vergleichbar mit Niederösterreich – Niederösterreich ist ja sogar noch größer –, lässt hier jährlich aufgrund einer Fehlsteuerung, die auch den Menschen nicht mehr nützt, weil die haben ja auch Qualität mit der mobilen Pflege, wie wir wissen, mit dieser Fehlsteuerung, die jahrelang in der Bedarfsplanung ignoriert wurde, nahezu 100 Millionen Euro liegen. *(Beifall bei den Grünen)* Das ist ja so eine Strukturgeschichte, die muss man sich z.B. anschauen, die kann man nicht einmal wegdiskutieren. Ich nenne noch eine Zweite, das sind die Neubauprojekte im Straßenbereich. Jetzt lasse ich einmal die ganze Ökologie weg, ob das gut ist für die Umwelt oder schlecht ist für die Umwelt, die lasse sie heute einmal weg. Aber wenn wir uns anschauen, dass wir das bestehende Straßennetz – und Sie kennen auch hier die Rechnungshofberichte und die Daten – nicht mehr sanieren können, dass wir einen Sanierungsrückstand haben, ich bin für die Sanierung und das Herrichten unserer Straßen, ja 500 Millionen Euro ist. Ja, Herr Landesrat, da braucht es irgendwann einmal die Klarheit, unabhängig von der ökologischen Bewertung, so wichtig die mir ist, aber rein die finanzielle, dass es nicht sinnvoll ist in Neubauprojekte noch einmal hineinzugehen. Ja, B 68, B 70, das sind jetzt keine Peanuts. *(LTabg. Fartek: „Du hast leicht lachen, weil du nicht bei uns unten daheim bist, Lambert!“)* Das sind ... ja, Kollege Fartek, jetzt musst du zuhören, weil da... *(LTabg. Fartek: „Wie ein Kassettenrekorder, bei jeder Sitzung wird immer das Gleiche heruntergespielt!“)* Ja, ich weiß schon, dass du dich da furchtbar aufregst. Aber wenn man ehrliche Budgetpolitik – hör mir noch kurz zu, *(LTabg. Fartek: „Nein, mag ich nicht!“)* hör mir wir noch kurz zu, du kannst dann gern rauskommen, diese Aufregung ist sicher in dieser Form auch nicht gesund, Kollege Fartek, wenn du dich so hineinsteigerst. Ich möchte nur ein paar Zahlen nennen, warum das so wichtig ist. Ich weiß schon, dass du dich ärgerst, weil es ein Teil der Wahrheit ist. Ich sage dir einen Satz, den kannst du wahrscheinlich mitunterstützen. Es ist doch vernünftiger, wenn wir so eine Budget-Situation haben und da wirst du mir recht geben müssen – übrigens: Baden-Württemberg hat den gleichen, mit der CDU lange in der Regierung gewesen die Grünen dort, wir stellen dem Ministerpräsidenten, den gleichen Ansatz, wir sanieren das bestehende Straßennetz, halten das in hoher Qualität, aber keine neuen Kapazitäten dazu. *(Beifall bei den Grünen)* Und das

ist doch wirtschaftlich vernünftig. (*LTA*bg. *Fartek*: „*Erzähl das unseren Leuten unten!*“) Das ist doch wirtschaftlich vernünftig, Herr Landesrat, um einen zweiten Teil zu nennen. Ich kann ja nicht, das geht jedem Unternehmen so, egal ob es ein Gewerbebetrieb ist oder große Betriebe, wo Sie ja auch tätig waren in der Geschäftsführung, Sie haben ja Kompetenz, da kann ich ja nicht hergehen und einfach Geld ausgeben und was bauen, wenn ich nicht mehr weiß, wann das Geld wieder hereinkommt. Es ist eine Straße und das muss man in der Politik verinnerlichen, gleich wie ein Gebäude, wie bei einem Häuselbauer. Ich baue das Gebäude, ich baue das Bauwerk, die Straße im Hochbau und es hat eine gewisse Lebensdauer. Und dann muss ich wieder investieren, weil irgendwann ist die Lebensdauer zu Ende, ich muss sanieren, sonst ist das Geld weg. Das ist das Prinzip der Abschreibung, Sie kennen das ja alles gut. Das wird in der Politik, und da werden Sie mir recht geben, nicht gemacht. Und darum sage ich das jetzt nochmal, wirklich mit wirtschaftlicher Kompetenz hinterfütert: Es ist doch sinnlos, neue Straßenbauprojekte zu machen, wenn wir die bestehenden Brückenbauten, da haben wir 250 Millionen Rückstand, die bestehenden Fahrbahnen jetzt schon nicht mehr sanieren können. Wenn wir das tun wollen, Herr Landesrat, dann müssen wir auch, und da komme ich noch zu einem wichtigen Punkt, weil wir haben nur zehn Minuten heute, das geht dann eh in die Budgetdebatte hinein, dann braucht es auch eine Ehrlichkeit bei der Einnahmenseite. Und jetzt kann man sagen, in der Steiermark, das sind alles Peanuts, das sind Kleinigkeiten. Ich nenne die Zahlen, die die Verkehrsreferenten der Bundesländer seinerzeit erhoben haben, z.B. anhand der LKW-Maut. Auch die Arbeiterkammer hat super Studien in diesem Bereich gemacht, ich war einmal bei einer Veranstaltung draußen hier in Graz, dass man gesagt hat: Kosten, die verursacht werden, müssen dargestellt werden und ich muss sie irgendwo hereinbekommen auch. Kärnten und die Steiermark haben damals ein Pilotprojekt gestartet, es hat schon eine Arbeitsgruppe gegeben, es sind die Zahlen, nicht meine, das sind die Zahlen der Verkehrsreferenten der Bundesländer haben seinerzeit eine Summe für die Steiermark von jährlich 100 Millionen Euro dargestellt. Es ist klar, dass man das in Zusammenarbeit der Bundesländer organisieren muss. Aber auf dieses Geld können wir nicht verzichten, wenn wir sehen, dass wir unser Straßennetz schon jetzt nicht mehr sanieren können, dass wir unter Umständen auch wieder in neue Projekte, wenn Sie das wollen, investieren wollen. Auch das gehört zur wirtschaftlichen Ehrlichkeit dazu, Herr Landesrat. Und das würde ich mir heute erwarten bei der Budgeterstellung, dass die Volkspartei in diese Richtung auch geht. Mir ist nämlich etwas wichtig, der Kollege Swatek hat gesagt: „Die einen, wie die KPÖ, sagt, man kann eh Schulden machen, die anderen sagen, man kann mit

Einsparungen alles machen!“ Ich glaube – und Sie haben das Wort Ehrlichkeit heute oft verwendet und Seriosität, das finde ich gut –, ich glaube, dass ehrlich ist und seriös ist, beide Seiten zu sehen. Wir müssen sagen: Wo nehmen wir Geld weg? Das wird in Zukunft so nicht mehr gehen, das sind nicht die Dinge, wo wir unbedingt investieren müssen. Da müssen wir einsparen. Da bin ich bei Ihnen, so kann das nicht weitergehen, da ist die Dynamik zu groß. Und wo gehen wir her und investieren wir mit den wenigen Möglichkeiten, die wir haben, noch hinein? Und zum Abschluss ganz kurz noch: Mich hat schon irritiert, dass Sie ausgerechnet im Bereich der Sanierungsförderung sofort heruntergefahren sind signalmäßig. Ich glaube, es ist wichtig, Investitionen auszulösen. In der Sanierung des Wohnbaus, in der Stärkung der Zentren, im Bereich der Ökoförderung ... (*Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: „Herr Abgeordneter, Ihr Schlusssatz, Ihre Redezeit ist schon zu Ende!“*) ich bin schon beim Schlusssatz, Herr Präsident – im Bereich der Ökoförderung. Warum ist das wichtig, letzter Satz, Herr Landesrat? Es ist deswegen wichtig, weil man hat ja gesehen, mit Einmaleffekten auf Bundesebene, wenn wir hergehen, wird angespart, aber nicht investiert. Wenn ich es schaffe, über Förderungen etwas auszulösen, Ökologiebereich, dann ist es sinnvoll, dann nützen wir den steirischen Betrieben. Ich war vor ein paar Tagen in der Weststeiermark, ein Betrieb dort hat mir gesagt, so wie es jetzt aussieht, ist für uns alles unklar. (*Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: „Herr Abgeordneter, Ihre Erzählungen sind da jetzt nett, aber Ihre Redezeit ist zu Ende. Schlusssatz, sonst muss ich Ihnen das Mikrofon abdrehen!“*) Herr Präsident, das war mein Schlusssatz. Ich würde mir ehrliche Politik wünschen: Einnahmenseite sehen und Ausgabenseite, dann können wir etwas weiterbringen. Und wir werden selbstverständlich gern auf das Angebot zurückkommen und zu Ihnen ins Ressort kommen und uns inhaltlich einbringen. Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei den Grünen – 11.52 Uhr*)

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Am Wort ist der Herr Abgeordnete Maximilian Lercher.

LTAbg. Lercher – SPÖ (11.52 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Landesregierung, Herr Finanzlandesrat, Kolleginnen und Kollegen, liebe Steirerinnen und Steirer.

Ich gebe es ganz offen zu, ich wäre jetzt fast geneigt ein bisschen Gegenrede gegen die Kolleginnen und Kollegen der Opposition auch zu halten, aber ich halte mich an meinen oppositionellen Auftrag und werde mich damit beschäftigen, was der Finanzlandesrat heute hier auch vorgesagt hat. (*LTabg. Amon, MBA: „Also nicht die Wahrheit!“*) Naja, es ist wichtiger, mich mit der Regierung zu beschäftigen. Beginnen wir mit dem Positiven, Herr Landesrat: Ja, Sie haben definitiv recht, wenn wir über die Wirkung sprechen und Sie haben definitiv recht, wenn Sie über die Wirkung von Systemen sprechen. Und da haben Sie uns als Unterstützer auch im Politischen, wenn wir darüber reden, Systeme, öffentliche Systeme so neu zu ordnen, dass sie für diejenigen, die sie mit ihren Abgaben bezahlen, auch optimal funktionieren. Da geht es nicht immer nur um die Geldleistung, sondern es geht um die sogenannte Systemfrage im öffentlichen Bereich, wie wir da oder dort nachschärfen, um die Wirkung besser zu machen. Und da sind wir dabei, wenn Sie das ernsthaft angehen wollen. Zweitens haben Sie recht, wenn Sie sagen, es ist eine Herausforderung. Das sehen wir gerade bei allen öffentlichen Budgets, österreichweit. Und ja, es muss uns gelingen, die Balance zu schaffen zwischen notwendigen Einsparungen und genauso notwendigen Investitionen. Denn was jetzt nicht passieren darf – und da warnt ja auch der Fiskalrat, es sind ja keine Sozialdemokraten dort, auch der warnt –, wir dürfen jetzt in dieser so schwierigen Phase die Konjunktur nicht noch weiter abwürgen. Und das bedeutet, wir müssen investieren. Das müssen wir auch in der Steiermark. Und jetzt komme ich zum Punkt, wo ich nachfragen muss bzw. schon verblüfft bin, was Sie festgehalten haben. Mir ist ganz bewusst, dass die Sozialdemokratie jetzt in Ihren Augen an vielem schuld ist, weil wir in der Opposition sitzen, aus der Regierung gefallen sind. Es war zu erwarten, dass die Vorgängerregierungen verantwortlich gemacht werden. Aber was mich verblüfft hat, war heute Ihre Generalabrechnung mit der ÖVP. Sie sind ja jetzt Teil der ÖVP als zuständiger Finanzlandesrat, nominiert von dieser Partei. Und das, was Sie heute gesagt haben, ist in Wahrheit, dass die letzten Jahre alle schlecht waren, dass nichts funktioniert hat und die Politik ausschließlich Fehler gemacht hat. Sie haben gesagt, darauf können Sie nicht stolz sein. Und jetzt frage ich mich, wer in den letzten Jahren gemeinsam mit uns in der Regierung als Landeshauptmann verantwortlich war. Das war die ÖVP. (*LTabg. Eisel-Eiselsberg: „Wer war Finanzreferent?“*) Und deswegen sage ich Ihnen ganz, ganz ehrlich: Das hat mich verblüfft. Weil die Steiermark, und das waren wir teilweise auch gemeinsam, wir waren immer dann stark, wenn wir vorangegangen sind. Und die Reformpartnerschaft hat sehr wohl Strukturen auch verändert und nach vorne gebracht. Ich sage es Ihnen ganz offen, das jetzt

rein nur abzuwälzen auf einen Finanzreferenten ist zu wenig, weil letztendlich wird schon bei euch gemeinsam entschieden in der Landesregierung, oder? Wir haben das Gemeinsamkeitsprinzip und ihr stimmt es miteinander ab und nicht gegeneinander. Insofern gibt es eine gemeinsame Verantwortung, die ihr so nicht mehr wahrnehmt. (*Beifall bei der SPÖ*) Und das sage ich Ihnen ganz offen, wenn Sie davon sprechen, dass es keine Tabus geben darf, dann kriege ich ein bisschen Sorge. Es muss Tabus geben, und zwar, wenn es darum geht, nicht noch wieder und wieder weiter die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land zu belasten. Die, die jetzt schon so viel leisten, die fleißig sind, dürfen nicht zusätzlich belastet werden durch Budgetkonsolidierung. Und das ist für unsere Seite ein Tabu. Ich nehme auch zur Kenntnis, dass Sie das Budgetprovisorium weitergeführt haben. Das heißt, es ist bis dato nicht gelungen, irgendwelche eigenständigen Impulse auf den Weg zu bringen. Nach Monaten, die diese Regierung jetzt schon arbeitet. (*KO LTAbg. Triller, BA, MSc.: „Dank Anton Lang!“*) Das ist schon zum Teil auch Arbeitsverweigerung. Dank Anton Lang, ja. Ich kann Ihnen ganz ehrlich versichern, hätten wir den Toni Lang nicht gehabt in den letzten Jahren, die ÖVP wäre ganz andere Wege gegangen. (*Heiterkeit unter den Abgeordneten der ÖVP*) Und es wird an euch liegen, die Wünsche und die Strukturen mit der ÖVP so neu zu ordnen, dass sie für die Bevölkerung funktioniert. Es wird mit der ÖVP nämlich nicht gelingen. Da ist der Herr Finanzlandesrat dann gefordert, der ÖVP selbst zu erklären, wie die Strukturen neu geordnet werden müssen, weil es ja in Wahrheit dann meistens auch eure Leute sind, die das Geld wollen und brauchen. Nicht zum Wohle der Bevölkerung, sondern nur, dass eure geschaffenen Systeme weiter funktionieren und das wollten wir nie. (*Beifall bei der SPÖ*) Und wenn Sie davon sprechen, dass Sie 400 bis 500 Millionen Euro beim nächsten Budget einsparen wollen, was bedeutet denn das? Was bedeuten 400 bis 500 Millionen Euro Richtung nächstes Budget? (*LTAbg. Kaufmann, BA, MMSc.: „Systeme verändern, Max!“*) Das bedeutet ein Kahlschlag in der Steiermark. Das werden wir nur mit Systemreform nicht schaffen, das wisst ihr ja auch. 400 bis 500 Millionen Euro bedeutet ein Kahlschlag in der Steiermark. (*LTAbg. Kaufmann, BA, MMSc.: „So ein Blödsinn!“*) Und geschätzter Herr Finanzlandesrat, an dieser Stelle bitte ich Sie, ein Land funktioniert nicht wie ein Forstbetrieb, sondern ein Land ist eine Volkswirtschaft und hat andere Dynamiken. Auch wenn wir viele Bäume haben in der Steiermark, ist dieses Bundesland kein Forstbetrieb. Und dementsprechend haben wir in Zeiten der Krise auch zu investieren, damit wir Arbeitsplätze schaffen. (*Beifall bei der SPÖ*) Das sagen ja nicht nur wir, das sagen ja auch konservative Ökonominnen und Ökonomen,

dass wir uns rausinvestieren müssen. Und wenn Sie sagen: „Unnötiges Streichen, unnötiges Streichen“, habe ich schon wieder große Sorge. Weil wenn das Unnötige dann ist, dass wir die „Häuselbauerförderungen“ wegstreichen, eine Woche nach der Gemeinderatswahl ohne Vorwarnung, viele Familien, die damit gerechnet haben, wenn wir dann die konjunkturbelebenden Maßnahmen als erste unnötige Maßnahmen wegstreichen, dann ist es volkswirtschaftlich ein schlechter Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ)* Wir haben das gemeinsam auf den Weg gebracht und es war gut so. Die Leute haben sich darauf verlassen, Sie haben sie enttäuscht. Wenn der nächste Punkt die Einsparung bei den Straßen ist, dann ist es ein zentrales Wahlversprechen, das ihr brecht. In konjunkturell schwierigen Zeiten investiert man nämlich und streicht nicht bei diesen Bereichen und diesen Maßnahmen. Auch das ist unserer Meinung nach der falsche Weg. *(Beifall bei der SPÖ)* Ich sage es Ihnen ganz offen: Wir sind bereit, mit Ihnen Strukturreformen zu diskutieren, aber sicher nicht, wenn es eine Dynamik auslöst, die die Steiermark weiter zurückwirft. Wenn wir die Wirtschaft ankurbeln, ist es der beste Beitrag für die Entwicklung unseres Landes und auch der beste Beitrag, damit mehr Einnahmen fließen. Dazu muss man investieren. Und die ersten Maßnahmen, die ihr gemacht habt war letztlich, die konjunkturbelebenden Maßnahmen zu streichen. Das ist falsch. *(LTAbg. Kaufmann, BA, MMSc: „Antragsstopp!“)* Aber das kann man ja besser machen. Ich möchte es ja so bewerten, indem der Herr Landesrat gesagt hat: „Wir schreiben das alte Budget fort“, habe ich mir die Mühe gemacht, nachzulesen, was der damalige Landtagsabgeordnete Hermann zum alten Budget gesagt hat. Und er hat das alte Budget, das ja anscheinend jetzt fortgeschrieben wird, so bewertet: „Sie haben davon gesprochen, dass die Wirtschaftsprognosen für das nächste Jahr düster ausschauen. Wir befinden uns in der Phase einer Stagnation und drohen in eine Rezession auch abzudriften. Und trotzdem, meine sehr geehrten Damen und Herren, verweigert die Landesregierung jegliche Reformschritte, jegliche Neubewertungen und jegliche Entlastungsschritte für die Bevölkerung!“, so Abgeordneter Hermann. Dann führt er weiter aus: „Umschichten, meine sehr geehrten Damen und Herren der Landesregierung, das ist das Zauberwort.“ Beifall bei der FPÖ. Recht hat er, ich finde, er hat recht. Und wenn es damals gegolten hat, gilt diese Kritik auch jetzt bei diesem Budget. Dann führt er weiter aus: „Das macht erneut deutlich, wie weit weg diese Landesregierung bereits von den Lebensrealitäten ist.“ *(KO LTAbg. Triller, BA, MSc.: „Da hat es aber dann keinen Beifallstext gegeben!“)* „Sie brauchen echte Entlastung, damit sie sich das Leben wieder leisten können, meine sehr geehrten Damen und Herren.“ Das hat der jetzige Landesregierer ausgeführt zu dem Provisorium, das wir

anscheinend jetzt fortschreiben. Diese Kritik, die damals gegolten hat, muss auch jetzt von eurer Seite gelten, ist anscheinend nicht mehr der Fall. Und deswegen sage ich Ihnen eines, wir werden alle Maßnahmen an einem Kriterium bewerten: Wird die Lebensrealität der Steirerinnen und Steirer besser oder schlechter? Sie wird dadurch schlechter. Deswegen keine Zustimmung. *(Beifall bei der SPÖ – 12.02 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Martina Kaufmann, ich erteile es ihr.

LTabg. Kaufmann, BA MMSc – ÖVP (12.02 Uhr): Danke Herr Präsident für das Wort, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen hier in der Landstube, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Raum, aber auch zu Hause!

Ich habe jetzt sehr, sehr gut zugehört bei all meinen Vorrednern und habe versucht, jetzt auch irgendwie wieder ein bisschen in die Faktenlage zu kommen. Was ist Fakt? Fakt ist, wir haben eine Landtagswahl gehabt. Gott sei Dank haben wir eine Landtagswahl gehabt, weil das ist in einer Demokratie auch wichtig, dass es die gibt. Was passiert, wenn eine Landtagswahl ist? Das ist vor allem für die Zuseherinnen und Zuseher zu Hause wahrscheinlich besonders interessant: Es wird ein Budget auf Basis der aktuellen Fakten fortgeschrieben für das nächste halbe Jahr. Es ist jetzt an der Zeit, einen Beschluss zu fassen und der Herr Landesrat hat es ausgeführt, auch hier werden bereits Einsparungen vorgenommen. Das heißt, alle Aussagen, die da irgendwie gefallen sind: „Es passiert jetzt im heurigen Jahr 2025 nichts“, sind schlichtweg einfach falsch. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* Herr Kollege Schönleitner fragt: „Ja, was passiert?“ Genau das ist alles ausgeführt worden. *(LTabg. Schönleitner: „Ja, was passiert?“)* Und auch du hast ja schon Punkte daraus gezogen, auch der Max Lehrer hat daraus Punkte schon gezogen. Das heißt, die ersten Schritte gehen wir bereits 2025 für das zweite Halbjahr 2025. Ja, es wird in den nächsten Jahren natürlich notwendig sein und Max, da habe ich dir auch sehr, sehr gut zugehört, dass du bereit bist, systemische Veränderungen zu machen. Weil genau das ist das, was wir brauchen. Aber gehen wir noch einmal ein Stück zurück, weil jetzt auch immer wieder diskutiert worden ist von all meinen Vorrednern darüber: Warum sind wir eigentlich in der Lage, in der wir heute sind? Wir haben herausfordernde Jahre hinter uns. Das war kein Honiglecken, egal für welche Regierung, ob Bund, Land oder auch für die Gemeinderäte und auch für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in diesem Land. Wir haben eine Pandemie

hinter uns, wir haben einen Krieg, wo Russland in der Ukraine eingefallen ist, wir haben damit ganz, ganz viele Herausforderungen hereingespielt bekommen, weil wir in der Steiermark, aber auch in Österreich nicht alleine sind. Und das ist der Grund, warum wir in der Situation sind, wo wir heute sind. Und weder einem Landesrat noch irgendjemand gefällt es, über ein Budget zu diskutieren, wo man ein Minus schreibt. Und deswegen gibt es ja auch das ganz klare Ziel – und das ist heute mehrmalig auch wiederholt worden von unserem Landesrat –, dass wir es in Zukunft schaffen, ausgabenseitig dort hinzukommen, wo wir auch die Einnahmen haben. Und das ist ein Megakraftakt, weil Systeme in der Vergangenheit geschaffen wurden, die es ermöglicht haben, dass wir einfach einen Anstieg haben bei den Ausgaben, die man im Übrigen ja auch immer erst rückwirkend sieht, weil einfach Pflichtausgaben vorhanden sind, die notwendig sind, wo man das dann auch erst im Nachhinein weiß. Und man hat nicht daran gedacht – und da schaue ich jetzt schon auch hin, weil die ehemalige Soziallandesrätin da auch sitzt –, einmal dort einzugreifen und zu schauen: Wie kann ich die Qualität erhöhen und gleichzeitig aber ausgabenseitig zu sparen? Was braucht es wirklich, um eine größere Wirkung und einen größeren Output zu haben? Und ja, es ist einfach, wenn die Dinge quasi so vor sich hinlaufen und funktionieren, dass wir sie auch weiterlaufen lassen. Aber jetzt, im Jahr 2025, sind wir dort angekommen, wo es notwendig ist, auch diese Systeme anzugehen. Und Max, ich bin gespannt, wie die Sozialdemokratie sich dahin verhalten wird, weil heute haben wir bereits wieder Entschließungsanträge von euch da, die genau nämlich diese Parallelstrukturen, diese Parallelsysteme nämlich aufrechterhalten werden, dass wir anstatt nämlich in der Wirtschaft zu investieren, so wie du es sagst, um Arbeitsplätze zu schaffen, um Arbeitsplätze zu erhalten, um unseren Wohlstand in unserem Land auch zu erhalten, nämlich schon wieder dagegenwirken. Also das, was ihr quasi sagt medial oder du da draußen, habt ihr mit den Anträgen, die ihr heute bringt – Stichwort Lehre – nämlich schon wieder entgegengewirkt. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – KO LTAbg. Schwarz: „Die Lehrausbildung stärken wirkt dagegen?“)* Ja, ihr wollt die Parallelsysteme, in denen die Ausbildung zur Ausbildung finanziert wird. Lest eure eigenen Anträge, die sind da drinnen. Damit zahlen wir irgendwelche Maßnahmen und Institutionen, wo wahrscheinlich auch viele Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratie in irgendwelchen Vorständen und Aufsichtsräten drinnen sitzen. *(Unruhe und Durcheinanderrufen unter den Abgeordneten der SPÖ)* Aber nicht dort, die jugendlichen Ausbilder, nämlich in den Betrieben, dort, wo wir sie brauchen, dort, wo ihre Zukunft auch ist. Da sieht man schon, wie nervös ihr seid. Habe ich doch recht, Hannes, tu einmal nachlesen. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* Wichtig ist, dass wir

in die Zukunft investieren, und das passiert auch mit dem vorliegenden Budget, dass wir in Innovation und Forschung investieren, weil das sind nämlich die Jobs von morgen. Wichtig ist, dass wir in den Standort investieren. Das ist eine notwendige Maßnahme, damit wir unseren Wohlstand, den wir in unserem Land haben – und ja, Max, du hast das richtig gesagt –, es ist wichtig, dass die, die arbeiten und die, die auch Leistung erbringen in unserem Land, dass die auch das Gefühl haben, dass das auch richtig ist und nicht, dass die unterstützt werden, die sagen: „Das werden eh andere für uns richten!“ Und genau das muss auch das Budget der Zukunft sein. Das Budget muss darauf ausgerichtet sein, dass wir Eigenverantwortung stärken und das wird jeden Einzelnen, jede einzelne Steirerin und jeden einzelnen Steirer auch dabei stärken, dass er und sie den Weg für die Zukunft auch gehen kann mit allen Herausforderungen, die wir haben. Und ein wichtiger Punkt ist natürlich auch die Bildung und die Digitalisierung, weil das ist nämlich genau der Schlüssel, wie wir auch wettbewerbsfähig international sind. Und genau in diese Bereiche – der Herr Landesrat hat es vorher ausgeführt –, genau in all diese Bereiche investieren wir auch. Weil – und Herr Kollege Lercher, ich bin zwar nur Unternehmerin und Betriebswirtin, keine Forstwirtin wie der Herr Landesrat, aber meiner Erfahrung nach im Forstbetrieb funktioniert das so, dass man keinen Kahlschlag macht. Warum? Weil man nämlich Bäume pflanzt für die nächsten Generationen. Das ist nicht eine Gesetzgebungsperiode, das ist nicht für fünf oder zehn Jahre, sondern da rechnet man in Generationen von Bäumen. Weil man haben möchte, dass auch die nächsten Generationen noch Bäume haben. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* Aber was man sehr wohl macht, ist, die Bäume herausnehmen, die den Platz für kleinere Bäume nicht zur Verfügung lassen. Diese Dinge, die gerade dem System, dem gesamten Waldbestand widersprechen, so macht man das und so funktioniert auch die Forstwirtschaft. Und das muss uns auch gelingen für einen Landeshaushalt, damit wir in den Bereichen, wo es notwendig ist, auch die Möglichkeiten haben und den Spielraum haben zu investieren. Und ich bin davon überzeugt, wenn wir es auch schaffen, eben die Ausgabenseite in den Griff zu bekommen, und das werden wir, indem wir systemische Veränderungen machen, weil die Landesregierung hinter mir ist nicht angetreten, um irgendetwas weiterzuführen, was bis dato war, sondern die Landesregierung – im Übrigen, weil das auch vor ein paar Mal falsch zitiert worden ist –, die Landesregierung und der Herr Landesrat legen uns im Landtag ein Budget vor und wir beschließen das Budget, ich sage nur, weil das ein paar Mal gekommen ist: „Die Landesregierung ist alleine dafür verantwortlich“, wir beschließen das. *(KO LTAvg. Schwarz: „Wie lange sind Sie in diesem Hause? Noch nicht so lange, oder? Ich glaube, wir wissen das*

selber!“) Wir waren immer in der Vergangenheit auch mit dabei als Volkspartei. Wir haben auch viel Verantwortung in der Vergangenheit übernommen, auch in schlechten Jahren, Herr Kollege Schwarz, wir haben das immer wieder auch übernommen und werden das auch in Zukunft tun. Aber wichtig ist für die Herausforderungen, die wir jetzt haben ... und das ist ja auch leicht gesagt, auch von den Kollegen der NEOS, dass man das und das und das ist, ich habe noch keinen einzigen wirklichen Vorschlag gehört, keinen einzigen wirklichen Vorschlag, der gekommen ist. Jetzt braucht es tatsächlich in dieser Zeit ordentlich an Mut. Das ist jetzt auch keine Politik, wo Oberflächenschwimmerinnen und Oberflächenschwimmer gefragt sind, sondern das ist eine Aufgabe für Tiefseetaucherinnen und Tiefseetaucher. Und auf diese Aufgabe freue ich mich, dass diese Landesregierung hinter mir das in Angriff nehmen wird und letzten Endes auch wir hier im Landtag, weil das ist nämlich eine Politik, die die Zukunft brauchen wird in diesem Land, die unsere Kinder und auch unsere Kindeskinde brauchen werden, damit wir in Zukunft nicht auf Schulden zurückschauen, sondern auf eine innovative Steiermark, (*LTA*bg. Schönleitner: „Aber wo sind eure Vorschläge?“) die die Zukunft selber in der Hand hat. (*Beifall bei der ÖVP und FPÖ*) Das ist heute einige Male gekommen. In diesem Sinne freue ich mich auch schon auf einen Budgetlandtag und auf eine intensive Debatte, weil ich weiß, dass wir die Zukunft der Steirerinnen und Steirer im Blick haben. (*Beifall bei der ÖVP und der FPÖ – 12.12 Uhr*)

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Landtagsabgeordnete Mag. Kroismayr-Baier. Ich erteile ihr das Wort.

LTAbg. Mag.(FH) Kroismayr-Baier – **FPÖ** (*12.13 Uhr*): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Abgeordnete, liebe Zuschauer hier und über Livestream!

Jede Budgeterstellung stellt eine große Herausforderung dar und ganz besonders in diesem Jahr ist das der Fall. Einnahmen- und ausgabenseitig gibt es aber Potenziale, erste Konsolidierungsschritte zu setzen. Viele Positionen stellen jedoch gesetzliche Pflichtausgaben dar und können somit vorerst nur am begrenzten Einfluss auf die Budgetkonsolidierung nehmen. Die Steiermark bekommt nun ein Budget, das gezielt Investitionen in zentrale Bereiche des Lebens vorsieht, um damit die Wirtschaft wieder anzukurbeln, Arbeitsplätze zu sichern und so eine Trendwende zu schaffen. Das Budget verdeutlicht, für alle, die es gelesen haben, dass die Landesregierung gewillt ist, das steirische Budget zu sanieren. Dass dies mit

Bedacht und nicht mit der Brechstange geschehen darf, das sollte allen hier herinnen klar sein. Erste Schritte wurden gesetzt, um in Zukunft in die richtige Richtung gehen zu können. Wir alle wissen, dass ein Kompass für die Zukunft nicht mit Schnellschüssen durcheinandergebracht werden darf, um den richtigen Weg zu finden. Ein wesentlicher Bestandteil des Budgets der öffentlichen Verwaltung stellen die Grundsätze Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und auch Zweckmäßigkeit dar. Daher kommt alles auf den Prüfstand. Dass das nicht in vier Monaten zu schaffen ist, muss für Sie alle klar und nachvollziehbar sein. So sind auch gezielte Investitionen exemplarisch in die Bereiche Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Wohnbau vorgesehen. Mit diesen Investitionen werden der Wirtschaftsstandort und der Arbeitsmarkt gestärkt und kommen so der Lebensqualität der Steirerinnen und Steirer zugute. Wir sehen im Budget vor allem: Ja, Sparmaßnahmen, sie müssen sein. Alle Ressorts des Landes sind betroffen und miteinbezogen. Alle leisten einen Beitrag, aber sparen nicht um jeden Preis. Die Landesregierung achtet darauf, dass die Leistungsträger der steirischen Gesellschaft nicht draufzahlen und der Sozialmissbrauch abgestellt wird. Die Landesregierung hat auch erkannt, wo in der Vergangenheit Budgetmittel nicht effizient eingesetzt wurden. Kollege Könighofer hat schon deutlich zum Ausdruck gebracht, weshalb eine Steigerung des Sozialressorts vonnöten ist. Dieses war in der Vergangenheit von der SPÖ z.B. unterdotiert, weshalb sich die Landesregierung verpflichtet sehen musste, hier nachzubessern. Wie auch der demografische Wandel zeigt, werden auch wir Steirer immer älter, das erfordert Ausgaben im Bereich Gesundheit und Pflege, aber auch in die Bildung der Jungen, um eine gute Versorgung in der Zukunft sicherzustellen. Für den Bereich Bildung sind beispielsweise rund 100 Millionen Euro mehr veranschlagt worden, um den Steirern mehr Chancen im späteren Berufsalltag geben und bieten zu können. Vom gesamten Bildungsbudget werden große finanzielle Mittel, speziell für die Kinderbildung, Kinderbetreuung und für die Jugend, veranschlagt. Die Landesregierung investiert also in die Bildung, in das Fundament unserer Gesellschaft. Die FPÖ als soziale Heimatpartei wird ihrem Namen damit gerecht, denn das Budget ist ein klares soziales Zeichen, dass Einsparungen mit Sorgfalt zu planen sind und nicht auf Kosten der Schwächeren erfolgen dürfen. Wir haben schon einiges an Kritik gehört, fehlende Reformen, es wird an falschen Stellen gespart oder wieder investiert, steigende Ausgaben. Viele steigende Ausgaben sind, wie wir schon erwähnt haben, gesetzlich vorgeschrieben, wie Lohnanpassungen oder Pensionserhöhungen. Positive Auswirkungen auf die Budgetsituation wird etwa die Deregulierungsoffensive haben, die bereits gestartet wurde. Wir sind zwar nicht für die budgetäre Situation verantwortlich,

übernehmen aber die Verantwortung für die Trendwende, die wir mit aller Kraft einläuten. Auch internationale politische und wirtschaftliche Entwicklungen treffen unser Exportland sehr stark. Deshalb müssen wir in unsere Stärken investieren, wie Forschung und Entwicklung, um auch am Markt bestehen bleiben zu können. Wir leben in herausfordernden Zeiten, die Mut zur Veränderung, Geschick, Weitsicht und sehr viel Hingabe an die Sache brauchen. Dieser Wille für Veränderung ist da, das Budget zeigt das. Das Budget zeigt, dass sich die Landesregierung ihrer Verantwortung gegenüber den Steirerinnen und Steirern bewusst ist. Das Budget zeigt auch, dass erste Sparmaßnahmen eingeläutet werden und gleichzeitig in Kernbereiche Gesundheit, Wirtschaft und Bildung investiert wird. Vor allem gilt es, dass wir alle gemeinsam daran arbeiten und interessiert sein müssen, die Steiermark wieder nach vorne zu bringen. Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass der Kurs behutsam, aber mit vollem Einsatz in eine gute Zukunft gelenkt wird. Daher ist der eingeschlagene Kurs der Landesregierung vollends zu unterstützen. *(Beifall bei der FPÖ und der ÖVP – 12.18 Uhr)*

(Weiter mit Teil 2, Zweiten Präsident Drexler und Rede LTAbg. Hofer zu TOP 1)

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Herzlichen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es liegen vereinbarungsgemäß keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit sind die Erörterungen zur Darlegung des Budgets 2025 beendet.

Ich darf damit zum Tagesordnungspunkt 1 kommen.

1. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Wahlrecht, Einl.Zahl 206/5, betreffend Bedarfszuweisungen in einem Ressort Verwaltung und aufgrund objektiver Kriterien vergeben zum Antrag von Abgeordneten der Grünen, Einl.Zahl 206/1.

Ich ersuche um Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt. Ich sehe bereits, der Herr LTAbg. Stefan Hofer ist zu Wort gemeldet.

LTAbg. Mag.(FH) Hofer – SPÖ (12:18 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung, insbesondere Herr Landeshauptmann und Frau Landeshauptmannstellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir leben derzeit, und das haben wir in der vorigen Debatte ja auch erörtert, in global herausfordernden Zeiten. In global herausfordernden Zeiten, in denen die öffentlichen Haushalte massiv unter Druck geraten. Das haben wir heute auch in der Debatte zum Landesbudget erlebt. Hier sind notwendige Konsolidierungsmaßnahmen und Gegenmaßnahmen notwendig, und diese treffen aber auch auf eine immer größer werdende, ich möchte sagen, oftmals auch berechtigte Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem politischen System. Zudem gilt es, den Spagat zu schaffen, die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, soziale Sicherheit weiter zu garantieren und gleichzeitig das Budget nicht völlig aus den Fugen geraten zu lassen. Beileibe, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, keine leichte Aufgabe, die sicherlich eine große Kraftanstrengung braucht und auch dementsprechende Redlichkeit voraussetzt. Die Sozialdemokratie als konstruktive Oppositionskraft ist in der Steiermark dazu bereit. Es ist aber auch wichtig, hier keine Symbolpolitik zu betreiben. Für uns zählen Taten, und nicht nur schöne Worte. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Forderung der Grünen, Bedarfszuweisungsmittel hinkünftig in einem gemeinsamen Ressort zu verwalten, diese Forderung ist nicht neu. Man kann darüber diskutieren, wobei es mir auch wichtig ist zu betonen, dass auch in der Vergangenheit mit dem früheren System viel Wichtiges und Richtiges in unseren steirischen Kommunen gelungen ist. Und wenn ich hier an gemeinsame Erfolge, die man in der Steiermark erzielen konnte, ich denke hier vor allem an die ehemaligen Landeshauptleute Franz Voves und Hermann Schützenhöfer, da muss ich sagen, wenn ich jetzt auf die soeben zu Ende gegangene Budgetdebatte zurückblicke, hat es mir nicht gefallen, dass man vorhin diese Reformpartnerschaft aus meiner Sicht leichtfertig und auch ein bisschen oberflächlich ins Abseits gestellt hat. Geschätzte Damen und Herren, seit dieser Legislaturperiode wird die Zuständigkeit ja per Gemeindekennzahl vergeben und in einem gemeinsamen Koreferat verwaltet. Diese Systemfrage ist aber aus meiner Sicht nicht entscheidend. Entscheidend ist, und essentiell ist, dass die finanziellen Mittel für Gemeinden fair, transparent, bedarfsgerecht und auch schnell verteilt werden. (*Beifall bei der SPÖ*) Und im Regierungsprogramm zwischen FPÖ und ÖVP wird dies in Aussicht gestellt, indem eine Evaluierung und Objektivierung der Kriterien der Bedarfszuweisungsmittelvergaben in diesem Regierungspapier festgeschrieben wurden. Und ich nehme die Regierung hier beim Wort und messe sie auch an ihren konkreten Taten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Gemeinde oder in den Gemeinden, und das weiß ich als Bürgermeister nur allzu gut, bekommt man die unmittelbaren Sorgen und Bedürfnisse der Menschen am stärksten zu spüren. Wenn wir eine Politik wollen, ich glaube, das eint uns hier herinnen, die das Leben

der Steirerinnen und Steirer verbessert, müssen wir die Handlungsspielräume für unsere Gemeinden und auch für die kommunalpolitischen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger stärken. Denn Zukunft ist kein unausweichliches Schicksal. Zukunft ist ein Handlungsfeld, das wir ganz bewusst gestalten und auch beeinflussen müssen. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ, der FPÖ und der ÖVP – 12.23 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Arnd Meißl. Ich erteile ihm das Wort.

LTabg. Meißl - FPÖ (12:23 Uhr): Danke schön, Herr Präsident, Herr Landesrat, Mitglieder des Hohen Hauses!

Der Kollege Hofer hat ja schon sehr viel vorweggenommen, dem ich durchaus zustimmen kann. Die Gemeinden brauchen Geld, sie brauchen Handlungsspielräume, aber einen Beisatz hast du vergessen, auch die Gemeinden sind aufgefordert, zu sparen. Das ist, glaube ich, eines der wesentlichsten Dinge, die wir nicht außer Acht lassen dürfen, dass es an Bund, Land und Gemeinden liegt, gemeinsam, in einer gemeinsamen Anstrengung, die Haushalte in Ordnung zu bringen, weil es kracht in Wirklichkeit überall, und du weißt das ganz genau als Bürgermeister, dass es kein Geld mehr irgendwo abzuholen gibt, so leichtfertig, oder dass das Geld so auf der Straße liegt. Aber jetzt zum Antrag der Grünen, „Bedarfszuweisungen in einem Ressort aufgrund objektiver Kriterien zu vergeben“. In der Begründung des Antrags wird angeführt, dass für die Vergabe der Bedarfszuweisungen früher eben die SPÖ-Gemeinden jahrzehntelang zuständig waren, und für die Vergabe an ÖVP-Gemeinden die ÖVP zuständig gewesen war. Das hat die Opposition, glaube ich, aller Couleurs, immer wieder kritisiert und nicht für gut befunden, auch wenn mit Sicherheit nicht alles schlecht war, was an Mitteln geflossen sind, und wie sie verwendet worden sind. Das muss man auch betonen und das möchte ich auch hier sagen. Weiters sollen objektive Kriterien für die Vergabe der Bedarfszuweisungen geschaffen werden. Da seid ihr ein bisschen hinten nach jetzt in der ganzen Geschichte, bei eurem Antrag, liebe Grüne. Ihr bezieht euch da nämlich auf einen Kontrollbericht des Landesrechnungshofes vom 28.05.2024, und unsere Vorgängerregierung, dafür darf ich euch in dem Sinn ein bisschen ein Lob aussprechen und auch der ÖVP ein Lob aussprechen, hat Richtlinien für die Gewährung von Gemeindebedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände nachlesbar geschaffen, und das ist nachlesbar auf der Homepage der Abteilung 7, und zwar seit 1. August 2024. Was

du angesprochen hast, ist auch, dass die neue Landesregierung sich auf eine Evaluierung der Richtlinien verständigt hat. Und das ist auch durchaus gut und sinnvoll. Und zwar aus einem Grund. Es hat schon den einen oder anderen Missstand bei der Vergabe gegeben. Und ich komme aus einer Gemeinde, die deiner Fraktion mehr als nahesteht. Und da wurde noch im November 2024 durch den damaligen Landesfinanzreferenten eine Bedarfszuweisung in der Höhe von einer Million Euro für das Kunsthaus Mürzzuschlag gewährt. Jetzt muss man dazu wissen, das Kunsthaus Mürzzuschlag finanziert sich fast ausschließlich aus Fördermitteln von Bund, Land und Gemeinde. Also hier wird es sicher Nachschärfungen bedürfen, weil da fließt Geld, viel Geld für wenige Besucher. Und die Besucherzahlen im Kunsthaus, du wirst es vielleicht auch wissen, nachdem du aus der entfernteren Region kommst, sind sehr überschaubar. Und da muss man ganz ehrlich sagen, da wird man genau hinschauen müssen und da wird Platz für Einsparungen sein. Tatsächlich ist es nämlich dann so, und dann sind wir bei dem Punkt, den die NEOS immer wieder gerne ansprechen, das sind auch Mittel, die man durchaus anderswertig verwenden kann und sollte. Ob das jetzt der Bildungssektor ist, oder ob das der Gesundheitssektor ist, ist ganz egal. Diese Mittel eben anzuschauen und dann auch so zu verteilen, dass es für uns Sinn macht, oder für die Menschen draußen Sinn macht, das wird sicher das Ziel sein. Die Stellungnahme der Landesregierung entspricht im Wesentlichen dem, was ich gesagt habe. Du hast es eh schon angesprochen, dass die Aufteilung mittlerweile der Bedarfszuweisungen auf andere Art und Weise funktioniert. Und sie funktioniert auch nach dem Vier-Augen-System und das ist gut so und das soll auch weiterhin so bleiben. Es wurden damit Empfehlungen des Landesrechnungshofes umgesetzt, und es wird der Budgetumsetzung oder der Budgetaufteilung sicher keinen Schaden zufügen, wenn man nicht mehr nach Parteizugehörigkeit die Gelder aufteilt, sondern sich gegenseitig ein bisschen unterstützt und hilft und Gelder dann aufgrund der Sachkompetenz ausgibt. Die Landesregierung hat diese objektiven Richtlinien eben geschaffen. Sie sind jetzt zu evaluieren und in diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 12.28 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Herzlichen Dank. Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Bruno Aschenbrenner. Ich erteile ihm das Wort.

LTabg. Ing. Aschenbrenner – ÖVP (12:29 Uhr): Danke schön, geschätzter Herr Präsident, werte Frau Landeshauptmannstellvertreterin, geschätzter Herr Landesrat!

Zuständig beide für unsere Gemeinden in der Steiermark, nicht nach der Parteizugehörigkeit, sondern nach den Gemeindeganzahlen, gerade und ungerade, wie wir es gehört haben. Geschätzter Kollege Hofer, wir haben, glaube ich, mit dieser Maßnahme ganz klar auch den Aufforderungen des Landesrechnungshofes entsprochen und haben geschaut, dass wir hier mit dieser Regelung auch Transparenz schaffen. Es ist in Wirklichkeit ja vieles vorweggenommen worden. Ich darf aber schon auf etwas eingehen, weil mir das ein bisschen weh tut im Magen, wenn die Grünen hergehen bei ihrer Eingabe und sagen, die Steiermark ist das einzige Bundesland, das noch zwei Verantwortliche für die Bedarfszuweisungen hat, was ja definitiv nicht stimmt. Es haben ja auch andere Bundesländer, z. B. das Bundesland Oberösterreich, und hier darf ich auch verweisen, dass ja hier in der Konzentrationsregierung auch ein gewisser Herr Landesrat Stefan Kaineder mitverantwortlich ist, eine Aufteilung auf zwei Ressorts. Es ist auch kritisiert, dass man sagt, es müsste eine Stelle sein, die alles verwaltet. Ist nicht möglich, weil einfach die Richtlinien und die Vorgaben des Budgets es nicht ermöglichen, dass wir alles aus einem Topf heraus bedienen. Aber ja, es ist halt auch Aufgabe der Opposition zu kritisieren, bzw. Dinge anzusprechen, die Ihnen - eingebracht worden ist das ja noch vor der Gemeinderatswahl -am Herzen gelegen sind, und es hat sich jetzt in der Zwischenzeit einiges relativiert bzw. ist in Umsetzung gekommen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, angebracht wurde auch mit der Nachvollziehbarkeit. Wir haben auf der einen Seite unsere Rechnungsabschlüsse rechtzeitig auch mit der Ausweisung aller zugegangenen und projektzugeordneten Bedarfszuweisungsmittel nach Beschluss auch zu veröffentlichen. Das heißt, wir sind als Gemeinden transparent. Es ist abzuholen, wo die Mittel hingehen. Es ist auch in der Vorgabe, wie Bedarfszuweisungsmittel abzuholen sind, ganz klar geregelt, welche Punkte förderwürdig oder bedarfszuweisungsmittelwürdig sind. Unterstützung von finanzschwachen Gemeinden, detto, wie natürlich die Deckung außerordentlicher Vorhaben, Erfordernisse, sogenannte Projekte, die man aus den eigenen Budgetmitteln einer Gemeinde nicht stemmen kann, die es aber braucht, um unseren Bürgerinnen und Bürgern in der Umsetzung von Projekten auch die Heimat so zu gestalten, wie sie es sich wünschen. Und es sind in den Richtlinien für die Gewährung von Gemeinde- und Bedarfszuweisungsmitteln an Gemeinden und Gemeindeverbänden, wie es so schön heißt, natürlich auch ganz klar drinnen Unterstützung von strukturschwachen Gemeinden, aber auch jetzt in dieser schwierigen Zeit der Ausgleich von Haushaltsabgängen, die es ja dort

und da leider auch immer wieder gibt. Geschätzte Damen und Herren, diese Landesregierung steht dafür, lieber Kollege Stefan Hofer, dass Bedarfszuweisungsmittel fair, transparent, bedarfsgerecht und, das liegt aber auch in der Überprüfung, schnell dann an die jeweiligen Gemeinden auch ausbezahlt werden. Wir versuchen, das Beste darin zu geben. Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und wünsche mir für unsere Gemeinden, dass die Bedarfszuweisungsmittel, die uns als Gemeindemittel, und das sind sie auch, zur Verfügung stehen, dort ankommen, wo wir sie brauchen. Diese Regierung steht dafür. Glück auf! *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 12.33 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Herzlichen Dank. Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Lambert Schönleitner. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Schönleitner - Grüne (12:33 Uhr): Danke dir, Herr Präsident! Frau Landeshauptmannstellvertreterin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte das Positive hervorstreichen. Es wurde schon gesagt, teilweise, der Arnd Meißl, glaube ich, war es, der darauf hingewiesen hat. Die FPÖ hat ja immer das Gleiche gefordert wie die Grünen und andere, dass es da mehr Klarheit und Transparenz und Fortschrittlichkeit geben möge, und das tut es jetzt in einem Punkt zumindest, indem die Gemeinden nach Nummern aufgeteilt sind und nicht mehr quasi im Budget direkt drinnen steht. Das sind die SPÖ-Gemeinden und das sind die ÖVP-Gemeinden. Das ist ein Fortschritt. Ich bin aber natürlich Realpolitiker, wie ihr wisst und ich weiß, dass es natürlich jeder Regierung zusteht, in einem Vier-Augen-Prinzip, ist ja interessant, wenn man das in die Richtung verwendet, darüber zu entscheiden, wie die Mittel der Gemeinden vergeben werden. Das verstehe ich vollkommen. Da wäre ich ja unrealistisch, wenn es nicht so wäre. Es ist aber wichtig, trotzdem dem Argument der Sachlichkeit möglichst nahe zu kommen. Das mag die Landesregierung durchaus in vielen Fällen tun, aber nicht überall. Das möchte ich schon auch sagen. Es hat schon über Jahre, und das war vielleicht auch schon in der Zeit, wie die Bedarfszuweisungsrichtlinien in dieser Form nicht so vorgelegen sind, der Fall, die Frage schon immer war, ist es wichtig, in jeder Gemeinde eine Investition zu machen, obwohl manche Gemeinden z. B. etwas gemeinsam nutzen könnten. Da geht es darum, Richtlinien aufzustellen. Das gibt es derzeit ja auch, das sage ich ja, ich möchte es nur noch verstärken. Und da kann man überlegen, wie man diese Kooperationen noch verstärken kann. Ich habe ja das Regierungsübereinkommen oder das Regierungsprogramm genau gelesen, der ÖVP und

der FPÖ und da steht es ja noch einmal drinnen, und das ist ja grundsätzlich positiv, dass man einmal evaluieren wird und vielleicht das eine oder andere noch verbessern wird im kommunalen Bereich. Mir ist nur wichtig, darauf hinzuweisen, es wäre halt irgendwie schön, ich glaube, auch aufgrund der finanziellen Situation der Kommunen und Gemeinden, wenn wir das bald haben würden, weil der Herr Finanzlandesrat hat ja heute einmal geantwortet, ein Regierungsübereinkommen geht bis zum Ende der Periode, also könnte es auch das letzte Jahr sein. Ich glaube, es wäre gescheit, wenn wir es relativ rasch haben würden. Es ist jedenfalls ein Vorteil, dass diese Budgets jetzt anders bezeichnet werden, dass nach Nummern vergeben wird, und wenn die Richtlinien noch klarer werden, wenn man noch mehr Steuerung hineinbringt, um die interkommunale Zusammenarbeit zu stärken, und der Begriff ist ja auch verwendet im Regierungsübereinkommen, dann erreichen wir viel. Vielleicht abschließend noch, weil es der Kollege Hofer angesprochen hat (*Zweiter Präsident Mag. Drexler: „Entschuldigung, Herr Abgeordneter, ich wollte nämlich darauf hinweisen, dass den Grünen nun nur mehr vier Minuten für die restlichen Tagesordnungspunkte bleiben, und daher wollte ich serviceorientiert darauf hinweisen, zum Abschluss zu kommen!“*) Ich bedanke mich für dieses Service beim zweiten Präsidenten. Dann mache ich es ganz kurz. Wichtig ist, die Debatte aber auch ehrlich zu führen, wenn es um die Einnahmenseite der Gemeinde in Zukunft geht. Städtebund sagt uns seit Jahren, es gehören Steuern, die Grundsteuer z. B., angeglichen, die Kommunalsteuer unter Umständen auch reformiert. Das müssen wir tun. Wir haben nichts davon, wenn im Landtag hier herinnen Entscheidungen fallen. Wir haben Entschlüsse eingebracht, um hier quasi etwas voranzubringen und eigentlich die Bürgermeister der SPÖ für diese Grundsteuerreform sind, also den Verkehrswerten etwas näher zu kommen, aber dann die Abgeordneten in einem Landesparlament diese Anträge nicht unterstützen. Da braucht es Ehrlichkeit, das nützt den Gemeinden und das nützt der sicheren Finanzierung in den Kommunen. Danke. (*Beifall bei den Grünen – 12.37 Uhr*)

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Herzlichen Dank. Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Robert Reif. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Reif - NEOS (12:37 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ja, es gibt positive Dinge, die auch von der Opposition gesagt werden sollten und die auch heute gesagt werden, und das haben auch meine Vorredner gemacht. Es war jahrelang immer

wieder die Kritik auch da, dass eben bei den Bedarfszuweisungen die anderen Gemeinden, die rot geführt waren, vom roten Ressort, und die, die schwarz geführt waren, vom schwarzen Ressort das Geld bekommen haben. Das hat sich jetzt geändert und ist abhängig von der Gemeindezahl. Das ist ein positiver Schritt, der auch nicht nur von uns als Opposition, sondern vor allem auch vom Landesrechnungshof und vom Bundesrechnungshof immer wieder kritisiert worden ist, und jetzt einmal im ersten Schritt umgesetzt wurde. Der Herr Kollege Meißl hat auch gesagt, dass jetzt alle Sachen vom Landesrechnungshof umgesetzt worden sind, alle Forderungen. So ganz ist das noch nicht der Fall, weil sonst hätten wir auch heute diesen Antrag nicht herinnen. Wir sind schon der Meinung, dass man diese Bedarfszuweisungsmittel in einem Ressort bündeln sollte, weil man einfach, glaube ich, Kräfte bündeln kann und dann gemeinsam aus einem Ressort diese Bedarfszuweisungen transparent und vor allem nach einheitlichen Kriterien, die ja teilweise jetzt da sind, aber definitiv noch nachverschärft gehören, damit die Gemeinden auch Planungssicherheit haben, dass sie genau wissen, auf was kann ich mich einstellen, was braucht es, damit man dieses Geld bekommt. Und ich glaube, es ist auch wichtig, was vorher angesprochen worden ist, dass das, was im Regierungsprogramm drinnen steht, diese interkommunale Zusammenarbeit gestärkt wird. Ich glaube, es geht einfach nicht mehr so, dass Gemeinden und die finanzielle Situation der Gemeinden ist ja weitgehend bekannt, dass vor allem kleinere Gemeinden oft gar nicht mehr die Möglichkeit haben, Projekte umzusetzen, die früher einfach da waren, wo jede Gemeinde glaubt hat, sie muss alles selber machen. Es macht ja auch Sinn, wenn man zusammenarbeitet. Ich bin aber auch der Meinung, dass man vor allem schauen muss, dass Gemeinden endlich wieder mehr Spielraum haben, um Projekte in die Zukunft investieren zu können. Und dazu gehört nun auch einmal, dass auch der Finanzausgleich geändert wird, sodass wirklich die Gemeinden mehr Geld bekommen. Ich weiß, das ist jetzt keine Landessache, sondern eine Bundessache und das muss auch im Bund angegangen werden. Und daher auch meine Forderung an den Bund, dass das gemacht wird, weil ich glaube, nur so können wir in Zukunft auch garantieren, dass Gemeinden wirklich für die Bürgerinnen und Bürger zukunftssträchtige Projekte umsetzen können. Ich glaube, es ist ein wichtiger Schritt gelungen, wie gesagt, dass man diese Bedarfszuweisungen jetzt anhand der Gemeindezahlen macht, aber ich glaube auch, und ich bin überzeugt davon, dass noch sehr, sehr viel Arbeit vor uns liegt, dass Gemeinden wirklich in Zukunft wieder Geld zur Verfügung steht, um auch investieren zu können und nicht in jeder Gemeinderatssitzung darüber diskutieren zu müssen, wo nehme ich noch einen Kredit auf, damit ich einen alten Kredit zahlen kann, weil das ist

nicht Zukunft. Zukunft ist zu investieren und unsere Gemeinden sind die Zukunft. Herzlichen Dank. *(Beifall bei den NEOS – 12.40 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Danke vielmals. Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Armin Forstner. Ich erteile ihm das Wort.

LTabg. Forstner, MPA – ÖVP (12.40 Uhr): Geschätzte Mitglieder der Landesregierung, geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ja, als Bürgermeister ist ja von Stefan Hofer schon sehr vieles gesagt worden, auch von Arnd Meißl. Es ist natürlich für die Gemeinden mittlerweile schon eine dementsprechende Herausforderung, die letzten Jahre sind die Aufgaben dementsprechend sehr gut und für die Bevölkerung auch mit Weitblick zu erledigen. Aber ein paar Sachen muss ich natürlich schon ansprechen. Was immer vergessen worden ist, die letzten paar Kollegen haben das eigentlich gar nicht so erwähnt, wir haben mittlerweile ein Regionalmanagement in den ganzen Regionen, das mit der interkommunalen Zusammenarbeit, sage ich auch, sehr vieles abdeckt. Weil mittlerweile ist es so, es gibt ja auch Kleinregionen, der Lambert weiß das, wir haben Kleinregionen bei uns in der Region und die Projekte müssen ja gemeindeübergreifend sein. Das ist z. B. eines, was da erledigt wird. Weiter ist es natürlich auch, wir haben eine Gemeindezusammenlegung 2015 gehabt. 2015 sind wir ja von über 500 Gemeinden auf circa 280 Gemeinden zusammengelegt worden, wo natürlich auch sehr viele Sachen dann einhergehen. Das dauert natürlich, bis das greift. Aber mittlerweile sind Schulen einfach gebündelt worden, weil einfach die Unterrichtseinheiten dadurch besser werden. Es sind Kindergärten gebündelt worden oder neu gebaut worden. Die Gemeinden, die Bauhöfe sind natürlich auch mit dem fast halbiert worden, kann man sagen. Und da ist natürlich schon einiges drin für die Gemeinden. Aber solche Sachen greifen natürlich erst langfristig. Und vielleicht, wenn ich jetzt zum Ressort eigene BZ-Mittel für die Gemeinden. Für die Gemeinden ist natürlich jedes Jahr eine Herausforderung. Nur, wenn man schaut, was jede Gemeinde, und da muss jeder eigentlich selber mal schauen in der Gemeinde, was die Gemeinden eigentlich teilweise, wie die unterschiedlich arbeiten, ist das natürlich auch schwierig. Eine Gemeinde hat mehr Geld, eine hat weniger Geld, und da wird natürlich auch dementsprechend, die einen fordern das, die anderen fordern das, ist natürlich auch immer ein Konkurrenzkampf zwischen den Gemeinden. Und der Stefan wird das sicher auch wissen, weil der wird das auch haben. Das haben wir natürlich in der ganzen Steiermark, und ich

denke, ich traue mich zu behaupten, dass das in ganz Österreich wahrscheinlich so ist. Natürlich schaut jede Gemeinde, dass wir die Firmen da haben, dass wir von denen natürlich auch dementsprechende Lohnsteuer kriegen, dass wir natürlich auch BZ-Mittel haben, aber natürlich, ich kriege ja nur ein Geld als Gemeinde, wenn ich dementsprechende Projekte vorlege. Ich kann ja nicht hingehen und sagen, bitte, lieber Herr Landesrat, ich hätte jetzt gerne, weil ich bin jetzt z. B. so ein Beispiel, ich bin beim Landesrat Hermann, es ist eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Ich kann nur hingehen und kann sagen, bitte, dieses Projekt habe ich vor, so könnte die Finanzierung ausschauen, sollte das nicht funktionieren, kann ich es wahrscheinlich nicht machen. Und ich weiß nicht, wie viele Gemeinden oder wie viele Bürgermeister es da herinnen gibt, die mittlerweile vom Landesrechnungshof überprüft worden sind. Ich bin eine Gemeinde davon, und wenn man sich das anschaut, da wird man ja auf Herz und Nieren dementsprechend geprüft und auch, und das wissen auch alle Bürgermeister da herinnen, wir sind verpflichtet, Rücklagen zu bilden. Rücklagen, das heißt bei Kanal, Wasser, Müll, muss ich schauen, dass ich kostendeckend bin. Ist so, jeder Bürgermeister muss einmal die Hausaufgaben erledigen, dann kann ich natürlich andere Sachen machen, und jeder schaut natürlich, dass er für seine Gemeinde dementsprechend reagiert und agiert und schaut, dass das Beste für die Bevölkerung am Ende des Tages rauskommt. Aber natürlich habe ich auch Hausaufgaben, die ich dementsprechend erledigen muss und schauen, dass das auch klappt. Und wenn, die Gemeindeordnung, gibt ja sehr vieles her, wenn man sich das anschaut. Und wenn ich Rücklagen habe, kann ich auch bei gewissen Projekten, was vielleicht für die Gemeinde eigens zum Finanzieren sind, mir ein inneres Darlehen geben. Der Stefan wird das wissen, der Bruno Aschenbrenner wird das wissen. Wenn ich die Möglichkeit habe, kann ich auch Projekte über ein inneres Darlehen finanzieren in den Gemeinden, wo ich mir dann wieder ein wenig leichter tue. Aber das Vier-Augen-Prinzip, so wie wir es jetzt haben oder wie es jetzt eigentlich ist, ist in der Landesregierung, finde ich sehr gut. Ich muss meine Projekte darlegen, wenn ich die nicht darlege und nicht kann, werde ich wahrscheinlich dementsprechend nichts kriegen. Wir bereiten die Projekte dementsprechend gut auf in den Gemeinden. Ich glaube, jeder Bürgermeister bemüht sich da, dass das auch passt. Natürlich sind viele Sachen, ich kann eine Gemeinde nicht führen wie einen Wirtschaftsbetrieb, wird nicht möglich sein, weil man natürlich auch viele soziale Aufgaben hat. Aber mit der Unterstützung der Landesregierung, und in meinem Fall vom Herrn Landesrat, funktioniert das eigentlich tadellos, und ich glaube, man muss einem auch das schon vor Augen halten, jeder Bürgermeister will das Geld für seine Gemeinde und

eigentlich nicht für sich selbst, und die Projekte müssen sinnvoll sein und die werden auf Herz und Nieren geprüft, und wenn sie sinnvoll sind, funktioniert es auch dementsprechend. Also in diesem Sinne glaube ich, dass das ganz gut ist, ganz gut funktioniert. Ich danke euch beiden, dass ihr da mit Augenmaß und sehr viel Herz dabei seid, und auch schaut, dass die kleinen Gemeinden dementsprechend gut ausgestattet sind für das heurige Jahr und auch in Zukunft. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 12.45 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Herzlichen Dank. Als nächster und abschließend zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Mag. Stefan Hermann.

Landesrat Mag. Hermann, MBL - FPÖ (12.45 Uhr): Vielen Dank, geschätzter Herr Präsident, werte Frau Landeshauptmannstellvertreterin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, geschätzte Zuseher!

Ich bin dankbar für diesen Tagesordnungspunkt, obwohl mich die Inhalte ein bisschen verwundern, aber da komme ich nachher dazu. Ich habe dem Kollegen Bürgermeister und Abgeordneten Hofer sehr gut zugehört, und der hat gesagt: „Die Systemfrage sei nicht entscheidend.“ Diese Auffassung teile ich zu einem großen Teil. Es ist, glaube ich, nicht die Systemfrage entscheidend, es ist die Stilfrage eine entscheidende. Nämlich die Gemeinden, die Bürgermeister, die Gemeinderäte, nicht als Bittsteller zu sehen, sondern als Partner auch zu sehen. Und das tun wir. Und das klare Bestreben und das Bekenntnis auch, mit den Gemeinden zusammen notwendige Projekte zu entwickeln, die Gemeinden in harten budgetären Zeiten zu unterstützen, und der Kollege Forstner hat ja die Regionen angesprochen, auch natürlich die regionale Entwicklung voranzutreiben. Und der Kollege Meißl hat gesagt, die Gemeinden brauchen Geld. Ja, das ist so. Aber die Gemeinden brauchen auch eine Unterstützung. Und eine Unterstützung muss nicht immer monetär sein. Und es ist schon die überregionale Zusammenarbeit auch angesprochen worden. Und wir handhaben das so, die Frau Landeshauptmannstellvertreterin und ich in den Büros, dass bei BZ-Mittel-Gesprächen ja selbstverständlich nicht wir nach Gutdünken entscheiden, was uns gefällt und was uns passt, sondern dass die Abteilung 7, wo ich auch ein großes Dankeschön aussprechen möchte in unserem Namen, und auch die Abteilung 17 für Regionalentwicklung dabeisitzt, und man da gemeindeübergreifend auch einen Blick einwirft. Und weil Kinderbetreuungseinrichtungen, wir werden am Nachmittag noch darüber diskutieren, ja in aller Munde sind, da wird auch genau angeschaut, wie schaut die Situation von

Kinderbetreuungseinrichtungen in den Umlandgemeinden aus, wie ist die demografische Entwicklung und, und, und, macht nicht ein gemeinsamer Ausbau Sinn. Da sind uns schon einige Dinge gelungen, und diesen Weg werden wir auch weiter fortsetzen. Und dann, Herr Kollege Schönleitner, dieser Antrag muss ja ein Relikt aus längst vergangener Zeit sein. Weil ich kann mich erinnern, wir haben diese Forderung nach objektiven Kriterien, glaube ich, auch einmal gemeinsam in Anträgen sogar erhoben hier. Jetzt haben wir diese Kriterien. Wir haben nämlich das, was der Landesrechnungshof auch fordert, umgesetzt. Nämlich ein objektives Kriterium. Das ist die Gemeindekennzahl. Und du hast gemeint, du bist auch Realpolitiker und wir würden uns da im Vier-Augen-Prinzip irgendwie ausmachen, wie die Mittel verteilt werden. Das unterstellt ja schon wieder irgendeine böse Absicht, und das ist einfach nicht der Fall. Ich habe es ja gesagt, wir entscheiden das nicht nach Gutdünken, es werden die Projekte der Gemeinden auf Herz und Nieren geprüft, nach diesen objektiven Richtlinien, die es ja gibt und die auch mit Nachdruck entsprechend gelebt werden. Der Kollege Reif hat gemeint, dieses neue System sei ein positiver Schritt, und hat aber trotzdem gemeint, man sollte alle Bedarfszuweisungsmittel, alle Gemeindeagenden in einem Ressort bündeln. Und jetzt bin ich auch Realpolitiker, wie der Kollege Schönleitner, würde man das tun und hätten wir das gemacht, dann hätten wir heute oder in einem Monat schon wieder die Diskussion, um Gottes Willen, die fünf blauen Gemeinden behandelt der Herrmann besser als alle anderen Gemeinden und umgekehrt. Und um eben dem einen Riegel vorzuschieben, haben wir dieses System, das ein Gutes ist. Und ich habe nicht vom System vorher gesprochen, sondern vom Stil, und dieser neue Stil, dieses Zusammenarbeiten, ist ein Gutes. Es sind bei den Bedarfsmittelgesprächen immer vice versa Mitarbeiter aus den Büros dabei. Wir haben den vollen Informationsstand. Und wir kriegen auch alle Probleme und Herausforderungen mit, die die Gemeinden an uns tragen. Und sind auch bestrebt, Lösungen zu finden. Und da möchte ich mich bei dir, liebe Frau Landeshauptmannstellvertreterin, bedanken, dass das gut funktioniert. Um ein paar konkrete Beispiele zu nennen: Die Kosten für Kinderbetreuungseinrichtungen belasten die Kommunalbudgets natürlich. Und jetzt haben wir uns zusammengesetzt und werden mit den zuständigen Experten aus den Abteilungen in einer Arbeitsgruppe Möglichkeiten erarbeiten, um die Baukosten entsprechend zu senken. Gestern haben wir eine Besprechung gehabt mit vielen Bürgermeistern und Projektmanagern, was die Leader-Projekte auch angeht. Und das funktioniert nur, wenn man gemeinsam mit dem Bestreben, die Situation für die Gemeinden zu verbessern, zusammenarbeitet. Ich möchte mich wirklich bei allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, bei den Gemeinderätinnen

und Gemeinderäten bedanken, die jetzt am Anfang einer Gemeinderatsperiode sind, in sicher keiner einfachen Situation. Aber wir werden alles daran setzen, als Steiermärkische Landesregierung, die Gemeinden als Partner bei ihren Projekten zu unterstützen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 12.50 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie gesagt, liegt eine weitere Wortmeldung nicht vor. Daher komme ich nun zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht Einl.Zahl 206/5 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke schön, Gegenprobe.

Damit hat der Antrag die erforderliche Mehrheit mit den Stimmen von FPÖ, ÖVP und SPÖ, wenn ich es richtig gesehen habe, gegen die Stimmen der anderen Fraktionen.

Ich komme damit zum nächsten Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Ausschusses für Verfassung, Einl.Zahl 363/2, betreffend ein Gesetz, mit dem das Steiermärkische Seveso-BetriebeGesetz 2017 geändert wird, zur Regierungsvorlage Einl.Zahl 363/1.

Ich ersuche um Wortmeldungen und sehe, es liegen bereits Wortmeldungen vor. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wolfgang Dolesch. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Mag. Dr. Dolesch – SPÖ (12.51 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, meine Damen und Herren Abgeordneten, Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher, Zuhörerinnen und Zuhörer!

Bei diesem Tagesordnungspunkt kann ich es sozusagen sehr kurz machen, nachdem es sich hier ja um eine Novelle zur Anpassung und Umsetzung des Europäischen Unionsrechts handelt und wir hier ein anhängiges Vertragsverletzungsverfahren ja haben, seit geraumer Zeit, in Bezug auf diese Seveso-3-Richtlinie, welche es in unserem Bundesland im Übrigen im Steiermärkischen Seveso-3-Anpassungsgesetz aus dem Jahr 2017 sowie im Steiermärkischen Raumordnungsgesetz 2022 und dem Steiermärkischen Baugesetz 2023 beschlossen wurde, ist es hier eigentlich relativ schnell auf den Punkt gebracht. Es geht hier mit dieser Novelle um die Klarstellung, dass eine Pflicht zur Überprüfung und Aktualisierung

des Sicherheitsberichtes auch nach einer Aufforderung durch die Behörde besteht. Logisch, dass diese Novelle aus meiner Sicht daher alternativlos ist und demzufolge auch die Sozialdemokratische Landtagsfraktion dieser Änderung selbstverständlich zustimmen wird. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.53 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Michael Wagner. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Michael Wagner - FPÖ (12.53 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Herr Abgeordnete Dolesch hat es auch schon formuliert, wir beraten heute über eine wichtige Novelle des Seveso-Anpassungsgesetzes und da ist Ausgangspunkt ein EU-Vertragsverletzungsverfahren wegen einer nicht ordnungsgemäßen Umsetzung. Ja, in dieser Seveso-Richtlinie geht es ja um den Umgang bei Unfällen mit gefährlichen Stoffen. Und ja, als verantwortliche Landesregierung nehmen wir das natürlich sehr ernst. Und wir haben ja auch eine Verpflichtung gegenüber unseren Steuerzahlern, weil jeder, der ein Vertragsverletzungsverfahren kennt, weiß, was kommen kann. Natürlich können da uns Millionen- oder auch Milliardenbelastungen ins Haus stehen. Und die Kommission hat zu Recht moniert, dass § 6 Abs. 3 des Steiermärkischen Seveso-3-Gesetzes nicht ausdrücklich vorsieht, dass eine Aktualisierung des Sicherheitsberichts auch nach Aufforderung der zuständigen Behörde erfolgen muss. Und ja, ein redaktionelles Versehen, das nun korrigiert wird. Diese kleine Korrektur hat es aber, wie gesagt, in sich. Und machen wir uns aber trotzdem nichts vor, die Gesetzeskorrektur bringt uns nur wenig, wenn wir trotzdem nicht aktiv auch Umweltpolitik hier im Landtag von Seiten dieser Landesregierung betreiben. Dem sind wir und dem kommen wir auch mit voller Kraft nach, sei es jetzt bei Förderung Natururparke oder Umweltschutz mit Hausverstand. Da komme ich heute wieder zurück auf die Befragung, heute hier zum IG-L. Hausverstand gehört auch dazu, dass wir uns dieser Thematik auch annehmen und die Landesregierung auch den IG-L zu Recht abgeschafft hat. Und wir brauchen da keine grünideologische Panikmache, muss man auch ganz offen sagen, oder ideologiegetriebene Gängelung. Für uns ist Sicherheit und gesunder Menschenverstand sehr wichtig. Wir wollen auch den Betrieben klare und umsetzbare Rahmenbedingungen bieten und gleichzeitig die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten. Genau das erreichen

wir auch heute mit dieser kleinen Anpassung und wir entlasten auch im Endeffekt den Steuerzahler. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 12.55 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor. Ich komme daher nun zur Abstimmung und ersuche jene Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht Einl.Zahl 363/2 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, Gegenprobe.

Damit darf ich hierbei die einstimmige Annahme feststellen.

Und komme zu Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Finanzen, Einl.Zahl 379/2 betreffend Beteiligungsbericht des Landes Steiermark per 31.12.2023 zur Regierungsvorlage Einl.Zahl 379/1.

Ich ersuche um Wortmeldungen. Sind keine Wortmeldungen? Moment. Jetzt liegen sie vor. Damit darf ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Mag. Dr. Wolfgang Dolesch das Wort geben.

LTAbg. Mag. Dr. Dolesch – SPÖ (12.56 Uhr): Ich bin eh nett, ohne Sorge. Ja, sehr geehrter Herr Präsident, Regierungsmitglieder, liebe Abgeordneten-Kolleginnen und -Kollegen, Zuseherinnen und Zuseher, Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ja, wir haben es bei diesem rund 150 Seiten umfassenden Bericht, denke ich, mit einer guten Übersicht über die Beteiligungen des Landes Steiermark zum Stichtag 31. Dezember 2023 in den unterschiedlichsten Bereichen zu tun, von Immobilien, Energie, über Kultur, Bildung, Forschung, Verkehr bis hin zum Tourismus, Soziales, Gesundheit, Landwirtschaft. Hier ist, wenn man so möchte, ein sehr breites Spektrum damit dargestellt und abgedeckt. Die Beteiligungen reichen auch von, nennen wir es mal, überschaubaren Größen, wenn wir hier an die 1,67 % beispielsweise bei der Asfinag Service GmbH denken, bis hin zu 100-prozentigen Beteiligungen, Stichwort beispielsweise Energie Steiermark AG oder auch die Landesimmobiliengesellschaft. In Summe weist das Land Steiermark 43 Beteiligungen auf, soweit die Eckdaten, wenn man so möchte. Allgemein enthält der Bericht, ja, sagen wir mal, keine großen Auffälligkeiten, mit einer Ausnahme, wenn ich es so sagen darf, wo man sich auf den ersten Blick zwar schreckt, aber ich relativiere gleich wieder, die Betonung liegt auf den ersten Blick. Das betrifft nämlich die Energie Steiermark AG, wo man meint, dass hier

auf einmal etwas Schreckliches passiert sein muss, wenn das Eigenkapital von 2,632 Milliarden Euro im Jahr 2022 um rund eine Milliarde Euro, nämlich konkret auf 1,628 Milliarden Euro im Jahr 2023 absinkt. Wenn man sich das jetzt aber dann näher anschaut, dann wird einem schnell klar, dass hier die Abteilung 4 eigentlich eine Empfehlung des Landesrechnungshofes Rechnung trägt, nämlich bei dieser Anregung geht es darum, im Hinblick auf den Abschluss 23 damit also schon, dass die Darstellung des Vermögenshaushaltes erstmalig nicht mehr nach dem UGB-Einzelabschluss, also nach dem Unternehmensgesetzbuch erfolgt, sondern nach dem IFRS-Konzernabschluss, also den International Financial Reporting Standards, wie man so schön sagt, um eine internationale Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Und dieser Logik entsprechend und folgend wird damit auch der Beteiligungsbericht dargestellt. Das heißt, wir haben es hier vereinfacht gesagt, mit unterschiedlichen Bewertungsvorschriften zu tun. Die wesentlichsten Punkte sind hier die Veränderungen der Sicherheitsinstrumente, also der, wie man so schön sagt, im Neuenglisch, Neudeutsch, Cashflow Hedges und der Zeitwertänderungen. Die Zeitwertänderungen betreffen in erster Linie die Verbund Hydro Power mit minus 260 Millionen in der Bewertung und den Sicherheitsinstrumenten, wo das Minus bei rund 1,16 Milliarden Euro liegt, die positiv dann wieder mit den zu verrechnenden Steuern beim Eigenkapital hinzukommen. Über den Unternehmenswert sagen diese Zahlen logischerweise nicht wirklich etwas aus. Da lassen sich keine Rückschlüsse daraus ziehen. Damit lasse ich es jetzt bewenden, weil sonst wären wir eigentlich in einer Energie-Steiermark-Debatte drinnen. Vielleicht ein Letztes noch, die Eigenkapitalquote ist auch bei diesem Betrieb über 45 %, was aus meiner Sicht als sehr gut zu betrachten ist. Allerdings, und einen Punkt möchte ich schon einbringen, was uns zumindest als Sozialdemokratie im Beteiligungsbericht fehlt, im Hinblick auf die Transparenz, das ist die Beseitigung von Ausnahmeregelungen, die es gibt, und diese betreffen insbesondere den Gesundheitsfonds Steiermark, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und hier ist im Vorwort des Beteiligungsberichtes 2023 drinnen stehend, diesem kann man entnehmen, dass durch das einheitliche Beteiligungsmanagement des Landes Steiermark, diese Beteiligungsrichtlinie, ich darf zitieren, die daraus abzuleitenden Entscheidungsgrundlagen für die Politik insgesamt verbessert und die Führung des Controlling und Reporting landeseigener Unternehmen einheitlicher, transparenter und nachvollziehbarer gestaltet werden. Und vor diesem Hintergrund, meine sehr geehrten Damen und Herren, was die Ausnahmeregelung des § 1 Abs. 3 der Beteiligungsrichtlinie also betrifft, ist das im Zusammenhang mit dem Gesundheitsfonds damit für uns nicht nachvollziehbar und

stellt damit auch einen Widerspruch zu den im Vorwort Geäußerten zu dieser Erklärung dar. Denn gemäß diesen Bestimmungen, darf ich es wieder zitieren, sind unter anderem Rechtsbeziehungen zu Stiftungen und Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeiten, zu Körperschaften öffentlichen Rechts und solche im Rahmen von Gesellschaftlichen bürgerlichen Rechts sowie stille Beteiligungen der steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft nicht von der Berichtspflicht umfasst. Gerade bei diesem Gesundheitsfonds, wie erwähnt, wie gesagt, brauchen wir einen nachvollziehbaren Umgang, um die Darstellung dieser öffentlichen Mittel hier entsprechend sicherzustellen. Diese Ausnahme ist aus unserer Sicht nicht mehr zeitgemäß, gehört aus unserer Sicht damit beseitigt. Hier gehört die Beteiligungsrichtlinie entsprechend auch angepasst.

Ich darf daher auch unseren Entschließungsantrag einbringen, der lautet:

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, die in der Beteiligungsrichtlinie des Landes Steiermark normierten Ausnahmebestimmungen aufzuheben, um die Transparenz des Berichtes zu erhöhen und ein einheitliches und umfassendes Reporting sicherzustellen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ 13.02 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Danke schön. Als nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Nikolaus Swatek. Ich erteile ihm das Wort.

KO LTAbg. Swatek, BSc – NEOS (13:02 Uhr): Vielen Dank, Herr Präsident!

Das Land Steiermark hält Beteiligungen an 43 Unternehmen und zehn landwirtschaftlichen Genossenschaften. Diese Beteiligungen verwalten gemeinsam Milliardenwerte, unser aller Vermögen. Der letzte Beteiligungsbericht spricht aber auch eine sehr deutliche Sprache. Die finanzielle Basis der Beteiligungen des Landes wird zunehmend schwächer. Zwischen 2018 und 2023 sind die Verbindlichkeiten der Landesbeteiligungen von 2,1 Milliarden auf 3,6 Milliarden Euro gestiegen. Das ist ein Plus von fast 67 %, und trotzdem hört man in der politischen Debatte um unsere Beteiligungen sehr wenig. Gleichzeitig ist die Eigenkapitalquote, also der Grad an finanzieller Eigenständigkeit, von 45,9 auf 35,7 % gefallen. Und Sie wissen, weniger eigenes Kapital, mehr fremdes Geld. Diesen Kurs gilt es langfristig zu korrigieren, sonst wirtschaftet man sich selbst in die Abhängigkeit und kann damit morgen auch nicht mehr gestalten. Die finanzielle Entwicklung unserer Beteiligungen dürfen wir auch deswegen nicht außer Acht lassen, weil Beteiligungen, die selbst nicht mehr

handlungsfähig sind, Gesellschafterzuschüsse des Landes brauchen, oder das Land Steiermark für diese dann Haftungen übernehmen muss. Aktuell haben wir 357 Millionen Euro an Haftungen, die das Land Steiermark für seine Beteiligung übernimmt, auch kein kleiner Teil. Besonderes Augenmerk muss man eigentlich in diesem Bericht dem Aushängeschild der Steiermark widmen, nämlich der Energie Steiermark. Zwischen 2017 und 2024 hat man hier 800 Millionen Euro an Gewinn erwirtschaftet. Auch wenn schon erklärt wurde, dass die Eigenkapitalquote um 13,5 % gesunken ist, gibt es jetzt aktuelle Medienberichte, dass es wieder ein wenig steigen soll auf insgesamt 42,6 %. Das ist eine positive Entwicklung, wenn man diesen letzten Zeitungsartikel lesen kann. Doch, man darf nicht vergessen, dass auf der Fremdkapitalseite nach wie vor über 2,5 Milliarden Euro auf der Schuldenseite stehen. Und hier muss natürlich auch ein kritischer Blick darauf geworfen werden. Aber nicht nur die Zahlen sind in diesem Bericht von großer Relevanz, wenn es um die Beteiligungen geht, sondern auch, wie das Land mit seinen Beteiligungen umgeht. Und ja, dafür gibt es die Beteiligungsrichtlinie. Doch ein Blick in andere Bundesländer zeigt, dass man hier ordentlich nachschärfen kann. Denn es gibt keine einheitlichen Standards für Besetzungen von Aufsichtsräten, keine Offenlegung von Vergütungen, keine Cooling-Off-Phase gegen Postenkarusselle. Die Folge davon ist klar, Landesbeteiligungen werden zum politischen Spielball. Und das haben wir auch in den letzten Monaten unter dieser Landesregierung gesehen, dass Aufsichtsräte nach Parteibuch besetzt werden, und dass das Parteibuch die höchste Qualifikation ist. Es geht aber auch anders. Es gibt in anderen Bundesländern Public Corporate Governance Codexe, ich nenne beispielsweise Wien, weil die 120 Bestimmungen haben, von denen 89 sogar verpflichtend sind. Mit klaren Richtlinien zu Besetzungen, Vergütungen, Transparenz und vor allem auch einer klaren Abgrenzung zwischen der Politik und der Unternehmensführung. Denn in Wien sagt man klar, gute Unternehmensführung ist Pflicht, nicht Kür. Und genau an solchen Beispielen wie dem Corporate Governance Codex in Wien sollte man sich orientieren, um auch in Zukunft parteipolitische Besetzungen in Aufsichtsräten nach hinten zu schrauben und eher die Kompetenz und die klügsten Steirerinnen und Steirer wieder für diese Stellen zu finden.

Ich stelle daher einen Antrag.

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, nach Wiener Vorbild unter Einbindung externer Fachleute einen steirischen Public Corporate Governance Codex zu erarbeiten, der für alle Unternehmen gilt, an dem das Land unmittelbar oder mittelbar mehrheitlich beteiligt ist. Vielen Dank. *(Beifall bei den NEOS – 13.06 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Danke schön. Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau Klubobfrau Sandra Krautwaschl.

KO LTAvg. Krautwaschl – Grüne (13.06 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Angesichts der sehr knappen Redezeit werde ich primär unseren Entschließungsantrag einbringen. Und nur möchte ich anfangs noch kurz darauf hinweisen, dass eben der Beteiligungsbericht in den letzten Jahren auch die Geschlechterbalance eben in den Aufsichtsräten thematisiert hat. Und aus dem geht eben hervor, dass dieser Frauenanteil zuletzt wieder gesunken ist. Und wir stehen auf dem Standpunkt, wie im Übrigen auch die Bundesregierung, dass eine gleiche Beteiligung von Frauen in der Kontrolle von Vorständen von öffentlichen Beteiligungsunternehmen jedenfalls nicht nur wünschenswert ist, sondern auch politisch unterstützt werden muss. Die Bundesregierung hat dazu mehrheitlich beschlossen, am 16.04.2025, dass die Frauenquote in staatsnahen Aufsichtsräten künftig bei 50 % sein soll, und zwar bis zum Jahr 2029. Genau darauf bezieht sich auch unser Entschließungsantrag für die Beteiligungen des Landes Steiermark, den ich hiermit einbringen möchte.

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. Den Frauenanteil der vom Land entsendeten Aufsichtsratsmitglieder bis zum Jahr 2029 auf 50 % zu erhöhen;
2. in den künftigen Beteiligungsberichten den Geschlechteranteil in Aufsichts- und Leitungsfunktionen im Bereich Betrieben mit Mehrheitsbeteiligung offenzulegen, getrennt nach Aufsichts- bzw. Leitungsfunktionen, und
3. auf die Gesellschaft repräsentierende Geschlechteranteile sowohl in Aufsichts- als auch in Leitungsfunktionen hinzuwirken, wobei auch bei Leitungsfunktionen langfristig ein Frauenanteil von mindestens 50 % anzustreben ist.

Ich bitte um Annahme. *(Beifall bei den Grünen – 13.08 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Herzlichen Dank. Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Martina Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

LTabg. Kaufmann, MMSc BA - ÖVP (13.08 Uhr): Danke, Herr Präsident, für das Wort! Werte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen hier im Landhaus und liebe Zuseherinnen und Zuseher!

Ja, der Beteiligungsbericht liegt uns vor, den debattieren wir unter diesem Tagesordnungspunkt. Wir haben als Land viele Aufgaben, die zu bewältigen sind und manche Aufgaben macht es durchaus Sinn, auch privatwirtschaftlich zu führen. Aus diesem Grund gibt es einzelne Unternehmen, die das Land z. B. in hundertprozentigem Eigentum hat, aber es gibt natürlich auch Betriebe, wo es Sinn macht, sich auch zu einem bestimmten Anteil zu beteiligen. Das hat eine strategische Relevanz für uns als Land und aus diesem Grund macht man das auch. Ich darf jetzt eine Beteiligung herausgreifen. Wir haben heute eine Arbeitsteilung innerhalb der Fraktion, wo wir einfach auch ein paar Beispiele herausgreifen wollen, damit man auch sieht, was bringt das eigentlich auch, wenn man als Land Beteiligungen hat. Ich darf mich auf die SFG konzentrieren. Die SFG ist im hundertprozentigen Eigentum und hat die Aufgabe, der Wirtschaftsförderung in diesem Land auch nachzukommen. Warum ist das wichtig? Ganz einfach, aus dem Grund, weil Forschung und Innovation die Zukunft für uns auch ausmachen werden, die Zukunft dahingehend, welche Arbeitsplätze wird es in der Zukunft geben und um genau das zu ermöglichen, fördert die SFG Betriebe, die in Innovation und Forschung auch investieren. Dann gibt es natürlich ganz, ganz viele, die ein Unternehmen gründen wollen und dabei auch einen Anschub brauchen. Auch da ist die SFG auch mit dabei. Und dann natürlich auch ein wichtiger Bereich, wir haben es heute schon auch im Budget gehört, auch in Richtung Digitalisierung ist es natürlich notwendig, dass auch mit unterstützt wird, damit auch die Betriebe morgen noch die Möglichkeit und die Chance haben. Wenn man sich das 2023er-Jahr anschaut, dann heißt das in Zahlen, dass 1.500 Wirtschaftsförderungsfälle auch behandelt worden sind mit 53 Millionen Euro an Förderungsvolumen, und das sind, meine Damen und Herren, nicht nur Zahlen am Papier, sondern das ist gelebte Wirtschaftsförderung, das ist die Investition in die Zukunft, die wir brauchen, um unseren Wirtschaftsstandort auch zu stärken und letzten Endes auch die Arbeitsplätze zu schaffen, damit wir auch unseren Wohlstand in unserem Land auch halten können. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 13.11 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Herzlichen Dank. Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Sandra Holasek, ich erteile ihr das Wort.

LTabg. Mag. Dr. Holasek (13.11 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, Frau Landesrätin, geschätzte Kollegen und Kolleginnen Abgeordnete, geschätzte Damen und Herren!

Als Wissenschaftssprecherin darf ich nun Bezug nehmen auf den Teilbezug zu Joanneum Research, dem Flaggschiff in der Steiermark, wenn es darum geht, Forschung und Wirtschaft zusammenzuführen. Die Forschungsgesellschaft Joanneum Research betrifft enorme Breiten in Beschäftigungsfeldern. Das beginnt in der Gesundheit und Pflege über Mobilität, Politik und Gesellschaft, Produktion und Fertigung, Sicherheit und Verteidigung, Umwelt und Nachhaltigkeit bis hin in die Raumfahrt. Und das zeigt, wie effizient diese Gesellschaft Wirtschaft und Wissenschaft zusammenführt, und damit ein Garant dafür ist, dass die Steiermark als Innovationsland auch in Zukunft ganz vorne dabei bleiben wird. Mit 500 Mitarbeitern, sechs Standorten und damit auch einer Ausrollung auch im Land mit dem Hauptsitz hier in der Landeshauptstadt und einer enormen Internationalisierung mit EU-Projekten, wo ganz viel an Potenzierung der Ressourcen natürlich passiert, viele EU-Mittel ins Land geholt werden, und damit jeder Cent, der investiert wird vom Land Steiermark in Joanneum Research, auch ganz gewaltig wieder zurückkommt und die Projekte enorm stärkt. Joanneum Research hilft natürlich auch mit, neue Arbeitsplätze zu schaffen, nicht nur neue Arbeitsplätze, sondern auch Plätze in neuen Berufen. Die Geschäftsfelder, die ich genannt habe, zeigen schon, wie intensiv hier auch innovative, neue Berufe entstehen und damit die Stärkung der Wirtschaft, aber auch das Angebot interessanter Beschäftigungen hier mit aufgebaut werden kann. Joanneum Research ist sicher eine Institution, die die Stärkung des Standorts wirtschaftlich und technologisch mitträgt. Forschung als Motor des wirtschaftlichen Fortschritts, das ist es, was die Steiermark ja auch über Jahre hinweg schon als Hauptmotto sich vorgenommen hat. Verantwortung zu übernehmen, auch Chancen zu generieren, um eben Wissenschaft und Forschung in die Anwendung zu bringen. Das ist ja entscheidend, dass das neue Wissen auch bestmöglich in die Bevölkerung auch getragen wird und in unsere Infrastrukturen und so ein zukunftsfittes Land weiterhin wir vorfinden. Tragende Säule, ganz sicher in unserem Innovationssystem und die Beteiligung in Joanneum Research ist ein Zukunftsprojekt für unser Land, forschungsstark, wirtschaftsnah und international sichtbar zu bleiben. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 13.14 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Danke schön. Aus jetziger Sicht abschließend zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Franz Fartek. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Fartek – ÖVP (13.15 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Vertreter der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Haus, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ja, der Beteiligungsbericht des Landes, und wir haben es schon gehört, ist ein sehr umfassender Bericht. Und der Kollege Dolesch hat es auch gesagt, der Kollege Niko Swatek, es geht hier um 43 Unternehmungen, aber auch um zehn Genossenschaften im landwirtschaftlichen Bereich. Es geht vom Güterterminal bis hin zur Energie Steiermark. Auch da haben wir schon intensiv Wortmeldungen gehört. Aber auch die KAGes ist hier dabei. Die SFG hat die Kollegin gerade näher beleuchtet. Aber auch der Green-Tech-Valley-Cluster ist ein Teil dieser Beteiligungen. Es sind fast aus allen Bereichen Unternehmungen mit Beteiligungen zu finden, könnte man sagen. Ich bin davon überzeugt, es braucht diese Beteiligungen auch, um allgemeine Entwicklungen und wirtschaftliche Entwicklungen auch mitzusteuern. Es geht aber auch, um Arbeitsplätze zu sichern und wichtige Infrastruktur auch mitzugestalten. Vielfach ist das in diesen Beteiligungen auch gut gegeben. Man könnte sagen, Beteiligung ist auch sozusagen das Wir der Zukunft. Eine Erfolgsgeschichte aus diesen Beteiligungen möchte ich auch noch im Besonderen erwähnen. Es ist diese Green-Tech-Valley-Cluster GmbH. Er ist ja schon öfter auch in diesem Haus diskutiert worden. Wir haben darüber berichtet, auch über die Entwicklungen. Der Cluster wurde 2005 mit 80 Unternehmen gegründet und hat sich bis heute als Green-Tech-Valley-Cluster zum global führenden Hotspot für Klimaschutz und Kreislaufwirtschaftslösungen weiterentwickelt. Ja, geschätzte Damen und Herren, da geht es um Zukunftsmarkt, Green-Tech, Made in Styria. Was verbindet man damit? Die Steiermark ist heute Europas führende Green-Tech-Region und das Green-Tech-Valley ist der sichtbare Ausdruck dieses Erfolges sozusagen. Mit der Beteiligung an der Green-Tech-Valley-Cluster GmbH der GmbH setzt das Land ein klares Bekenntnis zur ökologischen, aber auch zur ökonomischen Zukunft. Green-Tech ist ein wissenschaftliches und wirtschaftliches Stärkefeld der Steiermark. Ich glaube, auf das können wir sehr stolz sein und seit vielen Jahren sind heimische Unternehmen und auch Forschungseinrichtungen Vorreiter bei der Entwicklung grüner Technologien. Die Stärkung der regionalen Innovationskraft, das wurde schon öfter beleuchtet, auch die Innovation und die Forschung,

die hier mit einhergeht. Der Cluster vereint nun in dieser Entwicklung 300 Unternehmen im Süden Österreichs, davon 210 aus der Steiermark, die gemeinsam an nachhaltigen Technologien arbeiten, von erneuerbaren Energien, da ist der Wasserstoff auch dabei, bis zur Kreislaufwirtschaft. Wir reden hier von 7,6 Milliarden Umsatz rein in der Umwelttechnik. Und die Beteiligung des Landes schafft somit auch, muss man sagen, die Grundlage für Netzwerke, auch für Kooperationen, aber auch diese internationale Sichtbarkeit, die auch damit gegeben ist. Und das ermöglicht natürlich auch branchenübergreifend diese grüne Transformation. Es geht aber auch, und es wurde auch schon erwähnt bei den Beteiligungen, um die Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Steiermark. Greentech ist ein Wachstumsfeld mit hoher Exportquote. Das wissen wir, wenn wir genauer hinschauen. Und durch gezielte Unterstützung entstehen in der Steiermark hochqualifizierte Arbeitsplätze, besonders für junge Menschen und auch in diesen technischen Bereichen. Die Wirtschaft und der Klimaschutz, das kann man auch gemeinsam denken. Der Green-Tech-Valley-Cluster zeigt, dass Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit kein Widerspruch ist und mit dieser Beteiligung bindet das Land auch, wie vorher schon gesagt, Ökologie und Ökonomie ganz im Sinne einer zukunftsorientierten Standortpolitik. Geschätzte Damen und Herren, es geht aber vor allem auch, dass die öffentliche Hand ein Impulsgeber ist. Und es ist auch schon ein paar Mal zum Ausdruck gekommen, die Beteiligung des Landes sichert dem Cluster natürlich auch zum einen Planungssicherheit und auch diese strategische Ausrichtung. Aber es sind die öffentlichen Mittel, die hier zielgerichtet eingesetzt sind, um Innovation und innovative Stärke zu fördern, ohne selbst dabei sozusagen zu wirtschaften. Ja, es hat diese internationale Strahlkraft auch in der Steiermark, dieser Green Day-Valley-Cluster, er ist längst eine Marke mit globaler Bedeutung, mit Auszeichnungen und das ist auch zu erwähnen, mit dem EU-Label, Cluster Management Excellence Label. Die Beteiligung des Landes stärkt auch die internationale Position der Steiermark als Green-Deck-Hotspot, wie vorher schon erwähnt. Ja, die Zukunft gestalten mit Verantwortung und Weitblick, ich glaube, um das geht es im Wesentlichen auch. Die Beteiligung an der Cluster GmbH ist kein Kostenfaktor, sondern ein Investitionshebel auch für die Zukunft. Und wir stehen zu dieser Beteiligung, ich glaube, das ist ganz entscheidend, weil sie ökonomischen Nutzen, ökologische Wirkung und gesellschaftlichen Fortschritt vereint. Geschätzte Damen und Herren, gerade der Green-Tech-Cluster zeigt, wenn Wirtschaft, Forschung und Politik an einem Strang ziehen, diese Beteiligung ist ein Leuchtturm für die Steiermark und weit darüber hinaus. Die Industrie hat vor einigen Tagen, und das hat man in einer Tageszeitung auch lesen können, geschrieben:

„Die Steiermark ist ein international anerkannter Standort, der Weltmarktführer hervorbringt. Das grüne Herz ist Dachgeber des globalen Fortschritts.“ Und ich glaube, der Green-Tech-Valley-Cluster hat hier einen wesentlichen Beitrag dazu auch geleistet. Herzlichen Dank und alles Gute. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 13.20 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Herzlichen Dank! Wie gesagt, liegt eine weitere Wortmeldung nicht vor. Ich komme daher nun zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht Einl.Zahl 379/2 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke schön. Gegenprobe.

Hier liegt offensichtlich eine einstimmige Annahme vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS, Einl.Zahl 379/3 betreffend Einführung eines steirischen Public Corporate Governance Kodex ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, Gegenprobe.

Dieser Antrag findet aufgrund der Stimmen von FPÖ und ÖVP keine Mehrheit gegen die Stimmen von NEOS, SPÖ, Grünen und KPÖ, wenn ich es richtig gesehen habe.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, Einl.Zahl 379/4, betreffend Gleichstellung in Aufsichtsräten von landesnahen Betrieben bis 2029, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke schön. Gegenprobe.

Dieser Antrag findet nicht die erforderliche Mehrheit mit den Stimmen von Grünen, KPÖ und SPÖ gegen die Stimmen von FPÖ, ÖVP und NEOS.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, Einl.Zahl 379/5 betreffend mehr Transparenz im Beteiligungsbericht umsetzen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dankeschön. Gegenprobe.

Dieser Antrag findet nicht die erforderliche Mehrheit gegen die Stimmen von FPÖ und ÖVP, mit den Stimmen von SPÖ, Grünen, NEOS und KPÖ.

Bei den Tagesordnungspunkten 4 und 5 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidentskonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen. Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke. Gegenprobe.

Hier liegt Einstimmigkeit vor.

Es handelt sich um den Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 358/2 betreffend Jahresbericht 2024, Gesamtkostenverfolgung zum Bericht Einl.Zahl 358/1.

und um den Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 364/2 betreffend Tätigkeitsbericht 2024 zum Bericht Einl.Zahl 364/1.

Ich sehe bereits entsprechende Wortmeldungen. Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Patrick Derler, ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Derler - FPÖ (13.23 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, werte Regierungsmitglieder, geschätzte Abgeordneten-Kollegen, liebe Zuseher hier im Plenum und lieber Steirer zu Hause!

Vorweg möchte ich mich bedanken beim Landesrechnungshof und seinem gesamten Team, insbesondere natürlich beim Präsidenten, Mag. Heinz Drobesh, für die wertvolle Arbeit, die ihr da immer leistet. Der Landesrechnungshofbericht 2024 hat ja in Wahrheit 18 Prüfungen beinhaltet, Gebarungskontrollen, Projektprüfungen und der Landesrechnungshof gibt auch immer wieder Empfehlungen ab. Und der Umsetzungsgrad dieser Empfehlungen liegt bei 76 %, das durchaus sehr, sehr positiv ist. Wenn man sich die letzten Jahre anschaut, da waren es 84 %. Das heißt, wir sind da über dem Durchschnitt. Das ist natürlich sehr erfreulich. Und ich bin auch davon überzeugt, dass die zukünftige, also die jetzige Landesregierung in Wahrheit auch dem nachkommen wird und auch immer im Sinne des Grundsatzes der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Zweckmäßigkeit auch handeln wird. Wir haben es auch gesehen beim Deregulierungsgipfel, das war ein erster Schritt aus meiner Sicht, ein

klares Zeichen, dass man da erste Schritte auch setzen möchte. Es gibt natürlich auch eine Baustelle, wenn man sich den Tätigkeitsbericht genauer ansieht, und zwar sind es die Erhaltungsmaßnahmen von Brücken. Warum ist das der Fall? Wir haben in der Steiermark rund 3.334 Brücken, die in Wahrheit vom Land Steiermark erhalten, kontrolliert und geprüft werden müssen. Und das Problem an dieser ganzen Sache ist, dass großteils diese Brücken in den 1960er Jahren bis 1980er Jahren errichtet wurden. Das heißt, dass die Lebensdauer da dementsprechend natürlich auch in Zukunft abnehmen wird. Nichtsdestotrotz bin ich positiver Dinge, dass auch diese Baustelle zukünftig gut bewerkstelligbar sein wird, aus folgenden Gründen: Weil diese Landesregierung in ihrem Arbeitsübereinkommen die Infrastruktur ganz oben auf ihrer Prioritätenliste stehen hat, und ich glaube, da werden wir das auch dann in weiterer Folge dementsprechend abwickeln können. Zur Gesamtkostenverfolgung abschließend noch ein Satz, und zwar, dieser Bericht gibt einen fundierten Überblick über die ganzen Landesinvestitionen, insbesondere im Gesundheitsbereich, das angesichts der derzeitigen Lage natürlich sehr, sehr positiv ist. Ich sage vielen Dank und wünsche uns noch einen schönen Sitzungsverlauf. Danke. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 13.26 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. Als nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Detlev Eisel-Eiselsberg. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Eisel-Eiselsberg - ÖVP (13.26 Uhr): Danke, Herr Präsident. Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Ja, auch ich möchte ein paar Worte zum Tätigkeitsbericht des Landesrechnungshofes 2024 verlieren. Der Kollege Derler hat schon einiges angesprochen. Auch ich möchte insbesondere darauf hinweisen, dass die Anregungen und Empfehlungen des Landesrechnungshofes, 155 an der Zahl in neun Maßnahmenberichten, ganz offensichtlich von den geprüften Stellen sehr ernst genommen werden. Voraussichtlich 86,5 % der Empfehlungen werden auch zur Umsetzung kommen. Das spricht natürlich auch für die besondere Qualität der Arbeit des Landesrechnungshofes und der Anregungen selbst. Darüber hinaus hat mit der Frühjahrskonferenz von EURORAI, einer Vereinigung regionaler europäischer Rechnungshöfe erstmals nach 23 Jahren eine internationale Großveranstaltung in der Steiermark stattgefunden, für deren Organisation und Durchführung unser Landesrechnungshof verantwortlich zeichnete und die Rückmeldungen der Teilnehmer waren äußerst positiv und ich möchte auch dazu sehr herzlich gratulieren. Abschließend darf ich

auch namens unserer Fraktion den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesrechnungshofs mit Herrn Landesrechnungshofdirektor Mag. Heinz Drobesh sehr, sehr herzlich danken für die engagierte, für die umfangreiche und die unverzichtbare Arbeit im vergangenen Jahr. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 13.28 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. Als nächster ist zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Johannes Wieser. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Wieser - ÖVP (13.28 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher hier vor Ort und auch zu Hause, recht herzlich willkommen, Herr Landesrechnungshofdirektor Drobesh!

Im Rahmen der Gesamtkostenverfolgung hat der Landesrechnungshof im letzten Jahr ja sieben Projekte überprüft. Und das prognostizierte Volumen darunter beträgt 395,5 Millionen. Und wo wird investiert? Wo wird vor allem investiert? Im Gesundheitsbereich. Sei es im Uniklinikum Graz, im LKH Hochsteiermark mit den Standorten Leoben und Bruck, aber auch in die Fachhochschule für Gesundheits- und Krankenpflegeschule in Kapfenberg, einfach auch, um hier entsprechend Pflegekräfte auszubilden. Ein weiteres Projekt, welches bereits fertiggestellt ist, liegt von hier aus gesehen fünf Kilometer westlich, und zwar die landwirtschaftliche Fachschule Grottenhof. Eine Fachschule mit biologisch geführtem landwirtschaftlichen Lehr- und Versuchsbetrieb mit Stallungen in Graz und Thal. Und der Grottenhof ist sowohl für Graz als auch für die Steiermark und auch für die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft und unserer Lebensmittelversorgungssicherheit von großer Bedeutung. Seit der Gründung im Jahr 1867 ist er eine zentrale Ausbildungsstätte für die bäuerliche Jugend und im Rahmen der großen Investitionsoffensive für das landwirtschaftliche Schulwesen, angestoßen durch unseren Landesrat Seitinger, fortgeführt durch Landesrätin Schmiedtbauer, wurde er nun ganzheitlich modernisiert. Nach den Jahren der Planung, 15 Monate Bauzeit und einer Investition von über 21 Millionen Euro, erstrahlt er nun im neuen Glanz. Der Zu- und Umbau des Grottenhofs wurde umfassend mit Einbindung von Lehrern, Schülern und Mitarbeitern vorbereitet, und es ist ein sehr gelungenes Projekt. Das erkennt man auch daran, dass im Rahmen eines internationalen Architekturwettbewerbs dieses Projekt als Sieger herausging und dem Grottenhof auch die GerambRose 2024 verliehen wurde. Das neue Schulgebäude kombiniert die historische Bausubstanz, und ich

glaube, das wird uns besonders freuen, vor allem allen forstaffinen und im Bereich Green-Technologie Überzeugten, die moderne weiß-grüne Holzbautechnologie hat hier richtig zum Schlagen begonnen. Es ist Platz für 250 Bildungshungrige, und das ehemalige Schul- und Internatsgelände wurde entsprechend heutiger Standards aktiviert, als Internatsgebäude und für unsere bäuerlichen Jugend auch entsprechend einen modernen Standard nun hat. Im Zubau mit nachhaltiger Holzbauweise entstanden Unterrichts-, Verwaltungsräume, eine neue Küche, Turnsaal, dass das Lernen in angenehmer Atmosphäre nun ermöglicht. Highlight ist sicher der neue Speisesaal. Ich glaube, einige oder andere waren ja schon bei Veranstaltungen vor Ort, der einfach den modernen Standards entspricht. Der wirtschaftliche Aspekt dahinter, nachdem der Grottenhof natürlich auch regional eine große Bedeutung hat, aber auch im Umbau mit 30 involvierten Unternehmen, konnte ein kräftiger Impuls für die heimische Wirtschaft erreicht werden. Auch Richtung Nachhaltigkeit, Umwelt, Naturschutz wurden entsprechend Akzente gesetzt. Im Rahmen des Klimaaktivkatalogs wurde der Goldlevel dokumentiert und 1.000 Kubikmeter verarbeitetes Holz bedeuten 1.000 Tonnen gespeichertes CO₂ in der Schule. Ich darf recht herzlich allen beteiligten Personen danken. Unsere Bio-Schule ist Vorreiter in ganz Österreich. Der Grottenhof erstrahlt nach der umfassenden Sanierung, geprüft vom Landesrechnungshof im neuen Glanz. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 13.33 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Herzlichen Dank. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Johannes Schwarz. Ich erteile es ihm.

KO LTAbg. Schwarz - SPÖ (13.33 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Vorredner haben schon bereits das Wesentliche gesagt, aber auch mir als Vorsitzender des Kontrollausschusses ist es natürlich ein Anliegen, dem Rechnungshof für seine Tätigkeit zu danken. Gerade als Parlamentarierinnen und Parlamentarier dieses Hauses sind wir auf diese wichtigen Empfehlungen, Maßnahmen, Analysen des Rechnungshofs angewiesen. Nicht zuletzt, wenn man in Opposition ist, noch mehr. Deswegen möchte ich mich sehr herzlich bedanken für diese umfangreiche Tätigkeit. Einerseits, was die Prüfung betrifft, aber auch, wenn man sieht, dass es hier auch durchaus internationalen Austausch gibt. Ich glaube, das ist auch sehr wichtig, dass der Rechnungshof, und wir alle als Land auch offen sind für Innovationen oder für Ideen aus anderen Bereichen. Deswegen finde ich es toll, dass es hier auch so ein Netzwerk gibt und dass das hier auch abgebildet wird. Insgesamt möchte ich mich

bedanken auch für den tollen Bericht, vor allem für die Übersichtlichkeit. Das ist ein tolles Nachschlagewerk, wo man das Jahr 2024 Revue passieren lassen kann, und sich anschauen kann, welche Schwerpunkte hier gesetzt worden sind. Und insofern herzlichen Dank dafür, sehr geehrter Herr Direktor, dir und deinem ganzen Team, was ihr hier über die letzten Jahre geleistet habt. Das muss man hier ganz ehrlich sagen und wünsche mir auch, dass das in Zukunft, aber da habe ich keine Zweifel, in Zukunft so der Fall sein wird, dass es diese gute Zusammenarbeit zwischen Landtag und Landesrechnungshof, aber in weiterer Folge auch Landesregierung hier weiter gibt und danke vielmals dafür. Ein steirisches Glückauf! (*Beifall bei der SPÖ und den NEOS – 13.35 Uhr*)

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Herzlichen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche daher die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht Einl.Zahl 358/2 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke. Gegenprobe.

Hier liegt Einstimmigkeit vor.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht Einl.Zahl 364/2 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke. Gegenprobe.

Auch hier liegt Einstimmigkeit vor.

Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die ursprüngliche Tagesordnung erledigt und ich komme zur Behandlung der Dringlichen Anfragen.

D1: Am Mittwoch, dem 9. April 2025, wurde von Abgeordneten der NEOS eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 418/1, an Herrn Landesrat Mag. Stefan Hermann betreffend **„Kinderportal offenbart Versorgungslücken, die steirische Illusion der Vereinbarkeit von Familie und Beruf“** eingebracht.

Ich erteile Herrn Klubobmann LTAbg. Nikolaus Swatek das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

KO LTAbg. Swatek, BSc – NEOS (13.36 Uhr): Vielen Dank, Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, liebe Steirerinnen und Steirer!

In den vergangenen Wochen haben tausende Eltern in der Steiermark erfahren, dass sie für ihr Kind im Herbst keinen Fixplatz in einer Kinderkrippe oder einem Kindergarten bekommen werden. Die Zahlen sind eigentlich erschreckend. In Graz sollen bis zu 30 % aller Kinder in der ersten Runde keinen Fixplatz bekommen haben. In der Steiermark sollen es rund 20 % sein. Diese Situation, ist keineswegs plötzlich entstanden. Sie ist die logische Konsequenz einer jahrelangen Politik des Wegschauens und der Vernachlässigung der Bedürfnisse steirischer Familien. Über Jahre hinweg wurden notwendige Investitionen hinausgezögert, Probleme kleingeredet und der dringende Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen verschlafen. Seit 130 Tagen, Herr Landesrat Hermann, sind Sie nun im Amt. Und natürlich sind Sie nicht verantwortlich für diese Kindergartenkrise. Sie sind nicht die Ursache dafür, dass Eltern keinen Platz für ihr Kind finden. Aber, und das möchte ich heute klar herausstreichen, es liegt jetzt einzig und allein an ihnen, diese Krise auch endlich anzugehen. Die Punkrockband, die Ärzte, sie wäre vermutlich kein großer Fan ihrer Partei, der FPÖ, Ja, du bist Ärzte-Fan, das ist umso schöner. Die singt sehr treffend, es ist nicht deine Schuld, dass die Welt ist, wie sie ist. Es wäre nur deine Schuld, wenn sie so bleibt. Und das trifft heute auch auf die Kindergartenkrise zu. Denn genau hier kommt Ihre Verantwortung auch ins Spiel. Sie haben jetzt die Chance zu handeln, konkrete Schritte zu setzen und diese Krise auch endlich zu beenden. Doch genau von diesen Schritten hört man seit diesen 130 Tagen sehr wenig bis gar nichts von ihnen. Man bekommt fast den Eindruck, sie hätten sich damit abgefunden, den Status Quo zu verwalten. Weniger Kinder, die einen Platz in unseren Kindergärten und Krippen finden, bedeutet vor allem auch, dass immer weniger Eltern Familie und Beruf auch vereinbaren können. Und diese Situation ist in der Steiermark mittlerweile dramatisch. Die Telefone bei der Kinderdrehscheibe laufen heiß, Mitarbeiterinnen sind überlastet, verzweifelte Eltern wenden sich hilfeschend an die Beratungsstellen. Die Wartelisten sind lang und jeden Tag steigt der Druck auf Eltern, die nicht wissen, wie es im Herbst weitergehen soll. Und ich möchte Ihnen hier die Realität einiger Eltern schildern, mit der sie derzeit in der Steiermark konfrontiert sind. Eine Familie aus der Weststeiermark, deren Tochter im Spätsommer zwei

Jahre alt wird, hat derzeit keinen Fixplatz in der Kinderkrippe erhalten. Beide Eltern wollen und müssen Vollzeit arbeiten, um finanziell überhaupt über die Runden zu kommen. Jetzt sind sie dazu gezwungen, sich zu überlegen, ob sie den Wohnort wechseln, oder nicht eines der Elternteile den Job aufgibt, nur um einen Platz in einer Krippe oder im Kindergarten zu finden. Ein anderer Fall aus Graz, eine Mutter selbstständig, und auf ihren Job angewiesen, erwägt schweren Herzens, ihr Unternehmen aufzugeben. Ihre Familie steht auf der Warteliste. Und das bedeutet für sie keine Planbarkeit, keine Sicherheit und aktuell auch wenig Hoffnung auf eine schnelle Lösung. Und diese Geschichten stehen exemplarisch für viele tausende Eltern in der Steiermark, die sich derzeit alleingelassen und auch oftmals hilflos fühlen. Cordula Schlamadinger von der Kinderdrehscheibe Steiermark bringt es auf den Punkt, und ich zitiere sie hier. „Es wurden in den vergangenen Jahren nicht genügend neue Gruppen in Kindergärten und Krippen eröffnet, um den Status quo halten zu können. Vor allem auch mit dem Hintergedanken, dass wir wissen, dass aufgrund von Gesetzen, die auch etwas Positives bewirken sollen, nämlich die Verringerung der Gruppengrößen, der Ausbau trotzdem nicht im adäquaten Maß stattgefunden hat, um überhaupt den Status quo halten zu können“. Dieses Zitat offenbart die eigentliche Ursache der heutigen Misere. Jahrelang wurde verabsäumt, rechtzeitig in die Zukunft unserer Kinder zu investieren. Zu lange hat man beim Ausbau von Kindergärten und Krippen in der Steiermark auf der Bremse gestanden und zu lange warten Eltern in der Steiermark schon darauf, Familie und Beruf endlich vereinen zu können. Die Steiermark hat enormen Aufholbedarf in Sachen Elementarpädagogik. Das zeigen uns auch alle Statistiken. Also wer das Gespräch mit Eltern meiden sollte, der sollte zumindest auf Statistiken hören. Der aktuelle Kinderbetreuungsatlas der Arbeiterkammer 2024 sowie der Monitoringbericht zur Elementarbildung 2024 zeigen ein klares Bild. Gerade einmal 20% der steirischen 0-2-Jährigen besuchen eine Krippe, bei den 3- bis 5-Jährigen sind es 89,1 %. Damit ist die Steiermark das doppelte Bildungsschlusslicht Österreich mit der niedrigsten Betreuungsquote sowohl bei den Kleinsten als auch bei den 3- bis 5-Jährigen. Die Ursache ist natürlich der stockende Ausbau, und man darf nicht vergessen, dass sich auch die Steiermark eigentlich an EU-Ziele halten sollte, die bereits vor zehn Jahren eigentlich erfüllt hätten sein sollen, aber man noch heute im Jahr 2025 an ihnen vorbeischrämmt, mit Abstand sogar. Und während bundesweit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steigt, sinkt sie in der Steiermark sogar dramatisch. Im Jahr 2018 waren noch 48 % der Krippenplätze in der Steiermark mit einer Erwerbstätigkeit vereinbar. Heute sind es gerade mal 38,1%. Das heißt, wir gehen nicht nach vorne, wir gehen zurück. Zum Vergleich Kärnten. Dort ermöglichen

72,1% der Krippen eine Vollzeitarbeit für Eltern. Und auch bei den Kindergärten sieht es kaum besser aus. Im Burgenland sind 74,1% der Kindergärten vollzeitkompatibel. Bei uns in der Steiermark sind es magere 46 %. Man kann also sagen, die Hälfte der Kindergärten in der Steiermark sind nicht mit einem Vollzeitjob kompatibel. Da muss man sich die Frage stellen, wie sollen Familien Familie und Beruf vereinbaren? Aktuell ist es leider so, dass der Großteil der Betreuungspflichten auf Frauen hängen bleibt, auch wenn es natürlich auch viele Väter gibt, die davon betroffen sind. Aber vor allem Frauen werden hier auch laufend im Stich gelassen. Und genau um diese Frage endlich aus der Welt zu schaffen, stellen wir heute, die NEOS, diese Anfrage an Sie Herr Landesrat. Die Eltern haben ein Recht darauf zu erfahren, wie sie planen, die Kindergartenkrise endlich zu beenden. Sie haben ein Recht darauf zu erfahren, wie und wo sie Kindergärten und Krippen ausbauen wollen oder ob sie nur den Status quo verwalten wollen. Durch die Einführung des Kinderportals hat die Steiermark jetzt endlich die nötigen Zahlen auf dem Tisch, um den regionalen Ausbau voranzutreiben. Und diese Landesregierung hat endlich die Zahlen auf dem Tisch, um genau zu wissen, wie viele Eltern aktuell von dieser Platzlotterie betroffen sind und sogar leer ausgehen. Und Herr Landesrat, Sie wissen, Eltern mussten bis letzte Woche, bis zum 25. April die Zusage machen, ob sie den Platz, den sie bekommen haben, annehmen oder nicht. Heute ist der 29. April, das heißt, es ist mittlerweile auch bekannt, wie viele Eltern nachrücken. Damit ist die Zahl, wie viele Eltern sich weiterhin auf Wartelisten befinden, beziehungsweise wie viele Eltern ohnehin eine Absage erhalten haben, mittlerweile eigentlich eine neue und vermutlich auch eine weiterhin dramatische. Denn es ist kein Luxus, Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu wollen. Es ist eine absolute Notwendigkeit. Da geht es nicht nur um soziale Gerechtigkeit, um den familiären Frieden, es geht auch natürlich, weil es immer wieder von dieser Landesregierung auch erwähnt wird, um wirtschaftliche Auswirkungen. Wenn Eltern gezwungen sind, ihren Job aufzugeben, verlieren wir wertvolle Arbeitskräfte, die Wirtschaft leidet, unsere Unternehmen verlieren qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Auswirkungen auch für die Kinder werden langfristig enorm sein, wenn nicht jetzt endlich gehandelt wird. Viele Kinder, die Sprachförderung benötigen würden, viele Kinder, die auch die Unterstützung einer Pädagogin benötigen würden, weil das Elternhaus hier teilweise, was das Weitergeben von Wissen an ihren Rand stößt. Andere Bundesländer wie Kärnten und das Burgenland zeigen, wie es gehen kann. Dort gelingt es deutlich besser, Plätze zu schaffen, die tatsächlich mit einer Vollzeitbeschäftigung vereinbar sind. Und da muss man sich die ehrliche Frage stellen, warum schaffen wir das nicht in der Steiermark? Warum müssen steirische

Familien weiterhin schlechter gestellt sein als Familien im Rest Österreichs? Wir erwarten von Ihnen also heute konkrete und schnelle Maßnahmen, einen Ausbauturbo, regionale Initiativen, denn wir wissen ja jetzt, wo der Schuh drückt, wir wissen, wo die Plätze fehlen, mehr Unterstützung für die Gemeinden und Träger und auch ein Land Steiermark, das selbst aktiv wird. Denn ja, es ist immer schön und gut, wenn man die Gemeinden hervorstreicht und immer wieder auch beteuert, dass die Gemeinden den Ausbau als Träger vorantreiben müssen. Aber wir sehen, dass auch das Land von sich aus aktiv werden könnte. Wenn man z.B. den Blick nach Niederösterreich wirft, wo das Land Niederösterreich mit Landeskindergärten ja selbst aktiv ist, selbst in die Verantwortung geht, selbst sagt, wir wollen nicht, dass Eltern, Familie und Beruf nicht vereinbaren können. Und deswegen gehen wir hier selbst auch voran und bauen selbst Landeskindergärten und schauen, dass die Plätze in den Regionen auch vorhanden sind. Machen Sie also Schluss mit den schönen Worten und beginnen Sie endlich konkrete Taten.

Und hier möchte ich auch die Fragen vorlesen, die ich an Sie stelle in dieser Dringlichen Anfrage.

1. Wieso haben Sie die Zahlen der Wartelistenplätze beim Kindergartenportal nicht direkt und offen kommuniziert?
2. Wie viele Kindergartenplätze stehen im kommenden Kindergartenjahr gesamt und je Bezirk voraussichtlich zur Verfügung?
3. Wie viele Kinderkrippenplätze stehen im kommenden Kindergartenjahr gesamt und je Bezirk voraussichtlich zur Verfügung?
4. Wie viele Kinder befinden sich derzeit auf einer Warteliste für einen Krippen- bzw. Kindergartenplatz? Bitte um Aufschlüsselung nach Bezirken.
5. Wie viele Kinder haben bereits eine endgültige Absage für einen Krippen- bzw. Kindergartenplatz bekommen?
6. Wie wird die Aufgabe der Kommunikation von Absagen an die Eltern organisiert, und welche Rolle spielen dabei die Leiter_innen der Einrichtungen?
7. Gibt es Prognosen, wie viele Kinder zum Start des Kindergartenjahres im Herbst keinen Kindergarten- bzw. Krippenplatz bekommen werden? Bitte um Aufschlüsselung nach Bezirken.
8. Mit welcher Lücke zwischen Bedarf und tatsächlichem Angebot rechnet das Land Steiermark für das kommende Kindergartenjahr?

9. Bis zu welchem Zeitpunkt vor Beginn des Kindergartenjahres wird den Eltern verbindlich mitgeteilt, ob ihr Kind einen Platz erhält oder nicht?
10. Wie viele der Kinder, die aktuell lediglich einen Wartelistenplatz erhalten haben oder deren Eltern eine Absage für einen Krippen- oder Kindergartenplatz bekommen haben, stammen aus Haushalten, in denen beide Elternteile berufstätig sind?
11. Welche konkreten Sofortmaßnahmen planen Sie, um betroffenen Kindern bis Herbst noch einen Betreuungs- und Bildungsplatz zu sichern?
12. Wie gedenken Sie sicherzustellen, dass Eltern künftig nicht durch fehlende Plätze zur Aufgabe ihrer Erwerbstätigkeit gezwungen werden?
13. Wird der Versorgungsgrad bei Kindergartenplätzen in Graz - wie von Stadtrat Hohensinner prognostiziert - unter 90 % sinken? Wenn ja, welche Gegenmaßnahmen planen Sie?
14. Wird der Versorgungsgrad bei Krippenplätzen in Graz bzw. Steiermark weit sinken? Falls ja: auf welchen Prozentsatz?
15. Welche Unterstützungsleistungen erhalten Gemeinden derzeit beim Ausbau – und wird es zusätzliche finanzielle Hilfen geben?
16. Wird es eine Sonderfinanzierung für jene Gemeinden geben, die aktuell aus finanziellen Gründen keine neuen Gruppen eröffnen können?
17. Laut Kinderbetreuungsatlas ist nur in jeder vierten steirischen Gemeinde das Betreuungsangebot mit einer Vollzeit-Erwerbstätigkeit beider Elternteile vereinbar. Wie wollen Sie das ändern?
18. Welche Maßnahmen setzen Sie, um das Kinderbetreuungsangebot besser mit einer Vollzeitarbeit beider Eltern vereinbaren zu können?
19. Welche langfristigen Maßnahmen planen Sie, um die Betreuungsquote für 0–3-Jährige und 3–5-Jährige deutlich zu steigern?
20. Welche Schritte setzen Sie, um die EU-Ziele im Bereich der frühkindlichen Betreuung (33 % Betreuungsquote bis 2025, 45 % bis 2030) in der Steiermark zu erreichen?
21. Gibt es Berechnungen, ab wann die Steiermark das Ziel von einer 33 % Betreuungsquote bei unter 3-Jährigen erreicht?
22. Warum übernimmt das Land Steiermark im Gegensatz zu anderen Bundesländern (z. B. Niederösterreich mit Landeskindergärten) keine aktivere Rolle beim flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung?

23. Werden Sie mehr Ressourcen für den Ausbau von Kindergärten und Krippen bereitstellen als Ihr Vorgänger?
24. Wenn ja, wie viele zusätzliche Ressourcen sehen Sie für den Ausbau vor?
25. Können Sie den steirischen Eltern endlich konkrete Taten zusichern – oder bleibt es auch bei Ihnen nur bei schönen Worten?
26. Wie viele neue Kindergarten- und Krippenplätze sollen heuer Steiermark weit entstehen?
27. Wie viele zusätzliche Plätze planen Sie in diesem Jahr verglichen mit den Plänen Ihres Vorgängers?

Ich habe vor kurzem einen Zeitungsartikel gelesen und da stand drinnen, dass Eltern das Gefühl haben, dass sie keine Lobby haben. Aber es gibt die Politik, die Politik, die Familien zu vertreten hat. Und es ist jetzt Aufgabe dieses Landtags, den Familien auch endlich es zu ermöglichen, dass sie Familie und Beruf vereinbar können. Ihren Kindern zu ermöglichen, dass sie einen Kindergarten und Krippenplatz finden, endlich eine familienfreundliche Steiermark zu ermöglichen, denn das ist in den letzten Jahren nicht gelungen und hier braucht es endlich die Kehrtwende. *(Beifall bei den NEOS – 13.49 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Herzlichen Dank. Ich erteile nun Herrn Landesrat Mag. Stefan Hermann das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt.

Landesrat Mag. Hermann, MBL (13.50 Uhr): Danke schön, geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Frau Landesrätin, werte Abgeordneten-Kollegen, geschätzte Damen und Herren Zuseher!

Ja, in den Ärzten geht es weiter, lass uns diskutieren, denn in unserem schönen Land sind zumindest theoretisch alle furchtbar tolerant. Das ist eigentlich die stärkste Zeile in diesem Lied, aber wir können uns über die Ärzte und über Punkrock nachher unterhalten. Kommen wir zum wichtigen Thema. Ich bin einmal sehr, sehr dankbar für diese dringliche Anfrage, weil es die Möglichkeit gibt, einiges klarzustellen, mit einigen Vorurteilen auch auszuräumen und weil ich glaube, dass jede Landtagssitzung, in der das Themenfeld der Elementarpädagogik und der Kinderbildungs- und -betreuung nicht behandelt wird, eine verlorene Landtagssitzung auch ist. Denn es gibt kein Thema, das für die Zukunft der Steiermark wichtiger ist. Und es gibt auch kein Thema, das uns alle hier vom Grundsatz her, vom Inhalt her eint. Denn ich glaube, jeder hier geht hier herein und möchte für die Kinder

die bestmögliche Ausbildung und Betreuung sicherstellen. Und geschätzter Herr Klubobmann, diese Dringliche Anfrage insinuiert zwei Dinge meiner Meinung nach. Einerseits, dass Intransparenz hier vorherrscht, dass bewusst weggeschaut wird, dass Zahlen nicht genannt werden. Und das kann ich nur entschieden zurückweisen. Warum? Weil, wie du richtig gesagt hast, ich bin seit vier Monaten im Amt. Und warum sollte man Zahlen nicht nennen? Und auch die Zahlen, die ich nachher nennen werde, sind ja durchaus Zahlen, auf die man stolz sein kann. Wo man sieht, dass in der Vergangenheit die richtigen Entscheidungen auch getroffen wurden. (*Beifall bei der FPÖ und ÖVP*) Und das Zweite, was, wenn man sich damit ernsthaft auseinandersetzt und sich die Zahlen auch ansieht, die zweite Unterstellung in dieser Anfrage ist, es passiert nichts im Land. Wir brauchen Ausbauturbos. Es ist eine Kindergartenkrise. Und auch das werde ich jetzt versuchen zu entkräften. Ich darf eingangs festhalten, dass es nicht nur mir als ressortverantwortlichem Regierer, sondern der gesamten Landesregierung ein großes Anliegen ist, an einem Strang zu ziehen und die Elementarpädagogik bedarfsgerecht auch auszubauen. Und meine Tür steht immer offen. Ich glaube, ich habe das auch schon bewiesen, indem ich am 31. März alle Bildungssprecher zum Themenkomplex der Elementarpädagogik zusammengerufen habe, wo ich auch erklärt habe, was die Vorhaben sind, wo ich auch erklärt habe, wenn dann das Kinderportal online geht, habe ich damals gesagt, in einem Monat, warum eine klare Auswertung oder Nennung der Zahlen schlichtweg nicht möglich ist. Ich habe auch die Möglichkeit geboten, wenn ihr Fragen habt, dann wendet euch an mein Büro, wendet euch an mich, ich werde sie beantworten, deine Kollegin hat davon ja schon Anspruch genommen und das ist der Weg, den ich auch weitergehen möchte. Und auch wenn man sich die Anfragebeantwortungen, die jetzt freigegeben werden, und die Stellungnahmen ansieht, dann ist da ein großes Maß an Transparenz auch da. Und man muss schon festhalten, dass das Land Steiermark lediglich über die finanziellen Anreize eine Steuerung vornehmen kann, damit Gemeinden und private Träger Kinderbetreuungs- und Bildungsplätze auch anbieten können und damit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen können. Und für das Land Steiermark ist das Kinderportal ungemein auch wertvoll, da es erstmalig alle relevanten Zahlen erhebt, die dann auch ausgewertet werden. Der Prozess beginnt jetzt dann, um dann ablesen zu können, wo denn ein Bedarf auch besteht. Und da stehe ich jetzt nicht danach, einmal ein Dankeschön zu sagen. Ein Dankeschön an den Vorgänger Werner Amon, der dieses Kinderportal auf den Weg gebracht hat. Ich glaube, das war wahnsinnig wichtig. Aber auch ein großes, großes Dankeschön an jene, die das auch umgesetzt haben. Ich möchte stellvertretend für alle der

Hofrätin Fluch ein großes, großes Dankeschön sagen. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Und nur, dass man eine Zahl auch im Kopf hat. Am ersten Tag, als dieses Portal online gegangen ist, hat es 3.500 Vormerkungen gegeben. Und über das Wochenende ist diese Zahl noch gestiegen und es war Krankenständen geschuldet, dass ein Mitarbeiter im Callcenter die Fahne hochgehalten hat. Und das war der Herr Glawogger, dem ich auch an dieser Stelle ein großes, großes Dankeschön sagen möchte. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Ein Dankeschön auch an die Träger, die ja schlussendlich mit diesem Portal auch arbeiten müssen. Denn was macht das Portal? Es bietet den Eltern eine Möglichkeit, sich vorzumerken, die Anmeldung und die Platzvergabe passiert dann dahinter auf Träger- und Gemeindeebene. Soviel einmal kurz zum Kinderportal. Und das Land Steiermark und der Bund unterstützen ja den bedarfsgerechten Ausbau des Betreuungsangebots durch Gewährung nicht rückzahlbarer Zuschüsse und schaffen damit die Basis für die Errichtung zusätzlicher Plätze. Und die Träger von Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen, das wissen Sie alle, werden durch die Personalförderung entsprechend unterstützt. Und diese Unterstützungsmaßnahmen zeigen auch Wirkung, denn das Betreuungsangebot wird kontinuierlich größer und breiter, und nicht, wie Sie es darstellen, von den NEOS etwa kleiner, geschätzter Herr Kollege Swatek. Und schauen wir uns die konkreten Zahlen an zur Ausbauoffensive, zu dem von Ihnen oft zitierten Ausbau-Turbo. Und anhand der derzeitigen vorliegenden Förderungsverträge für die Gewährung einer Bauförderung durch die Abteilung 6 und auch durch die Abteilung 17, wo sogenannte ELER-Mittel mit EU-Geldern auch abgeholt werden, und der bereits durchgeführten Errichtungsverhandlungen für das kommende Betriebsjahr 2025-2026, kann ich von dieser Stelle doch stolz auch berichten, dass in diesem Jahr 75 neue Gruppen eröffnet werden, und der Platz für 1.382 Kinder geschaffen wird. Das sind 33 Kinderkrippengruppen, zwei alterserweiterte Gruppen und 40 Kindergartengruppen. Und es ist davon auszugehen, dass aufgrund des Fördercalls, der jetzt Ende April, Anfang Mai dann durchgeführt wird, noch weitere Plätze auch kommen. Und für diese Fördermaßnahmen stehen in den Kindergartenjahren 2023 bis 2026/2027 Zweckzuschüsse des Bundes in der Höhe von 63,7 Millionen zur Verfügung. Und das Land fördert noch einmal 23,4 Millionen Euro dazu. Das heißt in Summe 87,1 Millionen Euro. Und darüber hinaus sind im Rahmen des EU-Förderprogramms österreichisches Programm für ländliche Entwicklung für die Periode 2023 bis 2027 noch EU-Gelder für den Ausbau, die von der Abteilung 17 reserviert werden, auch zur Verfügung. Und die Mittelabgabe erfolgt durch ein Call-System. Und in den Jahren 2023/2024 wurden für 637 Ausbauprojekte mit 787 Gruppen Fördermittel in der Höhe von

40,9 Millionen Euro, davon waren 32,4 Millionen Euro Bundesgeld, ausgeschüttet. Und jetzt, bitte zuhören, vom Gesamtbetrag der zur Verfügung stehenden Bundesgelder für den Ausbau in der aktuellen Periode, die eben bis 2027 auch geht, sind bereits 32,4 Millionen, also mehr als die Hälfte, abgeholt. 51 % der Bundesgelder. Das heißt, wir liegen hier voll im Plan und Sie fordern einen Turbo, aber ich glaube, dieser Mitteleinsatz kann schon durchaus auch als Turbo oder zumindest Beschleunigung gewertet werden. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Und neben den Förderprogrammen, das ist ja nur ein Teil, das sind die Mittel aus den Mitteln des Landes, werden die Kommunen natürlich über Bedarfszuweisungsmittel bei der Errichtung von Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen unterstützt. Und laut den Richtlinien werden bis zu 50 % der Kosten auch übernommen nach voriger Prüfung durch die Abteilungen. Und auch hier muss man ein großes, großes Dankeschön sagen. Ein Dankeschön an die Gemeinden, die trotz budgetärer Engpässe und einer herausfordernden Zeit den Ausbau von Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen auch voransetzen. Und weil Sie gefragt haben, was ich jetzt tue, ob es bei Lippenbekenntnissen bleibt, wie in der Früh schon erwähnt, werden wir uns auch die Baukosten dieser Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen anschauen, um eine Effizienzsteigerung hervorzuführen und dafür zu sorgen, dass das für die Gemeinden auch kostengünstiger wird. Ein paar Worte zu den Plätzen für unter Dreijährige. Im Fokus der Ausbaumaßnahmen steht die Schaffung zusätzlicher Plätze für unter Dreijährige. In den letzten zehn Jahren wurden allein 4.100 neue Kinderkrippenplätze im Land geschaffen. Und aktuell in diesem Betriebsjahr sind 574 Gruppen mit 8.036 Plätzen im Betrieb. Und das Platzangebot hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. Und für unter Dreijährige, und das wird bei den Zahlen, da komme ich nachher noch dazu, die du aus dem Kinderbetreuungsatlas und aus dem Monitoringbericht zitiert hast, gibt es ja auch andere Formen der Betreuung. Es gibt alterserweiterte Gruppen, Kinderhäuser und Tageseltern. Und du hast gesagt, du hast auch die Kinderdrehscheibe, dieses Zitat zitiert, dass quasi die Mittel nicht einmal ausreichen, den Status quo auch zu halten, und ich kann da entgegen, dass in den letzten zehn Jahren trotz der Senkung der Kindergartengruppenhöchstzahl an Kindern auch ein beachtlicher Zuwachs an Betreuungsplätzen für Drei- bis Fünfjährige verzeichnet werden kann. Und im aktuellen Betriebsjahr sind 1.604 Gruppen in institutionellen Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen sowie bei Tageseltern verfügbar. Das sind 34.490 Plätze. Und das bedeutet bei den Kindergärten in dem Zeitraum, den ich genannt habe, einen Zuwachs von 219 Gruppen und 1.734 Plätzen mehr für diese Altersgruppe. Und jetzt kommen wir zu dem

Kinderbetreuungsatlas, der von dir zitiert wurde. Und du bist ja selbst oft an der Uni auch unterwegs und angehender Akademiker und wirst ja wissen, wie man mit Zahlen und Zitaten auch umgeht. Ich kenne dich ja als seriösen Politiker und die NEOS ist eine Fraktion, die durchaus auf Zahlen, Daten und Fakten basiert, irgendeine Anfrage einbringt. Also gehe ich einmal davon aus, dass da dieser eine Absatz, den ich jetzt zitieren werde, euch durchgerutscht ist, weil anders kann ich mir das ja nicht erklären. In deiner Anfrage verweist du eben auf den Monitoringbericht über die elementare Bildung. Du hast es auch wörtlich da wiederholt. Und danach wären nur 20,8 % der steirischen 0- bis 2-Jährigen in Krippen und 89,1 % bei den 3- bis 5-Jährigen in Betreuung. Dabei wird aber ein Punkt vergessen, nämlich die Tageselternbetreuung. Die wird da vollkommen nicht unberücksichtigt. Und ich habe auch mit den Trägern von Tageseltern auch Gespräche geführt. Auch da kann man nur ein großes, großes Dankeschön sagen. Und die tatsächliche Besuchsquote ist höher. Und jene für Kinder unter drei Jahren sogar wesentlich höher. Und das Spannende ist, wenn man die Tageseltern mit einrechnet, und das steht auch so in diesem Monitoringbericht drinnen, nämlich auf Seite 93, die erweiterte Besuchsquote inklusive Tageseltern der 0- bis 2-Jährigen liegt in der Steiermark im Berichtsjahr bei 25 %. Also nicht die 20 %, die in eurer Anfrage auch stehen. Und dieser Monitoringbericht, der basiert, und das weißt du auch, auf sogenannten Besuchsquoten. Und bei der Ermittlung von Besuchsquoten werden die Kinder in Betreuung in Relation zur jeweiligen Altersgruppe der Wohnbevölkerung auch gesetzt. Relevant für uns ist aber nicht die Besuchsquote, sondern die Bedarfsdeckungsquote, wo es darum geht, den tatsächlichen Bedarf, den tatsächlichen Plätze, die wir haben, mit dem Angebot auch entsprechend übereinander zu legen. Und das ist für uns interessant. Und wenn man sich diese Bedarfsdeckungsquote anschaut, dann ist man bei unter Dreijährigen bei 31,6 % und jetzt bei drei- bis fünfjährigen bei einer Bedarfsdeckungsquote von 100,5 %. Das bedeutet, es gibt mehr Kindergartenplätze in der Steiermark, als es Bedarf gibt. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Und ich bitte, auch diese Zahlen zur Kenntnis zu nehmen. Was die Platzvergabe auch angeht, da möchte ich darauf hinweisen, dass es nicht das Land Steiermark über das Kinderportal ist, das da Plätze vergibt oder nicht vergibt. Das machen die Träger, wie in der Vergangenheit, nach denselben Kriterien, für die das Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz auch einen Rahmen vorgibt. Die Reihung erfolgt nach dem Gesetz anhand der Nähe zur Betreuungseinrichtung, anhand von sozialen Verhältnissen, anhand der Anzahl der Geschwister und, und, und, und, und. Und darüber hinaus können Erhalter weitere Aufnahmekriterien selbst festlegen. Und was kann ich sagen, nach den ersten Tagen und

Wochen des Kinderportals und der Zahlen, die uns vorliegen, auch mit den Trägern, auch rückbestätigt, 80 % der unter dreijährigen Kindern haben bereits in der Steiermark einen Betreuungsplatz bekommen, also von jenen, die sich angemeldet haben, und 72 % der über dreijährigen Kinder haben bereits einen Betreuungsplatz bekommen. Und jetzt die Frage, um die sich alles dreht, warum hat man nicht sofort diese Liste bekannt gegeben, warum hat man nicht am Tag, nachdem die Vormerkung abgeschlossen war, die Zahlen genannt? In der Begründung spricht ihr ja von 3.000 Kindern, die noch keinen Platz bekommen haben. Und diese Zahl hat sich innerhalb von 2 bis 3 Tagen um 1.200 reduziert auf 1.800. Dann war es zwischendurch 800, dann waren es wieder mehr. Auch die Zahl der Warteliste variiert, auch täglich. Das hat mehrere Gründe. Das liegt einerseits daran, dass jetzt noch viele Familien auf Wartelisten stehen, weil Überschreitungsansuchen für die Gruppengrößen in dieser Aufstellung noch nicht berücksichtigt sind. Weil weitere Gruppen, die gerade in Entstehung sind, noch nicht berücksichtigt sind. Und warum sind Kinder abgelehnt worden und der große Teil, warum in Graz überproportional die Abmeldung so hoch ist, ist schlichtweg dieses Faktum, dass sich sehr viele Eltern aus Graz-Umgebung, aus der Peripherie in Graz für einen Kindergarten anmelden, obwohl die Stadt Graz nach den ihren auferlegten Kriterien, was auch ihr Recht ist, sagt, ich nehme keine auswärtigen Kinder auf. Oder Eltern haben sich angemeldet für eine Kinderbetreuungseinrichtung, die überfüllt war, und waren dann auf der Warteliste, und werden, so Gott will, auch einen weiteren Platz entsprechend bekommen, mein sehr geehrter Herr Swatek. Ich möchte auch die Gelegenheit nutzen, auf ein paar Dinge einzugehen, weil noch ein bisschen Zeit bleibt, die jetzt in der Kinderbildung und Betreuung so im Raum stehen. Das ist z. B. das zweite Gratis-Kindergartenjahr, dieses zweite verpflichtende Kindergartenjahr, das ja auf Bundesebene im Regierungsprogramm auch steht. Und wir haben uns da mal die Auswirkungen auf die Steiermark auch angeschaut. Rund 93 % der Kinder, die es betreffen würde, besuchen derzeit schon eine Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtung. Und der halbtägige Besuch für Vierjährige würde, wenn man das nächste Betriebsjahr hernimmt, einen Aufwand für das Land in der Höhe von rund 20 Millionen Euro auch bedeuten. Wenn man jetzt die Kosten der Sozialstaffel dann auch gegenrechnet, weil ein Teil jetzt auch schon quasi gratis oder vergünstigt den Kindergarten besucht, dann wären wir mit rund 14,5 Millionen Euro an Mehrbelastung auch entsprechend konfrontiert. Wie dann die konkrete Bund-Länder-Vereinbarung aussieht, weiß ich nicht, aber nur, dass man einmal ein Gespür hat, was das auch bedeutet. Die Idee ist

selbstverständlich zu begrüßen, sehr geehrte Damen und Herren. Ich komme nun zur Beantwortung der Fragen.

Frage 1:

Da zum jetzigen Zeitpunkt die Betreuungsverträge in den jeweiligen Einrichtungen abgeschlossen werden und die Bearbeitung der Warteliste kontinuierlich bis zum Beginn des Kinderbildungs- und -betreuungsjahres 2025/26 erfolgt, werden weiterhin laufend Plätze vergeben und ist daher die endgültige Anzahl der sich auf der Warteliste befindenden Kinder zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu beziffern. Zahlen sind daher nicht aussagekräftig.

Frage 2:

Die konkrete Anzahl an Plätzen für das Betriebsjahr 2025/26 kann derzeit noch nicht ermittelt werden, da noch laufend Verhandlungen für die Errichtung zusätzlicher Gruppen durchgeführt werden. Bei entsprechendem Bedarf können auch kurzfristig provisorische Übergangslösungen bewilligt werden, damit eine Inbetriebnahme im Herbst 2025 sichergestellt werden kann. Zudem wird im Zeitraum vom 28.04.-09.05.2025 ein Call für die Einbringung von Förderungsanträgen für den Ausbau des Betreuungsangebots durchgeführt. Es ist davon auszugehen, dass weitere Bauvorhaben im Zusammenhang mit der Schaffung zusätzlicher Kindergartengruppen eingereicht werden. Auf Basis der im aktuellen Betriebsjahr 2024/25 verfügbaren Plätze für Drei- bis Fünfjährige in Kindergärten, Alterserweiterten Gruppen, Kinderhäusern und bei Tageseltern und der bereits genehmigten zusätzlichen Gruppen für das kommende Betriebsjahr ist es abhängig davon, ob die Gruppengröße abgesenkt wird, oder zusätzlich Personal angestellt wird. Abhängig davon stehen zwischen 34.162 – 37.990 Plätze in der Steiermark zur Verfügung. In der Stadt Graz wären das zwischen 7.428 und 8.253 Plätzen. Die NEOS fragen nach einer bezirksweisen Aufstellung, aus zeitökonomischen Gründen und nach Rücksprache mit dem Herrn Klubobmann werde ich darauf verzichten und wir werden Ihnen die Zahlen dann schriftlich nachliefern.

Frage 3:

Auch hier gilt, dass die konkrete Anzahl an Plätzen für das Betriebsjahr 2025/26 derzeit noch nicht ermittelt werden kann, da noch laufend Verhandlungen für die Errichtung zusätzlicher Gruppen durchgeführt werden. Ebenso ist davon auszugehen, dass im Ausbau-Call auch weitere Bauvorhaben im Zusammenhang mit der Schaffung zusätzlicher Krippengruppen eingereicht werden. voraussichtliche Anzahl an 10.629 Plätzen ermittelt.

Frage 4:

Siehe Beantwortung Frage 1

Frage 5:

Siehe Beantwortung Frage 1

Frage 6:

Für die Eltern und Erziehungsberechtigungen ist der Status ihrer getätigten Vormerkung, sofern diese im Hauptvormerkzeitraum bis 28. Februar 2025 erfolgt ist, im Kinderportal einsehbar.

Zu Fragen 7 + 8:

Dazu darf auf die Antwort zu den Fragen 2 und 3 verwiesen werden. Da noch laufend Verhandlungen für die Errichtung zusätzlicher Plätze durchgeführt werden und zudem Ende April/Anfang Mai ein Call für die Einbringung von Förderungsanträgen für den Ausbau des Betreuungsangebots stattfindet, sind noch keine abschließenden Daten verfügbar.

Frage 9:

Die Platzvergabe obliegt, wie auch in der Vergangenheit, den Einrichtungen bzw. deren Erhaltern, somit ist es nicht möglich einen konkreten Stichtag zu nennen.

Frage 10:

Siehe Beantwortung Frage 1

Zu den Fragen 11 und 12:

Wie bereits ausgeführt, wird im Zeitraum vom 28.04.-09.05.2025 der nächste Call für die Einbringung von Förderungsanträgen für den Ausbau des Betreuungsangebots durchgeführt. Es ist davon auszugehen, dass weitere Bauvorhaben im Zusammenhang mit der Schaffung zusätzlicher Gruppen eingereicht werden. Dafür stehen Bundes- und Landesgelder in der Höhe von rund € 48,9 Millionen zur Verfügung. Bei entsprechendem Bedarf können auch kurzfristig provisorische Übergangslösungen bewilligt werden, damit eine Inbetriebnahme im Herbst 2025 sichergestellt werden kann. Außerdem gewährt das Land Förderungen für den laufenden Betrieb in Form der Personalförderungsbeiträge und Sozialstaffel-Beitragsersätze.

Frage 13:

Die Errichtung von Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen liegt im Rahmen der Daseinsvorsorge primär in der Entscheidungsautonomie der Gemeinden. Der Versorgungsgrad bei Kindergartenplätzen in Graz hängt somit von den konkreten Maßnahmen ab, die die Stadt Graz setzt.

Frage 14:

Durch die laufende Neuschaffung von Krippengruppen steigt die Anzahl der Betreuungsplätze.

Frage 15:

Die aktuelle Ausbauoffensive des Landes Steiermark umfasst eine Vielzahl an Förderungsmaßnahmen:

- Investitionskostenzuschüsse für die Errichtung zusätzlicher Betreuungsplätze für Unter-Dreijährige in Kinderkrippen
- Investitionskostenzuschüsse für die Errichtung zusätzlicher Betreuungsplätze für Unter-Dreijährige in Alterserweiterten Gruppen und Kinderhäusern
- Investitionskostenzuschüsse für die Errichtung zusätzlicher Betreuungsplätze für Drei- bis Fünfjährige in Kindergärten. Dazu darf angemerkt werden, dass für die Errichtung von Kindergartenplätzen keine Zweckzuschüsse des Bundes verwendet werden dürfen und daher ausschließlich Landesgelder aufgewendet werden müssen
- Investitionskostenzuschüsse zur Erreichung der Barrierefreiheit
- Investitionskostenzuschüsse für die Verlängerung der täglichen und jährlichen Öffnungszeiten auf mindestens täglich 9,5 Stunden und jährlich 47 Wochen
- Investitionskostenzuschüsse für die Neuschaffung von Betreuungsplätzen bei Tageseltern
- Investitionskostenzuschüsse für räumliche Qualitätsverbesserungen in elementaren Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen für Unter-Sechsjährige
- Zuschüsse zur Ausbildung von Tageseltern
- Personalkostenzuschüsse zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels auf 1:10 in Kindergärten
- Darüber hinaus sind im Rahmen des EU-Förderprogramms „*Österreichisches Programm für ländliche Entwicklung für die Periode 2023 – 2027*“ EU-Gelder für den Ausbau des Kinderbildungs- und -betreuungsangebots verfügbar. Diese Förderungsverfahren werden von der Abteilung 17 „Landes- und Regionalentwicklung“ abgewickelt.

Frage 16:

Zusätzlich zu den bereits mehrfach erwähnten Förderungen durch Bund und Land wird es keine Sonderfinanzierung geben. Neben bestehenden Förderprogrammen können durch Gemeinden, für investive Vorhaben – wozu auch die Projektrealisierung von elementarpädagogischen Einrichtungen zählt - Bedarfszuweisungsmittel beantragt werden. Die Höhe der Bedarfszuweisungsmittel ergibt sich entsprechend der Richtlinien für die

Gewährung von Gemeinde-Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände nach Richtsätzen. Für elementarpädagogische Einrichtungen wurde dieser Richtsatz mit 50% der Gemeindegewährungen festgelegt. Diese Richtsätze können unter Berücksichtigung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit aus bestimmten Gründen – wie zum Beispiel der Finanzkraft der Gemeinde oder durch Ökologierungsmaßnahmen im Rahmen der Projektumsetzung – über- oder unterschritten werden.

Frage 17 und 18:

Das Land Steiermark gewährt Investitionskostenzuschüsse für die Verlängerung der täglichen und jährlichen Öffnungszeiten. Zudem werden für Gruppen mit längeren täglichen und jährlichen Öffnungszeiten höhere Personalförderungsbeiträge und Sozialstaffelbeitragsersätze des Landes geleistet.

Bei den Fragen 19 bis 22

darf grundsätzlich auf die Antworten zu den Fragen 11, 12 und 15 verwiesen werden.

Die Bedarfsdeckungsquote für Unter-Dreijährige wird voraussichtlich im kommenden Betriebsjahr 2025/26 über 33% liegen. Die Berechnung erfolgte auf Basis der aktuellen Anzahl der Unter-Dreijährigen, das sind 32.123 Kinder, und der derzeit verfügbaren Plätze in Kinderkrippen, Alterserweiterten Gruppen, Kinderhäusern und bei Tageseltern (10.161) sowie unter Berücksichtigung der geplanten zusätzlichen Inbetriebnahmen im Herbst 2025, das sind weitere 462 Plätze in Krippen und 6 Plätze in Alterserweiterten. Somit stehen im Betriebsjahr 2025/26 voraussichtlich insgesamt 10.629 Plätze für Unter-Dreijährige zur Verfügung. Bei gleichbleibender Anzahl der Kinder ergibt das eine Bedarfsdeckungsquote von 33,1%.

Frage 23 und 24:

Wie bereits erwähnt, stellt das Land eine Vielzahl an Förderungen zur Verfügung, welche durch die Gemeinden abgeholt werden können. Da die Fördersumme durch Bund und Land nicht erschöpft ist, bedarf es momentan keine weiteren Ressourcen.

Frage 25:

In der Vergangenheit wurde bereits ein guter Weg eingeschlagen. Die Gruppengröße wurde abgesenkt, mit dem Kinderportal wird es künftig erstmals einen Überblick über die Betreuungslandschaft in der Steiermark geben. Das Gehalt von Elementarpädagogen und Betreuern wurde erhöht. Wenn das die schönen Worte sind, die mein Vorgänger getätigt hat, dann werde ich es auch in Zukunft so halten, und diesen Weg auch fortsetzen. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Und laut Gesprächen mit sämtlichen Trägern von elementarpädagogischen

Einrichtungen gibt es nur in seltenen Fällen einen Personalmangel. Dieser Weg soll fortgesetzt werden.

Zu den Fragen 26 und 27:

Zum aktuellen Zeitpunkt ist geplant, 75 neue Gruppen und somit 1.382 Plätze in Betrieb zu nehmen. Es ist davon auszugehen, dass aufgrund des Ausbau-Calls Ende April/Anfang Mai sowie der laufend durchgeführten Errichtungsverhandlungen weitere zusätzliche Plätze im Herbst 2025 zur Verfügung stehen werden.

Soviel zu den von Ihnen gestellten Fragen, und meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist uns allen, glaube ich, durchaus bewusst, dass der Themenkomplex der Kinderbildung und Betreuung ein herausfordernder ist, dass es da viele Interessenslagen gibt, die aufeinander auch treffen. Ich bitte Sie aber, insbesondere von den NEOS, auch die Lebensrealitäten entsprechend sich vor Augen zu führen. Ich bitte Sie, auch mit den Trägern Gespräche zu suchen, wo mir in unzähligen Gesprächen nahezu deckungsgleich auch berichtet wird, dass es einen Bedarf nach Kinderkrippengruppen und Kindergärtengruppen bis 18.00 Uhr, 19.00 Uhr de facto kaum bis gar nicht gibt, dass Träger von sich aus die Öffnungszeiten herunterschrauben, weil am Ende des Tages nur mehr ein, zwei Kinder auch da sind. Und ich bitte Sie auch bei aller Emotionalität, die das Thema Kinder und Jugend natürlich mit sich bringt, bei der Wahrheit auch zu bleiben und nicht zu verunsichern und entsprechend Panik auch zu schüren, wenn man von einer Kindergartenkrise spricht, wenn man davon spricht, dass Eltern und Familien im Regen stehen gelassen werden, das ist schließlich nicht der Fall und das weise ich zurück. Danke schön für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 14.16 Uhr)*

Dritte Präsidentin Ahrer: Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder sowie Abgeordnete nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen.

Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Mag. Schoeller.

LTAbg. Mag. Schoeller, MSc - NEOS (14.17 Uhr): Ja, sehr geehrter Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer!

Wir haben sehr wohl viele Gespräche geführt, und gerade in meiner früheren Funktion als pädagogische Leiterin und Geschäftsführerin eines großen Kinderbetreuungsträgers, sind mir

die Herausforderungen durchaus bekannt. Kolleginnen und Kollegen berichten mir da eine stückweit abweichende Realität, als Sie sie hier schildern. Man braucht sich z. B. nur das Statement vom Herrn Bildungsstadtrat Hohensinner durchlesen. Der meint, dass er in Graz befürchtet, dass man bei den Kindergartenplätzen bei einer Versorgungsquote von unter 90 % rutschen wird. Das nur sozusagen „by the way“. Wo ich den Blick hinlenken möchte, ist, wie es den Leiterinnen und Leitern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geht, auf deren Schultern die Folgen einer jahrelang verschlafenen Bildungspolitik nun ausgetragen werden. Es ist kein Geheimnis, dass die Leiterinnen und Leiter mir mitteilen, dass sie sich massiv unter Druck gesetzt fühlen. Sie berichten mir, dass der Kampf um die Plätze, so wie Sie es genannt haben, von Jahr zu Jahr belastender wird. Und das kann nicht sein, weil Sie sagen, es ist alles in eitler Wonne, und dem ist nicht so. Es stimmt für mich nicht überein mit dem, was mir die Kolleginnen und Kollegen berichten. Zum Portal selbst. Ich glaube nicht, dass es wichtig ist, sondern ich bin überzeugt davon, dass es wichtig ist, dass die Leiterinnen und Leiter hier wirklich die Platzvergabe vornehmen, weil sie kennen die Gruppendynamiken am besten. Sie wissen um den Bedarf in den Einrichtungen. Sie kennen die pädagogische Realität und haben die Gruppen stets im Blick und die Herausforderungen werden ohnehin jedes Jahr größer. Vom Sprachförderbedarf, bis hin zu steigendem Betreuungsaufwand bei Wickelkindern in den Kindergärten. Aber die Leiterinnen dürfen nicht auch noch verantwortlich gemacht werden, wenn verzweifelte Eltern Absagen bekommen, oder dass sie für Verständnis sorgen müssen für schwierige Entscheidungen. Schon gar nicht, wenn es diese direkte Kommunikationsmöglichkeit über das Portal nicht gibt. Durch dieses Portal wurde nämlich schon auch der Eindruck erweckt, dass das auch ein Steuerungsinstrument sein soll. Aber es ist jetzt rein nur mal eine nüchterne Aufstellung der Plätze und es ermöglicht keine Steuerung und keine Kommunikation für die Leiterinnen. Die Leiterinnen bringen das auf den Punkt und sagen, sie müssen das jetzt nun erklären, wieso die Plätze nicht vorhanden sind, obwohl sie eben den Eindruck haben, es wird gefeilscht wie auf einem Bazar. Und das deshalb, weil es einfach schlichtweg Fehler im Portal gibt. Viele Eltern melden ihr Kind z. B. für eine Ganztagsbetreuung an. In den Einrichtungen gibt es aber manchmal nur Halbtagesplätze, und das steht im Portal auch nicht richtig drinnen. Die Einrichtungsleiterinnen müssen daher mühsam nachtelefonieren und den Eltern erklären, wieso sie ihren Betreuungsbedarf nicht abdecken können. Das kostet Zeit, Kraft und belastet das Verhältnis zwischen den Einrichtungen und Eltern unnötig. Für uns ist klar, dass die Leiterinnen bei der Platzvergabe entscheiden müssen. Es ist aber wichtig und notwendig, dass

sie mit diesem Druck nicht alleingelassen werden. Wir wissen, sie versuchen hier tagtäglich ihr Bestes, aber sie werden niemals allen Eltern gerecht, denn, wie auch immer die Zahl der fehlenden Plätze ist, hinter jedem fehlenden Platz steht ein einzelnes Schicksal. Und was Sie genannt haben in Graz, dass das ausschließlich oder Großteils aufgrund von externen Kindern sind, (*Landesrat Mag. Hermann, MBL: „Ein großer Teil.“*) das widerspricht den Erfahrungen, die ich habe. (*Landesrat Mag. Hermann, MBL: „Das stimmt überhaupt nicht.“*) Ja, mir haben Leiterinnen berichtet, dass sie Absagen erteilen müssen, auch in Graz, an Eltern, wo beide Elternteile berufstätig sind und dass das, wie gesagt, sehr, sehr belastend ist. Was es jetzt braucht in dem System, und damit man das Kinderportal wirklich optimal nutzt, ist eine korrekte Anzeige freier Plätze und der verfügbaren Betreuungsstunden bzw. Betreuungszeiten, eine direkte schriftliche Kommunikationsmöglichkeit über das Portal und ein Ende der Doppelbelastung, weil die Einrichtungen in Graz parallel mit zwei Systemen arbeiten müssen. Es ist aktuell für die Leiterinnen des Kinderportals ein großer Mehraufwand. Und wenn über tausende Kinder, in jedem Fall sind es tausende Kinder, keinen Betreuungsplatz bekommen, darf der Druck nicht auf den Einrichtungsleiterinnen abgeladen werden. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei den NEOS – 14.22 Uhr*)

Dritte Präsidentin Ahrer: Danke, Frau Abgeordnete. Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Glawogger.

LTabg. Glawogger - SPÖ (14.22 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Zuhörer!

Es freut mich, dass wir heute über so ein wichtiges Thema reden, nämlich über die Zukunft unserer Kinder in dem Land. Als SPÖ stehen wir einmal ganz klar und deutlich für qualitativen Ausbau der elementaren Bildungseinrichtungen, denn wir verstehen den Ort von Kinderbetreuungseinrichtungen/-bildungen nicht als einen Ort, wo Kinder einfach hingehen, sondern das ist ein Ort, wo Kinder wichtige Dinge lernen und die auch für die Entwicklung der Kinder wichtig sind, es sind Bildungseinrichtungen. (*Beifall bei der SPÖ*) Dort sollen allen Kindern die optimalen Chancen und der beste Start in ihre Bildungslaufbahn ermöglicht werden. Damit ist aber auch verbunden, dass wir investieren müssen, nämlich einmal in den Ausbau, in die Einrichtungen und ins Personal. In den letzten Jahren sind ja schon sehr viele wichtige Sachen passiert, sehr wichtige Weichenstellungen vorgenommen worden, und wir wissen eh, gerade der Ausbau ist jetzt bei der budgetären Situation herausfordernd für

Gemeinden und für Land, weshalb wir das Ganze ein bisschen neu denken müssen. Wir begrüßen sehr, dass die Landesregierung da schon erste Vorschläge von uns übernommen hat und aufgegriffen hat, und wir bringen auch in Zukunft gerne weiter Vorschläge ein, weil uns das Thema wichtig ist und wir da konstruktiv mitarbeiten müssen. Als SPÖ sowieso ein Thema, was uns am Herzen liegt, aber auch mir als Bildungssprecherin und Pädagogin natürlich noch einmal. Unser gemeinsames Ziel als Landtag muss folgendes sein, nämlich die besten Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen ganztägig und ganzjährig. Nur so können wir eigentlich eine wirkliche Wahlfreiheit und die Vereinbarkeit von Beruf und Familien sicherstellen, was halt auch gerade aus Sicht von Frauen total wichtig ist. Aber man muss es auch aus standardpolitischer Sicht betrachten und da ist es wichtig, dass wir ein entsprechendes Angebot haben, nämlich dort, wo es gebraucht wird. Nur eine Sache darf nicht passieren, nämlich, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister damit allein gelassen werden. Das Land muss die Gemeinden unterstützen und das Zukunfts-Thema auch zukünftig bei den Budgetverhandlungen entsprechend berücksichtigen, weil die Betreuung und Bildung unserer Jüngsten, der jüngsten Steirerinnen und Steirer, das muss es uns einfach wert sein. (*Beifall bei der SPÖ*) Aus unserer Sicht muss man die Personalkostenförderung des Landes überarbeiten und sie stärker als Steuerungsinstrumente nutzen. Aktuell wird die Förderhöhe zwischen Krippe und Kindergarten nicht unterschieden. Es ist aber nicht ganz fair, weil es gibt ja einen höheren Personalbedarf, es gibt kleinere Gruppen, dadurch höhere Kosten für die Gemeinden, und so weiter und so fort. Ich glaube, das ist uns jetzt bewusst. Aber dazu haben wir in der Vergangenheit bereits Anträge eingebracht, um den Ausbau von Krippenplätzen stärker zu unterstützen. Um den Trägern der elementaren Bildungseinrichtungen mehr Förderanreize für WIF-konforme Plätze zu bieten, könnte man das Kriterium in die Personalkostenförderung aufnehmen. Derzeit wird nämlich die Förderung einerseits nach Tagesöffnungszeit gestapelt, aber z. B. nicht an der Anzahl von Fließtagen im Jahr. Wir wissen es eh alle, gerade im Sommer ist das ja immer wieder ein Thema. Und wenn die Kinderbildungseinrichtungen geschlossen sind, dann wissen wir ja oft nicht, wie die Familien, was sie tun sollen. Es braucht also neue Wege und Zugänge. Wir müssen uns das Thema standortpolitisch anschauen, weil nicht nur die Familien brauchen diese gute Versorgung, sondern sie erwarten sie auch von uns, aber auch die steirische Wirtschaft erwartet es, dass wir da Lösungen bringen und dass wir da an dem Thema immer weiter dranbleiben. Also brauchen wir neue Modelle, wie z. B., dass man durch gesetzliche Erleichterungen Partnerschaften von Gemeinden mit ihren Betrieben, die Plätze für ihre

Mitarbeiter anbieten, dass man ihnen das einfach ein bisschen erleichtert. Ich glaube, wir sind uns alle einig da herinnen, dass die Kinder in der Steiermark die besten Bildungseinrichtungen verdient haben, und die auch kriegen sollen. Es ist halt unsere Aufgabe da herinnen, dass wir laufend Verbesserungen in dem Bereich liefern und dass wir die Familien, die sich das erwarten und auch diese Hilfe brauchen, unterstützen. Ebenso müssen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, wie bereits erwähnt, da wirklich ordentlich vom Land unterstützt werden, weil es um die Zukunft der Kinder in der Steiermark geht.

Wir bringen daher folgenden Entschließungsantrag ein.

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Bei den kommenden Budgetverhandlungen für 2026 den Kinderbildungs- und -betreuungsbereich zu priorisieren, um den Ausbaufortschritt der letzten Jahre auch in Zukunft zu gewährleisten;
2. Zusätzliche Förderanreize für ganztägige und ganzjährige Plätze nach WIV-Kriterien auszuarbeiten und in einer Novellierung des Steiermärkischen Kinderbetreuungsförderungsgesetzes dem Landtag vorzulegen sowie
3. Voraussetzungen zu schaffen, um Betrieben die Errichtung und Erhaltung von elementaren Bildungseinrichtungen zu erleichtern.

Zum Schluss möchte ich noch kurz etwas zu den anderen Entschließungsanträgen sagen: Zum Antrag der Grünen, die einen Ausbauplan und Regierungsvorlage zum zweiten beitragsfreien Kindergartenjahr sowie eine schrittweise Senkung der Elternbeiträge fordern. Ja, das unterstützen wir natürlich gerne, wobei wir halt auch das so sehen, dass die Finanzierung des zweiten beitragsfreien Kindergartenjahres ja durch eine neue 15a-Vereinbarung zu regeln wäre. Aber die Bundesregierung hat das Thema ja sowieso schon aufgenommen. Wir sind da optimistisch und gehen davon aus, dass das alles kommen wird und funktionieren wird. Zum Antrag der NEOS, die Evaluierung des Kinderportals betreffend, auch da, den unterstützen wir gern. Das Kinderportal ist ja grundsätzlich begrüßenswert und wenn wir das evaluieren können und dadurch verbessern können, sind wir da natürlich auch dafür. Zum zweiten Antrag, die Ausbauoffensive, da bitten wir um eine punktuelle Abstimmung. Punkt 1 und 3 erhält unsere Zustimmung, beim zweiten sind wir halt ein bisschen skeptisch dem gegenüber. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.
(Beifall bei der SPÖ – 14.29 Uhr)

Dritte Präsidentin Ahrer: Danke, Frau Abgeordnete. Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

KO LTAbg. Klimt-Weithaler - KPÖ (14.29 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörende hier im Auditorium und via Livestream!

Das war wirklich ein sehr schöner Satz, Herr Landesrat, dass du gesagt hast, „Jeder Landtag, der nicht mit dem Thema Kinderbildung und -betreuung befasst ist, sei ein verlorener oder eine verlorene Landtagssitzung.“ Das teile ich zu hundert Prozent. Weil, ich kann mich noch sehr gut an Zeiten erinnern, wo das nicht der Fall war. Und wo man eigentlich als Elementarpädagogin, so wie ich, hier allein auf weiter Flur gestanden ist und eher belächelt wurde für Förderungen, wenn es um die institutionelle Kinderbildung und -betreuung ging. Da hat sich zum Glück bei der FPÖ auch etwas getan. Auf ein paar Dinge möchte ich eingehen. Erstens, das Thema Kinderportal. Auch ich möchte mich da noch einmal herzlich bei dir, Werner Amon, bedanken dafür, dass das überhaupt zustande gekommen ist, weil wir hatten ja sehr lange überhaupt keine Ahnung selbst, wo fehlen Plätze, und es ist ja oft das Problem, dass man sich als Eltern einen bestimmten Platz wünscht, weil diese Einrichtung z. B. sehr nahe neben der Arbeitsstelle eines der beiden Elternteile liegt, oder eben direkt an der Wohnung oder in der Nähe der Wohnung. Und das ist oft sehr schwierig, weil, wenn dort der Platz voll ist und man dann kilometerweit fahren muss, ist es halt auch sehr schlecht. Aber jetzt können wir mit diesem Kinderportal überhaupt einmal feststellen, wo gibt es Plätze, wo sind welche übrig. Mir ist es, Bettina, nicht bekannt, dass die Leiterinnen da so große Schwierigkeiten auch haben. Ich habe da sehr positive Rückmeldungen dazu bekommen, und ich verstehe jetzt deine Ausführungen nicht ganz, aber vielleicht können wir nachher noch sprechen. Ich habe mich noch einmal rückversichert, es entscheiden ja nach wie vor die Leiterinnen, (*LTAbg. Mag. Schoeller: „Das sollen sie ja auch!“*) Ja, aber das ist so verstanden worden, als würden sie das jetzt nicht mehr tun dürfen, das hast du eh nicht gemeint. (*LTAbg. Mag. Schoeller: „Nein.“*) Gut, dann sind wir einer Meinung, sie sollen weiter entscheiden, genau. Ein Satz noch vielleicht zu den Öffnungszeiten: Ich weiß, die NEOS sind da immer sehr schnell, wenn es darum geht, die Öffnungszeiten auszuweiten. Ich möchte immer wieder an dieser Stelle sagen, ja, wir brauchen einen Ausbau der Plätze, wir brauchen mehr Einrichtungen. Und ja, eine Halbtageseinrichtung ist de facto nicht mehr zeitgemäß, wenn ich das so salopp formulieren darf. Aber was ich nicht möchte, ist, dass wir Kinderbildungs- und -

betreuungseinrichtungen schaffen, die 24/7 sind, damit die Eltern beide Vollzeit arbeiten gehen können, weil dann können wir in einer 24/7-Einrichtung nicht mehr bilden, sondern da können wir dann wirklich nur mehr betreuen (*Beifall bei der KPÖ, FPÖ und ÖVP*) und das möchte ich auf keinen Fall. Fakt ist nämlich auch, niemand würde bei einer Schule, bei einer Volksschule auf die Idee kommen und sagen, die Kinder sollen dort um 08.00 Uhr in der Früh reingehen und wir holen sie dann um 20.00 Uhr ab, weil auch Volksschule ist eine Bildungseinrichtung, und es kann nicht sein, wenn man die Einrichtungen, die elementaren Einrichtungen wirklich als Bildungseinrichtungen ernst nimmt, dann hat auch hier die Öffnungszeit ihre Grenzen. Es ist eine Ergänzung zu dem Familienleben zu Hause. Es sind die ersten Bildungsbausteine auf dem Weg auch dann in die Schule. Und ich glaube, da muss man sehr vorsichtig sein, was man verlangt. Und weil das dann auch noch einmal gekommen ist, ich glaube, das war die Kollegin Glawogger, auch die Wirtschaft will ja, dass wir Plätze ausbauen, ja natürlich. Und wenn die Industriellenvereinigung fordert, wir brauchen einen Ausbau der Plätze, dann muss man auch immer ein bisschen unterscheiden, warum sie das wollen. Denn ich möchte nicht, dass Eltern von in der Früh bis am Abend arbeiten gehen, dann völlig ausgelaugt nach Hause kommen und die Kinderbildung und -betreuung übernimmt inzwischen eine Einrichtung, und die Kinder sehen sie dann vielleicht noch beim Schlafen gehen. Also, da braucht es meiner Meinung nach, andere Maßnahmen, was auch die Arbeitszeit der Eltern anbelangt. Da braucht es eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, aber da werden wir mit den NEOS wahrscheinlich nicht auf gleichkommen. Was ich auch noch dazu sagen möchte, weil auch Graz jetzt genannt wurde, und Bettina, du hast gesagt, naja, der Herr Hohensinner sagt, es fehlen so viele Plätze. Wir haben schon des Öfteren gehört, dass der Herr Hohensinner Dinge verlautbart, die sich dann oft nicht einmal mit dem auch von der ÖVP zuständigen Landesrat Werner Amon gedeckt haben, was die Auslastung anbelangt. Also sagen wir einmal, bleiben wir bei den Daten und Fakten, und nicht bei dem, was irgendwelche Leute verkünden. Die Zahlen liegen ja da auf dem Tisch. Da hilft ja auch das Portal dazu, dass wir das jetzt feststellen können. Zum Teil hat der Herr Landesrat Hermann das ja auch schon erklärt, was es jetzt in Graz auch mit den Plätzen von außerhalb zu tun hat. Was nicht dazu gesagt worden ist, auch in der Dringlichen Anfrage, in der Begründung ist, ob jetzt diese 30 %, glaube ich, wenn ich es richtig im Kopf habe, in Graz, die fehlen, der Wunschplatz ist, der nicht bekommen wurde, oder generell kein Platz, da ändert sich ja auch ganz viel, haben wir gehört. Und eines möchte ich auch noch dazu sagen. Die Koalition in Graz ist äußerst bemüht, hier auch in den Ausbau zu investieren.

Waren unter anderem auch diejenigen, die das Gehaltsmodell als erstes in Angriff genommen haben, was das Land dann auch mit übernommen hat. Das ist ja nicht vom Bildungsstadtrat ausgegangen, sondern von der Bürgermeisterin und vom Finanzstadtrat. Ich habe erst vor kurzem wieder mit dem Kollegen Eber einen Termin gehabt, wo es auch darum gegangen ist zu schauen, wie kann man denn die Gesetzesnovellen im Sinne von Gemeinden dürfen Tageseltern anstellen, wie kann man das vorantreiben, wo kann man da zusätzliche Plätze schaffen? Auch dazu möchte ich noch sagen, Tageseltern sind Tageseltern, ist eine Ergänzung, und ist eine betreuende Tätigkeit, ist nicht gleichzusetzen mit elementarpädagogischen Einrichtungen. Aber manchmal ist es für Kinder sogar viel besser, gerade, wenn sie noch sehr jung sind, in einer noch kleineren Gruppe zu sein. Und das ist der Vorteil bei Tageseltern, weil da sind maximal fünf Kinder. Es gibt im Übrigen in Graz, ich weiß nicht, wer das gelesen hat, auch von der Arbeiterkammer festgehalten, einen Gleichstellungsindex. Und da freue ich mich sehr darauf. Wir sind nämlich in Graz unter den Top-20-Städten, die da genannt waren, auf Platz 2 gerutscht und das macht natürlich Freude, wenn man sieht, dass all diese Kriterien, die dafür verwendet werden und da ist auch ein großer Teil dabei, wo es um Kinderbildung und -betreuung geht, das wird bewertet und wenn man da unter 20 Städten auf Platz 2 liegt, glaube ich, hat man schon einiges richtig gemacht. Zum Budget noch ganz kurz, im Bildungsressort der Stadt Graz liegen jetzt 20 Millionen Euro mehr für den laufenden Betrieb als in der letzten Periode und in den letzten Perioden davor, das ist aber nur für die laufenden Kosten, extra dazu kommen noch die Summen, die Mehrsummen für das erhöhte Gehalt der Pädagog_innen und auch der Ausbau ist da nicht eingerechnet. Was ich mir wünsche, und da bin ich sehr froh, dass der Herr Landesrat das auch letztens in dem Treffen bei den Bildungssprecher_innen kundgetan hat, wir brauchen so etwas wie ein Gesamtkonzept. Wir sind natürlich noch nicht am Ende, auch wenn wir jetzt in der letzten Periode sicher in die richtige Richtung gegangen sind, mit einerseits der Gehaltserhöhung der Elementarpädagog_innen und Betreuer_innen, aber auch mit der Gruppenverkleinerung. Das waren wichtige Schritte. Aber was wir immer noch nicht haben, Herr Landesrat, du hast gesagt, der Personalmangel bessert sich, das stellen wir in Graz auch fest. Allerdings fehlt es uns immer noch an Springer_innen. Wir haben keinen Springer_innenpool. Wir haben in Graz einen, der de facto fast ausgelaugt ist, weil dort 40 Springer_innen drinnen sind und 20 sind derzeit auf Langzeitkrankenständen. Also das heißt, in Wahrheit können wir dort nur mit 20 Personen springen, und das ist eindeutig zu wenig. Wir bräuchten da von Landesseite auch Unterstützung und generell für die Kindergärten und

Kinderkrippen in Gemeinden fehlt es an Springer_innen. Wir haben keine Inklusionsstrategie, das ist das Nächste. Das ist auch etwas, was man angehen muss, und was auch ganz, ganz wichtig ist, gerade jetzt auch, und da bin ich ganz bei der Kollegin Glawogger, wenn das zweite verpflichtende Kindergartenjahr kommen soll, dann braucht es auch eine finanzielle Unterstützung vom Bund, denn wer soll denn das dann, diese weiteren Gruppen, die wir brauchen, durch die Gruppenverkleinerung und auch durch das zweite verpflichtende Kindergartenjahr, da muss halt auch ein Geld herkommen. Deshalb freue ich mich auch sehr, dass unser Antrag nach einem Bildungsgipfel da auch von der Landesregierung sehr wohlwollend aufgenommen wurde, und wir da letztens in diesem Gespräch mit den Bildungssprecher_innen befunden haben, dass wir uns einig sind, dass hier Experten und Expertinnen hereingeholt werden müssen, mit denen wir gemeinsam eine Strategie erarbeiten. Und da würde ich mir auch wünschen, dass wir da wirklich parteiübergreifend an einem Strang ziehen, denn da sind wir uns wahrscheinlich wirklich einig, dass wir die beste und qualitativ hochwertigste Kinderbildung und -betreuung für unsere Kinder haben wollen. Und nachdem ich noch eine halbe Minute Zeit habe, erlauben Sie mir einen Satz und eine Bitte. Wenn wir von Kinderbildung und -betreuung sprechen und von Vereinbarkeit von Beruf und Familie, dann ist das keine Frauenpolitik und auch nicht Sache von Frauen. Es ist Eltern. Es geht um Eltern. Also wir bauen unsere Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen nicht aus, damit Mütter berufstätig sein können, sondern damit Eltern auch berufstätig sein können. Danke schön. *(Beifall bei der KPÖ, FPÖ und ÖVP – 14.42 Uhr)*

Dritte Präsidentin Ahrer: Danke, Frau Abgeordnete. Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann, LTAbg. Niko Swatek.

KO LTAbg. Swatek, BSc – NEOS (14.42 Uhr): Vielen Dank, Frau Landtagspräsidentin! Werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Steirerinnen und Steirer, sehr geehrter Herr Landesrat Hermann!

Sie hätten mich eigentlich vorwarnen können. Vorwarnen, dass Sie heute hier vorhaben, eigentlich dieselben Reden zu halten wie Ihr Vorgänger in den letzten Jahren. Dann hätte ich mich nämlich ein wenig mehr vorbereitet und hätte einfach eins zu eins Ihre Rede gehalten, die Sie damals hier als Oppositionspolitiker dem Landesrat Werner Amon entgegengestellt haben. Denn es war im Endeffekt heute nur ein Copy und Paste jener Durchhalteparolen, die wir in den letzten Jahren gehört haben. *(KO Mag. Schnitzer: „Da sieht man halt, wer gute*

Politik macht.“) Und da frage ich mich schon, wie kann es sein, dass Sie von sich aus behaupten, es gibt mehr Plätze als Bedarf? Das mag faktisch in der Steiermark so sein, dass wir 105 % haben. Aber wie erklären Sie das den Eltern, die eine Absage erhalten und keinen Platz für ihr Kind bekommen? Wie erklären Sie das den Eltern, die sich überlegen, den Wohnort zu wechseln, weil sie keinen Platz bekommen? Wie erklären Sie das den Eltern, die wirklich überlegen, ob sie nicht ihren Job aufgeben, weil sie keinen Platz bekommen? Herr Landesrat, Sie wissen, dass diese Zahl nichts aussagt. Denn wenn ich in Hitzendorf oder in Graz wohne, ist es mir als Familie wirklich egal, ob in Mariazell ein Platz frei ist oder nicht. Ich erwarte mir einen Platz wohnortnahe, denn nur so kann ich meinem Leben auch nachgehen. Nur so kann ich Familie und Beruf vereinbaren und nur so kann ich auch meinem Job nachgehen. Wenn ich von Graz nach Mariazell rauf pendeln soll, um dort die Kinderbetreuung sicherzustellen, dann kann das nicht die Lösung dieser Landesregierung sein. Da muss man offen und ehrlich auch den Eltern reinen Wein einschenken und darf sich nicht hinter Statistiken verstecken, die draußen keinen Elternteil etwas bringen. Denn wenn sie eine Absage erhalten, dann ist das leider so. Und da brauchen wir die Durchhalteparole nicht länger hören. Was mich auch ein wenig wundert ist, wir haben ja sehr konkrete Fragen gestellt und Sie haben dann jedes Mal geantwortet, dazu gibt es keine abschließenden Daten. Sogar bei Fragen, wo wir nach dem aktuellen Ist-Stand fragen, z.B. bei Frage 5, da war ganz konkret gefragt: „Wie viele Kinder haben bereits eine endgültige Absage von den Krippen- und Kindergartenplatz bekommen.“ Und wenn ich jetzt in die mediale Berichterstattung schaue, dann ist auch immer wieder die Rede davon, dass bereits Eltern eine Absage erhalten haben. Dass es auf der einen Seite viele Eltern gibt, die auf der Warteliste stehen, aber auch Eltern, die eine Absage bekommen haben, weil sie die Kriterien nicht erfüllen. Zur Erinnerung, das Kriterium, das ich den Platz bekomme, ist, beide Eltern müssen Vollzeit arbeiten. Vollzeit. Das heißt, die Wahrscheinlichkeit, dass diese Zahl der Absage auch keine sehr geringe ist, die ist auch sehr hoch und die könnten Sie hier dem Landtag auch mitteilen, denn dafür dient diese Dringliche Anfrage. Dazu dient das Element der Opposition, hier auch Anfragen an Sie zu stellen und dafür dürfen Sie sich nicht in Ausreden flüchten. Vor allem auch deswegen nicht, weil Sie ja selbst auch schon mit den Zahlen medial hausieren. Wenn Sie auf der einen Seite jubeln und sich dafür bejubeln lassen, dass 92 % der Eltern, die noch nicht auf der Warteliste sind, muss man dazu sagen, und keine Absage bekommen haben, eh den Wunschplatz ihrer Wahl bekommen haben, nämlich Option 1 im Kinderportal. Dann sollten Sie auch die darauffolgenden Fragen beantworten, nämlich wie viele Eltern befinden

sich aktuell auf der Warteliste und wie viele haben eine Absage erhalten. Und wenn Sie sagen, die Zahl variiert zwischen 3.000, 1.800, 800, dann geht es wieder rauf, 1.800 und Co., dann haben Sie offensichtlich einen Ist-Stand und den können Sie diesem Landtag ja mitteilen, weil nichts anderes steht in dieser Frage drinnen. Wir wollen den aktuellen Ist-Stand wissen, damit die Eltern da draußen auch wissen, wie es um dieses Land beschert ist. Niemand weiß da draußen, wie es gerade aussieht. Eltern befinden sich auf einer Warteliste in Graz, wissen nicht, ob sie einen Platz bekommen und Sie sind nicht dazu bereit, als Landesrat, hier Rede und Antwort zu stehen. Sie flüchten in Ausreden, sie flüchten in die Vergangenheit und diese Durchhalteparolen, die kann da draußen niemand mehr hören. *(Beifall bei den NEOS)* Ich möchte dann noch auf zwei Dinge eingehen. Sie haben betont, dass Sie als Land, als Landesregierung lediglich über finanzielle Anreize den Ausbau beeinflussen können. Das ist nicht lediglich so, weil das ein Naturgesetz ist, sondern es ist so, weil Sie das als Landesregierung so wollen. Wenn ich aber nach Niederösterreich schaue, dann sehe ich, dass sich Niederösterreich bewusst ist, wie wichtig für Familien Kindergarten- und Krippenplätze sind. Etwas, was in der Steiermark noch nicht in dieser Form angekommen ist. Und dann sehe ich, dass Niederösterreich über tausend Bildungs- und Betreuungseinrichtungen selber führt und nicht immer nur mit den Fingern auf die Gemeinden zeigt und sagt, die Gemeinden sollen ausbauen, die Gemeinden sollen ausbauen, wir können nur ein bisschen Geld hergeben, aber die Gemeinden sollen ausbauen. Ja, die Gemeinden sind knapp bei Kasse, das ändert aber nichts daran, dass es mehr Plätze braucht, das ändert nichts daran, dass das Land Steiermark ja jetzt, wo wir das Kinderportal haben und wissen, wo fehlt regionaler Platz, ja auch mal selber in die Verantwortung gehen könnten und Landeskindergärten bauen könnten, so wie das in Niederösterreich der Fall ist. Wenn man das nicht machen möchte, okay, dann muss man das aber auch offen aussprechen und nicht so tun, als hätte man keine Möglichkeit, in diesem Land hier überhaupt aktiv zu werden. Und dass das mit den Niederösterreichern, den Landeskindergärten auch gut funktioniert, das ist auch etwas, das uns die Vergangenheit zeigt. Und Sie haben ja jetzt erwähnt, naja, wir bauen ja jetzt eh so viel aus und die Zahlen, die ergeben sich eh in die richtige Richtung, unabhängig davon, dass noch immer viele Eltern auf der Warteliste sind und eine Absage bekommen. Aber Fakt, Statistik Austria ist, dass in Niederösterreich, wo Landeskindergärten und -krippen gebaut werden, von 2019 bis 2020 fast doppelt so viele neue Kindergartengruppen gebaut wurden wie in der Steiermark. Fast doppelt so viel. Und wenn wir uns die Statistik noch genauer anschauen, dann sehen wir, dass die Steiermark das Schlusslicht in dieser Statistik ist.

Dass die Steiermark jenes Bundesland ist, wo die Betreuungsquote am geringsten ist, weil das Angebot fehlt, weil wir so harte Kriterien haben und auch fordern, dass beide Eltern Vollzeit arbeiten. Ich finde es genauso gut, und wir diskutieren ja oft darüber, und das ist ja vor allem die FPÖ und die ÖVP, die immer wieder sagt, die Menschen sollen zurück ins Arbeitsleben kommen, und die Menschen sollen auch ihren Beitrag in der Gesellschaft leisten. Leistung soll sich wieder lohnen. Und dann sagt man den Menschen: „Naja, sorry, aber du hast nur einen 30-Stunden-Job, du hast nur einen 20-Stunden-Job. Das ist uns egal, du bekommst keinen Kindergarten-, keinen Kinderkrippenplatz.“ Was ist die Konsequenz davon? Dass diese 20, diese 30 Stunden für unsere Wirtschaft auch wegfallen, dass mehr Eltern davon abhängig sind, dass sie hier auch im Endeffekt dann auf Sozialleistungen zurückgreifen. Und wir als Staat, als Land Steiermark hier nicht unsere Hausaufgaben gemacht haben, weil man beim Ausbau von Kindergärten und -krippen einfach langsamer ist als die anderen Bundesländer und dementsprechend die Wartelisten und die Absagen bei uns auch so hoch sind. Sie haben die Zahlen ja und wenn sie jetzt davon getriggert sind, das ich die so deutlich anspreche, dann teilen Sie die Zahlen einfach mit uns. Dann braucht niemand fiktiv davon reden, worum es geht. Sagen Sie uns einfach, gibt es gerade 1.000 Absagen, sind es 500 Absagen, sind es vielleicht zehn Absagen, sind es 2.000 Leute auf der Warteliste, sind es 3.000 Leute auf der Warteliste. Sie haben die Zahl ja. Machen Sie kein Versteckspiel daraus. Legen Sie die Zahlen endlich transparent auf den Tisch, denn dann kann dieser Landtag auch diskutieren und man kann auch als Landtag und Landesregierung hergehen und den Ausbau dort vorantreiben, wo er benötigt wird.

So, und genau deswegen stelle ich zu diesem Thema auch den Antrag.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- 1) die Ergebnisse der ersten Anmeldephase des steirischen Kinderportals zu veröffentlichen und dabei insbesondere folgende Daten offenzulegen:
 - a) Die Anzahl der Vormerkungen in der gesamten Steiermark und je Bezirk;
 - b) die Zahl der Kinder, die einen Fixplatz zugeteilt bekommen haben, aufgeschlüsselt auf die gesamte Steiermark und je Bezirk;
 - c) die Zahl der Kinder, die bislang noch auf der Warteliste stehen, aufgeschlüsselt auf die gesamte Steiermark und je Bezirk;
 - d) eine Auflistung der Regionen, in der die größte Lücke zwischen Bedarf und Nachfrage beim Angebot von Kinderbildungs- und -betreuungsplätzen besteht sowie

- 2) eine Feedbackstelle zur Benutzerfreundlichkeit des Kinderportals für Eltern und Träger:innen einzurichten, sodass die Anwendung für die zukünftigen Anmeldezeiträume vereinfacht wird.

Und dann noch der zweite Antrag, den ich hier einbringen möchte.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, anhand der aus dem Kinderportal gewonnenen Daten eine zielgerichtete Ausbauoffensive für die steirische Elementarpädagogik zu starten, und im Zuge dieser

1. wesentlich mehr finanzielle Mittel für den Ausbau der Kinderbildung- und -betreuung zur Verfügung zu stellen,
2. einen Finanzierungs- und Umsetzungsplan zum Aufbau eines Netzes von Landeskinderkrippen und Landeskindergärten zu erstellen sowie
3. die Auszahlungsmodalitäten der finanziellen Mittel aus der 15a-Vereinbarung über die Elementarpädagogik so zu überarbeiten, dass diese von Gemeinden einfacher und schneller in Anspruch genommen werden können, um somit auf eine stärkere Abholung der Mittel hinzuwirken.

Das große Ziel muss sein, dass die Steiermark endlich familienfreundlich wird. Und wenn Eltern mit den Gedanken spielen, ihren Wohnort zu wechseln oder den Beruf aufzugeben, dann ist man, Stand heute, davon noch meilenweit entfernt. *(Beifall bei den NEOS – 14.49 Uhr)*

Dritte Präsidentin Ahrer - SPÖ: Danke, Herr Abgeordneter. Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau LTAbg. Sandra Krautwaschl.

KO LTAbg. Krautwaschl – Grüne (14.49 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Werte Zuhörende, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Landesregierung, lieber Herr Landesrat!

Ja, ein vielfältiges und sehr oft diskutiertes Thema, das gerade anlässlich der beschriebenen Entwicklungen wieder Brisanz bekommt und wo auch wir schon sehr, sehr oft gefordert haben, etwas herzustellen, wo, glaube ich, niemand etwas dagegen hat, nämlich allen Kindern in der Steiermark die gleichen Chancen und allen Eltern und Familien die gleichen Chancen zu geben, wie es in anderen Bundesländern üblich ist. Wir wissen das. Es sind zwar Schritte

gesetzt worden, die wir auch begrüßt haben und die durchaus schon erste Erfolge zeigen. Aber es gibt immer noch viel Luft nach oben. Wir haben immer noch, sowohl was die Leistbarkeit der Kindergärten anbelangt, das ist ein Teil unseres Entschließungsantrages, als auch, was die Vereinbarkeit von Beruf und Familie anbelangt, ein großes Problem und sind stark hinten nach. Und das hat Folgen. Und ich bin da auch sehr bei der Claudia Klimt-Weithaler. Das hat Folgen für Familien, für Väter und Mütter. Und es führt vor allem zu einem großen Ungleichgewicht, auch noch einmal, teilweise jedenfalls je weiter die Menschen wegwohnen von zentralen Zentren, wo es mehr Auswahl gibt an Einrichtungen und es ist ein großer Beitrag auch noch zur Abwanderung aus den Gemeinden, aus den ländlicheren Regionen, wenn dort nicht sogenannte VIF-konforme Kinderbildungs- und -betreuungsplätze zur Verfügung stehen. Und VIF-konform heißt nicht mehr und nicht weniger, als dass eben die Eltern, die das wollen, egal ob Mann oder Frau, einen Beruf auch in einer vollen Tätigkeit ausüben können. Und da würde ich jetzt schon gerne einmal wissen, auch von Seite des zuständigen Landesrates, ist das ein erklärtes Ziel, dass Männer und Frauen, die das wollen, egal wo sie wohnen in der Steiermark, einen Vollzeitjob überhaupt ausüben können. Wollt ihr das überhaupt? Weil so wie die Lage jetzt aussieht, schaut es nicht so aus, als wäre das überhaupt ein erklärtes Ziel. Und auch diverse Aussagen, die immer wieder kommen, vor allem auch von Seiten der FPÖ, erwecken zumindest bei mir ein bisschen einen anderen Eindruck. Und ich glaube, dieses Recht steht aber allen Menschen in der Steiermark zu und auch allen Kindern, weil auch das hat Claudia Klimt-Weithaler als Kindergarten- und Elementarpädagogin ja sehr klar gesagt, das sind Bildungseinrichtungen. Das sind Einrichtungen, wo unsere kleinsten Mitbürgerinnen und Mitbürger auch Bildung erfahren. Da braucht es Qualität, da braucht es Verfügbarkeit und Leistbarkeit. Und da komme ich zu dem zweiten Teil unseres Entschließungsantrages. Auch das ist ein bekanntes Thema. Die Steiermark ist, was die Leistbarkeit anbelangt, trotz Sozialstaffel, die es ein bisschen abfedert, das letztgereichte Bundesland. Wir sind das einzige Bundesland, das bis jetzt kein Angebot hat, das über das erste gratis Kindergartenjahr, also über das verpflichtende gratis Kindergartenjahr, das ja logischerweise auch vom Bund mitfinanziert wird, hinausgeht. Alle anderen Bundesländer haben hier Angebote, schon jetzt. Und wir glauben, dass es erstens gut investiertes Geld ist, – jetzt ist der Herr Finanzlandesrat nicht da – weil es in unsere Zukunft investiert wird, wenn wir unseren Kindern, unseren Kleinsten wirklich die Chancengleichheit vermitteln. Wir wissen, Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen haben gerade für die Kinder, die nicht so gute Chancen haben vonseiten ihres Elternhauses,

einen ganz, ganz besonderen Wert. Sie sind ganz besonders wichtig, um denen Chancen zu geben. Aber gerade diese Kinder haben oft Eltern, die sich eben auch trotz Sozialstaffel die Einrichtungen nicht leisten können. Ich habe zahlreiche Fälle immer wieder hier auch vorgestellt. Meine Kollegin Veronika Nitsche hat das immer wieder vorgestellt. Viele von euch und von Ihnen kennen unterschiedliche Einrichtungen, die sich um solche Eltern kümmern, die eben finanziell nicht imstande sind, eine gute Kinderbildung und -betreuung für ihre Kinder sicherzustellen. Ja, und diese zwei Punkte, wo die Steiermark einfach wahnsinnig viel aufzuholen hat, erfordern jetzt Investitionen und Aufmerksamkeit und konkrete Schritte der Landesregierung. Man darf sich eh auch gerne an den Bund wenden mit allem Möglichen und Unterstützung wird es da brauchen, das ist auch mir klar. Aber in erster Linie braucht es einmal ein Bekenntnis und einen klaren Willen und dann erste Schritte in die Richtung, hier auch die Steiermark in ein faires Umfeld zu bringen für Eltern und Kinder in diesem Land. Und deswegen stelle ich hier den Antrag:

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- einen konkreten Ausbauplan für VIF-konforme Kinderbildungs- und -Betreuungseinrichtungen für die aktuelle Legislaturperiode vorzulegen; sowie
- eine Regierungsvorlage zu erarbeiten, welche die Einführung eines zweiten beitragsfreien Kindergartenjahrs in der Steiermark ab dem Betreuungsjahr 2025/2026, sowie die schrittweise Umsetzung hin zu einem gänzlich kostenfreien Zugang für elementare Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen für alle 0- bis 6-Jährigen in der Steiermark beinhaltet.

Und warum ist uns dieser Ausbauplan so wichtig, weil es da auch um eine Sicherheit geht für Eltern und Transparenz und darum, dass sie planen können. Das man weiß, wo wird jetzt diese Landesregierung Schwerpunkte legen, wo gibt es die besonders kritischen Bereiche, wie wird das ausschauen? Worauf kann ich mich verlassen in den nächsten Monaten und Jahren? Ja, und in diesem Sinne bitte ich um Annahme unseres Entschließungsantrages. Danke sehr.
(Beifall bei den Grünen – 14.55 Uhr)

Dritte Präsidentin Ahrer: Danke, Frau Abgeordnete. Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Arnd Meißl.

LTabg. Meißl - FPÖ (14.55 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Ja, ganz grundsätzlich möchte ich einmal festhalten, dass es gut ist, wenn ein Jungvater dieses Ressort leitet, weil es einfach dann Dinge gibt, die aus einem lebensnahen Umfeld kommen und ein Mensch an der Spitze dieses Ressorts sitzt, der direkt damit, mit der Materie beschäftigt ist. Ich habe durfte selbst den Kindergartenausschuss in meiner Heimatgemeinde einmal leiten, das ist natürlich eine kleine Geschichte gegenüber dem Land, aber was man feststellen kann, ist eines, wenn die Leute ihre Kinder aus den Kindergärten haben, vergessen sie sehr oft die Kindergarteneinrichtung. Sie denken darüber nicht mehr nach, das ist für sie erledigt. Sie denken schon an den nächsten Lebensschritt, das ist ja auch logisch irgendwo. Deswegen ist es unsere Aufgabe, über diese Dinge nachzudenken und ich finde das eigentlich, ich finde die Anfrage, die dringliche sehr, sehr gut und ich finde auch den Beginn der Zusammenarbeit, den wir eigentlich gestartet haben, als eine sehr gute Basis. Ich bin eigentlich darüber begeistert gewesen, dass die Bildungssprecher und in Vertretung auch der Kollege Dolesch, der sich sehr stark eingebracht hat, dafür auch ein recht herzliches Dankeschön an dich, vor Ort waren und dass eigentlich viele dieser Dinge, die heute hier besprochen worden sind, schon vorweg zumindest zum Teil abgeklärt werden konnten. Und ich glaube, dass es ganz wichtig sein wird, diesen Prozess weiterzuführen. Es darf jetzt nicht stehenbleiben und der Landesrat Stefan Hermann hat ja bereits eingeladen, vor dem Sommer noch einmal zusammenzukommen und weiter vertiefende Gespräche zu führen. Wenn ihr euch so festlegt auf Zahlen, ich sage euch eins, und ich sage das jetzt nur aus der analogen Welt heraus, weil ich halt schon ein älterer Mensch bin – ich bin wahrscheinlich einer der Älteste hier herinnen, wenn ich so schaue, Lambert eventuell noch – dann sage ich euch, wie das mit den Wartelisten aussieht. In einer Stadt, wie Mürzzuschlag, damals hatten wir noch 9.000 Einwohner, jetzt haben wir leider weniger, aber war es so, es gab immer eine Warteliste. Diese Warteliste hängt einfach damit zusammen, oder hatte den Ursprung darin, dass viele Eltern ihre Kinder an verschiedenen Einrichtungen angemeldet haben. Diese Liste hat sich aber dann meistens bis zum Beginn des Semesters, des Kindergartenjahres, aufgelöst. Und das waren nicht die Mitarbeiter, das waren nicht die Leiterinnen eines Kindergartens, sondern bei uns ist es halt dann die Leiterin der Abteilung gewesen, die eigentlich diese Zuteilungen gemacht hat und dann geschaut hat, wie jongliert man mit Kindergartenplätzen. Wir haben vier Kindergärten, das ist Gott sei Dank so und gut so. Was uns fehlt, das sind ganz ehrlich die Tagesmütter und Tagesväter oder wie auch immer. Wo ist die Sandra? Da hinten, das ist vielleicht eine Hilfe für eine Rundumversorgung, wie die Claudia jetzt richtig

gesagt hat, will keiner. Das kann keiner wollen, das kann kein Elternteil wollen. Ich habe einen neunjährigen Bruder, ist auch noch nicht so lange draußen, ein bisschen kann ich mich noch erinnern. Und es ist halt schön, wenn du mit den eigenen Kindern zu tun hast. Aber die Tageseltern sind vielleicht gerade die Möglichkeit, im ländlichen Raum dafür Sorge zu leisten, dass man wirklich zu einer Versorgung der Kinder über einen längeren Zeitraum kommt. Dass man nicht nur sagt, Kindergarten ist jetzt von 07.00 bis 13.00 Uhr, so wie es oft in ländlichen kleinen Gemeinden ist, sondern vielleicht kann man dann ausschließlich auch im Kindergartenbereich Tageseltern etablieren. Damit schaffe ich es, in kleinen Gemeinden eine Rundumversorgung – Rundumversorgung ist schon wieder der falsche Ausdruck – aber eine Versorgung so festzumachen, dass, und es geht jetzt nicht um Eltern in erster Linie, die das brauchen, sondern es geht, das muss man ganz ehrlich sagen, um Alleinerziehende, die wirklich unsere Unterstützung brauchen. Und die Kollegin, weil du jetzt nach vorne schaust, früher war ja der Kollege Murgg mein Lieblingsansprechpartner auf anderen Ebenen, aber das, was du heute gesagt hast, da hat man wirklich gesehen, das hat Hand und Fuß und das kann ich zu einem großen, großen Teil nur unterstreichen. Und wenn man mit den Kindergartenleiterinnen, mit den Elementarpädagoginnen und -betreuerinnen redet und mit den Leiterinnen wirklich redet, dann kommt man zu ganz anderen Ergebnissen, als wie ihr dargestellt habt. Es ist nicht so, dass da jetzt Tausende Kinder auf der Straße stehen und ohne Platz bleiben. So ist es ja nicht. Das entspricht nicht der Wahrheit. Das muss man ganz offen sagen. Natürlich muss es aber gleichzeitig unser Ziel sein, in vielen Bereichen besser zu werden. Nur das mit den Kindergärten auf Landesebene, ja, das ist ein Vorschlag, dem kann man nähertreten. Nur wir haben eine andere gewachsene Struktur, lieber Niko Swatek. Bei uns ist es so, dass in erster Linie die Gemeinden die Kindergärten führen und das Land übernimmt den Part und zahlt dazu. Ganz gelingt es uns eh nicht. Der Stefan Hofer oder der Kollege, wo ist er – fort ist er, oder Kollegin aus Fischbach weiß es auch, klar kostet uns das auch etwas als Gemeinden, wir zahlen dazu. Es ist ja keine Frage. Die Frage ist vielleicht einmal die Finanzierung aus einer Hand, dass man da irgendwo etwas unternimmt dazu. Das wäre irgendwo so ein Vorschlag, den man machen könnte. Aber wie gesagt, die Wartelisten, und das ist eine Verwaltung, und das ist wirklich ein tägliches Ändern von Zahlen und hilft niemanden weiter. Sein wird es natürlich so, dass die Obersteiermark, wie es uns leider so geht, derzeit an Einwohnern verliert, und vor allem Menschen ziehen eher in den urbanen Bereich und da wird man in Zukunft ausbauen müssen und vielleicht in unseren ländlichen Bereichen oder halbländlichen Bereichen, die Einwohner verlieren, gewisse Dinge sogar ein

bisschen wieder zurücknehmen müssen und in andere Bereiche verschieben müssen. Ein bisschen befremdlich habe ich dann schon die Kritik gefunden, die von den NEOS aus der zweiten Linie gekommen sind, weil die Anfrage, als solche habe ich wirklich stark gefunden und gut gefunden und einen Schritt in die richtige Richtung. Das war, wo ich wirklich das Gefühl hatte, selbst diese Anfrage, auch wenn sie vielleicht einen gewissen Charakter des Schaulaffekts hat, die bringt uns in die richtige Richtung, die bringt uns Gesprächen näher und die bringt uns aber vielleicht beim nächsten Kinderbildungsgipfel dann schon einen Schritt weiter. Aufgrund der Rückmeldungen später habe ich da ein bisschen meine Zweifel daran und glaube, dass ihr das Thema eher dazu nutzt, um nach außen gut zu wirken. Wichtiger wäre aber das Wohl der Kinder und der Familien wirklich im Auge zu behalten. Und das ist eigentlich der zentrale Punkt der ganzen Geschichte. Was von allen Seiten gekommen ist, auch heute wieder, und das ist tatsächlich so, das ist der Springerpool. Das ist eine ganz zentrale Geschichte, an der wir arbeiten müssen. Das wird vielleicht in Graz sogar, wenn genügend Personal da ist, leichter funktionieren, weil man einfach mehr Menschen auf engem Raum hat und leichter von A nach B kommt und kürzere Wege hat. Wenn der Stefan Hofer nicht tratscht, sondern einen Kindergartenpädagogin zu mir schickt, dann ist das eine halbe Tagesreise, dann dauert das länger, aber trotzdem braucht es diesen Pool. Und daran wird man arbeiten. Und das Land und Graz zu vergleichen, das ist auch eine Geschichte, die irgendwo nicht, die irgendwo hinkt, einfach weil im Land andere Personen zuständig sind und Graz, wie wir wissen, aufgrund der Größe ein Sonderfall ist. Der Kollege Dolesch hat richtigerweise damals bei diesem Gipfel die vermehrte Einbeziehung des Städte- und Gemeindebundes gefordert. Das ist ganz essentiell, weil es gibt sehr viele gute Beispiele, wie man Kinderbetreuung verbessern und ausbauen kann und wie man da Schritte setzen kann, die gut für die Familien sind. Und man muss ja ganz offen sagen, es ist ja für uns wichtig, jetzt im ländlichen Raum draußen diese Angebote für Familien zu schaffen und Familien wieder zurückzubringen. Weil, Eisenerz ist sicher so ein Paradebeispiel, das hat sich leider ein bisschen zu einer Geisterstadt entwickelt. Wenn wir das Problem draußen haben, dass wir eine Infrastruktur erhalten müssen für viel weniger Leute als früher, dann kostet uns das ja auch Geld. Das bringt ja niemanden was. Und ganz ehrlich, muss ich auch sagen, wenn ein Kind auf dem Land aufwächst draußen, was gibt es denn Schönes? Was gibt es Schönes, wie wenn ein Kind auf dem Land aufwachsen kann, weil die Eltern die Möglichkeit haben, mit dem Kind am Land zu arbeiten. Es gibt dann auch noch die Möglichkeiten, weil die Zeit wird jetzt schon eng, aber es gibt auch durchaus die Möglichkeit der Zusammenarbeit Gemeinde

und Betriebe. Das forciert z. B. die KAGes sehr häufig. Das ist durchaus eine sinnvolle Geschichte. Es werden jetzt noch einige Sachen, die zu machen sind. Zum Abschluss möchte ich trotzdem noch sagen, die Öffnungszeiten sind tatsächlich nicht der Hauptgrund. Es zeigt sich, wenn man eine Einrichtung aufmacht, eine Ganztageseinrichtung, dann bietet man zuerst an bis 19.00 Uhr und es zeigt sich, der Bedarf ist nicht da. Du kannst eine Kindergartenkrippe oder Kindergarten nicht so lange offen haben, weil du die Kinder nicht hast. (*Dritte Präsidentin Ahrer: „Herr Abgeordneter, ich muss Sie bitten zum Ende zu kommen.“*) Ich werde versuchen, meinen Schlusssatz kurz zu halten, Frau Präsidentin. Aber es zeigt sich einfach, dass man da in andere Richtungen denken und jeden Ansatz annehmen muss. Und zum Abschluss, das ist wirklich der aller aller letzte Satz jetzt, freue ich mich trotzdem auf eine gute Zusammenarbeit mit allen Bildungssprechern, mit allen Fraktionen, weil die Kinder sind unpolitisch. Und darum geht es. Danke. (*Beifall bei der FPÖ – 15.06 Uhr*)

Dritte Präsidentin Ahrer: Danke, Herr Abgeordneter. Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Detlev Eisel-Eiselsberg.

LTAbg. Eisel-Eiselsberg - ÖVP (15.06 Uhr): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die Neos sind leider, muss man sagen, wie gewohnt wieder daran gegangen, ein schlechtes Bild von der Kinderbildung und -betreuung in unserem Land zu zeichnen. Ich habe manchmal das Gefühl, dass geradezu leidenschaftlich gerne Hiobsbotschaften verbreitet werden. Ich erinnere mich daran, dass wir rund um diese Zeit auch, es war die Anmeldezeit auch in Graz, der Kollege Swatek behauptet hat, es fehlen Hunderte Plätze in Graz. Der damalige Landesrat Werner Amon konnte in dieser Sitzung aufklären, dass das nicht der Fall ist. (*KO LTAbg. Swatek, MSc: „Aber der Stadtrat Hohensinner war meiner Meinung.“*) Aber auch heute lesen wir bei einem Entschließungsantrag der NEOS: „Jetzt wieder Tausende“, jetzt sind schon Tausende „Kinder ohne Platz.“ Ich halte das persönlich für unverantwortlich und vor allem für kontraproduktiv. (*Beifall bei der ÖVP und FPÖ*) Seit vielen Monaten ignorieren, vor allem auch die NEOS, dass längst ein Ausbauturbo gezündet und eine Trendwende eingeleitet wurde. Und du stellst dich da her, lieber Herr Kollege Swatek, und sagst heute wieder, es ist nichts passiert. In den letzten Jahren ist nichts passiert. Das Gegenteil ist nachweisbar der Fall. Und der Herr Landesrat hat heute und auch schon in vergangenen Landtagssitzungen mit durchaus eindrucksvollen Zahlen, Daten und Fakten eine sehr gute Bilanz im Rückblick

gelegt und auch einen Ausblick auf weitere Ausbauschritte geben können, die ein positives Zukunftsbild zeichnen. Und geschätzte Damen und, die Offensive läuft also bereits, in qualitativer und in quantitativer Hinsicht. Den Aussagen von Herrn Landesrat Hermann ist an dieser Stelle nichts hinzuzufügen. Liebe Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler, du hast heute einen kurzen Ausflug nach Graz gemacht. Du hast auch gesprochen davon, dass, wenn ich es jetzt richtig im Kopf habe, 20 Millionen Euro im Bildungsbereich mehr, *(KO LTAbg. Klimt-Weithaler: „Im laufenden Budget.“)* im laufenden Budget sind. Faktum ist aber auch, dass der Kollege Stadtrat Hohensinner vor rund zwei Jahren einen Ausbauplan vorgelegt hat für die Kinderbildung und -betreuung. Dieser Ausbauplan wurde von der Rathauskoalition nicht so ernst genommen und auch nicht akzeptiert und gar nicht in die Umsetzung genommen. Es gibt kein ausreichendes Budget für diesen Ausbauplan und Kurt Hohensinner sagt aus heutiger Sicht, dass er tatsächlich im Herbst im Kindergartenbereich unter die 90 % Versorgungsgrad fallen wird. *(KO LTAbg. Klimt-Weithaler: „Da hätte ich auch gerne Zahlen.“)* Ich kann nicht nur so weitergehen. In dem Zusammenhang muss ich schon, liebe Frau Klimt-Weithaler, deutlich sagen, wir alle wissen, dass rund 19 Millionen aus dem Zukunftsfonds des Bundes unter dem Titel Kinderbildung und -betreuung nach Graz fließen. Und wir beide wissen auch, liebe Frau Klubobmann Klimt-Weithaler, dass der entsprechende Budgetansatz für Kinderbildung und -betreuung nicht um diesen Betrag der Bundesmittel erhöht wurde. Das wissen wir. *(KO LTAbg. Klimt-Weithaler: „Das stimmt ja nicht.“)* Es wäre also in Graz deutlich mehr drinnen, was den Ausbau der Kinderbildung und -betreuung betrifft, wenn der politische Wille da wäre. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* Herr Kollege Swatek, noch ein paar Worte zum Kinderportal. Ich denke, dafür, dass das das erste Mal jetzt in Vollbetrieb genommen wurde, ist es erstaunlich gut gelaufen. Ich kann allen nur dazu gratulieren, die sich da sehr bemüht haben, auf politischer Seite der Werner Amon und natürlich auf der Beamtenseite. Ja, natürlich sind Verbesserungen möglich, auch was die Benutzerfreundlichkeit anbelangt. Und ich bin ja ganz zuversichtlich, dass diese Verbesserungen angegangen werden. Das ist ja gar kein Zweifel. Wenn ihr in eurem heutigen Entschließungsantrag mehr Transparenz und klare Kommunikation einfordert und von einem Versteckspiel der Landesregierung die Rede ist, hätte ich euch empfohlen, dass ihr euch die Beantwortung der Dringlichen durch den Landesrat zuerst angehört hättet. Denn der Landesrat hat für mich sehr wohl nachvollziehbar dargelegt, warum dazu einfach keine seriösen Zahlen veröffentlicht werden können. Weil die Zahl, die heute genannt wird, mit sehr, sehr hoher Wahrscheinlichkeit morgen schon falsch ist. Das wird sich auch bis zum

Beginn des neuen Betreuungsjahres nicht ändern, weil eben laufend bereits bestehende Plätze besetzt werden können und weil auch laufend bis zum Herbst neue Plätze hinzukommen werden. Welchen Mehrwert, Herr Kollege Swatek, hätten also nicht Aussage kräftige Zahlen zum heutigen Zeitpunkt und vor allem für wen hätte es einen Mehrwert? Die einzige entscheidende Frage für Eltern, für Väter und Mütter ist doch ausschließlich, ob im Herbst ein Betreuungsplatz für das Kind zur Verfügung steht. Und diese Aussage kann aus den erwähnten Gründen in dem einen oder anderen Fall heute noch nicht abschließend beantwortet werden. Aber persönlich bin ich überzeugt davon, dass bis zum Herbst sich die Situation schon ganz anders darstellen wird, wesentlich besser darstellen wird. Für dich, Herr Kollege Swatek, hätten diese Zahlen möglicherweise einen zusätzlichen Mehrwert, weil du könntest dann, wie gewohnt, wieder ein bisschen skandalisieren, ein bisschen Hiobsbotschaften verbreiten und alles schlechtreden. Und darum bin ich eigentlich persönlich froh darüber. Ich bedauere es überhaupt nicht, dass dir diese Zahlen heute gar nicht zur Verfügung gestellt werden können. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Steiermärkische Landesregierung und der Landtag haben bereits in der vergangenen Periode bewiesen, dem Ausbau und den Qualitätsverbesserungen in unserer Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen einen hohen Stellenwert beizumessen. Und ich zweifle keine Sekunde daran, dass diese Landesregierung das ebenso machen wird. Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP – 15.12 Uhr)*

Dritte Präsidentin Ahrer: Danke, Herr Abgeordneter. Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Klimt-Weithaler.

Sie haben sich zu einer tatsächlichen Berichtigung gemäß § 49 der Geschäftsordnung gemeldet. Gegenstand einer tatsächlichen Berichtigung kann lediglich die Berichtigung von im Zusammenhang mit der Debatte aufgestellten Tatsachenbehauptungen sein, zumal die Wortmeldung zu einer tatsächlichen Berichtigung ein ausnahmsweises Abgehen von der Redeordnung darstellt, wird hierbei ein strenger Maßstab gesetzt. Die Wortmeldung hat dabei folgende drei Elemente zu beinhalten: Erstens, die Bezeichnung der Rednerin, des Redners, deren bzw. dessen Wortmeldung korrigiert werden soll. Zweitens, die Zitierung der unrichtigen Tatsachenbehauptung und drittens, die Richtigstellung der Wortmeldung. Darüber hinausgehende Ausführungen sind nicht zulässig. Die Wortmeldung ist jedenfalls mit fünf Minuten beschränkt.

KO LTAAbg. Klimt-Weithaler - KPÖ (15.14 Uhr): So, ich hoffe, ich habe mir das jetzt alles gemerkt. Also, ich möchte tatsächlich berichtigen die Aussage vom Kollegen Detlev Eisel-Eiselsberg, der behauptet hat, dass diese 20 Millionen Euro mehr, die der Herr Hohensinner im Budget hat, praktisch nicht mehr sind. Die Rathauskoalition hat vorgestreckt schon die 20 Millionen, dann kamen die 18 Millionen vom Bund, auf dem wird immer herumgeritten, das weiß ich, aber es sind mehr als diese 18 Millionen für den laufenden Betrieb. *(LTAAbg. Eisel-Eiselsberg: „Aber ...“)* Jetzt tu ich berichtigen, jetzt kann ich nicht gleichzeitig zuhören. Also, es ist richtig, dass Stadtrat Hohensinner 20 Millionen mehr hat, als in der letzten Legislaturperiode, wo der zuständige Bürgermeister von der ÖVP war, der Herr Siegfried Nagl. Weiters möchte ich darauf hinweisen, und das hat der Werner Amon vorhin nickend bestätigt, ich weiß nicht, ob er das hier offiziell am Rednerinnenpult auch machen würde, aber wir hatten in der Situation, du hast es erwähnt, lieber Deddy, voriges Jahr die Aussage vom Stadtrat Hohensinner. *(Dritte Präsidentin Ahrer: „Bitte nur die Richtigstellung, keine weitere Wortmeldung.“)* Ja, das ist, sind praktisch zwei oder darf ich nur eine machen. Gut, um nichts falsch zu machen, 100 fehlende Plätze hat der damals zuständige Herr Landesrat auch in Abrede gestellt. Das wollte ich tatsächlich berichtigen. *(Beifall bei der KPÖ – 15.15 Uhr)*

Dritte Präsidentin Ahrer: Danke, Frau Abgeordnete. Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich Herr LTAAbg. Niko Swatek.

KO LTAAbg. Swatek, BSc – NEOS (15.16 Uhr): Vielen Dank, Frau Landtagspräsidentin!

Ja, ich möchte die Debatte jetzt nicht künstlich in die Länge ziehen, denn ich glaube, man sieht eindeutig, wo sich die einzelnen Fraktionen hier positionieren. Ich möchte aber schon festhalten, dass es irgendwo doch ein Schlag ins Gesicht aller Eltern ist, wenn man sich herausstellt und sagt: „Naja, jedes Kind bekommt einen Platz.“ Und dann, keine 30 Sekunden später, zu sagen: „Außer in Graz, da bekommt nicht jedes Kind einen Platz.“ Das heißt also, natürlich macht der Standort auch die Perspektive, aber es würde auch der ÖVP gut stehen, wenn sie nicht nur den Mitbewerber angreift, sondern auch einfach zugibt, dass es in der Steiermark halt Eltern gibt, die keinen Platz für ihr Kind finden. Und wenn wir dann über angeblich mehr Plätze sprechen, als es Bedarf gibt, dann scheint es wohl offensichtlich so zu sein, dass diese Plätze nicht an den richtigen Orten regional sind. Und deswegen müssen wir uns heute hier als Landtag eine einzige Frage stellen. Wird es im Herbst Eltern geben, deren Kinder keinen Platz bekommen? Und wenn die Antwort auf diese Frage Ja bedeutet, dann

muss diese Landesregierung aktiv werden. Und genau diese Zahlen würde ich mir von einer Landesregierung wünschen. Und auch die Einsicht dazu, dass wenn diese Frage nicht mit Nein beantwortet wird, die Aufgabe der Landesregierung noch lange nicht erledigt ist. Und da hilft es auch nicht, wenn man sich in Ausflüchte flüchtet und davon redet, wie gut das letzte Jahr im Ausbau war, vor allem wenn man sieht, dass man im Bundesländervergleich bei Weiten nicht so schnell ausbaut wie andere Bundesländer. *(Beifall bei den NEOS – 15.17 Uhr)*

Dritte Präsidentin Ahrer: Danke, Herr Abgeordneter. Abschließend zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Mag. Stefan Hermann.

Landesrat Mag. Hermann, MBL - FPÖ (15.17 Uhr): Vielen Dank, geschätzte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich einmal grundsätzlich für die durchaus emotionale, aber auch sehr konstruktive Debatte bedanken. Ein Dankeschön an die vielen positiven Wortmeldungen auch, die heute hier gefallen sind. Ich möchte beginnen mit der Frau Abgeordneten Glawogger. Sie haben etwas sehr Richtiges gesagt, nämlich man darf die Gemeinden mit dieser Aufgabe nicht alleine lassen. Und ich kann Ihnen versichern, seitens der Steiermärkischen Landesregierung, dass sowohl im Bereich der Abteilung 6 für Bildung als auch im Bereich der Abteilung 7 für Gemeinden und Abteilung 17 für Regionalentwicklung, das Bestreben da ist, mit den Gemeinden zusammen den Ausbau voranzutreiben, finanziell zu unterstützen in der Planung und Projektabwicklung zu unterstützen, das ist uns völlig klar. Und ich darf jetzt seit knapp vier Monaten Gemeindereferent sein, aber es ist mir von noch keinem Fall berichtet worden oder ich hätte es erlebt, dass eine Gemeinde aufgrund von finanziellen Engpässen keine Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtung errichten dürfte. Ich glaube, da hat es immer Lösungen gegeben, auch in der Vergangenheit, weil es bei der NEOS-Begründung mir auch ein bisschen sauer aufgestoßen ist. Ich möchte auch zur Kollegin Krautwaschl etwas sagen. Ja, dieser VIP-Ausbau ist natürlich ein Ziel. Die echte Wahlfreiheit muss gegeben werden. Es ist ja auch jetzt schon so, dass mit den bestehenden Förderungen für Personal jene Einrichtungen, die längere Öffnungszeiten haben, die bis in die Abendstunden offen haben, auch anders gefördert werden. Und ja, das ist ein großer Auftrag. Und jetzt möchte ich überleiten zur Frau Kollegin Klubobfrau Klimt-Weithaler, die sehr viel

Positives gesagt hat. Vielen Dank auch für die Anerkennung, da und dort und auch für die Kritik. Aber ich bin bei einem Punkt zu hundert Prozent bei Ihnen. Je länger man einen Kindergarten, eine Kinderkrippe auch offen lässt, desto schwieriger ist es da, allen Ernstes von einer pädagogischen Arbeit zu sprechen, die dort auch acht, neun Stunden am Tag passieren soll. Denn jeder, der selbst Kinder hat, weiß, dass die Aufmerksamkeitsspanne von einem drei-, vierjährigen Kind dann irgendwann einmal abnimmt. Also wenn man von ganztägigen Angeboten spricht, muss man auch den Mut haben zu sagen, dann gibt es am Vormittag Pädagogik mit Pädagogen und am Nachmittag dann eine Betreuung in diesem Sinne. Aber es ist sicher nicht möglich und sie nicken wieder, also gehe ich davon aus, dass ich keinen kompletten Blödsinn sage, dass es eben nicht möglich ist, den ganzen Tag kinderpädagogisch entsprechend auch zu betreuen. Und jetzt kommen wir zu den NEOS und ich bin dem Kollegen Eisel-Eiselsberg dankbar, weil du mir sehr viel auch vorweggenommen hast. Und Kollege Swatek, du hast gesagt, ich würde eine Copy-Paste-Rede vom Kollegen Amon auch halten. Ich könnte jetzt die Copy-Paste-Antwort geben, die der Kollege Amon dir schon im letzten Jahr und im vorletzten Jahr zu deinen Fragen gegeben hat. Wenn du mich nach Ausbauzahlen fragst, dann werde ich diese natürlich auch nennen, so wie sie da sind. Und diese Zahlen sind positiv. Wenn du mich danach fragst, wie viele Plätze im Land zur Verfügung sind, dann werde ich diese Zahlen nennen. Das habe ich auch genannt. Wenn du mir aber Fragen stellst, und der Kollege Eisel-Eiselsberg hat es richtig ausgeführt, zu Zahlen, die nichts aussagen in dem Moment, nämlich wirklich nichts aussagen. Herr Kollege Swatek, die einzige Zahl, die ich in meiner Recherche nicht verifizieren konnte, waren die 30 % Absagen in Graz. Ich weiß nicht, wie du zu dieser Zahl kommst. Ich weiß es nicht. Was ich dir sagen kann, ist, dass mit Stand heute 20 % der in Graz vorgemerkten Kinder, das heißt nicht, dass das Grazer sind, auf Warteliste sind. Und 423, der in Graz vorgemerkten Kinder, eine Absage bekommen haben. Jetzt hast du die Zahlen, ich hoffe, du schläfst besser. Du kannst aber damit nichts machen, weil wenn du zu den Medien entsprechend gehst, dann kann ich dir sagen, dass die Zahlen morgen vermutlich nicht stimmen werden. Weil nur weil jemand auf der Warteliste steht, heißt es nicht, dass er keinen Platz kriegt. Nur weil jemand in Graz abgemeldet ist, heißt es nicht, dass er keinen Platz bekommt. Wenn ich meinen Sohnemann in Graz vormerke, aber das war der Vorwurf in einer Anfrage, und er bekommt eine Absage, heißt es nicht, dass ich nicht in Feldkirchen bei Graz einen Betreuungsplatz bekomme, in den Wartelistenzahlen. Und deshalb nimmt die Warteliste, hoffe ich, bis Herbst auch konstant ab, sind Erweiterungen von Gruppengrößen nicht eingerechnet, sind neue

Gruppen, die entstehen, nicht eingerechnet, sind auch jene, die jetzt auf einer Warteliste sind, weil dass sie sich vielleicht noch einmal auf ihre Wunscheinrichtung angemeldet haben und die nicht kommen, nicht eingerechnet. Also mit diesen Zahlen zu hantieren, ist unseriös. Und was auch unseriös ist, ist immer den Vergleich von Niederösterreich heranzubringen. Also es wird immer so getan, dass das, was die Gemeinden gemeinsam mit dem Land bei uns leisten, etwas Schlechtes war. Das ist ein Riesenkraftakt, der da passiert. Und Sie sagen immer, in Niederösterreich baut das Land Kindergärten und das Land nimmt seine Verantwortung wahr. Und ich habe mich erst vergangene Woche, ich glaube es war am Dienstag mit der Landesrätin Teschl-Hofmeister aus Niederösterreich genau über dieses Thema unterhalten. Und wissen Sie, Herr Kollege Swatek, wer im Land Niederösterreich Kindergärten baut? Die Gemeinden, Herr Kollege Swatek, die Gemeinden. Wissen Sie, wer das Personal übernimmt? Das ist das Land. Das sind Landesbedienstete. Deshalb steht am Schild Landeskindergarten. Für die Errichtung und die Projektentwicklung ist wie in der Steiermark die Gemeinde und die Kommune zuständig. Das Fördermodell ist etwas anders. Da nimmt man einen Teil der BZ-Mittel, gibt es in diesen Stiftungstopf hinein, daraus wird gebaut. Aber eine Projektentwicklung, Projektverantwortlich und verantwortlich für die Plätze vor Ort ist wie in der Steiermark die Gemeinde. Es ist also schlichtweg falsch, was Sie heute hier den ganzen Tag behauptet haben. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Ich hoffe, soweit alle Unklarheiten ausgeräumt zu haben. Ich kann Ihnen das Angebot machen. Sie können nahezu täglich die aktuellen Zahlen auch abfragen. Vielleicht haben Sie dann ein Verständnis dafür, wie aussagekräftig die im Zeitpunkt jetzt sind. Nämlich gar nicht. Das Angebot steht. Also wir haben nichts zu verstecken. Nur es bringt jetzt nichts, eine Zahl zu nennen, die sich morgen bereits ändert. Ich lade Sie alle herzlich ein, dass wir gemeinsam den Weg in die richtige Richtung gehen, nämlich die bestmögliche Kinderbildung und -betreuung für unsere steirischen Kinder sicherzustellen. Danke schön für die konstruktive Diskussion. *(Beifall bei der FPÖ – 15.24 Uhr)*

Dritte Präsidentin Helga Ahrer: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Seiten des Landtagsklubs der SPÖ wurde ein Antrag auf punktuelle Abstimmung zum Entschließungsantrag der NEOS mit Einl.Zahl 418/2 betreffend tausende Kinder ohne Platz, Ausbauturbo für die Elementarpädagogik, gestellt.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Punkt 1 des Entschließungsantrages ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe:

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, KPÖ, SPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Punkt 2 des Entschließungsantrages ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe:

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der KPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Punkt 3 des Entschließungsantrages ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe:

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, KPÖ, SPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS mit der Einl.Zahl 418/3 betreffend Schluss mit dem Versteckspiel Wartelisten des Kinderportals offenlegen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe:

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, KPÖ, SPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen mit der Einl.Zahl 418/2, betreffend Bildungs- und Chancengerechtigkeit herstellen, Prioritäten setzen und einen Ausbauplan für elementare Bildungseinrichtungen umsetzen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe:

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, KPÖ, SPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ mit der Einl.Zahl 418/5 betreffend Ausbau von elementaren Bildungseinrichtungen forcieren, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Gegenprobe:

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen, KPÖ, SPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

D2: Am Donnerstag, dem 10. April 2025 wurde von Abgeordneten der KPÖ eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 428/1, an Herrn Landeshauptmann Mario Kunasek betreffend „**Haltung der Steiermark zum Erhalt der immerwährenden Neutralität Österreichs**“ eingebracht.

Ich erteile Frau Klubobfrau LTAbg. Claudia Klimt-Weithaler das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

KO LTAbg. Klimt-Weithaler - KPÖ (15.28 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörende hier im Saal und via Livestream!

Wenn man heutzutage ein Printmedium aufschlägt oder den Fernseher aufdreht oder sich in den sozialen Medien bewegt, dann hört man sehr viel vom Krieg und von Aufrüstung. Ganze Leserinnenbriefseiten in den gängigen Medien in der Steiermark sind voll von Schreibern und Schreiberinnen, die sich Sorgen machen. Und ich denke, es ist an der Zeit, dass wir einmal über den Frieden reden. Es ist an der Zeit, das ist übrigens auch der Titel eines wunderschönen Friedensliedes von Hannes Wader, das mir sehr nahe geht jedes Mal und ich darf Ihnen, das habe ich noch nie gemacht, aber ich erlaube es mir jetzt bei diesem Thema, die letzte Strophe vorlesen. „Es blieb nur das Kreuz als einzige Spur von deinem Leben, doch hör meinen Schwur. Für den Frieden zu kämpfen und wachsam zu sein, fällt die Menschheit noch einmal auf Lügen herein, dann kann es geschehen, dass bald niemand mehr lebt, niemand, der die Milliarden von Toten begräbt. Doch längst finden sich mehr und mehr Menschen bereit, diesen Krieg zu verhindern, es ist an der Zeit.“ Ich bin 1971 auf die Welt gekommen und habe die weltweite Friedensbewegung in den 1980er Jahren nicht nur hautnah, sondern auch aktiv miterlebt, denn es gab auch in Österreich damals Demonstrationen und Friedensmärsche. Aufgerufen zu diesen Demonstrationen haben verschiedene Gruppierungen, Gruppen aus dem

Anti-AKW-Bereich, aus dem christlichen Bereich, die katholische Arbeiter_innenjugend z. B. oder die evangelische Studierendengemeinde, die Initiative Friedensarbeit in der katholischen Hochschulgemeinde und auch aus dem pazifistisch-antimilitaristischen Bereich wie der Arbeitsgemeinschaft für Zivildienst oder dem Versöhnungsbund hat es Aufrufe gegeben und auch politisch links ausgerichtete Parteien und Organisationen haben dazu aufgerufen. Ausgangspunkt war, dass die NATO damals von 198 neuen mit Atomsprengköpfen bestückten Mittelstreckenraketen vom Typ Bershing II, die in meinem Alter werden sich wahrscheinlich noch daran erinnern, und 464 Marschflugkörper in Westeuropa aufstellen wollten. Das hat den Menschen Angst gemacht. Und die Forderungen zeigen und die Ziele, dass diese friedensbewegten Menschen aber über das Thema NATO-Doppelbeschluss und Abrüstung generell weit hinausgegangen sind. Es ging ihnen darum, um miteinander den Frieden zu sichern, den Rüstungswettlauf zu stoppen, Abrüstung durchzusetzen, die Menschenrechte zu verwirklichen und Feindbilder abzubauen. Hunderttausende Menschen sind damals für diese Ziele auf die Straße gegangen. Und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ich kann mich heute noch an gewisse Momente erinnern und es läuft mir heute noch kalt den Rücken hinunter, dass sich so viele Menschen entschlossen haben, für den Frieden auf die Straße zu gehen. Und niemals hätte ich mir damals als Teenager gedacht, dass ich jetzt rund 45 Jahre später irgendwo stehe und mitteilen muss, dass ich mir große Sorgen mache, mehr denn je, über den Frieden, über die Aufrüstung und über die österreichische Neutralität. Und das, obwohl die österreichische Bevölkerung ja mit großer Mehrheit voll und ganz hinter der Neutralität steht. Bei der letzten Befragung, die im Februar 2024 durchgeführt wurde, waren 74 % der Befragten der Meinung, Österreich solle weiter an seiner Neutralität festhalten. Aber die neue Bundesregierung, und das ist das, was mir große Sorgen bereitet, hat sich bei ihrer letzten Klausur auf eine sicherheitspolitische Agenda verständigt. Und sie zeigt sich damit erstmals ganz offen bereit, die EU-Beistandsklausel auch militärisch zu erfüllen. Die Außenministerin, das ist uns ja bekannt, wird in Interviews immer wieder, wenn sie auf die Neutralität angesprochen wird, oder neigt sie dazu, sie als veraltet darzustellen oder überhaupt davon zu reden, dass sie nicht mehr notwendig ist. Vermutlich hätte ein noch lebender Bruno Kreisky den jetzt Verantwortlichen zugerufen, „lernen Sie Geschichte“. Denn manchmal habe ich den Eindruck, dass viele, die heute mit dieser Neutralität zu einem Umgang pflegen, als wäre sie ein lästiges Anhängsel, überhaupt keine Ahnung mehr haben, wie sie eigentlich zustande gekommen ist. In wenigen Tagen am 8. Mai ist der Tag der Befreiung. Das heißt, wir gedenken an diesem Tag der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht.

Wir gedenken an das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa und an die Befreiung vom Nationalsozialismus. Am 25. Oktober 1955 sind die Besatzungstruppen von Österreich abgezogen. Am 26. Oktober 1955 hat der Nationalrat die immerwährende Neutralität Österreichs als Verfassungsgesetz beschlossen. Dieses Neutralitätsgesetz hält fest, dass die immerwährende Neutralität freiwillig erklärt und aufrechterhalten wird. Und das seit beinahe 70 Jahren. Deswegen feiern wir im Übrigen auch am 26. Oktober unseren Nationalfeiertag, den höchsten Feiertag, den ein Staat für sich begehen kann. Und diese Neutralität ist eigentlich sehr rasch weiterentwickelt worden. Denn Österreich ist bereits im Dezember 1955 UNO-Mitglied geworden und wir wissen auch, dass der schon von mir erwähnte Bruno Kreisky eigentlich ein Garant für eine aktive Neutralitätspolitik war. Neutralität besteht nicht nur darin, sich nicht an Kriegen zu beteiligen, sondern vielmehr die Entstehung und die Verbreitung von Konflikten zu vermeiden, sei es z. B. durch diplomatische Mittel oder durch eine Teilnahme an friedenserhaltenden Missionen unter internationalem Mandat. Ich finde, man muss sich das immer wieder vor Augen halten, was wir eigentlich in unserer Verfassung zum Thema Neutralität stehen haben. Das ist nicht irgendwas. Das ist etwas sehr, sehr Wichtiges. Und ich habe dazu von der Elisabeth Röhrlich, das ist eine Professorin für Geschichte an der Uni Wien, Folgendes gelesen. Sie hat das 2009 unter anderem publiziert. Ich darf zitieren: „Während der Kreisky-Ära zeichnete sich Österreich durch diplomatische Erfolge aus, die zum Prestige der Zweiten Republik auf internationaler Ebene beigetragen haben. Die langen 1970er Jahre gelten somit als goldenes Zeitalter der Neutralität Österreichs schlechthin. Wien wurde zum dritten UNO-Sitz. Nicht zuletzt durch diesen Prestigegewinn wurde die Neutralität allmählich zu einem Pfeiler der Zweiten Republik und zum Bestandteil des nationalen Selbstverständnisses der Österreicher und Österreicherinnen.“ Und ich muss Ihnen sagen, geschätzte Damen und Herren, ich bin sehr froh darüber, dass ich hier in diesem Land geboren wurde und aufwachsen durfte. In einer Republik, die von den Gründungsparteien der Sozialdemokratie, der österreichischen Volkspartei und der kommunistischen Partei gegründet wurde. Ich bin sehr froh, dass wir hier in einer Demokratie leben und ich bin auch sehr froh, dass Österreich nach wie vor ein Neutralitätsgesetz hat. Ich mache mir nur große Sorgen, dass dieses Neutralitätsgesetz nicht von allen gleich ernst genommen wird. Und ich sage Ihnen noch etwas. Vorhin schon erwähnt bei der Debatte zu den Elementarpädagoginnen, ich kann mich gut an Zeiten erinnern, wo ich hier gestanden bin und über die Arbeit der Elementarpädagoginnen gesprochen habe und belächelt worden bin. Mittlerweile ist es ein großes und ein wichtiges Thema und ich bin sehr froh darüber. Ich

weiß aber auch, dass ich als Kommunistin schon sehr oft dafür belächelt worden bin, wenn ich darüber gesprochen habe, dass wir uns für den Frieden einsetzen müssen, dass das nichts ist, was vom Himmel fällt. Und wenn man das heute laut und öffentlich irgendwo sagt, dann muss man durchaus damit rechnen, dass man als naiv bezeichnet wird, vielleicht ein bisschen dumm. Und wenn man ernsthafte Bemühungen hat, dass man vom Landtag Steiermark als Teil der Republik Österreich ein klares Bekenntnis fordert zur Neutralität, dann kann es einem auch passieren, dass eine andere Fraktion einen Antrag einbringt, wie heute z. B. die Grünen, die bewusst oder unbewusst, unseren Antrag falsch interpretieren. Das ist nicht sonderlich förderlich, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, für das gute Klima, für das ihr ja steht. Und wo ich auch dazu sagen muss, liebe Sandra, du hast auf deinem Blog das sogar ausgeweitet, dass es auch um ein gutes Klima in der Gesellschaft geht und das teile ich zu hundert Prozent. Gut, man kann alles falsch verstehen. Ich gehe jetzt einmal davon aus, dass sich das vielleicht in der Debatte erklären wird. Was ich nur nicht verstehe ist, warum die Grünen zum eigenen Antrag eine punktuelle Abstimmung eingebracht haben. Da bin ich schon sehr gespannt, gegen welchen Punkt ihr dann von eurem Antrag stimmen werdet. Aber kommen wir zurück zu dem, was da gerade passiert und was in Europa passiert. Die EU hat 2012 den Friedensnobelpreis erhalten. Die Begründung hat gelautet, sie, also die EU, habe sich in den letzten sechs Jahrzehnten erfolgreich für Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte in Europa gewirkt oder eingesetzt. So hat das norwegische Nobelpreiskomitee das erklärt. Und was sagt die EU heute zur allgemeinen Situation und politischen Weltlage? Sie sagt uns, wir müssen aufrüsten. Sie sagt uns, aufrüsten ist die einzige Möglichkeit, um zu überleben. Sie sagt uns auch, Europa müsse aus einer Stärke heraus agieren. Aber was heißt denn das eigentlich konkret? Im Grunde heißt es nichts anderes, als dass sich Europa und dazu zählt auch Österreich, weil wir ja auch in der EU sind, wir sollen uns bis auf die Zähne bewaffnen. Denn bis 2030 sollen die geplanten Ausgaben im Aufbauplan des Bundesheeres 2 % des Bruttoinlandsproduktes betragen. Am 25. März hat die EU unfassbare 800 Milliarden Euro für Aufrüstung beschlossen. Und die österreichische Bundesregierung macht da mit. Denn jährlich wird das Budget von bis jetzt vier Milliarden Euro auf zehn Milliarden Euro erhöht. Und da geht es auch ganz konkret um Militärausgaben. Also nicht nur um Verbesserungen in der Situation beim Bundesheer. Da bin ich auch dafür. Da geht es ganz klar um Aufrüstung. Und gleichzeitig ... (KO LTAbg. Mag. Schnitzer: „Das ist ein bisschen ein Widerspruch.“) naja, die Rahmenbedingungen für den Grundwehrdiener und die Sky-Schild-Raketen ist, glaube ich, schon ein Unterschied. Das ist das, was ich

meine. Und gleichzeitig, und das ist ja das Spezielle an dieser Situation, wird uns aber erklärt, auch von der EU, dass Österreich einen Konsolidierungsbedarf hat von bis 2031, jetzt schaue ich zum Herrn Finanzlandesrat, weil der hat uns das heute ja auch schon erklärt, dass wir einen Konsolidierungsbedarf haben, österreichweit bis 2031 laut Vorgaben der EU und Berechnungen des Finanzministeriums 18,1 Milliarden Euro. Da gibt es nämlich von der EU jetzt auch Vorgaben, aber leider in die andere Richtung. Da geht es jetzt nicht darum zu sagen, investiert in Soziales, in Bildung, in Pflege, in Gesundheit, sondern da steht drinnen, einsparen, sonst geht sich das alles nicht aus. Und deshalb wird die Bundesregierung jetzt auch einsparen. Wir wissen schon von Kürzungen bei den Pensionistinnen, Kürzung der Bildungskarenz oder Abschaffung der Bildungskarenz, Kürzungen beim Klimaschutz und bei den Arbeitslosen. Wir müssen also unter Österreich beides auf Geheiß der EU einerseits im Sozialbereich und in der Bildung und in der Umwelt finanziell zurückfahren und gleichzeitig sollen wir das Geld bei Aufrüstung und Militarisierung ausgeben, als hätten wir eine Gelddruckmaschine. Wie kann denn das zusammen gehen? Ich sage eins klar und deutlich, meine sehr verehrten Damen und Herren. Eine militärische Bestandsverpflichtung ist mit unserer Neutralität zu hundert Prozent nicht vereinbar. Nie und nimmer. Und ich möchte Ihnen aus einem der vielen Leserbriefe, dieser war am 10. April in der Kleinen Zeitung, etwas zitieren: „Frieden ist keine Idee von weltfremden Phantasten, nein, das sind gangbare Wege, die aber nur von starken Menschen gegangen werden können. Hört auf, den Kriegshetzern zu glauben.“ Und ein weiteres Zitat, und da würde ich Sie bitten, wirklich auch selber drüber nachzudenken, wie Sie entscheiden würden. „Aber wer genau würde im Ernstfall tatsächlich Mütter, Väter, Söhne, Töchter, Ehepartner und Ehepartnerinnen in den Krieg schicken wollen? Selbst auf die Gefahr hin, deshalb als Friedenstrutschen belächelt zu werden, ich nicht“, (*Beifall bei der KPÖ*) sagt Andrea Schurian. Sie ist Autorin in der Presse am 15.04. Und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ich werde auch lieber als Friedenstrutschen bezeichnet, als dass ich hergehe und sage, ja, ich möchte an diesem Wahnsinn teilhaben. Die Steiermark hat eine Verantwortung als Bundesland und als Teil der Republik Österreich. Und ich glaube, wir sollten nicht tatenlos zusehen, wie dieses militärische Säbelrasseln jetzt salonfähig ist. (*LTAbsg. Schönleitner: „Aber siehst du nicht, was in der Ukraine los ist?“*) Komme ich gleich dazu, Lambert, komme ich gleich dazu. Das Problem, das wir haben, ist, dass Frieden nicht geschaffen wird, indem man Waffen liefert oder Waffen produziert. Es braucht soziale Sicherheit und es braucht vor allem Menschen, die eine aktive Neutralitätspolitik ernst nehmen. Das heißt, es geht um Diplomatie, es geht um

Verhandlungen, es geht darum aufzuzeigen, dass Österreich wieder so sein könnte wie in den 1970er-Jahren und in den 1980er-Jahren. Aber anscheinend interessiert das nicht sehr viele. Wir stellen uns klar und deutlich hin und sagen, wir sind neutral. Aber wir wollen bei allen möglichen Militärbündnissen plötzlich dabei sein. Und jetzt komme ich nochmal auf die Ukraine, lieber Lambert. Ich finde es schon bemerkenswert, euren Antrag, in dem ihr formuliert, „wahrscheinlich meint die KPÖ dieses und jenes. Nein, meinen wir nicht.“ Wir haben den Angriff der Russen, des Putins, auf die Ukraine immer auf Schärfe verteidigt. Ich frage mich nur, ob es nicht vielleicht von eurer Seite her, das kannst du in jeder Presseaussendung nachlesen. Und ganz wichtig, lieber Lambert, manchmal habe ich das Gefühl, die Grünen tun sich mit der Neutralität mittlerweile auch schon schwer. Vielleicht ist es ja auch nur ein Ablenkungsmanöver. Wie gesagt, mir würde ja interessieren, gegen welchen eigenen Punkt ihr dann stimmt. Und es interessiert mich dann auch, ob ihr euch klar zu einer Neutralität bekennen könnt. Ich, und darauf werdet ihr euch verlassen können, werde nicht müde werden. Und ich lasse mich gern beschimpfen, da herinnen. Naja, gern nicht, aber ich halte es aus, wenn ich hier beschimpft werde. Und wenn man der KPÖ alles Mögliche unterstellt, aber ich werde nicht müde werden, mich hierher zu stellen und für Frieden und Neutralität einzustehen. Und das mache ich, solange ich hier Angehörige dieses Hauses sein kann. Und noch einmal, wir schaffen keine Sicherheit mit Waffenlieferungen, mit militärischen Bündnissen als neutraler Staat. Sicherheit entsteht nicht durch Aufrüstung, sondern durch Verhandlungsgeschick und Diplomatie und soziale Gerechtigkeit. Und nachdem ich begonnen habe mit einem Lied aus der Friedensbewegung, möchte ich auch mit einer Strophe enden. Vielleicht ist Ihnen ja der Reinhard May ein Begriff. Der hat einen Liedertext und ein wunderschönes Lied zum Thema die Waffen niedergeschrieben. Und nichts erinnert mich im Moment so sehr daran, wie dieser Text an die allgemeine Situation auch in Europa. „Gebor'n in einer Stadt, vom Krieg verwüstet und zerstört, habe ich, seit ich hören kann, „nie wieder Krieg!“ gehört. Ich habe meine Lektion so gut gelernt, hab' von so nah den Krieg gesehn, dass auch das Kind begriff, was da geschah. Manch Ängste, weiß ich, werd ich nie verlieren und Bilder nicht aus meinem Kopf bekommen. Und Krieg ist ein Verbrechen, kein Krieg ist je gerecht. Euch fromme Beter hör ich nun eifrig die Trommel rühr'n, um andrer Leute Kinder in eure Schlachten zu schicken. Erinnert ihr euch, ihr wolltet nie wieder, nie wieder Krieg – die Waffen nieder!

1. In diesem Sinne darf ich an dich, Herr Landeshauptmann, folgende Dringliche Anfrage stellen: Wie ist die offizielle Haltung der Steiermark zur Bedeutung der immerwährenden Neutralität für die Position und Sicherheit Österreichs in Europa?
2. Bekennt sich die Steiermark auch weiterhin zum Erhalt der immerwährenden Neutralität Österreichs?
3. Werden Sie als zuständiges Mitglied der Landesregierung für Landesverteidigung im Sinne der Neutralität Österreichs unmissverständlich einen NATO-Beitritt ablehnen?
4. Werden Sie als zuständiges Mitglied der Landesregierung für Landesverteidigung unmissverständlich die Unterminierung der österreichischen Neutralität ablehnen?

Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um Antwort. *(Beifall bei der KPÖ – 15.48 Uhr)*

Dritte Präsidentin Helga Ahrer: Ich erteile Herrn Landeshauptmann Mario Kunasek das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt.

Landeshauptmann Kunasek - FPÖ (15.49 Uhr): Ja, herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Landesrätin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, ganz besonders natürlich Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler!

Ich habe mich eigentlich schon gefreut auf die Beantwortung und habe mich eigentlich fast gewundert auch über die Anfrage an mich, weil, glaube ich, hinlänglich bekannt sein sollte, auch aufgrund meiner jetzt doch schon längeren Arbeit und Tätigkeit im verteidigungspolitischen Bereich in allen möglichen Funktionen, sei es als Verteidigungsminister, als Vorsitzender des Landesverteidigungsausschusses im Parlament und vieles mehr, dass ich eine sehr klare Haltung auch habe, wenn es darum geht, die immerwährende Neutralität Österreichs immer wieder zu betonen, aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das, glaube ich, unterscheidet uns beide, Frau Klubobfrau von der Anderen ein bisschen schon, natürlich schon auch zu betonen, dass wir auf der einen Seite eine historische Genese dieser Neutralität auch haben, dieser immerwährenden, die auch in der Begründung und auch in deiner Darlegung hier am Rednerpult vollkommen treffend ist. Wir aber natürlich auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Jahr 2025 leben und deshalb auch, und du hast es ja selbst angesprochen, eine aktive Neutralitätspolitik für mich auch bedeutet, dass man politisch aktiv diese Neutralität auch gestalten muss und dazu gehören mehrere Dinge, meine sehr geehrten Damen und Herren. Nicht ganz ehrlich, und das

sage ich schon auch, liebe Claudia, habe ich gefunden jetzt deine Aussage, dass du gerne mit dabei bist, wenn es darum geht, dem Bundesheer eine mögliche oder eine bessere Ausstattung oder den Grundwehrdienern hast du gemeint, eine bessere Ausstattung zu ermöglichen und zu gewähren, weil, und da möchte ich nur an den letzten Wahlkampf erinnern, auch hier bei uns in der Steiermark, es durchaus auch Aussagen gegeben hat der kommunistischen Partei, von einem Knittelfelder Stadtrat, wenn ich es noch richtig im Kopf habe, der auch davon gesprochen hat, langfristig das Österreichische Bundesheer abzuschaffen oder abschaffen zu wollen. Das heißt, hier muss man dann schon auch, Frau Klubobfrau, bei der politischen Wahrheit bleiben und sagen, wohin soll die Reise aus kommunistischer Sicht gehen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte deshalb vielleicht mit einem kurzen historischen Abriss noch einmal beginnen. Ich glaube, wir sind uns alle einig, bis auf ein paar wenige Ausnahmen hier im Steiermärkischen Landtag, dass die immerwährende Neutralität Österreichs für die Geschichte Österreichs und für das Wiedererlangen von Freiheit und Unabhängigkeit unabdingbar gewesen ist und sich über viele, viele Jahre auch bewährt hat. Nämlich als friedenssicherndes Instrument, als ein Instrument, das es uns ermöglicht hat, in Europa, auch im Rahmen der Europäischen Union, eine, wie du es bezeichnest, aktive Neutralitätspolitik zu betreiben, sehr wohl aber auch, und das betone ich als ehemaliger Verteidigungsminister und heute Landeshauptmann, auch eine Verantwortung im Sinne der Sicherheit Europas zu leben, wenn es eben darum geht, Truppenkontingente zu stellen und sich auch international solidarisch zu beteiligen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte daran erinnern, dass wir, bitte das Militär (*unverständlich*) sollen mich jetzt korrigieren, bin nicht mehr ganz so in der Zahlenlage up to date, aber immer noch einer der stärksten Truppensteller, wenn nicht überhaupt der stärkste Truppensteller am Westbalkan, ganz besonders auch im Bosnien-Herzegowina sind. Das heißt, wir erleben hier, denke ich, auf der einen Seite aktive Neutralitätspolitik. Wo ich Recht gebe ist, ich könnte mir eine aktivere Rolle im diplomatischen Bereich vorstellen. Das ist eine persönliche Meinung, die ich kundtue, weil ich glaube schon, dass Österreich ein guter Boden grundsätzlich auch für Verhandlungen ist, das Wien bewiesen hat als Verhandlungsort, dass man hier auch zu guten Ergebnissen kommen kann, wenn es darum geht, Frieden und Sicherheit herzustellen, hier aber leider in den letzten Jahren und Jahrzehnten dieser damals sehr gute Weg, die eingeschlagen wurde, auch unter einem ehemaligen Bundeskanzler Kreisky, dort und dort eben verloren gegangen ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das heißt ja, diese immerwährende Neutralität, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist selbstverständlich

auch eine bewaffnete Neutralität. Ich glaube, das ist auch unbestritten, wenn man sich nämlich dann Artikel 1, Absatz 1 des Neutralitätsgesetzes auch durchliest und ansieht, ist hier normiert, dass Österreich wird diese Gemeideneutralität mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das heißt, hier ausschließlich von Abrüstung zu sprechen oder ausschließlich davon zu sprechen, dass man sich hier nur mehr in friedensaktivistischen Bereichen bewegen sollte, ist aus meiner Sicht vermessen und wird hier auch ganz klar normiert. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Und meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätzte Frau Klubobfrau, ich darf vielleicht auch noch einmal feinstimmen oder vielleicht auch etwas korrigieren, weil du hier von einer, Zitat, bedingungslosen Aufrüstungspolitik gesprochen hast. Und jetzt will ich nicht bewerten, wie sich geopolitische Entwicklungen, auch Rüstungsentwicklungen in anderen Regionen dieser Welt und Ländern dieser Welt gestalten, aber eines kann ich schon auch sagen als ehemaliger Verteidigungsminister und wir haben hier in diesem Hause, Abgeordneter Hofer, kann ich mich erinnern, sehr oft auch über die finanzielle Ausstattung des Bundesheeres gesprochen. Also von einer Aufrüstungspolitik oder von einem Aufrüsten im Bundesheer kann man wirklich nicht sprechen. Das, was jetzt hier stattfindet, ist ein schrittweises Anpassen an sicherheitspolitische Erfordernisse, die im Jahr 2025 einfach Gebot der Stunde sind. Das heißt, hier geht es nicht um Aufrüsten im Sinne von Bedingungslosigkeit, sondern das Herstellen einer gewissen sicherheitspolitischen Normalität. Und ich sage das hier auch ganz offen, ich bin sehr froh, dass es gelungen ist, hier auch einen anderen Weg zu bestreiten. Wenngleich, und das nehme ich auch für mich in Anspruch, wir schon weit vor dem furchtbaren Krieg in der Ukraine immer wieder darauf hingewiesen haben, dass es hier Investitionsnotwendigkeiten im österreichischen Bundesheer gibt, die selbstverständlich evident sind, damals auch waren und jetzt eben auch Schritt für Schritt abgearbeitet werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich dann auch zur Beantwortung der Fragen komme, möchte ich auch noch einmal in Erinnerung rufen, dass wir in unserem Regierungsprogramm, in unserem Arbeitsübereinkommen zwischen der Steirischen Volkspartei und der FPÖ-Steiermark das klare Bekenntnis zur immerwährenden Neutralität auch artikuliert und niedergeschrieben haben. Das heißt, wir unterscheiden uns ja auch von Arbeitsübereinkommen in der Vergangenheit. Das heißt, wir bekennen uns dazu, dass diese immerwährende Neutralität immer wieder auch in Erinnerung gerufen werden soll und auch muss. Und ich werde sicherlich die Gelegenheit und Möglichkeit haben, auch in meiner Aufgabe und in meiner Verantwortung als Landeshauptmann, spätestens bei der

Landeshauptleutekonferenz, aber immer wieder auch dort, wo es notwendig ist, auf diese Notwendigkeiten auch entsprechend hinzuweisen. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Klubobfrau möchte sozusagen hier, um diesen ersten allgemeinen Part auch entsprechend abzurunden, noch einmal darauf hinweisen, dass es eine militärische Landesverteidigung gibt, die auch einen verfassungsmäßigen Auftrag des Bundesheeres entsprechend auch sicherstellt. Und wissen Sie, wir erleben immer wieder Situationen, wo man die Leistungen des Bundesheeres lobt, zu Recht auch lobt, wenn es darum geht, Katastrophenhilfe zu leisten, dort, wo es dann auch darum geht, Durchhaltefähigkeit auch zu haben bei Hochwasserkatastrophen und vieles mehr. Ich habe aber immer die Meinung vertreten und ich würde Sie auch bitten und hier auffordern, auch meine Position auch mitzutragen, dass ich davon nicht nur ausgehe, sondern dass auch oberstes Gerede sein muss, dass die militärische Landesverteidigung als verfassungsmäßiger Auftrag ernst genommen werden muss. Auch das gehört dazu, weil wenn man militärische Landesverteidigung hat, meine sehr geehrten Damen und Herren, ja, dann kann man auch Katastrophenhilfe leisten und deshalb ist auch das hier immer wieder zu berücksichtigen. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP)* Meine sehr geehrten Damen und Herren, bedanke mich für die vier Fragen, die ich hier heute beantworten darf. Ich werde in aller Kürze versuchen, diese Fragen hier auch zu beantworten und freue mich dann auf eine angeregte Diskussion.

Die Frage 1 nach der offiziellen Haltung der Steiermark zur Bedeutung der immerwährenden Neutralität für die Position und Sicherheit Österreichs in Europa darf ich wie folgt beantworten: Die Steiermärkische Landesregierung ist in ihrem Handeln an die Gesetze gewohnt. Hiervon leitet sich die Verpflichtung ab, das Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 über die Neutralität Österreichs vollinhaltlich zu beachten. Ungeachtet der gesetzlichen Verpflichtung ist es auch meine persönliche Überzeugung und die der gesamten Landesregierung, die Neutralität Österreichs und somit auch unseres Heimatbundeslandes zu bewahren. Im Gegensatz, und ich habe bereits angesprochen, im Gegensatz zum vorherigen Regierungsprogramm bekennt sich die Steiermärkische Landesregierung im aktuellen Regierungsprogramm „Starke Steiermark sichere Zukunft“ unmissverständlich zum Zitat *Bewahrung der immerwährenden österreichischen Neutralität*, wie Sie auf Seite 32 des Arbeitsübereinkommens auch nachlesen können.

Zur Frage 2:

Ja, wie gerade erwähnt, bekennt sich die Steiermark selbstverständlich zum Erhalt der immerwährenden Neutralität. Als Beleg hierfür hat die Steiermärkische Landesregierung in ihrem Regierungsprogramm ein klares Bekenntnis zur österreichischen Neutralität festgeschrieben. An der offiziellen Haltung dieser Landesregierung kann es daher aus meiner Sicht und aus unserer Sicht keine Zweifel geben. Damit ist also klar dargelegt, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass sie hinter dem Subsidiaritätsprinzip und der österreichischen Neutralität steht, diese Landesregierung. Ich darf auch hierzu aus dem Regierungsprogramm der Steiermärkischen Landesregierung zitieren, konkret aus dem Kapitel Europa und Internationales auf Seite 31, Zitat: „Um die Europäische Union wieder stärker am Geist der Gründerverträge auszurichten, wird sich die Steiermark dafür einsetzen, dass das Subsidiaritätsprinzip gewahrt bleibt. Das umfasst auch, dass die immerwährende Neutralität Österreichs Leitlinie im Umgang mit internationalen Krisen und Kriegsszenarien ist und in Brüssel respektiert werden muss.“ Wir haben uns auch ganz klar zu den historischen, österreichischen, zu der Vermittlerrolle bekannt, die logischerweise nur gewahrt werden kann, solange Österreich neutral ist. Durch diese gelebte Neutralität bleibt unser schönes Land, meine sehr geehrten Damen und Herren, so hoffe ich, wieder mehr ein attraktiver Standort für internationale Organisationen und ich habe bereits in meiner einbegleitenden Wortmeldung festgehalten, hoffentlich auch wieder mehr als attraktiver Standort für Friedensverhandlungen, wenn es darum geht, Konflikte auf dieser Welt zu lösen.

Die Frage 3:

Ob ich als zuständiges Mitglied der Landesregierung im Sinne der Neutralität Österreichs unmissverständlich einen NATO-Beitritt ablehne:

Kann ich nur mit einem klaren Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, beantworten. Ein Beitritt Österreichs zu einem internationalen Militärbündnis oder ein militärischer Einsatz Österreichs in einem Kriegsgebiet stehen im diametralen Gegensatz zur immerwährenden Neutralität des Landes und werden daher entschieden abgelehnt. Der furchtbare Krieg in der Ukraine darf die Tagespolitik nicht dazu bewegen, die Vorteile der Neutralität zu verleugnen. Ihre positiven Eigenschaften sind zu nutzen und die diplomatische Vermittlerrolle Österreichs in den Vordergrund zu rücken. Dies entspricht auch der Intention des 1955 beschlossenen Neutralitätsgesetzes.

Abschließend darf ich die Frage 4, ob ich als zuständiges Mitglied der Landesregierung für Landesverteidigung die Unterminierung der österreichischen Neutralität ablehne, wie folgt beantworten:

In der Begründung der Dringlichen Anfrage und der oben genannten Frage wird erwähnt, dass ich das zuständige Mitglied für Landesverteidigung bin. Hierbei muss zumindest der Form halber hergestellt werden, dass die militärische Landesverteidigung selbstverständlich eine Bundesangelegenheit ist, wie Artikel 10 Absatz 1 Ziffer 15 in Verbindung mit Artikel 102 Absatz 2 BVG normiert und daher in Gesetzgebung und Vollziehung dem Bund obliegt. Die Landesverteidigung, für die ich laut Geschäftsordnung der Steiermärkischen Landesregierung zuständig bin, betrifft die Fachabteilung Katastrophenschutz und Landesverteidigung, welche Angelegenheiten der zivilen Landesverteidigung betreut. Ungeachtet dessen, meine sehr geehrten Damen und Herren, werde ich auf Bundesebene für die Beibehaltung der Neutralität und die von Ihnen zitierte Unterminierung eintreten. Die nächste Gelegenheit bietet sich im Rahmen der Landeshauptleutekonferenz, wo ich meinen Standpunkt selbstverständlich auch gerne darlegen werde und das auch tun werde. Es ist Ihnen, geschätzter Vertreter der KPÖ, sicherlich nicht entgangen, und Sie haben das ja bereits auch angesprochen in Ihrer Begründung, dass die Bundesregierung im Rahmen ihrer Klausur angekündigt hat, die EU-Beistandspflicht im Ernstfall auch militärisch erfüllen zu wollen. Der Europäische Rat bestimmt die Ziele und allgemeine Leitlinien auch für die gemeinsame Außensicherheitspolitik. Wie wir alle wissen, sind die Beschlüsse des Europäischen Rates politisch, aber nicht rechtlich bindend. Im Falle Österreichs bedeutet das, dass die EU-Beistandspflicht nicht mit unserer immerwährenden Neutralität in Widerspruch geraten darf und Österreichs Leitlinie im Umgang mit internationalen Krisen- und Kriegsszenarien in Brüssel, wie eingangs schon erwähnt, respektiert werden muss. Ich sage auch ganz offen, dass man anstatt Gedanken nachzuhängen, EU-Staaten aus der verfassungsbedingten Neutralität oder verfassungsmäßigen Neutralität drängen zu wollen, bräuchte es eher und wichtiger ein Vorgehen der Europäischen Union im Sinne einer effizienten Grenzsicherung, aber natürlich auch einer Rückführung von illegalen Zuwanderern und Straftätern. Füge aber auch hinzu, und da ist mir auch in Ihrer Begründung der Dringlichen, mir das etwas zu weitgehend, dass man sich nicht als Österreich, als neutrales Land von europäischer Zusammenarbeit völlig ausschließen sollte. (*KO LTAvg. Klimt-Weithaler: „Von Zusammenarbeit war überhaupt keine Rede.“*) Ganz im Gegenteil, wir profitieren als österreichisches Bundesheer von diesen Kooperationen. Das angesprochene PESCO, auch als Beispiel hergenommen, eines meiner

Themen im Rahmen der Ratspräsidentschaft, die wir damals abhalten haben dürfen als Verteidigungsminister, ist ein gutes Beispiel dafür, dass wir hier auch Wertschöpfung schaffen in Österreich, indem Projekte, die PESCO-finanziert werden, hier entsprechend auch zur Umsetzung geraten. Und deshalb für mich eine Neutralitätspolitik, eine aktive, genauso in Einklang zu bringen ist mit europäischer Kooperation, solange sie der immerwährenden Neutralität nicht entgegensteht. Das heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätzte Abgeordnete, vor allen Dingen auch der KPÖ, wenn es darum geht, eine, nehmen wir es einmal, laute Stimme zu erheben für die Beibehaltung der österreichischen Neutralität, gegen die von Ihnen angesprochene Unterminierung dieser für eine aktive Neutralitätspolitik und Vermittlerrolle, sowie gegen einen NATO-Beitritt Österreichs, dann haben Sie mit mir und der Steiermärkischen Landesregierung ganz sicherlich einen starken Verbündeten und Partner. Ich bedanke mich. *(Beifall bei der FPÖ – 16.04 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Herr Landeshauptmann, ich bedanke mich für die Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser. Und weise auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder sowie Abgeordnete nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen. Als erst am Wort ist die Klubobfrau Sandra Krautwaschl.

KO LTAbg. Krautwaschl – Grüne (16.04 Uhr): Danke, Herr Präsident! Liebe Zuhörende, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder der Landesregierung, lieber Herr Landeshauptmann!

Ich möchte vielleicht zuerst kurz, weil ich da auch schon direkt angesprochen wurde, darauf eingehen, worauf sich unser Antrag bezieht und warum wir den gemacht haben. Liebe Claudia, du weißt ja, ich schätze dich persönlich sehr und trotzdem kann man halt manchmal unterschiedlicher Meinung sein. Der Grund, warum wir hier auch klar Position beziehen wollen, ist eine Formulierung in eurem Antrag oder in eurer Dringlichen Anfrage, die folgendermaßen lautet: „Wesentlich für die Geltung der irischen Klausel, aber auch für die Geltung der selbstgewählten Neutralität Österreichs ist es, dass sich die offiziellen Vertreterinnen Österreichs auch wie Vertreter eines neutralen Staates verhalten und entsprechend neutrale Positionen vertreten.“ Und das ist die Passage, auf die sich letztlich dann unser Antrag jetzt bezieht und wo wir einfach eine andere Haltung haben. Eine gänzlich andere, muss ich an dieser Stelle sagen. Denn aus unserer Sicht ist es eine Missinterpretation

dieser irischen Klausel, weil es ganz und gar nicht dabei darum geht, dass man, und in dem Fall, ich nenne es jetzt konkret, ein überfallenes Land, die Ukraine, die von einem Aggressor mit brutalsten, menschenverachtenden Methoden wildesten Völkermord ähnlichen Aktionen niedergemetzelt wird, dass man sich da auf eine neutrale Position stellen kann. Ich habe es halt so interpretiert, vielleicht war es ein Missverständnis. Mir war es nur ganz wichtig, da unsere Position nochmal klarzumachen. Ich könnte niemals einem Putin gegenüber, der die Ukraine überfallen hat, mit Gewalt übersät, dort alles niederbombt und zerstört, seinem Regime gegenüber, eine neutrale Position einnehmen und das verlangt auch die irische Klausel ganz, ganz sicher nicht. Das ist mir wichtig, hier richtig zu stellen. Wenn ihr das eh nicht so gemeint habt, okay. Aber darüber hinaus muss man schon auch sagen, das ist auch, und das haben wir in unserem Antrag formuliert, uns extrem wichtig, dass auch hier die Landesregierung von ÖVP und FPÖ ein klares Bekenntnis abgibt. Dass sie hier ganz klar und ebenso unmissverständlich wie in Bezug auf die Neutralität benennt, was da abgeht. Mit allen Folgen für uns im Übrigen, für unsere Sicherheit, für alles, was Claudia, du auch in den Passagen, die du vorgelesen hast, teilweise gesagt hast. Frieden, das ist eine Grundsehnsucht von, denke ich, allen Menschen. Und es ist natürlich auch, die Grünen kommen ebenso aus der Friedensbewegung, eine essentielle Haltung, die wir vertreten, wenn es um unser Menschenbild geht. Aber Frieden kann ausschließlich auf Gerechtigkeit basieren. Und Gerechtigkeit kann niemals hergestellt werden, indem man sich neutral einem Aggressor gegenüber verhält. Eine neutrale Position einnehmen, das geht nicht. *(Beifall bei den Grünen)* Und ganz ehrlich bin ich insofern ein bisschen irritiert, weil wenn es um das ginge, dann wäre es ja noch einmal viel, viel, viel unsäglich. Und es ist für mich auch unsäglich gewesen, das weißt du, Claudia, dass Vertreter der Kommunistischen Partei teilweise im Donbass mitmarschiert sind. Da haben sie keine neutrale Position meines Erachtens eingenommen, ganz im Gegenteil. *(Beifall bei den Grünen)* Um da jetzt aber nicht zu tief reinzukommen, sondern eher ganz klar zu machen, wo wir als Österreich, also als Europa, als Österreich und auch als Steiermark stehen sollten, haben wir diesen Entschließungsantrag formuliert. Um ganz klar zu machen, dass Frieden für uns bedeutet, dass Gerechtigkeit hergestellt werden muss. Und weil du das auch vorher gesagt hast, wenn ich mir vorstelle, dass die Ukraine fällt und dann vielleicht als nächstes Polen oder die baltischen Staaten und dann als nächstes steht dieses Regime mit seinen menschenverachtenden Mördern vor unserer Haustür. Dann schaue ich mir an, wie es mit unserem Sozialsystem, mit unserem Gesundheitssystem, mit unserer Bildung, mit unserer Umwelt ausschaut, wenn der Europa überrollt. Und das heißt nicht, dass

ich per se für Aufrüstung bin und dafür Milliarden in Rüstung zu investieren. Aber es heißt das, was du selbst gesagt hast, Claudia, was du vorgelesen hast. Für den Frieden muss man auch kämpfen. Das steht sogar in deinem Gedicht. Für die Neutralität müssen wir kämpfen. Die Neutralität müssen wir verteidigen. Und ich bin keine Expertin, die genau weiß, wie man das macht. Aber was ich weiß, dass ich an der Stelle niemals neutral einem Völkermörder gegenüberstehen werde. Das kann ich nicht, das werde ich nicht und da werde ich mich klar und deutlich immer äußern. Und das heißt auch, wir müssen ein klares Bekenntnis zur Unterstützung der Ukraine mit den uns auf Basis unserer Neutralität möglichen Mitteln heute hier abgeben. Und jetzt komme ich zu deiner zweiten Frage, das ist auch der Grund, warum wir eine getrennte Abstimmung beantragt haben, was ich hiermit tue. Nicht, weil wir nicht allen drei Punkten unseres Antrags zustimmen wollen, sondern weil wir, indem wir es getrennt abstimmen, möglichst vielen Fraktionen, Abgeordneten dieses Landtags ermöglichen wollen, zumindest zu einzelnen Punkten unseres Antrags auch Zustimmung zu geben. Denn ich denke, einzelne dieser Punkte sollten nach allem, was bis jetzt gefallen ist, sowohl vom Herrn Landeshauptmann als auch von dir, Claudia, für alle in diesem Haus zustimmungsfähig sein. Und deswegen bitte ich jetzt um möglichst breite Zustimmung zu folgendem Antrag.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag Steiermark verurteilt den Angriffskrieg der russischen Föderation auf die Ukraine.
2. Der Landtag Steiermark bekennt sich zu den im Rahmen der Europäischen Union ergriffenen Sanktionen gegenüber dem Aggressor.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und diese zu ersuchen, die Ukraine weiterhin im europäischen Rahmen politisch und humanitär zu unterstützen sowie sich unter Hinweis auf den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine für einen gerechten, dauerhaften und umfassenden Frieden zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation auf Basis des Völkerrechts einzusetzen.

Ich war gerade unlängst auf einer sehr interessanten Veranstaltung zum Thema Frieden, wo genau dieses Spannungsfeld massiv beleuchtet worden ist. Und wo eines jedenfalls klar geworden ist, ganz klar. Echten Frieden und wirkliche Friedensarbeit kann es nur geben, wenn man eine Gerechtigkeit wieder herstellt. Und das können wir mit diesem kleinen Beitrag, den wir in Österreich leisten können, mit dem, was in unserem Antrag steht, zumindest bis zu einem gewissen Grad unterstützen. Und ich glaube, das sollten wir auch tun. Und deswegen bitte ich um Annahme unseres Antrags. *(Beifall bei den Grünen – 16.12 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke. Als nächster am Wort ist der Abgeordnete Mag. Stefan Hofer.

LTabg. Mag.(FH) Hofer – SPÖ (16.12 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung, insbesondere Herr Landeshauptmann und Frau Landeshauptmannstellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es kommt ja nicht bei jeder Landtagsdebatte vor, dass internationale Politik im Hohen Landtag Steiermark diskutiert wird, debattiert wird. Ich finde das sehr positiv, möchte mich auch in der Debatte zu Wort melden. Heuer, das haben wir vorhin schon gehört, wird das 80-jährige Bestehen der Zweiten Republik in Österreich groß gefeiert. Das ist gut so. Unser Staat, die Republik Österreich, ist trotz vielfacher derzeitiger Herausforderungen eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Und eine tragende Säule für diese positive Entwicklung ist ohne jeden Zweifel die immerwährende Neutralität. Als grundlegendes Element in der österreichischen Außensicherheits- und Verteidigungspolitik ermöglicht sie unserem Land eine Vermittlerrolle in globalen Konflikten im Sinne von Frieden und Freiheit. Und gerne erinnere auch ich mich an die aktive Ausübung dieser Möglichkeit durch Bruno Kreisky zurück. Bruno Kreisky war ein ganz großer Österreicher und ein ganz großer Sozialdemokrat. Dass aber gerade die KPÖ heute Kreisky positiv erwähnt hat, überrascht mich schon, insbesondere angesichts der klaren antikommunistischen Haltung Kreiskys. So könnte man fast verleitet sein, geschätzte Frau Klubobfrau dir auszurichten, lernen wenig Geschichte. *(Beifall bei der SPÖ)* Auch heute, angesichts globaler Krisen- und Konfliktherde, könnte Österreich ja wieder stärker tätig werden. Unsere Neutralität gibt uns die Möglichkeit dazu. Es würde auch das internationale Ansehen unseres Landes stärken, so wie auch unser Landeshauptmann Mario Kunasek ausgeführt hat. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bekenne mich daher klipp und klar zur Beibehaltung der Neutralität und gleichzeitig zu einer aktiven Rolle Österreichs in UNO und OSZE. Das hat aber nichts mit dem Beitritt zu einem Militärbündnis, insbesondere zur NATO, zu tun. Aber, damit wir uns hier auch nicht falsch verstehen, die Beibehaltung der Neutralität setzt dementsprechende Investitionen in unsere Sicherheit und unser Heer voraus. Es geht hier nicht um entweder Frieden und Neutralität oder Stärkung des Militärs, sondern um sowohl als auch. *(Beifall bei der SPÖ)* Insbesondere der Tatsache, wie Klubobfrau Krautwaschl gemeint hat, dass in der Ukraine, also mitten in Europa nach wie vor Krieg herrscht. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, statt unser Heer

kaputt zu sparen, müssen wir uns viel mehr klipp und klar gegen diesen russischen Angriffskrieg aussprechen. Daher bin ich auch für ein gemeinsames Vorgehen in puncto Sicherung des österreichischen Luftraums. Denn wer Ja sagt zur Neutralität, muss auch Ja sagen zur umfassenden Landesverteidigung. Und ich darf abschließend noch eine punktuelle Abstimmung zum Entschließungsantrag der KPÖ EZ 428/2 beantragen. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ – 16.17 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Herr Abgeordneter. Als nächster zu Wort ist der Abgeordnete Alexander Melinz.

LTAbg. Melinz, Bakk. phil. - KPÖ (16.17 Uhr): Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Es ist ja in der Rede der Frau Klubobfrau schon angesprochen worden, dass die österreichische Neutralität auch zunehmend Angriffen ausgesetzt ist, also, sage ich einmal, ideologischen Angriffen, dass sie im Sinne mancher Politikerinnen und Politiker auch geschliffen werden soll. Und das zeigt sich dann auch an konkreten Projekten, z. B. an der European Sky Shield Initiative, also kurz Sky Shield, was ja auf den Weg gebracht worden ist in Österreich. Wenn man sich dieses Projekt anschaut, ist ja neben der Bedeutung für die Neutralität auch etwas anderes spannend, nämlich, dass, wenn es um die Aufrüstung geht, Geld offenbar keine Rolle spielt. Ganze sechs Milliarden Euro würde Sky Shield kosten, genauer gesagt der Ankauf der dafür nötigen Raketen, finanzielle Mittel, die wir dringend brauchen würden, wenn es um das Gesundheitssystem geht, um Bildung oder Soziales. Und es ist schon eine Misere, dass die aktuelle Bundesregierung das Geld offenbar lieber den Rüstungskonzernen zufließen lässt, als es im Sinne der Bevölkerung einzusetzen. *(Beifall bei der KPÖ)* Während immer mit dem fehlenden Geld argumentiert wird, wenn es um Notwendigkeiten z. B. im Gesundheitssystem geht, zusätzliche Plätze in der Kinderbildung und Betreuung, um Sozialleistungen, um öffentlichen Verkehr, sozialen Wohnbau etc., sitzt das Geld dann aber überraschend locker, wenn es um Militarisierung geht. Da freuen sich dann vielleicht die Chefetagen und Aktionärinnen der Rüstungskonzerne, den Menschen wäre aber weit mehr geholfen, wenn diese Milliarden in die eben genannten Bereiche fließen würden. Ich darf Ihnen ein Beispiel geben, ganze sechs Milliarden Euro, wie gesagt, kostet Sky Shield, mit dem könnte man, Daumen mal Pi, 25 Krankenhäuser errichten.

Krankenhäuser, die dann beispielsweise auch der steirischen Bevölkerung zugutekommen würden. Wir stellen als KPÖ im Übrigen nicht in Abrede, dass ein neutrales Land auch in der Lage sein muss, sich zu verteidigen und dass für diesen Zweck auch Geld in die Hand genommen werden muss. Aber das sind nicht diese vielen Milliarden, die man jetzt verwendet, um das österreichische Bundesheer à la longue andockfähig zu machen an eine eventuelle EU-Armee oder sogar an eine NATO-Mitgliedschaft, wie manche Politiker_innen fantasieren. So machen wir Österreich nämlich nicht sicherer, liebe Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall bei der KPÖ)* Wir stehen als KPÖ auf dem Standpunkt, dass Sky Shield, dass eine Teilnahme daran mit der Neutralität nicht vereinbar ist. Die Teilnahme an Sky Shield wäre ein weiteres Signal für eine Militarisierung in Europa. Und wie bereits erwähnt, statt immer mehr Ressourcen in die Waffensysteme zu stecken, sollte Österreich seine Rolle als neutraler Vermittler wahrnehmen, sie für Entspannung, Dialog und Abrüstungsabkommen einsetzen. Eine echte Sicherheitsstrategie muss nämlich den Frieden im Fokus haben und nicht die Aufrüstung. Vielleicht noch kurz zu dem Vorwurf, die KPÖ möchte das Bundesheer abschaffen. Das ist, wie gesagt, war da auch eine relative Verkürzung damals in der Zeitung. Natürlich wünschen wir uns à la longue eine Welt, in der kämpfende Heere nicht mehr notwendig sind. Und ich hoffe doch, dass es uns allen in diesem Raum so geht. Alles andere wäre doch etwas befremdlich. Und diesen Wunsch auch zu artikulieren, daran sehe ich nichts Falsches. Dass wir aktuell noch nicht so weit sind, müssen wir leider eh alle immer wieder zur Kenntnis nehmen. Ich habe jetzt den Entschließungsantrag liegen gelassen, den komme ich vielleicht noch mal kurz heraus, um den dann einzubringen. Ich darf aber noch vielleicht auf ein paar der Wortmeldungen eingehen, die jetzt gefallen sind. Vielleicht kurz zu den Grünen. Ihr oder euer Antrag baut offensichtlich, wenn ich die Frau Klubobfrau richtig verstanden habe, auf eurer Interpretation des Wortes Position, Positionen auf. Und das, finde ich, ist schon eine relativ dünne Suppe gemessen an den Anwürfen, die von Ihrer Seite auch uns entgegengebracht worden sind. Sie verwechseln offenbar Neutralität mit Gleichgültigkeit. Das sei Ihnen unbenommen, weil wir ja offensichtlich auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass Ihnen die Neutralität nicht mehr im gleichen Sinne etwas wert ist wie uns. Aber um auf die irische Klausel zurückzukommen, diese besagt, dass der besondere Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik gewisser Mitgliedstaaten unberührt bleibt. Was bedeutet das? Das bedeutet, dass das natürlich auch eine dynamische Sache ist und für Österreich nur dann im Sinne der Neutralität funktioniert, wenn Österreich sich auch wie ein neutraler Staat verhält. Und das ist der relevante Punkt, den wir mit unserem Antrag

herausstreichen wollten. Wenn Österreich selbst neutrale Kernpositionen aufgeben würde, z. B. durch eine Teilnahme an Sky Shield, dann verändert sich der Charakter der österreichischen Verteidigungspolitik und in der Folge auch der Schutzbereich der irischen Klausel. *(KO LTAbg. Schwarz: „Blödsinn.“)* Und wenn wir gerade bei der SPÖ sind, vielleicht kurz zu Kreisky. Natürlich stimmen wir Kreisky nicht in allem zu, aber in Fragen der Neutralitätspolitik ist er richtig gelegen. Und das kann man betonen, auch ohne die antikommunistischen Haltungen Kreiskys zu teilen. *(Beifall bei der KPÖ)* Und wenn Ihnen das zu viel Differenzierung ist, dann tut uns das Leid und werden wir uns in Zukunft bemühen, einfachere Beispiele zu wählen. Aber jetzt zum Entschließungsantrag.

Ich möchte folgenden Entschließungsantrag einbringen.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

- I. Der Landtag Steiermark spricht sich gegen die Beteiligung Österreichs an der European Sky Shield Initiative (ESSI) aus.
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Anliegen heranzutreten, umgehend und endgültig sämtliche Absichtserklärungen zur Beteiligung Österreichs an der European Sky Shield Initiative (ESSI) für nichtig zu erklären.

Ich bitte um Zustimmung. Vielen Dank. *(Beifall bei der KPÖ – 16.23 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Am Wort ist der LTAbg. Werner Amon.

LTAbg. Amon, MBA - ÖVP (16.23 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im heurigen Jahr wird hier eine Reihe von Jubiläen gefeiert. Am Wochenende hat die Republik groß gefeiert. Es wird der Staatsvertrag gefeiert, die Mitgliedschaft bei der UNO, der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union und letztlich auch das Neutralitätsgesetz. Und ich möchte mich anschließen beim Abgeordneten Hofer bedanken. Ich finde es gut, dass wir hier im Landtag auch über ein so wichtiges Thema debattieren und möchte betonen, dass ich ausdrücklich die Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage durch den Herrn Landeshauptmann vollinhaltlich unterstützen möchte. Denn da waren sehr wesentliche Punkte für mich drinnen. Ich möchte aber, weil die Historie einigermaßen bemüht wurde, bereits in dieser Debatte auch ein wenig auf die Historie eingehen. Denn man lernt natürlich, wenn man lange in der Politik ist, dass sich Meinungen manchmal ändern, dass im Fluss der Zeit das

aber auch notwendig ist, dass sich Meinungen manchmal ändern. Und weil heute schon Kreisky bemüht worden ist mehrfach, der ja als Staatssekretär Teil des Verhandlungsteams um die österreichische Freiheit und die Wiedererlangung dabei war und der berühmt war eigentlich für seine antikommunistische Haltung und das war auch der Grund, warum Kreisky sehr kritisch gegenüber der Neutralität ursprünglich eingestellt war, weil sie möglicherweise von sowjetischer Seite ja hier gekommen ist und die Idee war natürlich, in die Mitte Europas einen neutralen Keil zu schieben. Und deshalb war es Kreisky damals besonders wichtig, wenn man sich schon in Richtung der Neutralität bewegt, dann muss es eine Neutralität westlichen Zuschnitt sein und dann ist eines ganz entscheidend, nämlich, dass Österreich seine Neutralität selbst bestimmt. Und das ist ja heute noch im Text des Neutralitätsgesetzes verankert im Artikel 1. Erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Und diese freien Stücke bedeuten aber auch ohne äußeren Einfluss. Auch wenn im sogenannten Moskauer Memorandum das ein Thema war, aber in dem ist ja einiges drinnen gestanden, wo wir heute gescheitert sind, nämlich wo auch drinnen steht, dass Österreich das erste Opfer Hitler-Deutschlands war. Das würde heute wahrscheinlich auch etwas differenzierter betrachtet werden, als das im Jahr 1945 der Fall war. Also Österreich hat das aus freien Stücken erklärt und wie der Herr Landeshauptmann schon zitiert hat, heißt es auch dann weiter, Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen. Und dass sich natürlich diese Neutralität und auch die Neutralitätspolitik im Laufe der Jahrzehnte verändert hat, ist, denke ich, gut nachvollziehbar. Denn in der Zeit des Kalten Krieges hatte die Neutralität natürlich eine andere Aufgabe, eine andere Position. Da war Kreisky übrigens einer der Vorreiter, wenn ich etwa den Bau der UNO-City denke, da waren wir dagegen. Oder wenn man etwa denkt an die VDU, der Vorläuferpartei der FPÖ, die im Nationalrat beim Neutralitätsgesetz noch dagegen gestimmt hat. Also die Positionierungen, die ändern sich manchmal, weil im Fluss der Zeit eben die Dinge sich verändern. Heute sind wir Mitglied der Europäischen Union. Da gibt es eine Art Beistandsverpflichtung, die, auch das hat der Landeshauptmann ausgeführt, die im politischen Rat beschlossen werden muss. Und natürlich haben die Neutralen sich hier eine Opt-in-Opt-out-Variante herausverhandelt. Entscheidend ist aber, dass wir uns natürlich sehr wohl erwarten würden, umgekehrt, würde Österreich angegriffen werden, dass uns andere EU-Mitgliedstaaten sehr wohl zu Hilfe eilen. Insofern ist das natürlich eine Sache, wo wir auch im Rahmen des EU-Beitritts gesagt haben, Österreich bleibt militärisch neutral, ganz wichtig, aber innerhalb der Europäischen Union solidarisch. Und das ist ja auch, und ich möchte

sagen, Sandra Krautwaschl hat das sehr beeindruckend gesagt, dass wir mit allen Mitteln auch versuchen, der Ukraine zu helfen, die sich einem Aggressor gegenüberfindet. Und geschätzte Frau Klubobfrau liebe Claudia Klimt-Weidthaler, ich glaube, man darf Ursache und Wirkung nicht verwechseln. Warum haben wir denn eine solche Debatte? Warum gibt es überhaupt eine solche Diskussion über die Frage der Veränderung der Weiterentwicklung der NATO? Warum gibt es eine Diskussion darüber, dass die Europäische Union sagt, wir brauchen 800 Milliarden? Warum sagt Österreich, wir tun nicht wie in den letzten Jahren, um nicht zu sagen Jahrzehnten, bei 0,2, 0,25, 0,33 % des BIP herumkriechen mit unserer Landesverteidigung? Weil es einen Aggressor gab, dem eigentlich völlig egal ist, Völkerrecht, Staatsgrenzen, was auch immer, der mit militärischen Mitteln ein anderes Land einfach überfallen hat. (*Beifall bei der ÖVP, FPÖ, SPÖ und den Grünen*) Und der Spruch ist 1.500 Jahre alt, aber *si vis pacem para bellum* heißt es, wenn du den Frieden willst, rüste dich für den Krieg. Das klingt so ein bisschen martialisch, was der Zeitspanne geschuldet sein mag, aber es ist halt so, wenn ein Land nicht im Stande ist, sich zu verteidigen, ist es halt sehr schnell auch Spielball von anderen Mächten. Und ein Staat, der nicht im Stande ist, die Ordnung im eigenen Haus aufrechtzuerhalten, dafür gibt es eine Polizei, dafür gibt es Ordnungsdienste, dafür gibt es Sicherheitsdienste, damit die Ordnung im eigenen Land, ein Staat, der sich nicht ernst nimmt, das ist halt dann auch ein Problem. Und ich möchte das gerne auch sagen, deshalb ist es aber auch wichtig, dass wir neben der Landesverteidigung, die umfassend zu betrachten ist, wie das seinerzeit schon 1975 im Landesverteidigungsplan der von damals allen im Parlament vertretenen Parteien, Sozialdemokratie, Freiheitlicher Partei und Volkspartei beschlossen worden ist, im Sinne der umfassenden Landesverteidigung, die immer noch gilt, geistige Landesverteidigung, wirtschaftliche Landesverteidigung und natürlich militärische Landesverteidigung, das muss man ernst nehmen. Und deshalb ist natürlich auch eine Außenpolitik, die dieser Neutralitätspolitik gerecht wird, so wichtig. Ich teile die Meinung, dass man da noch mehr machen kann. Wien und Österreich als Sitzstaat für internationale Organisationen und Einrichtungen ist auch Teil eines österreichischen Sicherheitskonzepts. Und die Steiermark, und deshalb finde ich es klasse, dass wir hier auch diese Debatte führen, wir haben zwei internationale Einrichtungen im Land, nämlich auf der einen Seite das Fremdsprachenzentrum des Europarates und wir haben das UNESCO-Trainingszentrum im Land. Und ich bin dafür, dass wir beide Einrichtungen stark unterstützen. Im Übrigen ist das UNESCO-Trainingszentrum für Demokratie und Menschenrechte das einzige, neben Buenos Aires, das außerhalb des Uno-Sitz-Staates in New York überhaupt in der Welt angesiedelt ist.

Also eine tolle Geschichte eigentlich, wo wir als Graz mit der Landeshauptstadt unseres Bundeslandes sehr, sehr stolz eigentlich sein können. Ich habe bei einer meiner letzten Reden hier einen Buchtipp abgegeben und zwar habe ich empfohlen, Christopher Clark, die Schlafwandler, ich weiß nicht, der eine oder andere wird sich vielleicht erinnern. Der Zufall wollte es, dass jetzt Professor Christopher Clark der Hauptredner war bei der Republikfeier in der Hofburg und dort sich vor allem dem Thema der Neutralität gewidmet hat. Und eben bestätigt hat, jetzt auch aus einer eigentlich britischen Sicht, dass diese Neutralität immer nur militärisch, keinesfalls aber auch politische Neutralität bedeuten kann und das natürlich immer wieder schwierige Fragen aufwirft. Und ich möchte gerne seinen Schlusssatz zitieren, weil ich finde, dass er gerade in der augenblicklichen weltpolitischen Lage etwas sehr, sehr Wichtiges zum Ausdruck bringt. Ich zitiere: „Die klügsten Antworten auf die dornigen Fragen, die die Geschichte uns stellt, sind niemals absolut, sondern immer partiell und situationsbedingt gewesen. Aber jedes Prinzip hat seine Grenzen. Gerade heute mehren sich die Indizien, dass uns eine Entscheidung zwischen der pluralistischen rechtsstaatlichen Demokratie und einer Reihe von autoritären Alternativen bevorsteht. Von der illiberalen Demokratie bis hin zu offenen Gewaltwillkürherrschaften. In dieser existenziellen Frage sind wir, so hoffe ich, in diesem Saal alles andere als neutral.“ Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen. *(Beifall bei der ÖVP, SPÖ und den Grünen – 16.32 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Herr Abgeordneter. Als nächstes am Wort ist der Herr Klubobmann Marco Triller.

KO LTAbg. Triller, BA MSc - FPÖ (16.32 Uhr): Danke schön, Herr Präsident! Herr Landeshauptmann, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten Kollegen, meine sehr geehrten Zuseher!

Ich bin ebenfalls sehr dankbar, dass diese Neutralitätsdebatte heute hier im Hohen Haus geführt wird. Ich glaube, man kann nie oft genug darüber sprechen, über Neutralität, weil es einerseits die Wichtigkeit dieses Themas hervorhebt, aber andererseits auch die Wichtigkeit des österreichischen Bundesheeres. Und ich bin vor allem auch meinen Vorrednern, der Mehrheit der Vorredner, sehr, sehr dankbar für die Wortmeldungen. Und ich glaube, es hat sich schon eines dargestellt, dass die Mehrheit in diesem Haus eben für eine immerwährende Neutralität dasteht. Ich bin natürlich auch bei Werner Amon, der es richtig angesprochen hat. Politik ist dynamisch, Konflikte sind leider auch dynamisch und wir stehen gerade in Europa

vor extremen sicherheitspolitischen und verteidigungspolitischen Herausforderungen, die es natürlich zu bewältigen gibt. Die können wir nicht alleine bewältigen als Österreich, aber wir müssen als Österreich, als neutrales Land, zu dem wir uns vor 70 Jahren auch frei bekannt haben, dementsprechend vorbereitet sein. Und die Vorbereitung auf eine Neutralität, und da kann ich der KPÖ nicht beipflichten, wenn man neutral sein möchte, dann braucht man auch ein dementsprechend gut ausgestattetes, personell gut ausgestattetes und vor allem ausrüstungstechnisch ausgestattetes österreichisches Bundesheer. Als neutraler Staat ist es nicht nur unsere Verpflichtung, sondern auch unsere gemeinsame Verantwortung dafür zu sorgen. Und es haben alle Parlamentsparteien, ich glaube im Jahr 2022 war es, wenn ich mich nicht täusche jetzt, Landesverteidigungsfinanzierungsgesetz, einstimmig im Parlament beschlossen, dass wir gemeinsam uns dazu bekannt haben, das österreichische Bundesheer auf die nächsten Jahre, Jahrzehnte hinweg zu stärken und auch zu fördern. Und ja, wir waren da aus Österreich immer ein bisschen hinten nach, wenn man diesen europäischen Vergleich anstellt. Da waren wir so bei 0,6 % des Bruttoinlandsproduktes. Das ist nicht einmal annähernd so weit, wie es bei den NATO-Staaten beispielsweise überhaupt vorgesehen ist. Und das als neutraler Staat, der eigentlich verpflichtet ist, sich im Bedrohungsfall selbst zu verteidigen. Und da sind 0,6 % zu wenig. Jetzt mit dem Landesverteidigungsfinanzierungsgesetz will man eben auf die 1,5 % hinaus. Und man hat auch etwas getan. Da bin ich vielen sehr dankbar. Auch an Hans-Peter Doskozil, der der erste Verteidigungsminister war, der da einmal einen Richtungswechsel gestartet hat. Dann in weiterer Folge unter Verteidigungsminister Mario Kunasek und dann auch unter Verteidigungsministerin Tanner. Und ich glaube, wir sind da im Großen und Ganzen auf einem guten Weg, dass wir ein stabiles, auch einsatzkräftiges und vor allem braucht man auch ein wehrhaftes österreichisches Bundesheer. Ohne dem wird es nicht funktionieren. Wo wir natürlich noch daran arbeiten müssen, ist am Personal. Wir tun uns da genauso schwer wie überall anders. Alle anderen Berufsgruppen haben genauso die Probleme. Aber auch hier muss man schauen, dass man personell wieder auf einen guten Stand kommt, den Soldatenberuf attraktiviert. Eines möchte ich trotzdem auch ansprechen und mich bei allen Soldatinnen und Soldaten bedanken, die eben genau für den Schutz der Bevölkerung, für diese immerwährende Neutralität eintreten im In-, aber auch im Ausland. Und es ist keine Neutralitätsverletzung, wenn man an friedenserhaltenden Einsätzen teilnimmt, wenn man an friedensschaffenden Einsätzen teilnimmt. Ich glaube, das ist auch unsere weltpolitische Verantwortung als Republik Österreich, auch als neutraler Staat, hier mitzuwirken, Frieden zu

sichern auf internationaler Ebene, gerade auch im Raum Balkan. Ganz, ganz wichtig und da hat Österreich in den vergangenen Jahrzehnten wirklich Großartiges geleistet und ein herzliches Dankeschön an alle Soldatinnen und Soldaten. *(Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ)* Und weil ja einige Entschließungsanträge beschlossen oder nicht beschlossen zumindest eingebracht wurden und vielleicht auch noch werden, darf auch ich einen Entschließungsantrag einbringen, der anlehnt an die Worte unseres Herrn Landeshauptmannes. Und zwar, wie es auch im Regierungsprogramm, im Arbeitsprogramm der Freiheitlichen Partei und der Volkspartei steht, ja, wir bekennen uns zur immerwährenden Neutralität.

Und ich darf daher folgenden Antrag stehen.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bekennt sich zur immerwährenden Neutralität Österreichs als wesentlichen Bestandteil der österreichischen Außen- und Sicherheitspolitik sowie zur Stärkung der heimischen Landesverteidigung als wesentliche Grundvoraussetzung dafür.

Ich möchte mich auch bei allen politischen Verantwortungsträgern auch hier in diesem Raum, die immer auch für ein starkes österreichisches Bundesheer gekämpft haben, bedanken, über die Parteigrenzen hinweg. Ich würde nur ersuchen, gehen wir es gemeinsam weiterhin an, kämpfen wir auch weiter für unsere immerwährende Neutralität und für ein gemeinsames, starkes österreichisches Bundesheer. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 16.38 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Herr Klubobmann. Am Wort ist der Klubobmann Nikolaus Swatek.

KO LTAvg. Swatek, BSc – NEOS (16.38 Uhr): Vielen Dank, Herr Landtagspräsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der steirischen Landesregierung, liebe Steirerinnen und Steirer!

Ja, auch ich bin, wie Sie alle hier im Raum, auf unsere Verfassung vereidigt und darum wird auch von mir heute ein klares Bekenntnis in Form einer Zustimmung zu unserer Neutralität kommen. Man darf aber nicht wie die KPÖ dem Irrglauben verfallen, dass Neutralität Haltungslosigkeit bedeutet. Und wenn die KPÖ schon sehr gerne hier in der Vergangenheit schwelgt, dann muss man schon festhalten, dass das neutrale Österreich immer wieder seine Stimme erhoben hat, wenn es darum ging, internationale Barbarei zu verurteilen. Etwa beim

Einmarsch der Sowjets in Ungarn oder im Fall Afghanistans. Auch beim brutalen und unprovokierten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wurde die Unverletzlichkeit der territorialen Integrität und Souveränität eines friedlichen Staates mit Füßen getreten. Übrigens, an der Stelle angemerkt, die Ukraine war sogar neutral. Wenn man sich daran erinnert, die Ukraine hatte sogar Atomwaffen und durch die Budapester-Verträge wurden Atomwaffen gegen territoriale Integrität abgetauscht. Und damals gaben USA, Großbritannien und Russland der Ukraine sogar die Zustimmung, Sicherheitsgarantien, dass sie sich auch um deren Schutz kümmern würden. Eines dieser Länder, die diese Sicherheitsgarantie abgab, steht jetzt mit Waffen in diesem Land drinnen und schießt auf unschuldige Bürgerinnen und Bürger. Und da braucht es auf jeden Fall immer Haltung. Haltung der Republik Österreich, aber auch Haltung einer jeden politischen Partei, die territoriale Integrität, aber auch Menschenrechte ein wichtiges Anliegen sind. Österreich ist auch immer wieder Opfer von einem hybriden Angriffskrieg, auch durch Russland. Das muss man an der Stelle auch mal anmerken. Wir sehen Cyberattacken, wir sehen Trollfabriken, wir sehen Desinfektionskampagnen. Und genau deshalb braucht es auch ein starkes gemeinsames Europa, um uns zu schützen, denn alleine werden wir dieser Bedrohung nicht Herr werden. Ich verstehe, dass die KPÖ sich mit dem Thema besonders schwertut. Schließlich waren es ja auch KPÖ-Abgeordnete und insbesondere auch ein Leobner-Gemeinderat und aktiver Grazer-Gemeinderat, die 2019 ja auch in das besetzte Gebiet von Russland reisten, dort mit Putin zu Vasallen marschierten. Vorhin hatte die KPÖ vor dem Landtag auch einen Stand und hat für Neutralität und Frieden geworben. Auch dort war wieder eine Person dabei, die ins besetzte Land durch Russland reiste und dort dabei war, mit dem Vasallen zu marschieren und auch dabei war, als Rosen auf das Grab eines Kriegsverbrechers gelegt wurden. Das ist nicht Neutralität. Und ich finde, da sollte man sich auch nicht hinter einer Neutralitätsdebatte verstecken. Hier wird eindeutig Haltung gezeigt. Meiner Meinung nach nur für die falsche Seite, nämlich für die Seite eines Aggressors und das ist zu verurteilen. Wir müssen diesen Angriffskrieg auch verurteilen- Übrigens bedeutet Neutralität auch keine Wehrlosigkeit und ja, ganz ehrlich, ich würde mir auch wünschen, dass wir keinen einzigen Euro für Waffen ausgeben müssen aber da draußen gibt es halt leider Spinner. Und das Schlimmste ist, diese Spinner haben Waffen und sie zögern auch nicht, sie einzusetzen. Siehe wieder Wladimir Putin und den feigen Angriffskrieg. Und das Prinzip Hoffnung, darauf zu hoffen, dass schon nichts passiert, das ist keine verantwortungsvolle Politik. Und darauf baut auch nicht unsere Verfassung auf. Ganz im Gegenteil. Wir haben es heute schon mehrmals gehört. Werner

Amon, aber auch unser Landeshauptmann haben es erwähnt. Unsere Verfassung und das Neutralitätsgesetz sieht vor, dass Österreich unsere Neutralität mit allen uns gebotenen stehenden Mitteln aufrechterhält und verteidigt. Und wir haben in Österreich daher eine wehrhafte Neutralität und die ist halt leider Gottes nicht kostenlos. Und darum kommt von mir heute auch ein klares Bekenntnis zu unserem Heer. Wenn man die wehrhafte Neutralität ernst nimmt, dann gibt es eigentlich nur zwei Möglichkeiten. Entweder man geht aus Österreich her und macht alles alleine, schützt sich alleine auch vor Raketenangriffen, baut sein eigenes Sky Shield auf, gibt Millionen von Euro alleine aus, vermutlich mit vielen Mehrkosten. Oder man kooperiert auch auf europäischer Seite mit Partnern, mit denen man ohnehin in einer Auslandsicherheitsunion ist, um seine Verteidigung sicherzustellen, wo die Kosten für Österreich, aber vermutlich auch für die einzelnen Staaten an sich, geringer sind. Also eigentlich etwas, was die KPÖ ja begrüßen müsste. Die KPÖ geht aber heute heraus und interpretiert das Neutralitätsgesetz eigentlich so, wie es ihnen passt. Nämlich es gibt die Neutralität und die Wehrhaftigkeit und dass Österreich auch wehrhaft sein muss und Neutralität auch verteidigen sollte, wird zu Gänze ignoriert. Und das finde ich ehrlich gesagt nicht anständig. Wenn man sich auf das Neutralitätsgesetz bezieht, dann sollte man bitte auch jeden Satz dieses Neutralitätsgesetzes mitdenken und sich nicht nur die Rosinen rauspicken, wie es einem gerade passt. Die Dringliche Anfrage vermischt außerdem auch europäische Solidarität und den NATO-Beitritt. Der NATO-Beitritt hat mit europäischer Solidarität genau gar nichts zu tun. Niemand in der Bundesregierung will der NATO beitreten und ich kenne auch keine Partei, die der NATO beitreten möchte. Ganz ehrlich, die NATO unter Donald Trump ist für Österreich und Europa auch gar kein verlässlicher Partner. Das ist eine Idee, die hier konstruiert wird, nur um der eigenen Dringlichen Anfrage irgendwie mehr Relevanz zu geben, weil halt wirklich gar nichts drinnen steckt. Festhalten muss man aber schon, Krieg und Frieden sind Fragen von existenzieller Bedeutung. Sie verdienen Verantwortung und Ernsthaftigkeit, keine parteipolitischen Spielchen. Wer versucht, aus der Angst der Menschen politisches Kapital zu schlagen, überschreitet eine rote Linie. Gerade bei so einem sensiblen Thema braucht es Haltung, Besonnenheit und ein gemeinsames Bekenntnis zur Stabilität und Sicherheit in unserem Land. Diese Dringliche Anfrage, die trägt dazu nichts bei. Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich zum Multilateralismus als Lebensversicherung in einer immer unsichereren Welt und als unverzichtbare Antwort auf die zunehmende Fragmentierung der internationalen Ordnung. Das Land Steiermark tritt für eine Welt ein, in der die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren gilt.
2. Der Landtag bringt seine Überzeugung zum Ausdruck, dass Verhandlungen über eine Beendigung des russischen Angriffskriegs nur mit Einbindung der Ukraine und der Europäischen Union passieren können und nichts über die Ukraine ohne Einbindung der Ukraine entschieden werden darf.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung zur Stärkung der Sicherheit Österreichs für folgende Punkte einzusetzen:
 - die Überarbeitung der österreichischen Sicherheitsstrategie,
 - sich im Sinne der obengenannten Resolutionen des Sicherheitsrates und der Generalversammlung der Vereinten Nationen, unter Hinweis auf den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine, für einen gerechten, dauerhaften und umfassenden Frieden zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation auf Basis des Völkerrechts hinzuwirken.

Vielen Dank. (*Beifall bei den NEOS – 16.45 Uhr*)

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, nochmals am Wort ist die Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

KO LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (16.45 Uhr): Danke, Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Herr Landeshauptmann, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende!

Es ist wirklich erfreulich, dass hier eine Debatte stattfindet und ich bis jetzt von allen, die hier geredet haben, vernommen habe, dass sie sich wirklich zur Neutralität Österreichs bekennen wollen. Es ist auch sehr erfreulich, Herr Landeshauptmann, dass du unsere Fragen alle mit Ja, manchmal mehr ausgeführt, manchmal weniger ausgeführt, beantwortet hast und es ist beruhigend. Ich möchte jetzt noch auf ein paar Dinge eingehen und auch noch einen Entschließungsantrag für die KPÖ einbringen, das mache ich gleich.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag Steiermark bekennt sich zur immerwährenden Neutralität Österreichs.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Anliegen heranzutreten, das Neutralitätsverfassungsgesetz dahingehend zu ergänzen, dass die Abschaffung der Neutralität Österreichs sowie jede politische Weichenstellung, die zu einer Schwächung dieser Neutralität führt, verpflichtend einer Volksabstimmung zu unterziehen ist.

Und da bitte ich um Annahme. Liebe Sandra, ich glaube der Kollege Melinz ist nochmal genau darauf eingegangen, was die irische Klausel bedeutet und ich kann auch noch empfehlen, einen Artikel aus der Kleinen Zeitung, wo der General oder der Ex-Armeechef Günter Höfler mit Sicherheit kein Kommunist, über die irische Klausel genau das Gleiche sagt, d.h., man kann schon auch ganz bewusst etwas missverstehen. Worauf ich auch noch eingehen möchte, ist auf die Aussage, die der Kollege Hofer getätigt hat. Und ja, Kreisky war ein Antikommunist. Aber vielleicht unterscheidet uns von der KPÖ hier in diesem Haus ja auch das von der SPÖ, dass wir durchaus Dinge, die wir für politisch sinnvoll erachten, wertschätzen können, selbst wenn es ein Antikommunist gesagt hat. Und lieber Kollege Schwarz, wenn du etwas unerträglich findest, dann kannst du ja gern rausgehen und musst es dir nicht anhören. Aber ich halte diese Zwischenmeldungen eigentlich auch nicht für besonders sinnvoll. Worauf ich auch noch eingehen möchte, ist, dass der Kollege Klubobmann Niko Swatek gemeint hat, die KPÖ interpretiere hier das Neutralitätsgesetz, wie es ihr passt. Also da hast du offensichtlich nicht gut zugehört und ich kann dir zu deiner Beruhigung gleich mitteilen, dass wir eurem Entschließungsantrag durchaus zustimmen werden, ebenso wie dem Entschließungsantrag von FPÖ und ÖVP, weil, und ich glaube, das habe sowohl ich als auch der Kollege Melinz hier noch einmal dezidiert auseinandergehalten, es geht uns nicht darum, dass wir etwas gegen das Bundesheer haben oder gegen eine gute Ausstattung des Bundesheers. Worum es uns geht, ist, dass wir mittlerweile hier in Europa eine Kriegslogik wahrnehmen, die seinesgleichen sucht. Und das habe ich auch gemeint mit dem Säbelrasseln und mit dem, dass so getan wird, als würde Diplomatie und Verhandlung überhaupt nicht mehr zur Debatte stehen. Und da frage ich Sie schon alle: Wo kommt denn die EU im Moment der Begründung ihres Friedensnobelpreises nach? Wo ist denn die Diplomatie? Wo ist denn das Verhandlungsgeschick? Wo sind denn all jene, die sich ernsthaft um Frieden bemühen? Ich sehe sie innerhalb der EU nicht. Und was ich auch noch sagen

möchte, ist, dass du, lieber Herr Kollege Werner Amon, eine Einschätzung getroffen hast, warum es jetzt eigentlich auch darum geht, warum jetzt debattiert wird, warum Aufrüstung so im Mittelpunkt steht. Und diese Einschätzung teile ich über weite Teile. Was aber Fakt ist und was man nicht verschweigen darf, ist, auch vor diesem aufs Schärfste verurteilenden Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, hat es innerhalb der EU durchaus Tendenzen gegeben, ein gemeinsames Heer aufzustellen, eine Europa-Armee zu bilden. Das muss man ehrlicherweise dazu sagen. Diese Überlegungen haben bereits davor stattgefunden. Und auch wenn dieser Krieg jetzt nicht passiert wäre, gehe ich davon aus, dass man weiterhin darüber nachdenken würde. (*LTabg. Amon, MBA: „Von Europa geht keine Aggression aus.“*) Bitte? Nein, aber du wirst mir recht geben, dass die Überlegungen, ein EU-Heer zu bilden, bereits lange davor stattgefunden haben und nicht unmittelbar mit dem Angriffskrieg Russlands in der Ukraine zu tun haben. Einen nächsten Punkt würde ich auch noch gerne ansprechen, und zwar Folgendes: Wir haben in unserem Entschließungsantrag u.a. drinnen, dass wir gerne hätten, ich habe es vorgelesen unter Punkt 2, dass, sollte die Neutralität geschwächt werden wollen, aus welchen Gründen auch immer, dies einer Volksabstimmung zu unterziehen ist. Und da wundert es mich schon, wenn die FPÖ, die ja grundsätzlich für mehr Demokratie und Trendtransparenz ist, so wie sie es im Wahlkampf auch immer wieder geschildert hat, dann letztendlich vermutlich gegen so eine Volksabstimmung sein wird oder zumindest unserem Entschließungsantrag dahingehend nicht folgen wird. Das finde ich interessant und spannend. Wir werden, wie gesagt, dem Entschließer von FPÖ und ÖVP zustimmen, ebenso wie jenen den NEOS. Und eines möchte ich auch noch hier festhalten: Es ist ein Unterschied, ob ich hergehe und sage: „Wir verteidigen unsere Neutralität und selbstverständlich brauchen wir dazu ein gut ausgestattetes Bundesheer.“ Und gegen das haben wir überhaupt nichts. Sonst würden wir dem Entschließer, der ja von FPÖ und ÖVP kommt und dezidiert auch die Landesverteidigung in den Mittelpunkt rückt, nicht zustimmen können, wenn wir dagegen wären. Aber noch einmal, es ist ein Unterschied, ob ich das Bundesheer verteidigungsfähig mache, um die Neutralität zu verteidigen, oder ob die EU 800 Mrd. beschließt, um aufzurüsten. Und da geht es nicht nur um Landesverteidigung eines Neutralitätsgesetzes. Da geht es um viel, viel mehr. Und das muss man festhalten. Und ich werde es noch tausendmal sagen. Und ihr könnt mich noch tausendmal dafür prügeln. Es geht nicht darum, dass wir hergehen und sagen, wir haben kein Geld für dieses und jenes. Und wir haben es heute schon bei der Budgetdebatte gehört. Wir werden es bei Budgetlandtag mehrmals hören, dass uns erklärt wird, wir würden gern, aber es ist das Geld nicht vorhanden. Und dann frage ich mich:

Wieso ist es dann für Aufrüstung vorhanden? Woher nehmen wir denn dann dieses Geld? Und wieso hat dieses Geld offensichtlich ein besonderes Mascherl? Es ist immer eine politische Entscheidung, wofür ich Geld ausbe und wofür nicht. Das müssen sich alle gefallen lassen, die diese Entscheidungen treffen. Und ich darf noch etwas dazu sagen, was nämlich im Jahr 2023 passiert ist. Da wurden weltweit 2.400 Milliarden Dollar für Rüstung und Militär ausgegeben. 900 Milliarden fließen in den USA jährlich in die Rüstungsindustrie. Und jetzt wissen wir alle, und das ist auch hier schon von Abgeordneten kritisiert worden, dass natürlich ein System, wie wir es bei der Gesundheit haben, in der Versicherung haben, in den USA nicht etwas ist, was man den Leuten wünscht. Gleich in Russland, auch dort, oder noch schlimmer kann man sagen, wenn man den Lebensstandard der Menschen, die derzeit in Russland leben, vergleicht mit den Milliarden Ausgaben, die in Russland für Rüstung und Krieg ausgegeben werden. Auch das ist zu kritisieren und das meine ich mit Kriegslogik. Und wenn die EU jetzt hergeht und sagt, wir schlagen in dieselbe Kerbe, wir müssen aus dieser Stärke heraus, was auch immer das bedeuten soll, aufrüsten, und es hat dann weniger Geld zur Verfügung, um in Soziales, in Bildung, in Gesundheit, in Pflege zu investieren, ja, dann frage ich mich schon, welche Logik hier dahintersteht. Ich meine, es ist eine Kriegslogik und die will ich nicht haben. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der KPÖ – 16.54 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Als Nächster am Wort ist der Abgeordnete Alexander Melinz.

LTabg. Melinz, Bakk. – KPÖ (16.55 Uhr): Vielen Dank! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich werde mich jetzt relativ kurzfassen. Das meiste hat meine Kollegin eigentlich schon vorweggenommen. Ich möchte aber trotzdem auf ein, zwei Sachen noch eingehen. Ich glaube, es ist weniger das Problem, dass sich die KPÖ hier die Neutralität zurechtbiegt, sondern eher so, dass Sie sich irgendwie oder viele Ihrer Wortmeldungen dazu gedient haben, sich die Positionen der KPÖ so zurechtzubiegen, dass es irgendwie in Ihre vorgefertigte Meinung passt. *(Beifall bei der KPÖ)* Wir haben nie in Frage gestellt, dass ein neutraler Staat sich nicht auch verteidigen muss. Das ist ja auch, ich glaube, in mehreren Wortmeldungen jetzt vorgekommen. Die entscheidende Frage ist aber schon das Wie. Und wir sind der Meinung, Sky Shield ist da nicht der richtige Weg. Und ich glaube, wenn ich mich nicht täusche, auch die FPÖ sieht das so. Zumindest ist das auf Bundesebene so der Fall. Also der Vorwurf ist

nicht, dass man keinen Cent für das Bundesheer aufwenden darf, sondern dass man sich die Frage stellen muss: „Wie stellen wir uns ein Bundesheer vor, das die Verteidigung Österreichs im Sinne des Neutralitätsgesetzes vornehmen kann?“ Im Übrigen ist die Frage des Wie auch insofern relevant, weil es natürlich Parteien gibt, für die der NATO-Beitritt auch immer wieder eine Option ist. Die ÖVP hat, ich glaube es war rund um die Regierung Schüssel I, einige Testballons in diese Richtung gestartet und die NEOS sind natürlich auch eine Pro-NATO-Partei. Ich darf zitieren, Beate Meinl-Reisinger: „Die NEOS seien offen für einen NATO-Beitritt, nur sei Österreichs Heer dafür nicht ausreichend ausgestattet.“ Und genau aus diesem Grund ist es wichtig, dass wir uns die Frage stellen: „Wie soll das Geld verwendet werden, das ins österreichische Bundesheer fließt?“ Im Übrigen glaube ich schon, dass wir im 21. Jahrhundert nicht wieder dort ankommen dürfen, dass wir glauben, Aufrüstung sei der einzige Weg, um auf internationale Konflikte zu antworten. Ich habe vor einiger Zeit mal „Die Waffen nieder!“ von Bertha von Suttner gelesen. Ich weiß nicht, wer es von Ihnen vielleicht auch gelesen hat. Aber die Dynamiken, die sie dort beschreibt, die verursachen schon eine gewisse Angst, weil, sie sind sehr, sehr ähnlich zu vielen Dingen, die wir auch heute noch erleben. Und ich glaube, mehr als 100 Jahre später, gut 150 Jahre später, kann es nicht sein, dass wir uns wieder in derselben Logik verirren und glauben, nur Aufrüstung, nur Säbelrasseln, nur militärische Stärke seien mögliche Antworten auf Konflikte, die sich auftun. Ich glaube, es ist unsere Verantwortung hier, unsere Stimmen stark zu machen dafür, dass eben ein aktiver Einsatz für Frieden, eine aktive Neutralitätspolitik die richtige Antwort ist. Vielen Dank. *(Beifall bei der KPÖ – 16.57 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Am Wort ist der Herr Klubobmann Mag. Lukas Schnitzer.

KO LTAbg. Mag. Schnitzer – ÖVP (16.57 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung!

Ich wollte mich ursprünglich nicht mehr zu Wort melden, aber die Rhetorik oder die Begrifflichkeit, um es jetzt richtig zu zitieren von der Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler, hat mir nicht die Ruhe gegeben, mich nicht mehr zu Wort zu melden. Weil wenn du von dem Begriff sprichst, dass du diese Kriegslogik in Europa nicht verstehst, wenn du nicht verstehst, dass hier ein Aufrüsten stattfindet, dann verstehe ich nicht deinen Zugang. Weil, niemand rüstet hier bewusst auf. *(KO LTAbg. Klimt-Weithaler: „800 Mrd.“)* Letztlich passiert etwas,

letztlich passiert etwas, und das ist jetzt dann der Widerspruch, zu dem ich kommen möchte, zu deinem Zwischenruf. Du sagst einerseits, ja, Österreich soll eine wehrhafte, neutrale, ein neutraler Staat sein mit einem gut ausgestatteten Bundesheer. Also auch eine Investition in die eigene Verteidigungsfähigkeit herstellen. Ich bin froh, dass das so gesehen wird. Warum? Weil jetzt das Ziel ist, mit dem Aufbauplan 2032+ bis zu 1,5 bis 2 % des BIPs auch dem österreichischen Bundesheer zur Verfügung zu stellen, damit es eben die Verteidigungsfähigkeit Österreichs garantieren kann, also eine wehrhafte Neutralität auch sicherstellen kann, also die Verteidigungsfähigkeit. Und selbstverständlich sind diese von den angesprochenen 800 Milliarden auf europäischer Ebene ja letztlich das ganz Gleiche in Grün, nämlich, die europäische Verteidigungsfähigkeit herzustellen. Und das ist keine Kriegslogik. Das ist einzig und allein vernünftig, dass Europa seine Verteidigung endlich in die Hand nimmt. Das ist gescheit und keine Kriegsrhetorik. *(Beifall bei der ÖVP, FPÖ, SPÖ und NEOS)* Und ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen, den du in deiner Begründung zum Besten gegeben hast. Du hast gesagt, du hast irgendwie Angst vor der Bundesregierung, dass sie jetzt diese Neutralität infrage stellt. Also diese Angst hättest du dir selbst nehmen können, wenn du das Regierungsprogramm liest, nämlich, auf der Seite 89 des Regierungsprogramms der Bundesregierung steht auch ganz klar und dezidiert, und das wird dich hoffentlich freuen: „Österreich bekennt sich klar zur Neutralität im Eingang mit der Verfassung und setzt sich“, wird dich weniger freuen, aber ist glaube ich gescheit, „für multilaterales Engagement in der UNO und der OSZE ein und bekennt sich auch zu einer aktiven Außenpolitik in der Zusammenarbeit und Solidarität innerhalb der Europäischen Union und seiner Friedensmissionen.“ Und dazu zählen auch zwölf internationale Missionen, wo auch das österreichische Bundesheer zu Recht Truppensteller ist. Warum? Weil es auch ein Beitrag dazu ist, dass wir einen Beitrag zu einer guten Friedenspolitik europaweit, aber auch weltweit setzen. Und ich glaube, diese Angst vor der Bundesregierung könntest du dir nehmen, wenn du das gelesen hättest. Auf Regierungsebene hier in der Steiermark ist das ja ohnehin schon angesprochen worden. Aber ich glaube wirklich, dass es wichtig ist zu betonen, dass Neutralität, eine militärische Neutralität gemeint ist. Die bedingt natürlich, dass man auch Geld in die Hand nimmt fürs österreichische Bundesheer, weil es auch klar ist, dass es Sicherheit, Landesverteidigung eben nicht zum Nulltarif gibt, sondern nur dann gibt, wenn man dementsprechende Mitteln auch einsetzt, um die Verteidigungsfähigkeit herzustellen. Das gilt national für einen neutralen Staat wie Österreich, aber das gilt selbstverständlich auch für die Europäische Union in Summe, damit sie das bleibt, was sie heute ist, nämlich eine

Friedenseinheit. Und ich glaube, die Europäische Union hat zu Recht den Friedensnobelpreis bekommen. Warum? Weil diese europäische Einigung, weil dieser europäische Einigungsprozess diesen Frieden in den Mitgliedstaaten garantiert hat. Und es verkennt, oder eure Aussagen verkennen ja die geopolitische Tatsache. Niemand will sich aktuell einem Bündnis anschließen, wo ein Präsident in Amerika keine ganz stringente Linie verfolgt, die wahrscheinlich nicht dazu beitragen wird, die Sicherheit in Europa so zu garantieren, wie wir sie gerne hätten. Deshalb ist es klug und richtig, so wie es klug und richtig ist, hier national mehr Geld dem österreichischen Bundesheer zur Verfügung zu stellen, dass wir auch europäische Mittel in die Hand nehmen für unsere europäischen Streitkräfte. Und ich möchte jetzt nicht da in den billigen Versuch kommen, ein Thema zu suchen, wo sich vielleicht zwei Regierungsparteien hier im Land nicht so einig sind, nämlich das vom Kollegen angesprochene Sky-Shield. Aber auch das ist kein Modul zur Aufrüstung. Es ist ein Schutzschirm für den österreichischen Luftraum, letztlich für die österreichischen Bürgerinnen und Bürger. Und es ist gut so, dass auch hier gemeinsame Beschaffungen stattfinden mit einem Ziel, dass wir den Frieden in der Europäischen Union und letztlich auch den Frieden in Österreich garantieren können. Das gibt es nicht zum Nulltarif. Deshalb nimmt man Geld in die Hand als Österreich, als Staat, aber auch als Europäische Union. Und das ist klug und richtig und hat nichts mit Kriegslogik zu tun. *(Beifall bei der ÖVP, FPÖ und SPÖ – 17.03 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke, Herr Klubobmann. Am Wort ist der Abgeordnete Robert Reif.

LTabg. Reif – NEOS (17.03 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ja, die Interpretation gewisser ideologisch getriebener Anschauungen ist schon sehr spannend, wenn man das beobachtet. Vor allem, wenn es darum geht, dass wir heute über eigentlich das größte Friedensprojekt, das es jemals auf dieser Welt gegeben hat, sprechen. Das ist die EU. Und die KPÖ immer wieder versucht hier irgendwelche Ausflüchte schönzureden, die in der Vergangenheit und in der nicht allzu langen Vergangenheit ihrerseits immer wieder da waren, wo es z.B. illegale Reisen in besetzte Gebiete gegeben hat, wo es auf YouTube Tipps von Abgeordneten gegeben hat, wie man in ein Land richtig einmarschiert. Und die Konsequenz davon war nichts, gar nichts. Einer davon sitzt nach wie vor in Leoben im Gemeinderat, der

zweite sitzt noch in Graz im Gemeinderat. Also geschätzte Mitglieder der KPÖ, seid mir echt nicht böse, aber das ist einfach, das ist Augenauswischerei, was ihr da heraußen betreibt. Andererseits sagt ihr dann noch dazu, ja, wir stehen zum Bundesheer, wir sollen investieren in Österreich, wir sollen aus Österreich in das österreichische Bundesheer investieren. Aber die EU darf da nichts tun, weil, die EU ist so böse. Ich bin allerdings stolz, Europäer zu sein. Und ich bin dafür, dass wir Europa noch viel mehr stärken und ich hoffe, dass Europa noch stärker wird. Und ja, wir stehen zu einem europäischen Heer und das europäische Heer ist dazu da, dass wir Europas Grenzen schützen. Nicht, dass wir irgendwen angreifen. Es geht um den Schutz und um die Sicherheit unser aller. Es geht darum, dass wir und unsere Kindeskiner und Kinder in einem sicheren europäischen Land aufwachsen können. Es geht darum, dass 27 unabhängige nationale Armeen vermutlich auch deutlich teurer sind, als wie ein proeuropäisches Heer, das unsere Sicherheit garantiert. Wir waren selber in Griechenland, haben uns das angeschaut in Athen, haben dort mit den Verantwortlichen gesprochen, die alle das befürwortet haben, die gesagt haben: „Bitte machen wir doch gemeinsam diesen Schutz unserer Außengrenzen und tun wir nicht alle irgendwo herum.“ Und ich finde das auch, dass die Sky-Shield-Geschichte wirklich ein Schritt in die richtige Richtung ist, damit Österreich geschützt wird, damit nicht wieder jeder Einzelne herumtut, damit wir nicht wieder 27 unterschiedliche Systeme in Europa haben, sondern dass wir wehrhaft sind, sollte, und wir haben gesehen, wie schnell das geht, eine sicherheitspolitische Lage eintreten, dass auch auf einem nächsten europäischen Land irgendwo der liebe Herr Putin oder sonst wer steht. Weil, was in den Köpfen solcher Aggressoren vorgeht, können wir nicht wissen und will ich mir auch nicht ausmalen. Nur wir müssen geschützt sein in Zukunft und dass wir als Europa stärker sind. Und da hilft es uns nichts, wenn Sie jetzt heraußen sagen: „Na na, ein Bundesheer wollen wir ja eh, aber Europa wollen wir nicht.“ Das ist sinnlos. Wir müssen als Europa gemeinsam auftreten. Und ich glaube, das muss auch der kommunistischen Partei endlich einmal in den Kopf hineingehen, dass es nur gemeinsam geht und nicht jeder allein irgendwo irgendwelche Sachen ausmacht oder sonst irgendwas. Und dass von heute auf morgen Frieden auf der ganzen Welt ist, also das ist ein Wunschgedanke, der nie eintreten wird. Und daher müssen wir noch einmal gemeinsam ein europäisches Heer schaffen. Wir müssen selbstverständlich für die Neutralität einstehen, aber wir müssen auch geschützt sein, sollte irgendjemand glauben, dass er bei uns in Österreich, bei uns in Europa einmarschieren kann. Herzlichen Dank. *(Beifall bei den NEOS – 17.07 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke. Abschließend am Wort darf ich den Herrn Landeshauptmann Mario Kunasek bitten.

Landeshauptmann Kunasek – FPÖ (17.07 Uhr): Herzlichen Dank, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank!

Versprochen, ich werde es nicht mehr lange in die Länge ziehen, aber vielleicht ein paar grundsätzliche Bemerkungen noch. Liebe Claudia Klimt-Weithaler, ich finde und ich hoffe, Sie und ich haben es auch gesehen, es war eine gute Diskussion. Ich glaube, es ist keiner politisch geprügel worden für kontroversielle Meinungen, ganz im Gegenteil. Es liegt in der Natur der Sache, dass man hier in Details andere Zugänge hat, aber insgesamt glaube ich, bekennt sich hier jeder auch zur immerwährenden Neutralität und dass man hier auf der europäischen Ebene dort und da andere Sichtweisen vertreten kann. Sei es drum. Meine sehr geehrten Damen und Herren, deshalb möchte ich auch sozusagen unsere Kompetenz im Landtag wieder sozusagen hier in den Mittelpunkt stellen. Wo können wir vielleicht auch noch zu diesem Thema etwas Positives beitragen? Und da bin ich sehr dankbar dem Werner Amon und auch dem Abgeordneten Hofer, dass sie die umfassende Landesverteidigung wieder angesprochen haben, die ja 1975 auch entsprechend in den Verfassungsrang gekommen ist und leider, sage ich ja auch ganz offen, in der Vergangenheit dort und da nicht mehr ganz so in den Mittelpunkt auch gerückt wurde und ein bisschen stiefmütterlich behandelt wurde. Und da möchte ich neben der militärischen Landesverteidigung, die heute ja schon oftmals angesprochen wurde, auch aus meiner Sicht in drei noch wesentliche Bereiche gehen, wo wir auch konkret hier in der Steiermark, nämlich als Landesregierung, aber natürlich auch als Landtagsabgeordnete und vor allen Dingen auch Meinungsbildner, hier entsprechend auch tätig werden können. Zum einen im Bereich der geistigen Landesverteidigung, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß schon, da gibt es Lehrpläne und Sonstiges, die hier auch entsprechend diese politische Bildung und diese geistige Landesverteidigung sicherstellen sollen. Aber wir, glaube ich, haben hier auch eine besondere Verantwortung als gewählte Volksvertreter, auch als Landesregierung selbstverständlich, immer wieder ins Bewusstsein zu rücken, dass es unsere liberale Demokratie in Österreich auch entsprechend zu verteidigen gilt und hier auch für die nächsten Generationen das auch sicherzustellen ist. Ich möchte die wirtschaftliche Landesverteidigung vielleicht noch kurz ansprechen, weil auch hier, denke ich, haben wir in der Steiermark auch als Landesregierung, aber selbstverständlich auch der Hohe Landtag, Möglichkeiten, unsere

Wirtschaft auch in krisenhaften Situationen krisenfest zu machen und damit auch diesem Anspruch entsprechend gerecht zu werden. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht zuletzt darf ich auch die zivile Landesverteidigung ansprechen. Als Katastrophenschutzreferent, wo ja letztlich auch alles im Bereich des Zivilschutzes auch entsprechend behandelt werden sollte und selbstverständlich auch unsere Behörden krisenfest und resilient auch in entsprechenden Fällen hergestellt werden sollen. Das heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, neben der europäischen Ebene und neben der Bundesebene, die heute hier auch sehr gut und auch fundiert diskutiert wurde, haben wir in der Steiermark auch die Möglichkeiten, unsere Hausaufgabe entsprechend zu machen. Bitte Sie auch und fordere Sie auf, dem Thema entsprechend unsere immerwährende Neutralität auch immer nicht nur im Geiste zu bewahren, sondern weiterzuentwickeln und vor allen Dingen auch, wenn es um die umfassende Landesverteidigung geht, nicht nur, und das sage ich gar nicht so leicht, als ehemaliger Verteidigungsminister und Soldat die militärische Komponente dieser Landesverteidigung zu sehen, sondern eben auch den umfassenden Ansatz, den die ULV bietet. Ich bedanke mich sehr herzlich für die Diskussion und ein steirisches Glückauf. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 17.11 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Danke dir, Herr Landeshauptmann. Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor und ich komme nun zur Abstimmung:

Seitens des Landtagsklubs der SPÖ wurde ein Antrag auf punktuelle Abstimmung zum Entschließungsantrag der KPÖ mit der Einl.Zahl 428/2 betreffend Verteidigung der immerwährenden Neutralität Österreichs gestellt.

Ich ersuche die Damen und Herren, die den Punkt 1 des Entschließungsantrages ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von den Grünen, SPÖ, KPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die den Punkt 2 des Entschließungsantrages ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von der KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ mit der Einl.Zahl 428/3 betreffend Nein zur Beteiligung Österreichs an Sky Shield ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von der KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit.

Seitens des Landtagsklubs der Grünen wurde ein Antrag auf punktuelle Abstimmung zum Entschließungsantrag der Grünen mit der Einl.Zahl 428/4 betreffend Österreich und die Steiermark müssen eine Stimme für die Opfer sein, für eine Verurteilung des russischen Angriffskriegs und seiner Verbrechen gestellt.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Punkt 1 dieses Antrags ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von den Grünen, KPÖ, SPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Punkt 2 des Entschließungsantrages ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von den Grünen, SPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Punkt 3 des Entschließungsantrages ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von den Grünen, KPÖ, SPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der NEOS mit der Einl.Zahl 428/5 betreffend die Steiermark als verlässlicher Partner Europas und der Ukraine ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen von den NEOS, SPÖ, Grünen und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ und ÖVP Einl.Zahl 428/6 betreffend Bekenntnis zur immerwährenden Neutralität Österreichs sowie zu einer Stärkung der Landesverteidigung ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Ich sehe die einstimmige Annahme.

Damit kommen wir zur Behandlung der dritten Dringlichen Anfrage:

D3. Am Mittwoch, dem 16. April 2025 wurde von Abgeordneten der SPÖ eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 436/1, an Herrn LR DI Willibald Ehrenhöfer betreffend *„Die Steiermark braucht endlich eine Gesamtstrategie für Arbeit, Standort, Industrie und Wirtschaft – statt leerer Worte und Symbolpolitik!“* eingebracht.

Ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Maximilian Lercher das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Bitte, Abgeordneter Lercher.

LTAbg. Lercher – SPÖ (17.14 Uhr): Vielen Dank, geschätzter Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, werte Regierungsmitglieder, Herr Landesrat, Kolleginnen und Kollegen!

In Teilen haben wir heute Vormittag diese Debatte schon geführt. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir sie angesichts der wirtschaftlichen Situation in der Steiermark, aber auch in ganz Österreich auch jetzt noch einmal dringlich führen, weil wir natürlich erleben Tag für Tag, dass die Arbeitslosigkeit steigt, dass Arbeitslosigkeit bedeutet, dass damit Schicksale verbunden sind, Familien betroffen sind, dass wir sehen, dass die Klein- und Mittelbetriebe und auch die Industriestandorte zusehends unter Druck kommen und dass wir wissen und auch gelesen haben, dass diese Landesregierung eine sogenannte Gesamtstrategie für diesen Industriestandort plant. Wir glauben aber, dass die Zeit nicht mehr reicht, dass man planen kann. Wir glauben, dass man jetzt dringlich etwas tun muss. Und leider haben wir das heute nicht gehört. Und unsere Befürchtungen wurden leider bestätigt, auch angesichts der Debatte, dass wir immer noch warten auf eine Gesamtstrategie für unseren Industriestandort, die angesichts dieser konjunkturellen Situation dringend gebraucht wird. Und deswegen stellen wir heute diese Dringliche Anfrage. Vielleicht, wenn Sie mir nicht glauben, Kollegin, weil wir am Vormittag diskutiert haben, glauben Sie den Worten der Industriellenvereinigung. Ich habe Ihnen da das letzte Magazin mitgenommen. Die sind ja dann eher nicht die, die

höchstwahrscheinlich sozialdemokratischer Propaganda unterliegen. Und die schreiben dort auf Seite 10: „Weckruf für den Industriestandort, steirische Industrie im Investitionsrückzug, warum jetzt rasch gehandelt werden muss.“ Da drinnen steht: „Politik und Wirtschaft gefordert, Standortpartnerschaft aktivieren. Die IV-Steiermark hat im Zuge der Landtagswahl bereits konkrete Maßnahmenpakete präsentiert, viele davon im Einflussbereich der Landespolitik. Nach den ersten 100 Tagen der neuen Regierung wird nun mehr Tempo gefordert. Die im Regierungsprogramm angekündigte Standortpartnerschaft muss mit konkreten Inhalten gefüllt werden, rasch und pragmatisch. Zeit sei der entscheidende Faktor, betont Präsident Kurt Maier im Rahmen der Studienpräsentation. Jedes verlorene Investitionsjahr erhöhe den Rückstand im internationalen Wettbewerb. Die wirtschaftlichen Entscheidungen, die den aktuellen Zahlen zugrunde liegen, wurden in weniger turbulenten Zeiten getroffen. Zukünftige Analysen dürfen unter den aktuellen Rahmenbedingungen noch düsterer ausfallen.“ Und dem schließe ich mich an. Die IV hat Recht, wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Wir müssen handeln und ich glaube, das Land Steiermark ist auch in der Lage, selbst zu handeln und die Konjunktur mit Maßnahmen zu beleben. (*Beifall bei der SPÖ*) Und deswegen ist es für mich zusätzlich unverständlich, dass wir bei allen Sparzwängen die wenigen konjunkturellen Maßnahmen, positiven Maßnahmen, für unsere Volkswirtschaft von heute auf morgen abschaffen. Und ich komme jetzt noch einmal zu den Förderungen für die sogenannten Häuslbauerinnen und Häuslbauer. (*LTAbg. Kaufmann, MMSc, BA: „Antragsstopp.“*) Kleine Sanierung im ... Tun Sie erst zuhören, dann können Sie reden. (*LTAbg. Kaufmann, MMSc, BA: „Antragsstopp.“ – LTAbg. Mag. Schnitzer: „Wir haben schon gelesen, was du gesagt hast.“*) Was sagt die steirische Wirtschaft dazu? Der Innungsmeister: „Der Überraschungsanschlag auf die Baubranche ist gelungen.“, sagt Michael Stvarnik, Landesinnungsmeister und selbst Baumeister mit Firma in Fohnsdorf dazu. Es ist eine Riesenkatastrophe. Die Baukonjunktur ist schlecht. Der Wohnhausbau hat gerade erst langsam begonnen, sich zu erholen. Am schlimmsten trifft das Aussetzen der „Umfassenden energetischen Sanierung“ die Unternehmen. Die wird oft für Mehrparteienhäuser in Anspruch genommen, was viele Arbeitsplätze sichert. Ich gebe ihm recht. Wir wissen nämlich von Studien, die in der vorigen Regierungsperiode noch in diesem Haus diskutiert wurden, dass vor allem diese Maßnahmen im Zeitraum von 2020 bis 2023 die heimische Wertschöpfung in der Höhe, eine heimische Wertschöpfung in der Höhe von 740 Mio. Euro erzielt wurden durch diese Förderungen. Das heißt, wir hatten einen positiven volkswirtschaftlichen Multiplikator. Ein Euro Förderung brachte 2,8 Euro Wertschöpfung.

Genau solche Maßnahmen braucht es in Krisenzeiten, um unseren Industrie- und Wirtschaftsstandort zu sichern und wiederzubeleben. (*Beifall bei der SPÖ*) 8.400 Arbeitsplätze wurden mit diesen Förderungen teilweise geschaffen und abgesichert. Und meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will da überhaupt keine parteipolitische Debatte führen. Es geht mir ausschließlich darum, dass wir gemeinsam die Dringlichkeit begreifen für unseren Standort und jetzt schnell Maßnahmen setzen. Und ich verstehe nicht, dass dann ein paar Maßnahmen, die gewirkt haben, abgeschafft werden, um die Situation zusätzlich zu verschärfen. (*LTabg. Fartek: „Antragsstopp.“ – LTabg. Kaufmann, MMSc, BA: „Antragsstopp.“*) Aus und vorbei. Sag das doch den Familien, die jetzt mit den Anträgen sitzen und darauf sich verlassen haben, zwei Jahre Anträge einzubringen. Denen hilft nicht das Wort Antragsstopp. Die glauben das, was der Innungsmeister gesagt hat, bekanntlich kein Sozialdemokrat. Und ich sage Ihnen ganz offen und ehrlich, dieser Kritik müssen Sie sich stellen, weil, das ist keine sichere und gute Politik für unseren Standort. (*Beifall bei der SPÖ*) Aus diesem Grund, sehr verehrter Herr Landesrat, weil wir eben nicht daran glauben, dass hier etwas in Planung ist, weil wir sehen, dass es massive Probleme gibt, weil die Bürgerinnen und Bürger sich bei uns melden, stellen wir folgende Dringliche Anfrage:

1. Welche Strategie verfolgt die steirische Landesregierung, um den steirischen Wirtschafts- und Industriestandort abzusichern und Arbeitsplätze zu erhalten?
2. Warum fehlen trotz der angespannten Wirtschaftslage immer noch strukturierte Maßnahmen zur Unterstützung kleiner und mittlerer Betriebe?
3. Wie rechtfertigen Sie den Förderstopp für Häuslbauer mitten in einer massiven Bau- und Wirtschaftskrise, und riskieren eine regionale Wertschöpfung in Höhe von 740 Mio. Euro?
4. Bremst ein solcher Förderstopp in dieser wirtschaftlich angespannten Situation nicht weiter die Konjunktur für die steirische Wirtschaft?
5. Wenn nein, warum hat die steirische Landesregierung noch im Vorjahr eine Studie der FH Joanneum präsentiert, welche die positiven Auswirkungen im Bereich Wertschöpfung dieser Maßnahmen unterstreicht?
6. Wie will die Landesregierung dafür sorgen, dass Steirerinnen und Steirer wieder von ihrer Arbeit leben können, statt auf Transferleistungen angewiesen zu sein?
7. Welche konkreten Maßnahmen und Projekte werden im Bereich der Qualifizierung von Fachkräften gesetzt?

8. Wird das erfolgreiche steirische Stiftungsmodell, gemeinsam mit der Wirtschaft und dem AMS, fortgesetzt?
9. Wenn nein, warum nicht?
10. Wenn ja, in welchem Ausmaß und wie hoch werden die finanziellen Mittel sein?
11. Werden Sie weiterhin in arbeitsplatznahe Qualifizierung (AQUA) investieren?
12. Wenn nein, warum nicht?
13. Wenn ja, in welchem Ausmaß und wie hoch werden die finanziellen Mittel sein?
14. Welche Strategien verfolgt die Landesregierung, um dem prognostizierten weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Steiermark im Jahr 2025 entgegenzuwirken?
15. Wie plant die Landesregierung, die Langzeitarbeitslosen, deren Zahl 2024 um 15,8 % zugenommen hat, wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren?
16. Plant das Land Steiermark bzw. Ihr Ressort Förderprogramme oder Unterstützungsmaßnahmen zur Einrichtung bzw. zum Ausbau von Betriebskindergärten, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern um damit die regionale Standortattraktivität zu erhöhen?
17. Welche Schritte setzt die Landesregierung, um durch ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot die hohe Teilzeitquote bei Frauen in der Steiermark zu senken – welche auch eine aktuelle Studie der Industriellenvereinigung und Joanneum Research beschreibt?
18. Welche konkreten Schritte unternimmt die Landesregierung, um den prognostizierten Anstieg der Firmeninsolvenzen im Jahr 2025 zu stoppen?
19. Welche konkreten Schritte plant die Landesregierung, um eine aktive Flächenpolitik für neue Industrieansiedlungen umzusetzen?
20. Welche konkreten Maßnahmen werden ergriffen, um die steigenden Energiekosten – insbesondere für die Industrie – abzufedern und so die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts sowie den Erhalt von Arbeitsplätzen zu sichern?
21. Warum werden Vorschläge wie der Steiermark-Tarif für kleine und mittlere Betrieb sowie Privathaushalte nicht ernsthaft geprüft oder umgesetzt?

Wiewohl ich hier betone, die Signale, die wir gerade vernommen haben, sind sehr, sehr positiv und das begrüße ich. In diesem Sinne, Herr Landesrat, stellen wir diese Fragen dringlich in der Hoffnung, dass wir vom Zuschauen in eine aktive Rolle kommen, weil ich überzeugt davon bin, dass das Land Steiermark immer dann gut war, wenn wir die eigenen

Mittel und Möglichkeiten, die wir besitzen, ausreizen, wenn wir vorangehen, innovativ sind und wenn wir vor allem eines tun, bestehende Systeme so zu hinterfragen, dass sie wieder für jene funktionieren, die in diesem Land Tag für Tag die Abgaben leisten. Das ist unsere politische Verantwortung und darum würde ich Sie bitten. *(Beifall bei der SPÖ – 17.24 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Ich erteile Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Willibald Ehrenhöfer das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeitbegrenzung von 30 Minuten gilt. Bitte, Herr Landesrat.

Landesrat Dipl.-Ing. Ehrenhöfer – ÖVP (17.24 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren auf den Besucherbänken und via Livestream!

Danke für diese Anfrage, die es uns heute in dieser Landtagssitzung ermöglicht, einige Dinge klarzustellen. Ich sage bewusst klarstellen, weil ich in der vorliegenden Anfrage der SPÖ mit Dingen und Vorwürfen konfrontiert werde, die mich ganz ehrlich gesagt verwundern. Dennoch werde ich selbstverständlich versuchen, alle Fragen mit dem in diesem Haus gepflegten Umgangston zu beantworten. Wenn ich mir den Namen meines Ressorts Wirtschaft, Arbeit, Finanzen, Wissenschaft und Forschung so anschau, dann haben wir überall herausfordernde Aufgaben. Umso größer sind die Herausforderungen bei den Finanzen und bei der Arbeit. Diese Ressorts wurden mir von jener Partei überlassen, die heute anscheinend alles besser zu wissen scheint. Zwei Ressorts, die ganz offen als Baustellen bezeichnet werden können oder besser gesagt, als offene Baustellen übergeben wurden. Ich bin gerade dabei, die Baugrube zu untersuchen und die Baustellen abzusichern. Das Finanzressort wurde offenbar ohne jeden Weitblick und ohne jedes Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Steirerinnen und Steirern geführt. *(Unverständliche Zwischenrufe von der SPÖ)* Liebend gerne. Der Finanzressort wurde von jemandem geführt, das Finanzressort wurde von jemandem geführt. Liebend gerne würde ich mit Ihnen über Investitionen reden und finanzielle Mittel für unseren Standort und für die Steirerinnen und Steirer zur Verfügung stellen. Aber wie soll das mit diesem Finanzressort, mit diesen Budgetüberziehungen, die mir von der SPÖ übergeben wurden, gelingen? Meine Ehrfurcht, meine Ehrfurcht vor diesem Amt, und das können Sie mir glauben, und mein Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Steiermark sind zu groß, um mit dem Landeshaushalt weiter so umzugehen wie bisher. *(LTabg. Lercher: „Unglaublich.“ – KO*

LTabg. Schwarz: „Unmöglich. Wer hat denn die Budgets der letzten Jahre beschlossen?) So ein Weiter wie bisher, keine kritischen Fragen stellen, kein Budgetbewusstsein, kein Hinterfragen von Förderungen, Vergabe von Mitteln aus Launen oder besser gesagt aus Zuneigungen heraus, das wird es mit mir als Finanzlandesrat nicht geben. (*Allgemeine Unruhe bei der SPÖ*) (*Beifall bei der ÖVP und FPÖ*) (*Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann:* „Ich bitte den Landtag, hier etwas zu Contenance zu kommen und den Herrn Landesrat ausreden zu lassen. Herr Klubobmann Schwarz, du brauchst überhaupt nicht hereinplärren. Jetzt redet der Herr Landesrat und lasst ihn einmal ausreden.“) Ich kann Sie beruhigen, daneben haben wir ein Arbeitsressort, welches aus meiner Sicht seinen Namen in der Vergangenheit nicht verdient hat. Und es war auch praktisch so. Mir ist nicht einmal bekannt, dass sich die damals zuständige Landesrätin jemals als Arbeitslandesrätin bezeichnet hätte oder in ihrem Bereich vom Arbeitsressort gesprochen hätte. Vielmehr ging die Arbeit bei der Soziallandesrätin und die Mittel im Sozialressort unter – organisatorisch und budgetär. Sie schreiben in der Anfrage von Menschen, die nicht von Transferleistungen leben wollen. Sie wollen arbeiten, etwas leisten und davon leben können. Das stimmt. Da bin ich ganz bei Ihnen. Interessant finde ich nur, dass im Arbeitsressort im selben Moment in der Vergangenheit Förderungen vergeben wurden, ohne Zahlen, Fakten und Daten der Projekte und den Erfolg für den Arbeitsmarkt jemals zu hinterfragen. Die Projekte wurden einfach immer und immer wieder verlängert. Als Beispiel wurden in der Regierungssitzung vom 21.11.2024, Anmerkung, das war drei Tage vor der Landtagswahl, noch 14.489.913 Euro an Fördermittel, der Großteil davon für das gesamte Jahr 2025 vergeben. Sie reden von Investitionen in Qualifizierungsmaßnahmen und von den Fachkräften von morgen, lassen aber in ihrer Verantwortung Maßnahmen wie die Digitalisierungsstiftung auslaufen. Das führt zu Fragen, die übrigens sehr erfolgreich war und gut angenommen wurde. (*LTabg. Lercher:* „Einstimmig.“) Ebenso haben Sie als Grundlage für die Arbeitsförderung in der Steiermark nach einem Programm gearbeitet, das noch aus dem Jahr 2010 mit einem Vorwort von Landeshauptmann außer Dienst Mag. Franz Voves stammt. Großartig. Die Arbeitsmarktpolitische Strategie Steiermark 2030, welche im Arbeitsmarktpolitischen Beirat gemeinsam mit allen Interessensvertretern erarbeitet wurde, ist nach ihrer Beschlussfassung in einer Schublade verschwunden. Mit der Umsetzung wurde konsequent über Jahre hinweg nicht begonnen und dafür war auch sonst niemand zuständig. Das ohnehin sehr kleine Budget im Arbeitsressort soll dazu verwendet werden, Projekte voranzutreiben, die den Menschen eine Chance auf einen Arbeitsplatz bieten. Der Fokus soll hier ganz klar und ganz stark auf

den ersten Arbeitsmarkt gerichtet werden. Die Möglichkeiten der arbeitsplatznahen Qualifizierung und die Stiftungen in Kooperation mit allen Interessenvertretungen sollen ausgebaut werden. Für die nächsten Jahre gilt es, ein Arbeitsressort zu schaffen, das seinen Namen auch verdient. Sie fordern den Ausbau erneuerbarer Energieträger über Energiesonderstandorte. Kennen Sie die öffentliche Verkündigung der SPÖ-Landesrätin außer Dienst Ursula Lackner vom 18.8.2023? Ist Ihnen das bekannt? Hier ist bis zum Ende der alten Regierungsperiode nichts passiert. Da ist jemand vom Winterschlaf das ganze Jahr 2024 nicht aufgewacht. Das sage ich Ihnen. *(Unverständliche Zwischenrufe bei der SPÖ)* Mir ist bewusst, dass die Herausforderungen groß sind. Warum, glauben Sie, müssten die Deutschen 500 Mrd. Euro investieren, weil es der Wirtschaft nach der Ampelregierung so gut geht? Aber ich bin der festen Überzeugung, dass wir diese Herausforderungen, wenn jeder – wenn jeder seinen Beitrag dazu leistet, gemeinsam meistern werden. Es bringt nichts, immer nur zu jammern. Ich glaube, wir müssen ins Tun kommen. Wir alle in diesem Haus, und ich sage Ihnen, dass wir alle in diesem Haus für Zuversicht sorgen müssen. Wir müssen vorangehen und mit, und das unterscheidet uns, mit harter und konsequenter Arbeit für die Steiermark und für unsere Bevölkerung jeden Tag unser Bestes geben. Machen Sie einfach mit und sorgen Sie nicht für einen verstärkten Klimawandel, in dem Sie ständig nur warme Luft produzieren. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* Ich bin sehr froh, dass ich in allen Abteilungen sehr gute, engagierte und pflichtbewusste Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter habe. Diese Personen, und das können Sie mir glauben, haben bei der Form von Verantwortung für unser Land und bei dieser von Ihrer Partei gelebten Art von Finanz- und Arbeitspolitik auch schon ein schlechtes Bauchgefühl gehabt. Nehmen Sie sich ein Beispiel am Arbeiterkammerpräsidenten Pessler, der mit positiven Beispielen vorangeht, der mit mir gestern bereits konstruktive Ansätze erarbeitet hat, wie wir Arbeitgeber und Arbeitnehmer beide entlasten können. Wir müssen für Win-Win-Situationen sorgen. Denken wir gemeinsam nach vorne und stellen Sie nicht Fragen, die sich nicht merken können. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* *(Allgemeine Unruhe bei der SPÖ)*

Frage 1.

Ich komme damit zur Beantwortung der Fragen. Ich komme damit zur Beantwortung der Fragen. *(KO LTAvg. Schwarz: „Das ist eine herablassende Wertung wie mit den Abgeordneten gesprochen wird. Das ist ja Amtsmissbrauch. Das ist ja unglaublich.“)* *(Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: „Herr Klubobmann Schwarz, du kannst dich zu Wort melden. Ist besser und lass einmal die Beantwortung durchgehen.“)* Ich komme zur

Beantwortung der Fragen. Zu Frage 1. Mein Ressort heißt nicht ohne Grund das Zukunftsressort. Sämtliche Aktivitäten und Initiativen dienen dazu, die Steiermark als Standort attraktiver zu gestalten und Investitionen anzuziehen und zu ermöglichen. Insbesondere die Wirtschaftsstrategie 2030 definiert die mittel- bis langfristigen wirtschaftspolitischen Ziele und bietet einen Rahmen für die operative Umsetzung, die einem kontinuierlichen Prozess aus Beobachtung und – hören Sie zu – Beobachtung, Reflexion und Anpassung unterliegt. Das vorrangige Ziel in den kommenden Jahren ist es, eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu forcieren. Klimaschonendes Wirtschaften spielt ebenso eine Rolle wie unternehmerische Innovationen mit besonders großem Zukunftspotenzial. Ich erwähne hier nur unterschiedlichste Maßnahmen im Research Center for Pharmaceutical Engineering, vom Wood Vision Lab, von Battery for Life, von HyCentA. Das ist übrigens, damit Sie wissen, der HyCentA ist das Wasserstofftestzentrum an der TU Graz. Hier wurden aktuell, hier sind aktuell über 100 Wissenschaftler beschäftigt, die zusätzlich zehn Millionen Förderungen aus Wien abgeholt haben, um, und jetzt sage ich Ihnen eines, nicht nur zu forschen, sie haben neben diesen ganzen Bestandsanlagen bereits Aufträge für steirische Wirtschaftsbetriebe in der Höhe von über 100 Mio. Euro verursacht. In der Steiermark von steirischen Forschern für die steirische Wirtschaft gesichert. Das sichert Arbeitsplätze, sowohl in der Forschung als auch in der Wirtschaft. Das ist Zukunft gestalten mit Weitblick, nämlich auch im Sinne einer Energietransformation. Wir setzen auf eine Standortentwicklung mit unseren technologischen Kernkompetenzen in den Bereichen Materialien, Werkstofftechnologien, Produktionstechnologien, Maschinen- und Anlagenbau sowie natürlich Digitaltechnologien, Mikroelektronik und bearbeiten da die drei Leitmärkte Mobility, Green Tech und Health Tech. Und wir haben hier in der Steiermark Exzellenz in Wissenschaft und in unseren Betrieben. Wir haben darauf einen Fokus gelegt. Ja, die amerikanische Wirtschaft und die amerikanische Zollpolitik, wo man nicht weiß, ob sie heute anders ist als morgen und morgen wieder anders ist als übermorgen und gestern anders war als gestern als vorgestern, den Fokus auf andere Märkte gelegt. Ich habe bereits persönlich den Botschafter aus Indien empfangen. Ich habe bereits persönlich den Botschafter aus Japan in Wien besucht. Er wird uns auch besuchen. Wir planen zwei Auslandsreisen, d.h. Fokusreisen. Wir fokussieren auf jene Märkte, die Kaufkraft haben und auf jene Märkte, die Bedarf haben in diesen Bereichen, wo wir stark sind. Wir haben für die Zukunft Punkte auf der Agenda, die im Überallseinkommen der Landesregierung definiert sind, die wir anpacken werden, um die Steiermark weiterhin als attraktiven Lebens- und Wirtschaftsstandort zu

positionieren. Übrigens, es wird gearbeitet, diese Agenda liegt bereits vor, die wird, wie es üblich ist, mit den Sozialpartnern und mit den zusätzlichen Vertretern aus den Branchen natürlich abgestimmt und dann auch Ihnen und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Weiter intensiv auf Forschung und Entwicklung setzen. Weiter Ausbau der Infrastruktur, Straße, Schiene, Energienetze und wohlgernekt Breitband. Und jetzt müssen Sie aufpassen, dass Sie nicht selbst zum Lachen anfangen. Wenn ich mir das anschau, was aus Wien kommt, dass man bereits beschlossene Programme in der letzten Sekunde kippen will, dann können Sie gleich mitfahren nach Wien. Vielleicht können Sie Ihren Minister überzeugen. Abbau bürokratischer Hürden. Abbau bürokratischer Hürden. Deregulierungsoffensive im ersten Gesetzesentwurf. Einen ersten Gesetzesentwurf wird es in diesem Sommer geben. Schwerpunktsetzung auf Qualifizierung und Maßnahmen für den ersten Arbeitsmarkt. Einrichtung der steirischen Standortpartnerschaft. Die Agenda habe ich Ihnen bereits gezeigt. Mit all den Interessensvertretern und Sozialpartnern, so wie es üblich ist. Und die große Aufgabe, den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Steiermark zu sichern und zukunftsfit zu gestalten.

Zur Frage 2.

Die Klein- und Mittelunternehmen sind eine tragende Säule der steirischen Wirtschaft. In einer herausfordernden Wirtschaftslage ist es daher entscheidend, dass wir alle Hebel in Bewegung setzen, um den Unternehmen langfristig eine stabile Grundlage zu bieten. Die enge Zusammenarbeit innerhalb der Landesregierung, Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung und den Unternehmen selbst ist dabei unerlässlich. Es ist mir daher ein großes Anliegen, den Austausch insbesondere mit den steirischen Unternehmen zu führen, um diese entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Den Klein- und Mittelunternehmen kommt in meinem Ressort bereits eine große Bedeutung zu. Der Fokus der steirischen Wirtschaftsförderung liegt nach wie vor auf der Unterstützung von Klein- und Mittelunternehmen, schon alleine aus den wettbewerbsrechtlichen Gründen. So konnten 91 % der Förderfälle der SFG im Jahr 2024 steirischen KMUs zugeordnet werden. Es wurden 1.370 Förderfälle abgewickelt, die bei einem Fördervolumen von 24,8 Mio. Euro – und jetzt passen Sie auf – Projektkosten von 132 Mio. Euro ausgelöst haben. Das ist ein Hebel von 1 zu 5,3 und nicht von 1 zu 2,8. Ich sehe es als meine Aufgabe, gezielt auf Maßnahmen zu setzen, um den KMUs zu helfen und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Wir werden aber auch die Förderprogramme in der steirischen Wirtschaftsförderung evaluieren, wie alles andere, und

anpassen, um die Mittel noch gezielter und noch effektiver einzusetzen. Effektiver Einsatz der Mittel und effiziente Abwicklung der Verfahren, das ist das Credo.

Frage 3 bis 5:

Und Sie erlauben mir, ich werde diese gemeinsam beantworten, da ein inhaltlicher Zusammenhang vorliegt. Lassen Sie mich aufklären. Es handelt sich um einen Antragsstopp und keinen Förderstopp. Es ist für mich eine Frage von Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Steirerinnen und Steirern und eine Frage von Weitblick für unsere Steiermark. Ich möchte zunächst anmerken, dass der genannte Wertschöpfungseffekt, übrigens ich erkläre auf Basis der Studie ökonomische Bewertung ausgewählter Umwelt- und Sanierungsförderungen des Landes Steiermark vom Joanneum Research aus dem Jahr 2024, den Sie angesprochen haben, dass der genannte Wertschöpfungseffekt die in der Frage angesprochene Eigenheimförderung gar nicht umfasst. Um beim Beispiel der Eigenheimförderung zu bleiben, heuer wird voraussichtlich ein Vielfaches mehr an geförderten Eigenheimen errichtet als in den letzten Jahren. Dementsprechend kann trotz des vorübergehenden Antragsstopps hier heuer auch von einer wesentlich höheren durch die Eigenheimförderung mitinitiierten Wertschöpfung ausgegangen werden. Dennoch ist der vorübergehende Antragsstopp nicht zuletzt deshalb notwendig, um aufgrund der enorm gestiegenen und anhaltend hohen Fördernachfrage auch ein Überschreiten der budgetären Kapazitäten trotz zusätzlicher Mittel zu vermeiden. Die Steiermark ist im Übrigen ja nicht das einzige Bundesland, das solche Maßnahmen gesetzt hat. Nur zu Ihrer Information, der Unterschied der Förderfälle in der kleinen energetischen umfassenden Sanierung von 2022 zum Quartal oder besser gesagt von 01-04/25 ist, wir liegen um 332 % höher. Und das ganz gleiche oder ähnliche Bild ist beim Heizungstausch eingetreten. Hier liegen wir um 257 % höher. Sie müssen sich die Zahlen halt vorher anschauen, bevor Sie Ihre Fragen stellen. Dennoch ist der vorübergehende Antragsstopp nicht zuletzt... Bitte? (*Unverständliche Zwischenrufe*) Ich beantworte sie ja. Wir haben die wirtschaftliche... Ich beantworte sie. Wir haben die wirtschaftliche Situation natürlich laufend genau im Auge. Die Herausforderungen wie auch die positiven Veränderungen, wenn ich im Bereich der Bau- und Immobilienwirtschaft etwa an das baldige Auslaufen der KIM-Verordnung oder die wieder deutlich gesunkenen Zinsen denke. Wir müssen manchmal auch mit einer positiven Stimmung nach vorne blicken und auch die positiven Dinge sehen. Im Bereich der Wohnbau- und Umweltförderungen befinden sich, ob der enorm gestiegenen Nachfrage, derzeit Tausende Fälle in der Pipeline. Damit zusammenhängend wurde auch und wird natürlich

laufend ein konjunktureller Effekt ausgelöst. Nun gilt es auch rasch unter Einbindung der wichtigsten Akteure im Wohnbau, und das wird passieren, eine sinnvolle Evaluierung vorzunehmen, um auch weiterhin zielgerichtete und wirksame Unterstützungsmaßnahmen gewährleisten zu können. Besonders erfreulich ist nicht zuletzt, dass auch der geförderte Geschosswohnbau wieder gut in Fahrt kommt. Derzeit befinden sich alleine über die Geschossbauförderung rund 1.600 Wohneinheiten im Bau, so viele wie schon seit Langem nicht mehr. Die Wohnbauförderung ist einerseits ein zentrales Lenkungsinstrument zur Sicherstellung des Wohnungsbedarfs unter Berücksichtigung der demografischen Verhältnisse in der Steiermark und leistet andererseits auch einen wesentlichen Beitrag zur Ökologisierung des Gebäudesektors. Durch Wohnungsneubau und nachhaltige Sanierungen des Gebäudebestandes findet die steirische Bevölkerung leistbaren, qualitätsvollen und nachhaltigen Wohnraum vor. Es ist nochmals ein Förderantragsstopp und keine Budgetkürzung. Wir bieten den Antragstellern damit Sicherheit. Sicherheit in der Antragsbearbeitung und Auszahlungssicherheit.

Zur Frage 6.

Wir werden alles unternehmen, damit sich die Steirerinnen und Steirer ihr Leben leisten können. Es muss sich auszahlen zu arbeiten. Es muss sich auszahlen Vollzeit zu arbeiten. Es wird aber auch die Bevölkerung brauchen. Leistung und Eigenverantwortung spielen hier eine zentrale Rolle. Derjenige, der bereit ist, der oder diejenige, der bereit ist zu arbeiten, seinen Beitrag im System zu leisten, soll davon auch leben können. Leistung muss sich lohnen. Als Regierung verfolgen wir mehrere Ansätze. Einerseits werden Wirtschaft und Arbeitsmarkt durch zukunftsorientierte Förderungen, Innovationen und Qualifizierungsmaßnahmen gestärkt, um nachhaltige Beschäftigung und höhere Einkommen zu ermöglichen. Auch der Weg, den wir in der Standortpolitik eingeschlagen haben, wird uns hier helfen. Andererseits stellt das Land soziale Unterstützungsleistungen bereit, um jene zu unterstützen, die es ganz dringend brauchen. Das Ziel ist es, die Steirerinnen und Steirer in die Lage zu versetzen, ihr Leben aus eigener Kraft zu finanzieren und die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen zu verringern. Fakt ist, dass die Steirer nicht nur leben können, sondern sogar noch sparen können. Die Wirtschaft stöhnt unter den hohen Lohnstückkosten und hohen Energiekosten, die aufgrund der fehlenden Umsetzung des SAG zu einer Verzerrung der Wettbewerbsfähigkeit führt.

Zur Frage 7 bis 13:

Auch hier wieder eine gemeinsame Beantwortung. Seitens der Wirtschaft gab es schon lange die Forderung, dass das Wirtschafts- und das Arbeitsressort in Zukunft unter einem Dach zusammengeführt werden sollen. Das hat den Hintergrund, dass das Arbeitsressort in der Steiermark bisher kaum Aktivitäten unternommen hat, die dem ersten Arbeitsmarkt zugutegekommen wären. Das zeigt sich insbesondere, wenn man einen Blick in die Arbeitsförderungsberichte der letzten Jahre blickt. Seit 2014 wurden nie mehr als 15 % der Fördermittel im Bereich der Arbeitsförderung für Maßnahmen für die Qualifizierung zu Fachkräften verwendet. Beispielsweise waren es in der Periode 2018 bis 2019 nur 6,4 % und in der Periode 2022 bis 2023 etwa 12,8 %. Das ist verwunderlich. Der Schwerpunkt der bisherigen Arbeit im Arbeitsressort lag auf Maßnahmen für benachteiligte Gruppen, vor allem Personen mit Beeinträchtigung, Sozialbedürftige sowie Langzeitarbeitslose, in Projekten für den zweiten und dritten Arbeitsmarkt. Gegen solche Projekte ist absolut nichts einzuwenden. Wir müssen nur die Gewichtung in irgendeiner Form den Realitäten anpassen. Eine erste Aufteilung dahingehend ist bereits erfolgt. Diese Projekte sollten aber vom Sozialressort getragen werden. Und dann schreien wir bitte Fachkräftemangel und setzen keine Maßnahmen für den ersten Arbeitsmarkt. Wir werden daher mit starkem Fokus auf den ersten Arbeitsmarkt Maßnahmen im Bereich der Qualifizierung von Fachkräften umsetzen, ausbauen und gezielt Schwerpunkte setzen. Unter anderem zum Bereich Mangelberufe, Digitalisierung, Green Jobs, Mechatronik und Anwendung von künstlicher Intelligenz. Wir wollen die Stiftungen und die Maßnahmen der arbeitsplatznahen Qualifizierung weiter ausbauen. In einem ersten Schritt ist das uns schon gelungen. Die SPÖ hat nämlich die sehr gut angenommene Digitalisierungsstiftung ohne nachvollziehbare Begründung auslaufen lassen. Von allen Seiten konnte dieser Schritt nicht nachvollzogen werden. Handelt es sich hier doch um eine absolute Zukunftsthematik. Ab 01.05. werden hier wieder Neueintritte möglich sein, bis 30. April 2028. Die Gesamtfördersumme für 200 Arbeitsplätze beträgt, in Klammer inklusive Unternehmensbeiträge, bitte wohlgermerkt, 2,42 Mio. Euro. Die Maßnahmen zur arbeitsplatznahen Qualifizierung, AQUA, ermöglichen passgenaue Qualifizierung von Arbeitskräften, die auf die jeweils konkreten Erfordernisse der Unternehmen ausgerichtet sind. Auch hier wollen wir Initiativen und Schwerpunkte setzen. Hier werden wir mit dem klaren Ziel an die Sozialpartner, insbesondere das AMS Steiermark und an die Träger herantreten, um diese Schiene weiter auszubauen. Für das Jahr 2025 sind für die arbeitsplatznahe Qualifizierung 350.000 Euro vorgesehen. 1,48 Mio. Euro werden wir

im Jahr 2025 für die Arbeitsstiftungen aufwenden. 129 Personen konnten mit 92 steirischen Unternehmen im Rahmen der ersten DIGI:Stiftung gematcht werden, d.h. zusammengebracht werden. 73 %, das müssen Sie hören, befanden sich am 92. Tag nach Ende der Arbeitsstiftung noch immer in einem Dienstverhältnis. Solche erfolgreichen und funktionierenden Systeme stellt man nicht ein.

Frage 14 und 15:

Wird auch gemeinsam beantwortet. Diese Fragen sind auch sehr interessant. Mit Sicherheit wird vielen von Ihnen die Arbeitsmarktpolitische Strategie 2030 ein Begriff sein. Landesrätin a. D. Doris Kampus hat diese mit Stolz hier im Landtag vorgestellt. Fachkräfte für die Zukunft sichern und Teilhabechancen am Arbeitsmarkt erhöhen sind dabei die beiden strategischen Hauptziele. Bei der Erstellung der Arbeitsmarktpolitischen Strategie 2030 wurde der Arbeitsmarktpolitische Beirat von zwei Arbeitsgruppen unterstützt, sie zur Aufbereitung der Themen Fachkräftemangel und Langzeitbeschäftigungslosigkeit eingereicht worden waren. Daher findet auch diese Gruppe in der Strategie ihre Berücksichtigung. Verwunderlicher Weise ist diese dann in irgendeiner Schublade verschwunden und die Umsetzung seitens des damals zuständigen Regierungsmitglieds ließ auf sich warten. Daher werden wir gemeinsam mit allen Sozialpartnern diese Strategie evaluieren, gegebenenfalls den aktuellen Herausforderungen anpassen und dann endlich umsetzen. Die erste Sitzung des Beirats findet am 26.5.2025 statt. Daraufhin werden wir ein neues Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm erarbeiten, welches der Zeit entspricht und Umstände wie die demografische Entwicklung, die grüne und die digitale Transformation berücksichtigt. Es gilt unser Fokus auf dem ersten Arbeitsmarkt, auf Qualifizierung, Eigenverantwortung und Leistung und aktive Einbindung, und das ist neu, der Unternehmen und bestehender Qualifizierungseinrichtungen. Wir wollen nicht nach einem Programm arbeiten, das aus dem Jahr 2007 stammt und älter als 15 Jahre alt ist. Das ist nicht zeitgemäß und nicht unser Zugang. Unser Anspruch ist ein höherer.

Frage 16 und 17:

Ebenso die Beantwortung dieser beiden Fragen. Die Steiermark setzt gezielt Maßnahmen, um die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu stärken und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachhaltig zu verbessern. Aktuell arbeiten rund 54 % der steirischen Frauen in Teilzeit. Ein Wert, der maßgeblich auf familiäre Betreuungsverpflichtungen zurückzuführen ist. Eine hohe Beschäftigungsquote von Frauen ist uns wichtig. Um Frauen bessere Rahmenbedingungen für eine vollzeitnahe Beschäftigung zu bieten, investiert das Land in flächendeckend

bedarfsgerechte Kinderbildungs- und Betreuungsangebote. Mit dem umfassenden Ausbaupaket für den Zeitraum 2023 bis 2027 stellt die Landesregierung über 90 Mio. Euro für die Weiterentwicklung der Kinderbetreuung zur Verfügung. Erst im März dieses Jahres wurde ein neuer Fördercall in Höhe von 30 Mio. Euro veröffentlicht, mit dem gezielt neue Betreuungsplätze geschaffen, Personal aufgestockt und längere Öffnungszeiten ermöglicht werden. Diese Maßnahmen tragen nicht nur zur Entlastung von Familien bei, sondern leisten auch einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Frauen und zur Fachkräftesicherung in der Region. Durch diese Investitionen schafft das Land die Voraussetzungen, um die Teilzeitquote nachhaltig zu senken und Frauen mehr Perspektiven am Arbeitsmarkt zu eröffnen.

Frage 18:

Grundsätzlich geht es darum, für Unternehmen geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, um durch eine zukunftsorientierte und wachstumsorientierte Standortpolitik die Steiermark und ihre Wirtschaft zu stärken. Unsere Ziele und Maßnahmen in den Bereichen Infrastruktur, Digitalisierung, Fachkräftesicherung, Entbürokratisierung und Wettbewerbsfähigkeit stärken die steirische Wirtschaft und beugen so Insolvenzen vor. Natürlich handelt es sich hier um längerfristige Maßnahmen. Aber auch jetzt passiert schon vieles, um unsere heimischen Betriebe zu entlasten. Wir als Landesregierung haben heuer eine Deregulierungsoffensive gestartet, um Unternehmen von überbordender Bürokratie und ineffizienten Regelungen zu entlasten. Ziel ist es, Verwaltungsabläufe zu straffen, Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und die Digitalisierung in der Verwaltung voranzutreiben. Im Sommer 2025 soll ein Deregulierungsgesetz verabschiedet werden, das die Abläufe vereinfacht, die Verfahren beschleunigt und damit die Unternehmen spürbar entlastet. Ergänzend dazu sollen Maßnahmen im Bereich der Standortpolitik helfen. Aufgrund der wirtschaftlichen Gesamtlage, auch auf europäischer und bundespolitischer Ebene, wird es hier kurzfristig sicher angespannt bleiben. Vor allem, und das muss ich anmerken, wenn die Bundespolitik kurzfristig verursacht, zugesagte Breitbandausbaufinanzierungen zu kippen.

Zur Frage 19:

Eine aktive Flächenpolitik ist ein entscheidender Standortfaktor für Industrieansiedlungen, da sie die Grundlage für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltige Entwicklung schafft. Gleichzeitig reagiert man auf die Herausforderungen von Flächenknappheit und überregionaler Nutzungskonkurrenz. Wir setzen hier in der Steiermark schon sehr viel um, aber die künftige Standortpartnerschaft wird hier noch einiges bewirken müssen, einiges

optimieren müssen und einiges beschleunigen müssen. Wir müssen proaktiv handeln und schneller werden. Die steirische Wirtschaftsförderung, und das ist ein Beispiel, die steirische Wirtschaftsförderung und die Stadt Graz bieten bereits gemeinsam auf der Online-Datenbank mein-standort.at eine Übersicht über verfügbare gewerbliche und öffentliche Immobilien und Grundstücken an. Die Plattform wird vom Land Steiermark, den Regionalmanagements, den Gemeinden und von gewerblichen Anbietern befüllt und unterstützt Unternehmen zusätzlich bei Ansiedlungsprojekten durch Vernetzung und Zugang zu Förderungen und Netzwerken. Daneben unterstützt die SFG Ansiedlungsprojekte in der Steiermark. Dazu gehört die Vernetzung von Gemeinden und Mitgemeinden und regionalen Institutionen, der Zugang zur Förderungs- und Finanzierungslandschaft, zu Clustern und Netzwerken, Forschungseinrichtungen, dem Arbeitsmarktservice oder auch dem Verein CINT. Zur schnelleren Abwicklung von Betriebsansiedlungen wurde darüber hinaus in meinem Ressort ein One-Stop-Shop. (*Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: „Herr Landesrat, ich bitte um die Zeit.“*) 28:50. Ein One-Stop-Shop, ein One-Stop-Shop, der sogenannte Verfahrensservice für die... Entschuldigung, Herr Präsident, aber... (*Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: „Herr Landesrat, die Zeit, entschuldige, die wir Ihnen leider besser ..., es tickt ja hier. Nicht 28:50, sondern 30, kommen Sie zum Schluss.“*) Ja, komme ich. Ein Verfahrensservice für die Koordination bei Genehmigungsverfahren in der steirischen Landesverwaltung eingerichtet. Frage 20 und 21:

Abschließend darf ich auf die beiden Fragen noch kurz antworten. Im Mittelpunkt, und bitte um die Zeit, im Mittelpunkt stehen Wettbewerbsfähigkeit, Energiesouveränität, Eigenversorgungsfähigkeit, Sicherheit und Umweltbewusstsein und Wirtschaftlichkeit. Ein wichtiges und aktuell vordringliches Ziel muss in diesem Zusammenhang sein, die Energieunabhängigkeit weiter voranzutreiben, um noch unabhängiger von ausländischen Energielieferungen und weniger anfällig für europäische Netzschwankungen zu werden. Durch den Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere von Photovoltaik, Windkraft, Wasserkraft, Biomasse, Geothermie und Wasserstoff, aber auch von Speicherkapazitäten stärken wir die Versorgungssicherheit in der Steiermark. Die gesamte Wirtschaft, insbesondere die energieintensive Industrie, braucht dringend Unterstützung. Neben den Lohnstückkosten sind die Energiepreise das Hauptproblem. Beschaffen wir uns selbst wesentliche Wettbewerbsnachteile gegenüber unseren unmittelbaren Nachbarländern wie Deutschland. Daher muss die Strompreiskompensation auf Bundesebene sofort wieder eingeführt werden und bis zum Jahr 2030 fixiert werden. Von den Vorschlägen, die

Steiermark-Tarife einzuführen, halte ich jedoch nichts. Die Energie Steiermark soll den Gesetzen der Marktwirtschaft gehorchen. Die Energie Steiermark unterliegt, wie alle anderen Energieunternehmen, dem freien Markt und muss daher auch mit einem unternehmerischen Verantwortungsbewusstsein handeln. Darüber hinaus gibt es rechtliche Bestimmungen, die eingehalten werden müssen. Die Versorgung mit Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen ist wichtig und einer der wesentlichen Standortfaktoren für die Steiermark. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 17.56 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Ich bedanke mich für die Behandlung dieser Dringlichen Anfrage. Ich darf zur Wechselrede kommen. Es gibt eine Wortmeldung vom Klubobmann Schwarz zur Geschäftsordnung.

KO LTAbg. Schwarz – SPÖ (17.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt bin ich schon 20 Jahre in diesem Haus, aber ich habe immer geglaubt, ich weiß auf alles rasch eine Antwort und ich kann mit allen Situationen umgehen. Aber so, was ich jetzt hier erlebt habe im Rahmen dieser Dringlichen Anfrage, habe ich noch nie erlebt. Regierungsmitglieder sind Gäste in diesem Haus und die Abgeordneten dieses Hauses haben es sich verdient, jedermann da in diesem Haus hat es sich verdient, von der Regierungsbank mit Respekt und Achtung konfrontiert zu werden oder mit Respekt und Achtung ihnen gegenüber eingebracht wird. Diese Art und Weise, hier Abgeordnete zu verunglimpfen, herabzuwürdigen, zu beschimpfen, ist der Würde dieses Hauses nicht entsprechend. Und es ist einfach inakzeptabel, in welcher Art und Weise dieser hier neue Landesrat mit den Abgeordneten dieses Hauses umgeht. Und das ist in einer Vorgangsweise für die Zukunft nicht akzeptabel, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und deswegen ersuche ich um Einberufung einer Präsidiale, wo wir den Umgang der Regierung mit den Abgeordneten dieses Hauses besprechen können. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ – 17.58 Uhr)*

Erster Präsident Dipl.-Ing. Deutschmann: Ich unterbreche die Sitzung für eine Präsidiale.

Unterbrechung 17.58 – 18.05 Uhr

So, geschätzte Damen und Herren, bitte wieder Platz zu nehmen. Präsidiale ist beendet. Wir setzen in der Sitzungsführung fort. Ich ersuche dem gegebenen Anlass entsprechend, dass sich jeder, Regierung und Abgeordnete, sich dementsprechend verhalten, der Würde des Hauses, und niemand beleidigen und herabwürdigen. Als Nächster am Wort ist die Frau Abgeordnete Martina Kaufmann, ich bitte darum.

LTAbg. Kaufmann, MMSc, BA – ÖVP (18.05 Uhr): Danke, Herr Präsident, für das Wort! Werte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag, liebe Zuseherinnen und Zuseher!

Ein bisschen hitzig schon offensichtlich die Debatte, aber durchaus nachvollziehbar, geht ja um ein wichtiges Thema, das wir da diskutieren. Und wir haben ja heute schon zu Mittag – Vormittag zu Mittag auch schon darüber diskutiert. Und ich freue mich ja, dass die Sozialdemokratie auch die Wirtschaft als ein so wichtiges Thema herausgezogen hat. Weil, wir haben hier wirklich große Herausforderungen. Was wir alles machen und was es auch dazu braucht, hat der Herr Landesrat auch schon alles ausgeführt. Da werde ich nicht mehr jetzt im Detail darauf eingehen. Allerdings, und das möchte ich schon sagen, wir sind in einer sehr spannenden Zeit. Wir haben auf der einen Seite Betriebe, die händeringend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter suchen, die sie auch nicht finden. Ich war erst unlängst auch in der Südsteiermark bei einem Handwerksbetrieb. Dort ist in der vierten Generation der Betrieb von einer 28-jährigen jungen Frau übernommen worden. Und wenn man mit der redet, die sagt, die Auftragsbücher sind voll, sie sind ausgelastet für das gesamte heurige Jahr. Das ist ein schönes, ein gutes Zeichen, aber sie finden keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und nicht nur Fachkräfte, über die wir ja auch x-fach diskutiert haben, nein, es fehlt allgemein an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Und da haben wir einfach ein riesengroßes Mismatch in unserem Arbeitsmarkt, weil, wir haben einige Menschen, die Arbeit suchen, vermeintlich Arbeit suchen und auf der anderen Seite Betriebe, die diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht finden. Klar haben wir auch die Betriebe, die einfach aufgrund der Gesamtlage die Herausforderung haben, dass sie im Moment nicht volle Auftragsbücher haben, weil, und das haben uns heute auch schon gefehlt, einfach Rahmenbedingungen durchaus fehlen. Weil auf Bundesebene das SAG nicht kommt und da wäre meine Bitte auch an den Max Lercher und auch an den Hannes Schwarz, auch da in Richtung des zuständigen Bundesministers für Finanzen, auch den Appell zu richten, dass genau das SAG etwas ist, was für unsere steirische Industrie absolut wichtig und richtig ist. Und ihr könnt es bei eurem

Bundesminister wirklich auch richtig deponieren. Das heißt, ihr könnt diesen Beitrag leisten, von dem der Max Lercher heute am Vormittag auch schon gesprochen hat. Und ein weiterer Punkt, der Herr Landesrat hat es auch angesprochen, ist für die Infrastruktur. Ihr habt auch einen Entschließungsantrag zur Infrastruktur drinnen und da gehört natürlich auch der Breitbandausbau dazu. Auch hier habt ihr die Möglichkeiten mit dem Vizekanzler Babler, wo das auch resultiert ist, dass diese Mittel ausgeschüttet werden. Weil genau das ist diese Infrastruktur, das genau ist die Investition in die Zukunft, die wir brauchen. Also auch hier die Bitte und Appell an euch. Ihr habt auch einen Entschließungsantrag und ich habe da am Vormittag auch schon darauf repliziert, zur Lehrstellenförderung eingebracht. Und genau das sind aber die Parallelsysteme, die ihr auch mit diesem Antrag wieder schaffen wollt, nämlich, auf der einen Seite dort zu unterstützen mit Produktionsschulen, um wieder Jugendliche nicht dort hinzubringen, wo sie sein sollen, dort, wo sie gut ausgebildet werden, nämlich direkt in den Betrieben. Wir haben nach wie vor weitaus mehr offene Lehrstellen als Lehrstellensuchende. Aber wir schieben ganz, ganz viele Jugendliche nach wie vor noch in Projekte hinein. Und ich bin froh, dass sich das der Herr Landesrat im Detail anschaut, alle Maßnahmen, und dass das auch sozialpartnerschaftlich gehandhabt wird. Weil so können wir nicht weiter tun in der Zukunft, dass wir in den Parallelsystemen junge Menschen haben, dadurch es dann auch keine Anknüpfungspunkte zu Betrieben gibt, wo sie dann auch nachher in Beschäftigung sind. Und der zweite Punkt, den ihr dort auch drinnen habt, in Richtung Lehrwerkstätten des Landes, ja auch das bringt uns wieder nichts. Wir brauchen diese Jugendliche direkt in den Betrieben. Aus diesem Grund haben wir ja auch diese offenen Lehrstellen, weil sie eben in unterschiedlichen Maßnahmen geparkt sind. Und ich bin zutiefst überzeugt, dass es für jeden Jugendlichen in diesem Land sinnvoller ist, in einem Betrieb ausgebildet zu werden, wo er oder sie auch nachher die Chance hat, dann direkt auch dann weiterzuarbeiten im Betrieb. Das bringt den Jugendlichen mehr, das bringt den Betrieb auch weiters mehr und das bringt letzten Endes uns allen mehr, weil sie nämlich zur Produktivität auch beitragen können und unseren Wohlstand in unserem Land auch halten können. Deswegen, werde Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratie, bitte nutzt auch ihr euren Kontakt in die Bundesregierung zum Vizekanzler Babler für den Ausbau der Infrastruktur im digitalen Bereich, damit uns auch hier das gelingt und bitte nutzt auch den Kontakt Richtung dem Finanzminister für das SAG, dass wir hier die richtigen Maßnahmen auch für unseren steirischen Wirtschaftsstandort setzen und schauen wir, dass wir da die richtigen Lösungen für die Zukunft haben. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 18.11 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Herzlichen Dank. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Philipp Könighofer. Ich erteile ihm das Wort.

LTabg. Könighofer - FPÖ (18.11 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Abgeordnete und Zuseher!

Zunächst darf ich festhalten, dass ich nicht unglücklich darüber bin, dass wir heute über den Arbeitsmarkt, über die Wirtschaftssituation auch diskutieren können. Auch über den Leistungsbegriff, den die SPÖ ja zuletzt auch in den Fokus einer ihrer Kampagnen stellte. Wir werden uns auch die konjunkturelle Lage etwas näher ansehen. Der Herr Landesrat ist darauf auch schon eingegangen. Grundsätzlich muss ich sagen, die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Lercher waren ja durchaus diplomatisch. Wenn man sich die Dringliche anschaut, glaubt man eher, man ist irgendwo zwischen Selbstanklage und Kindesweglegung, aber gut, wir bleiben beim diplomatischen Teil, den der Abgeordnete Lercher heute vorgetragen hat. Es ist schon einiges gesagt worden und ich darf vielleicht ganz kurz anschließen bei der Abgeordneten Kaufmann, die insbesondere auch die betriebliche Lehre in den Fokus ihrer Ausführungen gestellt hat, darf ihre Argumentation dahingehend unterstützen und ergänzen, dass sich diese Landesregierung auch zu einer Imagekampagne im Bereich der Lehre bereits verpflichtet hat und hier durchaus das Potenzial auch sieht, noch besser zu werden. Zum Thema Leistungsgerechtigkeit, auch hier, glaube ich, gibt es einiges zu tun. Wir haben uns auch vorgenommen, in der laufenden Legislaturperiode das Sozialunterstützungsgesetz, den Leistungsbegriff unter ... zu reformieren und hier ein wesentlich strengeres Gesetz auch aufzusetzen. Ich hoffe auch da, die Sozialdemokratie dann mit dem neuen Leitmotiv, die Lebensrealitäten auch der Steirer entsprechend zu berücksichtigen, an unserer Seite zu haben. Zum Thema Wirtschaft, der Entbürokratisierungsgipfel hat bereits stattgefunden. Hier, glaube ich, laufen auch die ersten Vorschläge bereits ein. Also auch in diesem Bereich passiert einiges, wenngleich es natürlich trotzdem so ist, dass große Herausforderungen auf uns zukommen. Und erst gestern erschien ein Artikel bzw. eine Studie der Agenda Austria, dass die Arbeitskosten in Österreich weiter nach oben klettern und wir hier bereits im europäischen Vergleich, im EU-Vergleich auf Platz 5 liegen. Also auch das wird eine der zentralen Herausforderungen für uns sein. Auf die Arbeitslosenquote des vergangenen Jahres möchte ich jetzt nur ganz kurz noch einmal replizieren. Sie war laut der österreichischen Berechnungsmethode bei 6,1 und lag damit unter dem Bundeswert von 7 %. Das heißt, da waren wir im vergangenen Jahr durchaus auch etwas

besser als im Bundesschnitt. Ich glaube, dass wir mit den Maßnahmen, die sich die Regierung zum Ziel gesetzt hat, im Regierungsprogramm, auch weiter auf einem sehr, sehr, sage ich einmal, soliden Weg sein werden. Natürlich sind die Rahmenbedingungen schwierig. Zum Thema der Maßnahmen: Die Stiftungsmodelle wurden bereits angesprochen, finden sich im Regierungsprogramm. Ausführlich wird darauf auch eingegangen und auch in welche Richtung diese Stiftungsprogramme in Zukunft gehen sollen, hat der Herr Landesrat bereits ausgeführt. Wir haben auch die entsprechenden Maßnahmen in Akkordierung mit dem AMS vor. Und vielleicht noch etwas zum Thema der strategischen Papiere: Der Herr Landesrat hat schon ganz kurz angesprochen, es gibt eben ein solches strategisches Papier und ich weiß es nicht, ob es bei der Sozialdemokratie vielleicht im Schreder gelandet ist, aber ich habe es euch da noch einmal mitgebracht. Das ist das Papier, das Vorwort zeichnet sich die Frau Landesrätin auch verantwortlich, aus dem November 2022, also das ist die arbeitsmarktpolitische Strategie. Ich sage auch gleich dazu, ja, die bedarf sicherlich einer Evaluierung. Es sind neue Herausforderungen dazugekommen. Aber Faktum ist, ein strategisches Grundsatzpapier, das mehrheitlich, im Übrigen gegen die Stimmung der Freiheitlichen, hier im Haus auch beschlossen wurde, gibt es. Wir hätten uns ja damals schon ein etwas umfassenderes und innovativeres Papier gewünscht. Es hat ja nur, glaube ich, 28 Seiten. Aber Sie können uns ja daran messen, was wir dann in diesem Bereich auch vorlegen. Und nun zu einem Punkt, der aus meiner Sicht in der ganzen Debatte natürlich nicht außer Acht gelassen werden darf. Und zwar, wir diskutieren hier, erinnern natürlich primär die landespolitischen Aspekte, das ist ganz klar, aber wir dürfen auch die bundespolitische Komponente nicht ganz auslassen. Und ich glaube schon, dass die Hauptverantwortung, auch was die Budgetgewichtung in dem Bereich anbelangt, die Zuständigkeit für das AMS etc. bei der Bundesministerin Schumann entsprechend liegt. Und wir uns auch hier anschauen müssen, was sie liefert. Derzeit ist sie ja gerade mit den Pensionen beschäftigt. Wir werden aber sehen, inwieweit, dass sie sich dann auch dem Wirtschafts- und dem Arbeitsmarkt entsprechend widmet. Und bevor ich zum Ende meiner Ausführungen komme, habe ich noch eine Frage, die einen Antrag anbelangt der Sozialdemokraten: „Frauen als Schlüsselressource für den Wirtschaftsstandort Steiermark.“ Der Titel ist richtig, findet meine volle Unterstützung. Aber im Antragstext heißt es dann: „Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, volle Lohntransparenz herzustellen, um Ungerechtigkeiten zu beseitigen, Maßnahmen zu setzen, um den leichteren Umstieg von Teilzeit auf Vollzeit zu ermöglichen.“ Jetzt meine Frage: „Meinen Sie im Wirkungsbereich

des Landes oder meinen Sie generell?“ Weil ich glaube zu wissen, dass die generelle Zuständigkeit für diese ersten beiden Punkte doch eher auf Bundesebene verortet ist. Ich bitte da vielleicht jene Abgeordneten, die folgend herauskommen, das zu konkretisieren oder kurz auszuführen und diese meine Verständnisfrage zu beantworten. So, und abschließend vielleicht noch ganz kurz zur bisherigen Diskussion. Ich hoffe, wir finden uns jetzt auch wieder bei einem dementsprechend ernstem Thema wie dem Arbeitsmarkt in einer Sachdiskussion wieder und sehen nicht die Notwendigkeit weiterer Unterbrechungen der Debatte. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 18.18 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Herzlichen Dank. Als Nächster zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Mag. Doris Kampus. Ich erteile dir das Wort.

LTAbg. Mag. Kampus – SPÖ (18.18 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, werte Regierungsmitglieder, geschätzte Damen und Herren!

Ich werde gerne meinen Beitrag dazu leisten, denn eine Diskussion auf diesem Niveau, das war noch nie mein Stil und ist auch nicht mein Stil. Und deswegen, es tut mir einfach nur leid, diesen Satz, erlauben Sie mir, dass jemand kommt und die Arbeit, die geleistet wurde davor, einfach nur schlecht redet. Und der zweite Herr Präsident, damals Landeshauptmann, aber vor allem die Kollegin Eibinger-Miedl, und ich möchte das hier sagen, vor allem an die ÖVP, die ich über allen Maßen schätze, hat als meine Stellvertreterin nicht nur alles mitentwickelt, sondern in diesem Landtag ist das, gegen die Stimmen der FPÖ, wir wissen auch den Grund, ich kann mich an die Diskussion erinnern, ist dieses Dokument als Strategiepapier beschlossen worden. Und das jetzt so zu diskreditieren, das disqualifiziert sich von selbst. Es tut mir leid, mehr möchte ich dazu nicht sagen. *(Beifall bei der SPÖ)* Gut, aber jetzt zur Sache. Ich darf für die Sozialdemokratie zwei Entschließungsanträge einbringen. Zu einem Thema, das ein sehr wichtiges Thema ist und das uns allen sehr am Herzen liegt, nämlich der Arbeitsmarkt. Und es ist heute schon öfters angesprochen worden, der Arbeitsmarkt hat wirkliche Probleme. Und ich zitiere jetzt den Heinz Nohl, den ich übrigens auch sehr schätze, in wellenartigen Bewegungen. Wir hatten nach der Corona-Zeit, wenn Sie sich erinnern, die geringste Arbeitslosenrate. Und jetzt haben wir eine Steigerungsrate, die leider mit teilweise bis zu 15 % mehr zu verzeichnen ist. Und ja, unser Antrag, der erste Antrag, den ich einbringen darf, der widmet sich sehr stark dem Standort und der Industrie. Und da Abgeordnete Kaufmann, da finden wir uns wieder. Industrie trägt ganz stark zum BIP bei, die

Arbeitsplätze sind unglaublich wichtig. Die Steiermark ist ein Industriebundesland, auch viel Respekt für den Tourismus, der in manchen Regionen im Vordergrund ist. Wir sind ein Industriebundesland und da hängen ganz viele Arbeitsplätze dran und das ist etwas, das wir in Gefahr sehen, wir sehen den Wirtschaftsstandort Steiermark gefährdet und wir sind da ganz an der Seite, wie es unser Abgeordneter Max Lercher gesagt hat, auch der IV und der Sozialpartner, die warnen und sagen, da braucht es jetzt Maßnahmen. Mir und uns sind natürlich auch die Arbeitsplätze ein großes Anliegen. Und wie gesagt, wir haben stark steigende Arbeitslosenzahlen, teilweise bis zu 15 %. Und das sind Menschen, die entweder um ihren Arbeitsplatz fürchten oder diesen schon verloren haben. Und das ist etwas, wo wir sagen, da kann man nicht zuschauen, da darf man nicht zuschauen und da muss man etwas tun. Und bevor ich diesen Antrag einbringe, komme ich aber gleich zu den Lehrlingen. Besonders tragisch ist es doch, wenn junge Menschen keinen Job finden. Und da, liebe Martina Kaufmann, da sind wir definitiv anderer Meinung. Denn alles, alles dem ersten Arbeitsmarkt zu überlassen, wir wissen einfach, dass das nicht funktioniert. Und jetzt kann man natürlich sagen, Pech gehabt. Also liebe junge Menschen, und wir reden da z.B. von jungen, wir sind beide Grazerinnen, wir reden da von jungen Grazern, die es, aus welchen Gründen auch immer, z.B. die Schule nicht abgeschlossen haben. Schwierige Familie, Probleme im Lernen, vielleicht das eine oder andere Körperliche, das mag sein. Aber wie können wir diesen Menschen sagen, Pech gehabt. Wenn du es selber nicht schaffst, wir kümmern uns nicht um dich. Das kann doch nicht unsere Antwort sein. *(Beifall bei der SPÖ)* Und deswegen, verzeih mir, jetzt ist dieses Wort des zweiten Arbeitsmarktes, ja ich finde das auch schrecklich. Das ist einfach eine zweite Chance für diese Menschen. Die Produktion schon in Graz. Die kochen z.B., oder in Leoben, 600 Mittagessen, jeden Tag für die Schulen und für die Kindergärten, arbeiten mit der regionalen Wirtschaft zusammen. 80 % dieser Menschen, die mit so einem Rucksack ins Leben gehen, finden wieder einen Job am ersten Arbeitsmarkt. *(Beifall bei der SPÖ)* Aber sie täten es nicht ohne uns. Und ich verwehre mich einfach dagegen zu sagen, die verdienen keine zweite Chance. Die haben einfach Pech gehabt im Leben. Die sollen selber schauen, wo sie bleiben. Das ist nicht mein Zugang zur Politik. Wir haben Verantwortung für die Menschen in diesem Land. Und wir nehmen diese Verantwortung als Sozialdemokratie verdammt ernst. Und ich hoffe, Sie alle auch. *(Beifall bei der SPÖ)* Und jetzt darf ich zu unseren beiden Entschließungsanträgen kommen. Zuerst zum Antrag, der sich um den Wirtschaftsstandort Steiermark dreht.

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. strategisch wichtige Flächen für Industrie, Gewerbe, Logistik und Dienstleistungen, insbesondere im Grazer und obersteirischen Zentralraum sowie entlang des Zukunftsraumes der Koralmachse zu sichern und entwickeln.
2. Landesbeteiligungen auszubauen, um steirische Unternehmen, die vorübergehend in Schwierigkeiten geraten sind, bei der Standortsicherung zu unterstützen und dadurch Arbeitsplätze zu erhalten sowie im besten Fall neue zu schaffen.
3. landesplanerische Voraussetzungen für die nachhaltige Entwicklung von Industrie- und Energiestandorten sowie von Energienetzen zu schaffen, um eine sichere, kostengünstige und nachhaltige Energieversorgung für die Industrie bereitzustellen.
4. kommunale Investitionsprogramme, welche die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und der regionalen Wirtschaft fördert, aufzulegen.
5. Umsetzung von wesentlichen Straßenprojekten (wie der Ausbau der B68 und B70, die dritte Spur der A9 oder der Lückenschluss auf der S36) und Bahnprojekten (wie der prioritäre Ausbau der Pyhrn-Schober-Achse, der 4-gleisige Ausbau Graz-Bruck an der Mur oder die Schleife Selzthal).

Ich darf nun noch unseren zweiten Entschließungsantrag einbringen, wo es um die Lehrausbildung geht hier.

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die langfristige finanzielle Absicherung sowie den Ausbau der steirischen Produktionsschulen sicherzustellen, da diese ein bewährtes Modell darstellen, um benachteiligten Jugendlichen eine Perspektive zu bieten und sie erfolgreich in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren.
2. eine moderne, zukunftsorientierte Lehrlingsausbildung in landeseigenen Lehrwerkstätten aufzubauen, die in enger Kooperation mit dem Arbeitsmarktservice (AMS), weiteren relevanten Institutionen sowie insbesondere mit steirischen Betrieben umgesetzt wird – mit dem Ziel, dem Fachkräftebedarf entgegenzuwirken und jungen Menschen den Zugang zu qualifizierten und zukunftssicheren Arbeitsplätzen zu ermöglichen.
3. eine landesweite Imagekampagne zur Attraktivierung der Lehrausbildung zu initiieren, um das gesellschaftliche Ansehen der dualen Ausbildung zu steigern.

4. das Modell der Fachkräfte-Intensivausbildung in Kooperation mit Betrieben und Institutionen erneut aufzugreifen und in der Steiermark umzusetzen, um dem kurzfristigen Fachkräftebedarf durch gezielte, praxisnahe und beschleunigte Qualifizierungsmaßnahmen wirksam zu begegnen.
5. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Bildungs- und Berufsorientierung flächendeckend und verbindlich in allen Schultypen verankert wird.

Ich bitte darum, vor allem der zweite Antrag ist mir ein Riesenanliegen, Sie merken das, den jungen Menschen eine Chance zu geben. Jeder von uns verdient eine zweite Chance. Den jungen Menschen eine Chance zu geben, die es allein aus eigener Kraft einfach nicht schaffen und ihnen den Rucksack, den sie haben, ein bisschen leichter zu machen. Und Sie werden dann in den Produktionsschulen, in den Lehrwerkstätten und irgendwann in den Betrieben, und das ist unser gemeinsames Ziel, wir alle wollen, dass die Menschen einen Job haben, von dem sie gut leben können. Ich bitte darum, dass wir diese jungen Menschen auf diesem Wege begleiten. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ – 18.26 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Herzlichen Dank. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die dritte Landtagspräsidentin Helga Ahrer. Ich erteile ihr das Wort.

Dritte Präsidentin LTAvg. Ahrer – SPÖ (18.27 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen im Plenum, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Besucherraum und via Livestream!

Ja, Frauen als Schlüsselressort für den Wirtschaftsstandort Steiermark. Wir wissen, dass, die Steiermark steht als dynamische Wirtschaftsregion in der Innovationskraft mit Fachkompetenz und unternehmerischem Mut da. Und eine zentrale Rolle von dieser Erfolgsgeschichte sind einfach die Frauen in unserer Wirtschaft. Und es ist ja nicht unbekannt, dass ich in der Sozialpartnerschaft bin und mich natürlich auch mit anderen Sozialpartnern austausche, wie mit der Wirtschaftskammer oder mit der jungen Industrie, Industriellenvereinigung. Hier ist ganz klar, dass wir in Zukunft, wenn wir den Arbeitsmarkt besetzen wollen, ohne Frauen einfach nicht auskommen werden. Das ist ein Fixpunkt. Und wir wissen aber auch, dass sehr viele Frauen aufgrund von anderen Aufgaben, vor allem von der unbezahlten Sorgearbeit, betroffen sind und viele Aufgaben hat, wie z.B. Kinderbetreuung oder auch die Pflege naher Angehöriger, die einfach unbezahlt ist und dadurch

dementsprechend sind es immer wieder die Frauen, die auch in der Teilzeitfalle sind. Ich nenne es bewusst Falle, weil das nämlich eine Falle ist, nämlich bis zu der Pension. Wir haben ja nicht umsonst Unterschiede von über 42 % zwischen Mann und Frau in der Steiermark, wenn sie in Pension gehen, aufgrund verschiedener Hürden, die hier eben einschneidend sind. Und hier ist es ganz wichtig, einfach Angebote zu machen. Und weil der Kollege Könighofer gesagt hat, er versteht das nicht, was wir da meinen. Ich werde das noch genau erklären beim Entschließungsantrag. (*LTabg. Könighofer: „Wenn sich die Forderung an die Bundesregierung richtet.“*) Nein, das ist keine Forderung. Die EU-Transparenz-Richtlinie soll bis 2026 umgesetzt werden, soll auf die Bundesländer genauso herabgesetzt werden, als wie auf den Bund umgesetzt werden. Und das gilt natürlich auch für die Länder. Aber wie gesagt, (*LTabg. Könighofer: „Für die Landesbediensteten also.“*) das ist eindeutig Ding und das ist ganz klar erklärt. Also da gibt es nicht viel zu erklären, weil diese EU-Transparenz-Richtlinie gibt es schon länger und dass die zum Umsetzen ist. Das ist die Aufgabe unserer aller hier. (*LTabg. Könighofer: „Im Wirkungsbereich des Landes.“*) Auch, genau, Herr Könighofer. (*LTabg. Könighofer: „Ja, gut.“*) Aber wie gesagt, können wir uns gerne auch noch alleine unterhalten. Wie gesagt, das ist ganz wichtig. Wir haben aber auch die Lohnunterschiede. Und darum ist es wichtig, diese Lohntransparenz aufzubringen. Und damit wir Frauen bekommen, und da reden wir oft noch gar nicht, wenn ich mich mit anderen Partnern unterhalte, dass Frauen in Vollbeschäftigung kommen. Wir müssen es alleine schaffen, dass Frauen von 20 Stunden z.B. auf 30 Stunden kommen. Dazu braucht es aber auch dementsprechende Kinderbetreuungseinrichtungen, sowohl wie unter Dreijährige als auch für jene, die in weiteren Bildungseinrichtungen erforderlich sind. Wir haben heute schon gehört, es wird viel getan, es wurde viel getan und ich hoffe, dass das auch in Zukunft so bleibt.

Und jetzt darf ich unseren Entschließungsantrag einbringen: Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Volle Lohntransparenz herzustellen um Ungerechtigkeiten zu beseitigen.
2. Maßnahmen zu setzen, um den leichteren Umstieg von Teilzeit auf Vollzeit zu ermöglichen.
3. Den Ausbau von elementaren Bildungseinrichtungen zu forcieren und ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

4. Voraussetzungen zu schaffen, um Betrieben die Errichtung und Erhaltung von elementaren Bildungseinrichtungen zu erleichtern.

Ich bitte um Zustimmung und bedanke mich für eure Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ – 18.31 Uhr*)

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Danke vielmals. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landtagsabgeordnete Mag. Dr. Wolfgang Dolesch. Ich erteile ihm das Wort.

LTAbg. Mag. Dr. Dolesch – SPÖ (18.31 Uhr): Sehr geehrter Präsident, meine geschätzten Landesregierungsmitglieder, liebe Abgeordneten-Kolleginnen und -Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher, Zuhörerinnen und Zuhörer!

Verlässlichkeit, Planbarkeit, die sprichwörtliche Handschlagsqualität, insbesondere auch mit dem Förderwesen in der Steiermark, sind wesentliche Parameter für unsere Betriebe, für unsere Wirtschaft, für unsere Bevölkerung. Und im Zusammenhang mit dem heute schon Gesagten möchte ich noch ergänzen, an sich bekannt, dass zur großen Überraschung aller oder zumindest vieler diese Landesregierung am 31. März 2025 einen Stopp oder zumindest vorübergehenden Stopp wichtiger Wohnbauförderungen angekündigt hat und umgehend umgesetzt hat. Also 10 Uhr Pressekonferenz, 12 Uhr Förderstopp, wo man dann nichts mehr eingeben konnte auf der Homepage, zumindest ist es mir so berichtet worden. Konkret wurde hier die Möglichkeit für die Einbringung von Anträgen in den Förderschienen „Kleine Sanierung“, Eigenheimförderung in Bezug auf den Neubau und der „Jungfamilien-Bonus“ zur Hausstandsgründung von Jungfamilien sowie die Förderung für Wärmepumpen, Biomasse-Heizungen und Solarthermie mit Ausnahme von „Sauber Heizen für Alle“, noch am gleichen Tag, wie gesagt, rund eine Stunde Unterschied war, ausgesetzt, also ohne Übergangs-, Reaktions- oder Vorlaufzeit, wenn man so möchte. Persönlich bin ich in relativ kurzer Zeit wirklich von zahlreichen potenziell Betroffenen kontaktiert worden, sowohl Häuslbauer oder Personen, die sanieren wollten, bis hin zu Betrieben. Da war wirklich die gesamte Palette dabei von Überraschung, Entsetzen, Verärgerung. Manche der Häuslbauer standen tatsächlich, da brauche ich nicht einmal meine eigene Gemeinde zu verlassen, auch hier gibt es drei, die eigentlich alles beisammenhatten, die einreichen wollten in den Folgetagen ihre Unterlagen, weil sie sich eben darauf verlassen haben, dass diese Förderung zumindest bis zu diesem Zeitpunkt existiert hat oder noch existiert und ausgesetzt ist. Manche von ihnen, weil

die Aufträge auch bei den Betrieben bereits draußen sind, die konnten nicht mehr zurück. Die sanieren jetzt, weil sie es sich zum Glück leisten können, auch ohne Förderung, aber mit großer Verärgerung. Denn mit zumindest 15 % „Kleiner Sanierung“ oder bei anderen Fördermaßnahmen mitunter auch mehr, haben sie eigentlich fix gerechnet. Und das in Zeiten wie diesen. Andere haben, die es noch konnten, ihre Investitionen aufgeschoben, weil sie ja nicht wissen. Aussetzen, ja, abschaffen vielleicht auf Dauer, vielleicht gibt es etwas Neues, etwas Adaptiertes, zu welchem Zeitpunkt auch immer, vielleicht im Herbst, vielleicht auch erst zu einem späteren Zeitpunkt, man weiß es nicht. Es sorgt für Verunsicherung, es sorgt für Verärgerung, es ist alles wie gesagt dabei. Die haben es jetzt einmal verschoben, vorerst. Wiederum die Nächsten wissen, beispielsweise eine Heizungssanierung steht an, die können nicht ewig warten, denn der nächste Winter kommt bestimmt. Die haben auch fix mit diesen zumindest 15 % oder mehr kalkuliert und sie wissen jetzt nicht, wie sie es schaffen sollen. Betriebe, Betriebsinhaber, die nicht unbedingt im Verdacht stehen, Sozialdemokraten zu sein oder Sozialdemokratinnen, haben mich kontaktiert, weil sie ihr Unverständnis versucht haben zum Ausdruck zu bringen. Weil, auf einmal wurden Aufträge storniert, mit denen man fix gerechnet hat oder Vorgespräche geführt hat, dass es bald soweit ist. Aufträge, mit denen sie auch fix gerechnet hatten. Aufträge, gerade in Zeiten wie diesen, die sie so bitter notwendig brauchen, wie einen Bissen Brot. Und gerade der KMU-Bereich ist hier stark betroffen. Bau, Baunebengewerbe, Installationsbetriebe und einige mehr. Und ich darf hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, daran erinnern, noch im Jänner dieses Jahres hat unsere Frau Landesrätin Simone Schmiedtbauer die damalige Bundesministerin Eleonore Gewessler sehr hart für ihren Förderstopp kritisiert im Bund. Und hier darf ich zitieren: „Ich finde es schon merkwürdig, wenn ich als noch zuständige Ministerin die Förderung von heute auf morgen abdrehe, die viel gebracht hat, ohne dass ich die Bundesländer und die Zuständigen vorab informiere. Ich habe es aus den Medien erfahren. Das ist unverantwortlich.“ Rund zwei Monate später ist genauso eine Vorgangsweise gewählt worden, mit eigentlich keiner Reaktionsmöglichkeit, keiner Vorlaufzeit, keiner Übergangszeit. Es ist verkündet worden, ich bleibe dabei, es ist ja nicht endgültig abgeschafft, aber ein Förderstopp. Egal, ob man das jetzt begründet, mit budgetärer Situation, ein Berg an Anträgen, die man erst abarbeiten muss oder, oder, oder. Das lasse ich jetzt alles einmal weg. Die Budgetsituation ist unstrittig für die öffentliche Hand auf allen Ebenen eine schwierige, eine herausfordernde. Für den Bund genauso wie für die Bundesländer oder auch die Gemeinden. Das wissen wir. Das haben wir oft genug diskutiert. Da gibt es ja nichts zum Beschönigen und da geht es nur gemeinsam,

dass wir hier den Weg hoffentlich herausfinden. Aber dieser Schritt, dieses „sofortige Stopp“ von Anträgen, das ist in der Steiermark zumindest beispiellos. So etwas hat es tatsächlich noch nie gegeben. Hier ist die Vertrauensbasis zerbrochen. Hier ist etwas passiert, was man, wie man so schön sagt, quasi nicht tut. Auch in der Familie tut man so etwas nicht. Und wie gesagt, ob es im Herbst oder zu einem späteren Zeitpunkt wieder eine Förderung gibt, eine adaptierte Förderung usw., das ist ja noch entsprechend offen. Und in herausfordernden Zeiten wie diesen, wie gesagt, Budgetsituation schwierig, wissen wir, brauchen wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, einen Vernunftweg. Einen Vernunftweg aus natürlich sparen, klugen sparen. Man wird schauen müssen, in welchen Bereichen, wo man ansetzen kann, wie man ansetzen kann, in welchem Ausmaß man ansetzen kann. Alles, was vernünftig ist, hier wird man auch die Sozialdemokratie immer als Partnerin haben, das ist klar. Aber wir wollen auch, dass vernünftig investiert wird, in einem Ausmaß, die uns allen, wie man so schön sagt, gut tut. Und ein theoretisches oder praktisches, im schlimmsten Fall zu Tode sparen, bringt auch niemandem etwas. Das ist aus unserer Sicht gerade in konjunkturschwachen Zeiten der falsche Ansatz. Und gerade diese zumindest ausgesetzten Förderungen, bleiben wir bei dem Begriff, sorgen wie gesagt für genug Verunsicherung, sie gefährden Arbeitsplätze in Wirklichkeit, weil man nicht weiß, wie es weitergeht. Gerade, ich kann mich auch nur wiederholen, die Branchen Bau, Baunebengewerbe, Installationsbetriebe, hier waren sie wirklich in einer großen Anzahl bei mir persönlich, aus der gesamten Region, auch aus meiner eigenen Gemeinde. Und man sollte auch nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, außer Acht lassen, dass die Sanierung von Häusern auch wesentlich zum Erreichen unserer klima- und energiepolitischen Ziele beitragen kann oder auch wirklich beiträgt. Hervorheben möchte ich neben den erzielbaren Energieeinsparungen vor allem auch die regionale Wertschöpfung, denn das trägt uns niemand davon. Hier profitieren nicht Betriebe in China, Australien oder sonst wo, sondern direkt hier unsere regionalen Betriebe. Diese regionale Wertschöpfung, diese Beschäftigungseffekte für die heimische Wirtschaft, das sollte man nicht unterschätzen und schon gar nicht kleinreden. Zusammenfassend: Wir brauchen Verlässlichkeit, wir brauchen Planbarkeit, so wie es im Übrigen auch in einer Zeit üblich war, als die Sozialdemokratie noch Teil dieser Landesregierung war. Auf uns konnte man sich verlassen. Unser Wort hat gegolten. Es braucht aus unserer Sicht eine standort- und wirtschaftspolitische Vernunft. Wir brauchen kluge Investitionen in die Zukunft, wie die Sanierung von Gebäuden, Investitionen in nachhaltige Energieformen, Energieträger in die nachhaltige Energieversorgung. Gut wäre es vielleicht, das hat mit dem Land jetzt nichts zu

tun, was ich sage, wenn die versprochenen Wohnbaumittel des Bundes vielleicht auch direkt ohne Umweg über das Land an die Gemeinden vergeben werden könnten. Hier sind wir dann flexibler. Und es ist zusammenfassend einiges möglich, wenn man es wirklich will.

Ich darf daher in diesem Zusammenhang auch unseren Entschließungsantrag einbringen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. den Evaluierungsprozess zu den Wohnbauförderungen rasch abzuschließen,
2. die budgetären Mittel für die Förderschienen im Wohnbau, die eine hohe Wertschöpfung für die steirische Wirtschaft bringen, bereitzustellen und
3. die Förderungen im Sinne einer nachhaltigen Standortpolitik zuverlässig, planbar und langfristig abzusichern.

Ich bitte um die entsprechende Zustimmung. Vielen und herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ – 18.40 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Lambert Schönleitner. Ich erteile ihm das Wort.

LTabg. Schönleitner – Grüne (18.40 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Ich darf nur hinsichtlich des Entschließungsantrags mit der Einl.Zahl 436/3 der SPÖ eine getrennte Abstimmung hinsichtlich der Ziffer 5 beantragen. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 18.41 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Danke für diese kompakte Wortmeldung. Und ich darf feststellen, dass als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Cornelia Izzo. Ich erteile ihr das Wort.

LTabg. Izzo – ÖVP (18.41 Uhr): Vielen Dank, sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Regierung, geschätzte Abgeordneten, Kollegen und Zuschauer im Auditorium! Ja, es ist ein spannendes Thema heute und es wühlt uns auch alle auf, denn das ist unsere Zukunft und das ist momentan unser echtes Leben. Und das ist es nicht nur da herinnen, sondern überall draußen. Als KMU erlebe ich das jeden Tag und jeden Tag kämpfe ich darum, meine Mitarbeiter zahlen zu können, den Strom zahlen zu können usw. Aber das ist nicht jemand anders Schuld. Wir haben Wirtschaftskrise, wir haben verschiedene andere Einwirkungen von außen und die müssen wir einfach bestreiten. Und als Unternehmer fragt

mich keiner, wie ich das mache. Ich mache es einfach. Ich muss mir überlegen, wo spare ich ein, wo investiere ich, wie stelle ich mich neu auf? Und wie kann ich dann mein Geschäft wieder zum Erfolg führen? Und ja, das können wir durchaus auch hier tun. Und wenn unser Herr Landesrat das jetzt angeht und sich wirklich Punkt für Punkt alles anschaut und ohne Tabus, dann ist es, glaube ich, der richtige Weg. Das sind nämlich Steuergelder, die wir da verwalten. Und wir haben eine Verpflichtung, den Bürgern und Bürgerinnen draußen gegenüber, dass das Geld gut verwaltet wird, dass das Geld auch gut angelegt wird. Und wenn ich jetzt sage, okay, wir haben, ich als KMU suche seit 1.1.2025 eine Mitarbeiterin und bis heute hat sich niemand gefunden. Obwohl wir so viele Arbeitslose haben, dann frage ich mich, was läuft da falsch? Da muss einiges falsch laufen. Weil ehrlicherweise, ich habe einen Job, Gott sei Dank, der macht mir Freude. Aber zwischendrin stehe ich dann selber bis am Ende des Tages, bis in der Früh im Geschäft und putze das Lokal selber. Keiner ist bereit, sich zu bewerben für irgendeine Servicetätigkeit, für irgendeine Küchentätigkeit und schon gar nicht zum Putzen. Dann frage ich mich, was läuft bei uns falsch? Das wäre auch, und das meine ich jetzt nicht böse, ein Job für jeden, der auch eine Ausbildung hat, die etwas besser ist, wenn er wirklich Geld braucht, um zu überleben. Ich verstehe nicht, warum wir alle Hände ringend um Mitarbeiter suchen und es ist keiner da. Und dann geht es darum, dass wir Jugendliche an der Hand nehmen müssen und die Jugendlichen ins echte Leben bringen. Ja, wo ist das echte Leben? Das echte Leben ist genau da, dort, wo es Arbeit gibt. Und ich habe mir noch nie ausgesucht, wo ich mein Geld verdiene. Wenn ich es gebraucht habe, habe ich die Arbeit gemacht. Und ich habe das Geld verdient, um mich und mein Kind zu ernähren. Und ich habe nicht den Herrn Landesrat gebeten, dass er mir jetzt den Strom zahlt. Ich als Unternehmer würde mir wünschen, Mitarbeiterinnen ausbilden zu können, bei mir im Geschäft, vor Ort. Denen wirklich zu zeigen, wie das echte Leben ist, mit ihnen zu arbeiten, mit ihnen zu lernen, sie weiterzuentwickeln, eine Persönlichkeit auszubilden und denen auch mitteilen zu können, dass Arbeit wirklich wichtig ist, dass Arbeit uns weiterbringt, dass Arbeit uns selbstbewusst macht. Und Arbeit ist das, das unser Leben auch verschönern kann. Meines tut es auf jeden Fall. Ich bin stolz für jeden Job, den ich gemacht habe, denn jeder Job hat mich weitergebracht. Wir haben übrigens schon einiges getan auch, denn die KMUs, die sind auch herausgefordert, nicht nur die Industrie und nicht nur andere Beteiligte, sondern wir alle. Und wir alle müssen zusammenhalten, um Arbeitsbedingungen, um die Wirtschaftsbedingungen positiv für uns zu verändern. Und da gibt es natürlich Zusammenarbeiten und wichtige Vereinbarungen mit der Bundesregierung. Und die haben ja

auch schon z.B. dieses Mittelstandpaket geschnürt. Und ein paar Kleinigkeiten sind schon auf den Weg gebracht worden. Und wenn es für Sie draußen Kleinigkeiten sind, dann sind es für uns große Dinge. Weil, wenn ich unter 35 Euro keinen Beleg mehr ausdrucken muss, dann ist es für so ein kleines Unternehmen wie für meines schon ein guter Fortschritt. Ich erspare mir Geld, weil ich kein Papier brauche, Zeit usw. Außerdem ist die Basispauschalierung auf zwei Schritten erhöht worden. Und der nächste Schritt ist auch die NoVA-Befreiung. Wir alle brauchen Autos, um zu transportieren. Wir alle brauchen Autos, um arbeiten zu können. Und auch dort hat die Regierung mittlerweile gesehen, dass wir die kleinen und mittleren Unternehmen einfach unterstützen müssen. Ich bin dankbar, dass wir diese großartige Diskussion heute geführt haben. Ich freue mich total auf Veränderung. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir gemeinsam anpacken. Und ich bitte Sie alle, dass wir gemeinsam an einem Strang ziehen, weil sonst werden wir es nicht schaffen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 18.47 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Johannes Schwarz. Ich erteile ihm das Wort.

KO LTAbg. Schwarz – SPÖ (18.47 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Also, wenn die Frau Kollegin Izzo so begeistert von dieser heutigen Debatte war, also diese Begeisterung kann ich eigentlich nicht teilen, vielleicht haben wir da unterschiedliche Anschauungen. Ich denke, wir hatten in diesem Haus schon gehaltvollere Debatten, was die Wirtschafts- und Arbeitsmarktstrategie des Landes betrifft, vor allem von Seiten der Landesregierung. Also insofern sehe ich das nicht als großen Meilenstein dieses Hauses, diese Debatte in dieser Form hier heute geführt zu haben. Weil das, ehrlich gesagt, was wir vom neuen zuständigen Landesrat hier heute erfahren haben, ist, dass er ein Zero-Plan-Budgeting vor sich hat, also eine Null-Plan-Regierungsplanung in diesem Zusammenhang, weil das Einzige, was wir heute von dieser Debatte mitnehmen können, ist, dass das Land Steiermark 500 Mio. Euro offenbar einsparen muss. Aber wie das passieren soll, ist völlig unklar. Um es mit Ihren Worten zu sagen, es war viel warme Luft und Sprechblasen, haben Sie uns ausgerichtet. Also das waren genau die Antworten des zuständigen Landesrates. Weil, ich bin der festen Überzeugung, wenn wir eine gute Zukunft dieses Landes haben wollen, dann müssen wir die Balance finden aus Einsparungsmaßnahmen, aber vor allem auch aus

Investitionen. Und da ist es nun einmal notwendig, dass wir in den Arbeitsmarkt investieren, nicht nur in den ersten Arbeitsmarkt, sondern auch in den zweiten Arbeitsmarkt, *(KO LTAvg. Mag. Schnitzer: „Aber vor allem in den ersten.“)* um Menschen in diesem Land eine Chance zu geben auf eine gute Zukunft, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ)* Und da ist nichts gekommen. Da ist nichts gekommen. Und auch was die Wirtschaftsimpulse betrifft, habe ich nicht viel wahrgenommen. Der Kollege Lercher hat ja die Initiative auch der IV hier vorgetragen. Die wollen Initiativen, die wollen Impulse. Ich habe von Ihnen heute in diese Richtung nichts wahrgenommen. *(KO LTAvg. Schnitzer: „Du musst mit dem Arbeitsmarktpräsidenten reden.“)* Und ich bin der Meinung, für eine gute Zukunft des Landes brauchen wir eine Strategie, brauchen wir einen Plan. Und diese Landesregierung ist aufgefordert, das endlich vorzulegen, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ)* Und das Zweite, was ich sagen möchte, ich bin überrascht. Überrascht, dass ein Landesrat, ein Wirtschaftslandesrat, ein Finanzlandesrat sich hier herausstellt und in Wahrheit sich von zumindest fünf Jahren ÖVP-Politik in diesem Land distanzieren. Weil er hat uns hier heute erklärt, das, was wir in dieser Koalition in den letzten Jahren gemacht haben, das war jetzt, starrig gesagt, einmal alles für nichts. Das können wir alles vergessen. Also wir haben alles verbockt. Diese Koalition der letzten Jahre hat alles verbockt und er kommt jetzt und muss das alles sanieren. Alles verbockt heißt, dass alle ÖVP- und SPÖ-Regierungsmitglieder in dieser letzten Landesregierung offenbar völlig versagt haben. Alle Abgeordneten in diesem Haus, die die Budgets der letzten Jahre mit uns beschlossen haben, die Strategien in den Arbeitsmarkt, in der Wissenschaftspolitik, im Wohnbau, in der Gesundheitspolitik, in der Kinderbildung und Betreuung, haben alle versagt. Weil er, der neue Landesrat, muss alles auf null stellen. Muss alles hinterfragen *(KO LTAvg. Mag. Schnitzer: „Das sagt ja der Max auch.“)*, weil das, was wir in den letzten Jahren gemeinsam beschlossen haben, das ist alles für nichts. Das ist alles für nichts. Und jetzt tut nicht ablenken da. Ihr merkt es ja selber, was das bedeutet. Ist alles für nichts. Und ich muss euch ganz ehrlich sagen, eines, ich werde da herinnen selten persönlich und bin selten angegriffen, habe persönlich, weil, wie gesagt, ich bin schon 20 Jahre da herinnen und habe vieles erlebt. Aber zu sagen, und jetzt schaue ich den Regierungsmitgliedern der ÖVP in die Augen, zu sagen, dass wir das, was wir mit Charlie Kornhäusl in der Gesundheitspolitik in den letzten Jahren gemacht haben, dass das alles für nichts war. *(KO LTAvg. Mag. Schnitzer: „Das hat ja keiner gesagt.“)* Zu sagen, dass mit der Frau Kollegin Schmiedtbauer, was wir in der Wohnbauförderung gemacht haben in den letzten Jahren, alles für nichts – ist übrigens

auch gestoppt worden, nur nebenbei, also kann man nicht sagen, das stimmt nicht, sondern am ersten Tag, bei der ersten Möglichkeit sind Maßnahmen von uns, die wir gemeinsam hier vorgestellt haben, gestoppt worden. Oder wenn man überlegt, dass wir mit dem Werner Amon, was wir in der Kinderbildung und -betreuung in den letzten Jahren umgesetzt haben, an Verbesserungen und dergleichen, war alles nichts. *(KO LTAbg. Mag. Schnitzer: „Das stimmt nicht.“)* Und der Höhepunkt dieser Geschichte war dann, die Budgetpolitik war ja sowieso eine Katastrophe. Der Anton Lang hat das Budget hinterlassen in einen Zustand, der offenbar katastrophal war oder ist. *(LTAbg. Könghofer: „Ja, hat er.“)* Ja, also seid mir nicht böse. Wer hat denn gemeinsam die Budgets der letzten Jahre beschlossen? Wer war denn der Chefverhandler der ÖVP, was die Finanzpolitik und die Budgets betrifft? Ich glaube, er sitzt da hinten. Und das war alles für nichts. Und jetzt könnte man ja noch sagen, der Christopher Drexler kann sich noch wehren, weil, der ist noch aktiv in der Politik. Aber den Tony Lang, den Anton Lang, der sich bemüht hat, um diese Finanzen, um die Zukunft dieses Landes, in dieser Art und Weise hier in diesem Haus zu verunglimpfen, das ist inakzeptabel und das ist schäbig, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ)* Und auch die Uschi Lackner und auch die Doris Kampus und alle ÖVP-Regierungsmitglieder der letzten Legislaturperiode und die Abgeordneten haben sich diese Art und Weise der Auseinandersetzung nicht verdient. Das ist schäbig, das ist letztklassig und diesem Haus nicht würdig, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ)* *(Zweiter Präsident Mag. Drexler: „Herr Abgeordneter, ich darf Sie daran erinnern, dass das Wort schäbig in mehrerlei Fällen sowohl im Nationalrat als auch im Landtag eines Ordnungsrufs für würdig empfunden wurde. Und ich darf daher um eine sensible Wortwahl oder eine sensible Wortwahl einmahnen, insbesondere wenn man sie selbst einmahnt.“)* Okay, letztklassig war es allemal. *(Zweiter Präsident Mag. Drexler: „Herr Abgeordneter, mir ist zu scherzen nicht zumute. Letztklassig ist ebenso wie schäbig so zu qualifizieren.“)* Dann ist es in einer Art und Weise erfolgt, wie ich nicht erwartet hätte, dass ein Abgeordneter oder Vertreter der ÖVP in diesem Haus argumentiert und debattiert, weil ich die ÖVP in der Steiermark anders kennengelernt habe. Und dass einmal einer so hier herinnen redet, hätte ich mir nicht gedacht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ist das jetzt in Ordnung? Okay. Insgesamt bin ich wirklich persönlich enttäuscht in der Art und Weise, wie hier mit der Vergangenheit umgegangen wird, wie achtlos mit der Zukunft dieses Landes umgegangen wird. Das haben sich die Steirerinnen nicht verdient. Das hat sich die Steiermark – was die Zukunft dieses Landes – nicht verdient. Und ich rufe von dieser Stelle auch den zuständigen

Landeshauptmann als Spitze dieser Landesregierung dazu auf. Ihr habt in der Regierungserklärung erklärt, es gibt den steirischen Weg zur Zusammenarbeit – das gute Miteinander in diesem Land. Abgeordnete, Regierungsmitglieder, seien sie jetzt noch präsent oder in der Vergangenheit hier herinnen, pauschal zu verunglimpfen, ist nicht der steirische Weg, ist jedenfalls nicht der steirische Weg, wie ich ihn erlebt habe und wie ich ihn leben will. In diesem Sinne ein steirisches Glückauf. *(Beifall bei der SPÖ – 18.55 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Mag. Lukas Schnitzer. Ich erteile ihm das Wort.

KO LTAbg. Mag. Schnitzer – ÖVP (18.55 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung“

Also bei völligem Verständnis für Emotion in einer Debatte möchte ich schon ein paar Punkte zumindest in ein rechtes Licht versuchen zu rücken. Niemand, niemand hat in der Generaldebatte zum Budget am Beginn dieser Tagesordnung des heutigen Landtags als auch in der jetzigen Debatte bei der Dringlichen 3 eine Kindesweglegung betrieben mit dem, was in der Vergangenheit im positiven Sinne von der letzten Landesregierung geleistet worden ist. Und wenn Sie, wenn Sie, wenn Sie sich zurückerinnern an die erste Sitzung der konstituierenden Sitzung am 18. Dezember 2024, lieber Kollege Max Lercher, habe ich in meinen Ausführungen einen Satz ganz bewusst gesagt, nämlich folgenden, dass die Steiermark ein gutes Fundament hat. Dass die Steiermark ein gutes Fundament hat, weil es in der Vergangenheit eine gute Arbeit der Landesregierung unter Christopher Drexler und Anton Lang gegeben hat, wo zu Recht in diesem Haus gute Maßnahmen umgesetzt worden sind. Ich möchte nur zwei in Erinnerung rufen. 270 Mio. Euro mehr für den Bereich Kinderbildung und Kinderbetreuung, für eine Verkleinerung der Gruppen, für mehr Kindergärten im ländlichen Raum. Eine gute Maßnahme der letzten Landesregierung. Wir haben ein gutes Fundament hier erreicht. Der zweite Punkt. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ)* Der zweite Punkt. 300 Mio. Euro mehr im Bereich der Pflegeangehörigen und im ärztlichen Dienst, um auch die Gesundheitsvorsorge im ländlichen Raum mit Blick auch abzusichern. *(Unverständliche Zwischenrufe bei der SPÖ)* Also auch eine gute Maßnahme. Also auch eine gute Maßnahme. Ich habe dir auch zugehört. Auch eine gute Maßnahme. Wir haben ein gutes Fundament in vielen Bereichen. Das schließt aber nicht aus, das schließt aber nicht aus, dass man dort, wo vielleicht Punkte sind, die nicht so treffsicher sind, nicht so zweckmäßig sind und nicht so

sind, wie sie sich vielleicht auch im jetzigen budgetären Rahmen ausgehen, nicht überdenkt. Und ich finde es klug, wenn wir jetzt einen Finanzlandesrat haben, der sagt, in seiner Verantwortung für das Budget der Zukunft, das Budget auch so zu überprüfen, dass selbstverständlich jede Position auch angeschaut wird, genau überprüft wird, ist sie zweckmäßig, ist sie treffsicher und ist sie notwendig. Das ist so, wie ich mir das wünschen würde von einem vernünftigen Finanzlandesrat, um ein gutes Zukunftsbudget letztlich irgendwann wieder einmal vorzulegen zu können. Also eine gute Vorgehensweise unseres Finanzlandesrates hier. (*Beifall bei der ÖVP und FPÖ*) Und das ist vielleicht auch wichtig. Ja, es gibt ein gutes Fundament. Die Steiermark steht gut da. Wir wollen aber auch als Landesregierung in dieser neuen Zusammensetzung, bestehend aus der Freiheitlichen Partei und der Steirischen Volkspartei, dieses Fundament so absichern, dass es auch ein Zukunftsfundament sein kann. Und das ist eben nur dann gegeben, wenn man ehrlich unsere Systeme so überprüft, so anschaut und dort, wo es vielleicht nicht so zweckmäßig ist, Dinge verändert. Und lieber Herr Klubobmann Hannes Schwarz, ich höre dir wirklich immer sehr, sehr gerne zu und ich höre aber auch immer dem Max Lercher sehr gern zu. Und beide Wortmeldungen sind ja für mich ein gewisser innerer Widerspruch. Das müsst ihr aber miteinander ausdiskutieren. Wenn der Hannes Schwarz sagt, da darf nichts verändert werden, Max Lercher bei der Generaldebatte noch sagt, das System, da ist er der Partner, wenn wir das System verändern wollen. Ja, diese Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, ein gutes Budget langfristig auf die Wege zu bringen. Da braucht es auch diese Ehrlichkeit, das System anzuschauen, das Fördersystem auch anzuschauen, auch zu überprüfen, wo ist es noch zukunftstauglich, wo eben nicht. Ja, das wird in allen Bereichen Persönlichkeiten treffen, die vielleicht da und dort gewissen Parteien näherstehen oder nicht näherstehen. Aber ich würde mir diese Ehrlichkeit und diese Offenheit auch wünschen, weil es unfair ist gegenüber demjenigen, der jetzt in Verantwortung ist. Und es ist letztlich das, für was wir gewählt worden sind, nämlich eine sachliche, ehrliche Politik zu betreiben. Und zur ehrlichen und sachlichen Politik gehört natürlich Selbstverständlichkeit, dass man auch ein ehrliches, sachliches und vor allem zukunftstaugliches Budget auf die Beine stellt. Und ja, letzter Satz, das wird uns nur gelingen, wenn wir uns bemühen, im Miteinander Dinge ausdiskutieren. Aber es wird uns vor allem auch dann gelingen, wenn wir langfristig auch wieder den Spielraum haben. Und insofern sehe ich es als positiv, dass der Herr Landesrat jede Ausgabe auf null setzen will, um zu schauen, ist sie noch notwendig, weil wir wieder Spielräume brauchen für die Zukunft, damit wir investieren können in Zukunft, damit wir investieren

können in eine starke Steiermark, in eine sichere Steiermark. Und das wird nicht gelingen, wenn man einfach im ordentlichen Budget oder Haushalt immer und immer wieder aufs Neue die Schulden einfach weiterschreibt, als ob es irgendwo da im Lande eine Landesbank gibt, die permanent in den Landeshaushalt Geld reingeben kann. Das ist nicht zukunftsgerecht, das wird die Steiermark nicht zukunftsfit machen. Deshalb haben wir einen Wirtschaftslandesrat, der zwar aus der Forstwirtschaft kommt, auch wenn das in der Generaldebatte heute ein bisschen despektierlich genannt worden ist – es ist so rübergekommen – aber er hat den Blick aufs Wesentliche, nämlich, eine nachhaltige Politik für die Steiermark zu setzen, die auch enkeltauglich ist. Wir wollen dieses Fundament der Steiermark, was stark ist, dort, wo es Schwächen hat, neu aufsetzen, damit die Steiermark weiter das sein kann, was es sein soll. Ein Zukunftsland, wo Leute gerne sich einbringen durch ihre Leistungen, wo Unternehmen gerne Investitionen tätigen, wo international dieser Standort auch gesehen wird. Und ja, dazu braucht es eine gute Grundlage in einem guten und ehrlichen Budget. Eigentlich wäre es Ihre Aufgabe, da mitzumachen und nicht Kindeswegleitung betreiben. In diesem Sinne alles Gute, ein steirisches Glückauf. *(Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 19.02 Uhr)*

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Zu Wort gemeldet ist Landesrat Dipl.-Ing. Willibald Ehrenhöfer. Ich erteile dir das Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Ehrenhöfer – ÖVP (19.02 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Regierungsmitglieder, sehr geschätzte Abgeordnete!

Natürlich schätze und respektiere ich die Arbeit aller in diesem Hause. Ja, ich bin neu in diesem Haus und sollte ich mich in der Tonlage vergriffen haben, entschuldige ich mich auch dafür. Es braucht aber auch eine klare Darstellung der Fakten. Und werte Frau Abgeordnete Doris Kampus, es ist keine Diskussion, ob es die Maßnahmen für den zweiten und dritten Arbeitsmarkt braucht. Hier muss es Unterstützung geben, aber es ist eine Frage der Relation des Einsatzes der Mittel, ob 1:2:3 oder 3:2:1. Und es braucht aber einen gemeinsamen, engagierten Weg in diesen herausfordernden Zeiten. Wie der Abgeordnete Max Lercher erwähnt hat, vorangehen und innovativ sein, das gefällt mir. Ich werde mich voll dafür engagieren und ich verspreche es. Und ich werde Impulse setzen im Sinne von Wohlstand durch Wirtschaft, Einkommen durch Arbeit, Sicherheit und Zufriedenheit durch einen gesunden Haushalt, durch gemeinsames proaktives Handeln. Ich bitte Sie, diesen Weg

mitzugehen und wünsche allen ein steirisches Glückauf. Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP und FPÖ – 19.04 Uhr*)

Zweiter Präsident Mag. Drexler: Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung:

Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, Einl.Zahl 436/2, betreffend Lehrausbildung stärken, Fachkräfte von morgen ausbilden, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von SPÖ, NEOS, Grünen und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Seitens des Landtagsklubs der Grünen wurde ein Antrag auf eine punktuelle Abstimmung zum Entschließungsantrag der SPÖ, Einl.Zahl 436/3, betreffend Landesregierung muss rasch handeln, Wirtschaftsstandort Steiermark ist gefährdet, gestellt.

Ich darf daher jene Damen und Herren, die den Punkten 1 bis 4 des nämlichen Entschließungsantrags ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand bitten.

Danke schön, Gegenprobe, Gegenprobe:

Auch hier darf ich feststellen, dass dieser Antrag mit den Stimmen von SPÖ, NEOS Grünen und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden hat.

Ich komme nun zum Punkt 5 des nämlichen Entschließungsantrags und darf jene Damen und Herren, die diesem Punkt 5 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand bitten.

Danke schön, Gegenprobe:

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von SPÖ und NEOS nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ Einl.Zahl 436/4 betreffend das Förderwesen im Sinne einer nachhaltigen Standortpolitik zuverlässig und planbar gestalten, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke schön, Gegenprobe:

Ich darf hier feststellen, dass dieser Antrag mit den Stimmen von SPÖ, NEOS, Grünen und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden hat.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ Einl.Zahl 436/5 betreffend Frauen als Schlüsselressource für den Wirtschaftsstandort Steiermark ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke schön, Gegenprobe:

Ich darf auch hier feststellen, dass dieser Antrag mit den Stimmen von SPÖ, NEOS, Grünen und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden hat.

Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Tagesordnung erledigt. Aufgrund der Terminplanung in der laufenden Tagung des Landtags findet die nächste reguläre Sitzung voraussichtlich am 20. Mai 2025 statt. Zu dieser Sitzung des Landtags wird verbindlich auf schriftlichem Wege eingeladen.

Die Sitzung ist somit beendet. Herzlichen Dank *(19.07 Uhr)*